Montag, 15. April 1985 - D * * *

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 87 - 16.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 220,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Neonazi: Der wegen Mordversuchs und Raubes mit Haftbefehl gesuchte deutsche Rechtsextremist Odfried Hepp ist von der Geheimpolizei in Paris gefaßt und in Auslieferungshaft genommen *worden*. (S. 5)

Christen in der „DDR“: Inmitten der atheistischen Umwelt hat sich das Interesse an der Kirche in der „DDR“ dennoch spürbar belebt, geht aus einem Bericht an die Synode von Berlin-Brandenburg (Ost) hervor. (S. 4)

Mittelamerika: Ohne Lösung der tiefen Meinungsverschiedenheiten unter den zentralamerikanischen Ländern ging in Panama-Stadt ein Treffen der Contadora-Staaten zu Ende. Man einigte sich lediglich auf die Gründung von *drei Arbeitsgruppen*. (S. 6)

Blutiger Wahlauftakt: In Peru fanden gestern Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Mit Sprengstoffanschlägen und Überfällen hatte die Guerrilla-Bewegung „Leuchtender Pfad“ versucht, die Bevölkerung vom Urnengang abzuhalten.

Maghreb: Marokko und Mauretanien haben die 1981 wegen des Westsahara-Konflikts unterbrochenen diplomatischen Beziehungen wiederaufgenommen.

Mahnung: Außenminister Howe macht bessere britisch-polnische Beziehungen vom Fortschritt der inneren Aussöhnung in Polen abhängig. Es gehe nicht an, daß menschliche Grundfreiheiten in London und Warschau unterschiedlichen Wert haben. (S. 12)

Tichonow: Eine Bronzebüste des UdSSR-Ministerpräsidenten ist in dessen Heimatstadt Charkow enthüllt worden. In Moskau wird spekuliert, daß dies auf eine baldige Ablösung *des 79jährigen hindeuten* könnte.

Terrorismus: Zu drei Bombenanschlägen in Paris bekannte sich die linksextremistische „Action Directe“. Ziele waren eine jüdische Bank, das Einwanderungsbüro und eine rechtsgerichtete Wochenzeitung. (S. 2 und 5)

Reise vereitelt: Die israelische Regierung hat Minister Weizman die Erlaubnis für einen Besuch in Kairo versagt. Der Koalitionspartner Likud fordert Zusicherungen, daß er keine Gespräche über Gebietsverzichte führen wird.

Warschauer Pakt: Noch vor Monatsende soll in Warschau ein Gipfeltreffen der Pakt-Staaten stattfinden, auf dem die Verlängerung des Militärbündnisses um 20 Jahre bekanntgegeben wird.

ZITAT DES TAGES



» Den Strukturwandel zu schaffen, ist nur mit Unternehmermacht lösbar. Wer glaubt, daß dieser Wandel staatsgetrieben erreicht werden kann, der befindet sich im Irrtum «

Klaus Luft, stellvertretender Vorstandschef der Nixdorf-Computer AG, auf dem Parteitag der Hamburger SPD (S. 4)
FOTO: DIE WELT

WIRTSCHAFT

Währungssystem: Das Angebot von US-Finanzminister Baker, in einer Konferenz mit anderen Industriestaaten über eine Verbesserung des westlichen Währungssystems nachzudenken, hat auch in Washington überrascht. Noch im März hatte Präsident Reagan eine monetäre Reform *als völlig* unnötig bezeichnet. (S. 9)

Europa: Die künstliche Währung Ecu soll künftig auch als Reservewährung der Zentralbanken der nicht zur EG gehörenden Länder benutzt werden können, beschlossen die Zentralbankpräsidenten und Finanzminister der EG bei ihrem Treffen in Palermo.

Mobil Oil: Niedersachsen will sich offenbar an einem Konzept zur Erhaltung der Anfang April geschlossenen Raffinerie der Mobil Oil in Wilhelmshaven beteiligen. Mobil warnt jedoch vor übertriebenen Hoffnungen und Spekulationen. (S. 14)

Uhrenindustrie: Die Europäische Uhren- und Schmuckmesse in Basel wird vom kommenden Jahr an auch Aussteller aus außereuropäischen Ländern zulassen. Damit erhalten insbesondere Firmen aus Japan und Hongkong eine Chance, auf dieser größten Messe der Welt ihre Produkte vorzustellen. (S. 16)

KULTUR

Verfälschung: Eine eklatante Gewissenlosigkeit im Umgang mit englischem Sprachgut entdeckten Korrespondenten, denen in Moskau das Standardwerk Oxford Student's Dictionary of Current English in die Hände fiel. Mit Wissen des Verlages haben die Sowjets die Definitionen politischer Begriffe in der UdSSR-Ausgabe radikal geändert. (S. 21)

Uraufführungen: Buhrufe erntete der aus Sachsen stammende Ernst-Jürgen Dreyer in den Münchner Kammerspielen mit seinem Stück „Die Goldene Brücke“. Im Akademietheater in Wien feierte das Premierenpublikum Vaclav Havels „Largo desolato“ trotz erheblicher Schwächen der Aufführung mit lautem Applaus. (S. 21)

SPORT

Fußball: Aleksandar Ristic bleibt bis Saisonende Trainer beim Bundesligaklub Eintracht Braunschweig. Das Braunschweiger Präsidium ließ die Spieler entscheiden. (S. 8)

Springreiten: Als sechster deutscher Reiter qualifizierte sich der Euskirchener Stefan Schewe für das Weltcup-Finale der Springreiter, das am Mittwoch in der Berliner Deutschlandhalle. (S. 9)

AUS ALLER WELT

„Hamburger“-Kultur: Amerikanische Eßgewohnheiten werden sich bis 1990 bei uns so einbürgern wie Blue Jeans, sagen Marktforscher voraus. Die Fast-Food-Branche werde um mindestens 135 Prozent wachsen. (S. 22)

Flugsicherheit: Sieben spanische Flughäfen, darunter Malaga und Madrid, werden von der Pilotenvereinigung des Landes als „sehr gefährlich“, acht weitere als „gefährlich“ eingestuft. Seit 1977 starben bei Flugunglücken in *Spanien mehr als 1000 Menschen.* (S. 23)

Wetter: Stark bewölkt, teilweise Regen. 5 bis 12 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: *Zweite Chance* am Potomac – Leitartikel von Horst-Alexander Siebert S. 2

Ostern in Moskau: So viele waren es noch nie – Karrierefördernd ist ein Bekenntnis nicht S. 3

Weizsäcker 65: Das Präsidenten-Amt ist auf ihn zugeschnitten – Von Georg Schröder S. 4

Ost-Berlin: Eine lange Mängelliste – Vize-Bürgermeister spart nicht mit Vorwürfen S. 5

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S.

Fernsehen: Der Star galt lange nichts im eigenen Lande – Schauspieler Charles Bronson S. 7

Kaiser-Schmarr'n: Lattek, Bekkenbauer – oder Wer hat denn nun Ahnung vom Fußball? S. 8

Howe: In Warschau sprach Londons Außenminister auch mit Vertretern der „Solidarität“ S. 12

Pankraz: Karma und die Führungsschwäche – Wo die Chancen für die Nummer eins liegen S. 21

Industrieansiedlung: Neues Instrument aus Bonn: Die Ansparförderung – Ein Report S. 17-20

Blüm zu Bangemann: Wende kann nicht Salto rückwärts sein

„Einheitsrente im Widerspruch zur Leistungsgerechtigkeit“ / WELT-Gespräch

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) hat in einem WELT-Gespräch klargestellt, „daß eine Umstellung unseres Rentensystems auf eine Grundrente mit den Prinzipien der Sozialpolitik, wie sie die Bundesregierung vertritt, nicht übereinstimmt und deshalb nicht in Frage kommt“. Mit Blick auf einen entsprechenden Vorschlag von Bundeswirtschaftsminister Bangemann, der heute dem FDP-Präsidium und morgen der FDP-Bundestagsfraktion erläutert werden soll, sagte Blüm: „Das Modell einer Grundrente widerspricht allen Prinzipien unserer Sozialpolitik.“ Sie wäre außerdem „nicht zu finanzieren“. Nach Schätzungen des Arbeitsministeriums „würde eine steuerfinanzierte Grundrente die Staatsausgaben um mindestens 150 Milliarden Mark pro Jahr steigen lassen“.

Das Gebot der Stunde sei eine „Renovation der Idee des Gemeinwohls und der Pflichten für die Allgemeinheit“. Blüm: „Wende kann nicht einen Salto rückwärts in die Pflege des Gruppenegoismus bedeuten.“ Auf das Koalitionsklima angesprochen sagte Blüm: „Wir brauchen eine Konzentration auf die wichtigsten Aufgaben.“ In der Wirtschafts- und Sozialpolitik heiße das: Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und Stärkung der Selbständigkeit und der Mitverantwortung. *„Die Gesellschaft ist in Gefahr* – nach dem Motto Rette sich wer kann –, in Gruppenegoismus zu zerfallen und den Staat zur Beute von Interessenten zu machen.“

In diesem Zusammenhang erwähnte Blüm eine Anzeige des Hartmannbundes, in der Ärzte gefragt würden, wieviele Mitarbeiter sie entlassen und wieviele Ausbildungsverhältnisse sie weniger schließen, wenn ein Kostendämpfungsgesetz komme. Blüm: „Mit der Angst um Arbeitsplätze Interessenstandpunkte zu munitionieren, ist ein Verfall von sozialstaatlichen Sitten.“

Unmißverständlich lehnte Blüm *die Rentenvorschläge Bangemanns* ab. Er nannte dafür „sechs Gründe“. Eine „Einheitsrente ist ein totaler Widerspruch zum Prinzip der Leistungsgerechtigkeit“. Die Rente sei eine Gegenleistung für früher gezahlte Beiträge. „Eine staatlich finanzierte Grundrente wäre ein Schlag aus der sozialistischen, inzwischen auch leicht grün angestrichenen Gulasch-Kanone.“ Sie wäre auch ein „Verstoß gegen das Solidaritätsprinzip“, das auf den Generationen aufbaue.

Blüm: „Es ist der personale Zusammenhang zwischen Jüngeren und Älteren, der die Rentenversicherung *konstituiert. Die Jüngeren finanzieren* die Alten und erwerben damit den Anspruch, von der nachfolgenden Generation genauso behandelt zu werden.“ Eine staatliche Grundrente lasse diese Solidarität „in die Anonymität des Steuertopfes versinken. Aber es gilt, die personalen, nicht die anonymen Strukturen in unserer Gesellschaft zu stärken“.

Eine Grundrente, so fügte Blüm hinzu, wäre außerdem ein „Verstoß“ gegen das auch von der FDP gewollte Subsidiaritätsprinzip. Die Idee der Sozialversicherung gehe von der solidarischen Selbstverwaltung aus. Blüm: „Staatlich finanzierte Grundrente ist eine Verstaatlichung der Renten. Der Zug muß aber in die entgegengesetzte Richtung fahren. Das Ziel ist eine sich selbst steuernde, von der Hektik des Gesetzgebers abgekoppelte Rentenversicherung.“

Eine Grundrente ließe sich zudem nur einführen, wenn die erworbenen und verfassungsrechtlich geschützten Ansprüche weiterhin ausgezahlt werden. „Das heißt, wir müßten für 80 Jahre zwei Systeme nebeneinander finanzieren, denn die Renten, die jetzt laufen, müßten weiterbezahlt

● **Fortsetzung Seite 12**

Reagans Bitburg-Besuch noch offen

„Abwartende Sorge“ in Bonn über amerikanischen Druck auf den Präsidenten

THOMAS KIELINGER, **Bonn**

Die inneramerikanische Debatte um den beabsichtigten Besuch Präsident Reagans auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Bitburg wird in Bonn mit „abwartender Sorge“ beobachtet, wie es ein Regierungsbeamter formulierte. Die Sorge bezieht sich auf einen möglichen amerikanischen Wunsch, die Bitburg-Visite doch noch aus dem Programm zu streichen, weil der unerwartet große *Druck in den USA dieses aus politischen* Gründen nahelegen könnte.

Regierungskreise in Bonn befürchten einen „schweren Rückschlag für die deutsch-amerikanischen Beziehungen“, sollte die Entscheidung gegen den Bitburg-Besuch – an dem plangemäß auch Bundeskanzler Kohl *teilnehmen soll – ausfallen.* Jubeln könnten nur die „15 Prozent berufsmäßiger Antiamerikaner“, wie sich ein hoher Beamter ausdrückte, während „die 85 Prozent der übrigen Deutschen mit Enttäuschung reagieren“ müßten. „Wir sind mit der Versöhnung in Deutschland weiter, als das in Amerika von manchen erkannt wird“, *sagte ein mit den Hintergründen* der Debatte Vertrauter. „Alle Generationen haben inzwischen in den 35 Jahren der Existenz der Bundesrepublik ihren Beitrag zu Frieden, Stabilität und Versöhnung geleistet. Ein Rückzug Reagans von der Bitburg-Feier könnte langfristig Animositäten wecken.“

Fatal wäre auch der Eindruck, so führte der Politiker aus, daß sich zwar Frankreichs Staatspräsident Mitterrand mit Bundeskanzler Kohl auf der Soldatengedenkstätte in Verdun zu einer Friedensdemonstration treffen, Reagan sich jedoch aus innenpoliti*schen Rücksichten nicht eine* ähnliche Freiheit nehmen könnte. In Bonn ist man sich durchaus der sensitiven Problematik bewußt, die in den USA gegen den Bitburg-Besuch anklingt. Doch hielte man es für besser, wenn sich das Weiße Haus zu einem zusätzlichen Termin, etwa in einer Synagoge oder in einer KZ-Gedenkstätte, *durchringen könnte,* und *nicht* den Bitburg-Besuch aufgeben würde.

Es war die deutsche Seite, die protokollgemäß noch im letzten Herbst die wichtigsten Termine vorgeschlagen, und dabei auch einen Besuch in München, unter Einschluß einer Feier in der KZ-Gedenkstätte Dachau, in Erwägung gezogen hatte. Doch das Weiße Haus winkte ab; der Präsident selber, wie er später ausführte, wollte während seiner Deutschland-Tage den Akzent auf die Zukunft und die Wiederversöhnung mit dem ehemaligen Kriegsfeind legen. Erst danach schlugen die deutschen Pro*grammplaner den Bitburg-Besuch* vor, der von Washington sofort akzeptiert wurde – offensichtlich unter Verkennung des zu erwartenden Proteststurms.

Polemische SPD-Töne gegen Schmidt

Warnung vor dem Gorbatschow-Moratorium stößt auf die Kritik des „Vorwärts“

GERNOT FACIUS, **Bonn**

In der SPD wird die Absetzbewegung von dem früheren Bundeskanzler und ehemaligen stellvertretenden Parteivorsitzenden Helmut Schmidt derzeit forciert. Schmidts eindringliche Warnung vor einem Eingehen des Westens auf die Moratoriums-Vorstellungen des neuen sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow, weil in einem solchen Fall die „enorme numerische Überlegenheit“ des Ostens bei den Mittelstreckenraketen festgeschrieben würde, stößt auf den Un*willen prominenter Sozialdemokraten.*

Symptomatisch für das Abdriften der SPD von den Positionen des ehemaligen Kanzlers ist die Kommentierung in der sozialdemokratischen Wochenzeitung „Vorwärts“ (Herausgeber Egon Bahr). Unter der Schlagzeile „Das Ziel heißt weiterhin Aufrüstung“ schreibt das SPD-Blatt in seiner jüngsten Ausgabe, die Reaktion der Politiker im Westen auf das Gorbatschow-Moratorium sei die gleiche wie bei früheren sowjetischen Vorschlägen, „jetzt natürlich auf weit höheren Niveau, auf höher gerüstetem Niveau, versteht sich. Das Niveau der Politik ist gleichgeblieben, gleich niedrig.“ Und dann folgt eine polemische Spitze gegen Helmut Schmidt: „Daß inzwischen Regierungen gewechselt haben, so in der Bundesrepublik, ändert an der Sprache nichts. Wie auch, wenn selbst der Vorgänger von Kohl – mal eben zwischen zwei Vorträgen aus Arkansas/USA – zu erkennen gibt, es stimme noch immer, was er schon immer gesagt habe.“

Egon Bahr stellt die These auf, unter dem neuen Mann im Kreml könnte es eine neue Ära geben und deshalb sei besondere Sorgfalt nötig, wie der Westen auf Gorbatschows ersten internationalen Schritt reagiere. „Was dazu bisher zu hören war, ist ziemlich töricht“, kommentierte Bahr und schließt in seine Kritik ganz offensichtlich seinen Parteifreund Schmidt ein. „Daß es eine sowjetische Überlegenheit auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen gibt, ist nicht neu. Es darf daran erinnert werden, daß der Doppelbeschluß diese numerische Überlegenheit gar nicht beseitigen will, sondern bei Vollzug 572 Systeme jedenfalls *für* ausrei*chend hält.* Mit Ziffern zu antworten auf eine einseitige Vorleistung ist dumm“ (WELT vom 13. 4.).

Generell plädiert Bahr für ein Eingehen auf den Kreml-Vorstoß: „Ich kann mich an keinen sowjetischen Vorschlag erinnern, der auf Anhieb für den Westen annehmbar gewesen wäre.“

Der „Spiegel“ zitierte den stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Horst Ehmke mit mildem Spott über Schmidt: „Ich freue mich, mal wieder etwas von Helmut Schmidt zu hören – wenn auch aus der Ferne.“

Schiiten hinter Anschlag vermutet

DW. **Madrid**

Die spanische Regierung verfügt nach eigenen Angaben über „viele Anzeichen“, daß hinter dem Explosionsattentat in einem Madrider Restaurant die schiitische Terrororganisation „Islamischer Heiliger Krieg“ steht. Eine Täterschaft spanischer Terrororganisationen wurde auf Grund vorläufiger Ermittlungen so gut wie ausgeschlossen. Bei dem Anschlag am Freitag waren in dem Steakhaus 18 Menschen getötet und 82 verletzt worden. Regierungssprecher Eduardo Sotillos fügte jedoch hinzu, daß es bisher keine absolute Sicherheit für die Täterschaft der Schiiten-Gruppe gebe, die sich neben anderen Organisationen am Samstag zu der Tat bekannt hat. Der bei dem Anschlag verwendete Sprengstoff sei in Spanien bisher kaum jemals von einer Terroristengruppe verwendet worden. Das bei der Explosion bis auf die Grundmauern zerstörte Restaurant war bei den 4500 auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Torrejon stationierten US-Soldaten sehr beliebt.

Überfälle auf britische Kumpel

DW. **London**

Sechs Wochen nach dem offiziellen Ende des einjährigen Bergarbeiterstreiks hat ein schwerer Zwischenfall in dem englischen Bergarbeiterdorf Thurcroft den Arbeitsfrieden belastet. Bergarbeiter, die schon vor dem offiziellen Ende des Streiks an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt waren, *sehen sich tätlichen Angriffen von* Kollegen ausgesetzt. So mußte Keith Mettan mit seiner Familie eine Nacht auf der örtlichen Polizeistation verbringen, weil mehr als 30 Bergarbeiter das Haus überfallen und die Familie angegriffen hatten. Durch eine Hintertür konnte Mettan entkommen *und die* Polizei alarmieren, während seine Frau von den Bergarbeitern geschlagen wurde. Die randalierende Menge, die das Hausinventar völlig zertrümmerte, zog sich erst zurück, als die Polizei eintraf.

Kohlechef Ian MacGregor sah sich gezwungen, allen britischen Bergarbeitern zu versichern, daß die Kohlebehörde alles tun werde, um ihre Angestellten zu schützen.

Ifo-Institut erwartet kräftiges Wachstum

DW. **München**

Die deutsche Industrie beurteilt nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung 1985 positiv, sondern sieht auch den kommenden fünf Jahren mit Zuversicht entgegen. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, bei Großunternehmen. Wichtig*ste Konjunkturstütze wird vorerst der* Export bleiben. Im kommenden Jahr werden Inlands- und Auslandsumsatz mit fünf Prozent aber dieselbe Wachstumsrate erreichen. Kräftige Zuwächse im Inlands- und Auslandsgeschäft erwarten vor allem die Investitionsgüterhersteller. Erheblich *nach oben revidiert wurden die* Investitionspläne für 1985. Die Planungen der Unternehmen sehen eine Aufstockung um 17 (Vorjahr acht) Prozent vor. Das Ifo-Institut leitet aus der Umfrage auch eine Zunahme der Beschäftigtenzahlen ab. Die Umsatz- und Produktionserwartungen bis 1989 haben sich seit der *letzten* Befragung 1984 deutlich verbessert.

Seite 13: Industrie optimistisch

DER KOMMENTAR

Niveau

ENNO v. LOEWENSTERN

Man fragt sich, ob die Dümmlichkeit oder die Schnoddrigkeit der SPD im Umgang mit ihrem ehemaligen Bundeskanzler Schmidt den Betrachter mehr bewegen muß. Ehmkes Spruch ist schon taktlos genug, aber Bahr trägt wohl wieder den Goldenen Wiedehopf für Anmaßung davon: Was zu Gorbatschows Moratoriums-Vorschlag „bisher zu hören war, ist ziemlich töricht. Daß es eine sowjetische Überlegenheit auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen gibt, ist nicht neu. Es darf daran erinnert werden, daß der Doppelbeschluß diese numerische Überlegenheit gar nicht beseitigen will, sondern bei Vollzug 572 Systeme jedenfalls für ausreichend hält. Mit Ziffern zu antworten auf eine einseitige Vorleistung ist dumm.“

Das stammt nicht aus einem Schulaufsatz, das erzählt uns jemand, der sich als „Abrüstungsexperte“ und neuerdings als „Friedensforscher“ feiern läßt. Selbstverständlich fragt jeder intelligente Mensch, ob eine „einseitige Vorleistung“ etwas bedeutet oder eine leere Geste zur Täuschung ist. Und selbst*verständlich kann*, wer *bis drei* und darüber hinaus zählen kann, den Wert der angeblichen Vorleistung nur an Hand von Ziffern ermitteln. Der sogenannte Experte müßte, wenn er schon sonst von ost- und militärpolitischen Fragen so voreingenommen ist, wenigstens wissen, warum die NATO justament 572 Mittelstreckenwaffen als notwendig errechnet hat – und nicht eine weniger. So daß also die von Bahr geforderte „konstruktive Beantwortung“ auf der Basis, daß noch kein Fünftel dieser Waffen bereit steht gegen bereits 1242 Sprengköpfe auf 414 SS-20-Raketen, offenkundig unmöglich ist.

Das Niveau der Politik ist gleich geblieben, gleich niedrig“, schreibt Bahrs „Vorwärts“ in anderem Zusammenhang. Man sieht, für welchen Bereich das zutrifft. Die Bahr-SPD leidet unter einem Pawlowschen Reflex, das Wasser im eigenen Munde zusammenlaufen zu lassen, wann immer die Moskauer Führung einen Köder *aushängt. Daß diesen Leuten* Schmidts Warnung nicht paßt (und daß ihnen infolge schmerzlicher persönlicher Erinnerungen Schmidt als solcher nicht paßt), versteht jeder. Aber daß sie nicht wenigstens die solidarische Contenance wahren kön*nen gegenüber dem Mann*, der sie jahrelang an der Macht zu halten wußte, das ist doch – na ja, auch eine Frage des Niveaus.

Alia ist neuer KP-Chef Albaniens

DW. **Tirana**

Die Wahl von Ramiz Alia zum neuen albanischen Staatschef ist von Beobachtern unterschiedlich kommentiert worden. Obwohl Alia als Mitglied des Politbüros einer der führenden Theoretiker und Förderer des stalinistischen Kurses Albaniens ist, gilt er gleichzeitig als der Pragmatiker in der Parteispitze, von dem zumindest auf wirtschaftlichem Gebiet eine vorsichtige Öffnung des Landes ausgehen könnte. Der 59jährige Politiker wurde am Samstag abend zum Nachfolger des verstorbenen Parteichefs Hodscha gewählt.

Alia, der als Staatspräsident seit 1982 fungiert und dem die Propaganda-Arbeit unterstand, hatte bei verschiedenen Anlässen die Einbindung Albaniens in Europa betont und zugleich öffentlich hervorgehoben, Albanien brauche moderne Technologie. Eine weitere wirtschaftliche Öffnung Albaniens gegenüber Ländern wie Griechenland, der Türkei und Italien wird somit für möglich gehalten. Unwahrscheinlich ist, daß sich der Parteichef für eine neue Ausrichtung der *albanischen Außenpolitik gegen*über Jugoslawien sowie den USA und der UdSSR einsetzen wird. Von Beobachtern wird darauf verwiesen, daß Tirana keine ausländischen Delegationen zur Beerdigung Hodschas eingeladen und das Kondolenztelegramm Moskaus als „unannehmbar“ zurückgeschickt hat. Alia, Jahrgang 1925, stammt aus einer moslemischen Familie in Nordwestalbanien. 1961 wurde er Kandidat des Politbüros, 1969 Vollmitglied. Seit 20 Jahren gehört er auch dem Sekretariat der KP Albaniens an.

Japan will US-Importe erleichtern

DW. **Washington**

Japan hat den Vereinigten Staaten eine schnelle Lockerung restriktiver Importbestimmungen zugesagt. US-Außenminister George Shultz sagte nach einem Gespräch mit seinem japanischen Amtskollegen Shintaro Abe, schon heute würden bilaterale Gespräche aufgenommen, um im Fernmeldebereich die Einfuhrbestimmungen zu überprüfen. Diese Verhandlungen sollten noch vor dem Wirtschaftsgipfel Anfang *Mai* abgeschlossen werden.

In Kürze würden auch Verhandlungen über strittige US-Ausfuhren bei medizinischen und elektronischen Geräten sowie Satelliten und Produkten der Forstwirtschaft aufgenommen. Im Gegenzug werde die Regierung weiterhin Bemühungen des Kongresses, gegen Japan protektionistische Maßnahmen zu ergreifen, angehen, sagte Shultz.

Abe versicherte, Japan fühle sich dem Freihandel verpflichtet. „Wir bestätigen heute, daß Japan und die Vereinigten Staaten gemeinsam die Verantwortung haben, Protektionis*mus zu bekämpfen und den freien* Handel zu fördern.“

Der Europäischen Gemeinschaft gehen die Zugeständnisse Japans nicht weit genug. Das erklärte der für die Außenhandelsbeziehungen zuständige belgische EG-Kommissar Willy de Clercq. Die jüngsten japanischen Ankündigungen für einen freieren Handel seien ihm bei aller Anerkennung zu sehr auf die USA zugeschnitten. Die EG habe bei einem Handelsdefizit mit Japan von elf Milliarden Dollar die gleichen Probleme wie die USA.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ein Brite im Osten

Von Bernt Conrad

Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe hat in Ost-Berlin, Prag und Warschau auf eindrucksvolle, teilweise sogar originelle Art bewiesen, wie man bei Osteuropa-Reisen den Wunsch nach besseren Beziehungen sehr effektiv mit dem Eintreten für Menschen- und Bürgerrechte verbinden kann.

Alle drei von Sir Geoffrey besuchten Regierungen hatten – nicht zuletzt angesichts des guten persönlichen Verhältnisses zwischen Margaret Thatcher und dem neuen Kremlchef Michail Gorbatschow – großen Wert darauf gelegt, sich mit britischem Wohlwollen schmücken zu können. Doch sie mußten erfahren, daß sie dafür einen Preis zu entrichten hatten. Er bestand darin, daß Frau Thatchers Chefdiplomat sich weigerte, jenseits des Eisernen Vorhangs irgendwelche Regeln stillschweigenden Wohlverhaltens einzuhalten.

So nahm Howe gegenüber der „DDR"-Regierung in Menschenrechtsfrage kein Blatt vor den Mund und prägte in einer Tischrede das wirkungsvolle Bild von der KSZE-Schlußakte als einem „Trompetenstoß", der „alle Mauern und Schranken zum Einsturz bringen könnte, die immer noch unsere Völker teilen".

In der tschechoslowakischen Hauptstadt wollte man den Briten von Kontakten mit Oppositionellen fernhalten. Da bediente er sich einer geradezu schwejkschen List: Abends sang er mit seinem Amtskollegen Chnoupek in einem Weinlokal fröhliche Lieder, während sich einige seiner Beamten unbemerkt entfernten, um mit Bürgerrechtlern der Gruppe „Charta 77" zu sprechen.

Der polnische Regierungschef Jaruzelski wiederum mußte es hinnehmen, daß Howe am Grab des ermodeten Priesters Popieluszkos Blumen niederlegte und zu einem Empfang in der britischen Botschaft auch fünf ehemalige Führer der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" einlud.

So kann man sich bei Besuchen im Ostblock also auch verhalten. Westliche Außenminister brauchen keineswegs um guter Beziehungen willen gute Miene zum bösen Spiel zu machen und alles das zu unterdrücken, was ihnen zum Thema Unterdrückung auf der Zunge liegt. Howes Beispiel sollte Schule machen.

Die Nase abschneiden

Von Paul Chardon

Von Khadhafi hat man schon die wundersamsten Dinge gehört. Er wollte den Suezkanal bombardieren, mit einem U-Boot die „Elizabeth II." versenken, einen Raketenschlag gegen die NATO-Stützpunkte der Südflanke führen. Den USA hat er praktisch den Krieg erklärt, wenn es auch seinen Kampfflugzeugen bei einem Angriff auf einen US-Kampfverband nicht sonderlich gut erging.

Nur ein arabischer Maulheld? Während Bonner Regierungssprecher noch beteuern, daß zwischen Khadhafis Morddrohungen gegen Oppositionelle und dem Mord an dem Libyer Denali in Bonn kein Zusammenhang erwiesen sei, hat der selbsternannte Mahdi sein neues Programm für Unterwanderung, Staatsterror und Umsturz verkündet:

„Der Sudan ist unser", teilte er einem Reporter der „New York Times" mit. „Wenn Reagan seine Nase da reinsteckt, wird sie ihm abgeschnitten." Wann er Tunesien besucht? „Nach der Befreiung", also nach dem Sturz des Präsidenten Bourguiba. Ob er in Tschad den 16. Breitengrad respektiert, die Interessengrenze zwischen den von ihm unterstützten Rebellen und den Truppen der von Frankreich unterstützen Regierung Habré: „Wer zog diese Linie? Wer hat das Recht, sie zu ziehen? Es gibt keine libyschen Truppen in Tschad. Wenn fremde Kräfte eingreifen, werden wir involviert, und dann werden wir jeden Breitengrad völlig ignorieren."

Khadhafi verteidigte zugleich die Mordaufrufe seines Piratensenders gegen Juden in Marokko und Tunesien; schiitische Fanatiker in Libanon erhalten von ihm Sprengstoff und Geld. Am beunruhigendsten ist aber Khadhafis neugeschaffene Terrorzentrale in Libyen. Das „Nationale Kommando der revolutionären Kräfte der arabischen Welt" soll in Nahost eingesetzt werden, aber auch anderswo „zurückschlagen", wenn es „angegriffen" wird.

Der Bonner Mörder Tarhoni dürfte einer der ersten Sendboten dieser Mordzentrale sein, mit der auch die Nidal-Gruppe in Damaskus zusammenarbeitet, die vielleicht brutalste aller palästinensischen Terrorverbände. Es scheint, daß der Staatsterror auf eine neue organisatorische Ebene gehoben wird.

Datenschutz für Mord

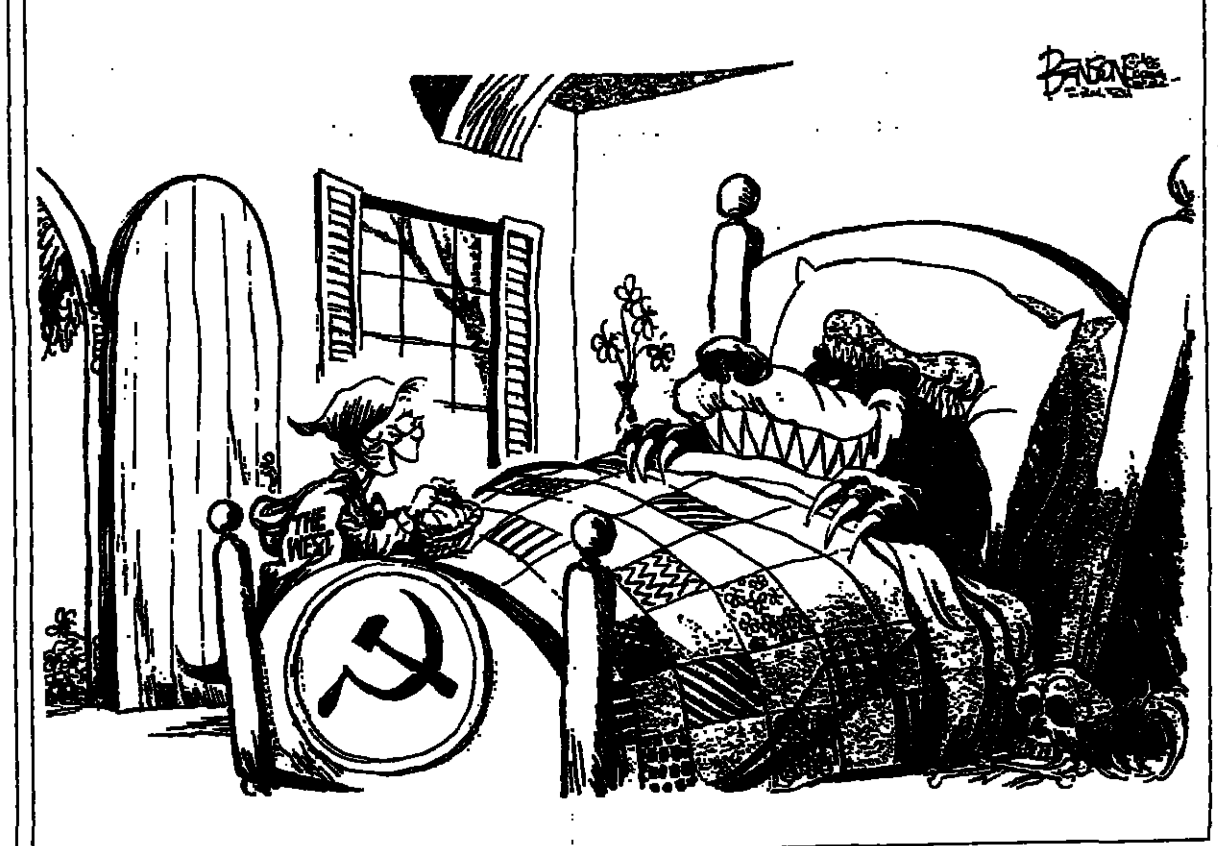
Von Eugen Wolmarshof

Einen Auftritt wie den des Düsseldorfer Innenministers Schnoor im Deutschen Fernsehen erlebt der kummergewohnte mündige Bürger doch wohl nicht alle Tage. Schnoor wurde gefragt, ob die Bonner Polizei nicht im Mordfall Denali versagt habe, da Informationen vorlagen, daß ein gedungener libyscher Mörder (namens „Tarhuni") unterwegs sei; die Polizei hatte keine Warnung an die Bonner Ausländerbehörde weitergegeben, die dem Libyer Fatahi Tarhoni anstandslos auf Antrag die Aufenthaltserlaubnis verlängerte, so daß er in Ruhe weiter nach seinem Opfer suchen konnte.

Schnoor bügelte das kalt ab: wenn, dann seien die Grenzschutzbeamten in Frankfurt schuld. Die hätten gewußt und nicht weitergegeben, daß Tarhoni eingereist war. Die Bonner Polizei habe keinen Anlaß gehabt, das Ausländeramt zu warnen, da sie nicht gewußt habe, daß Tarhoni im Land war.

Leider fragte der Interviewer nicht nach, warum die Hinweise auf „Tarhuni" nicht an sämtliche mit der Einreise von Ausländern befaßten Stellen weitergingen. Man erfuhr insbesondere nicht: wußte der Grenzschutz in Frankfurt überhaupt, daß „Tarhuni" im Verdacht stand? Warum haben die Bonner oder Düsseldorfer Dienststellen nicht auf alle Fälle die Ausländerbehörden verständigt, zumal da der Hinweis vom „Tatraum Bonn" sprach? Man hätte einen mordplanverdächtigen Libyer ohne Umstände ausweisen können. Oder, vielleicht noch besser, man hätte ihn beobachten und die Tat verhindern können.

Aber in diesem Lande ist nichts so erbittert bekämpft worden wie die „Beobachtende Fahndung" (Befa) der Polizei gegenüber Terroristen oder die Weitergabe von Erkenntnissen des Grenzschutzes über verdächtige Reisende. Bekämpft vor allem von der SPD. In deren Reihen niemand die Heiligkeit des Datenschutzes vor jedem Bürgerschutz energischer verficht als ein gewisser Herbert Schnoor (sofern es nicht gerade um Akten über einen politischen Gegner geht). Davon hörte man freilich in jenem Fernseh-Interview kein Wort. Wie viele Menschen müssen noch sterben, ehe ein Ausschuß des Düsseldorfer Landtags zur Untersuchung der Frage Datenschutz und Bürgerschutz am Beispiel Denali antritt?



„Ei, Großmutter Gorbatschow, was hast du einen großen Sinn für Humor und einen großen Reformwillen und große Zähne . . ." ZEICHNUNG BENSON/THE ARIZONA TRIBUNE

Zweite Chance am Potomac

Von Horst-Alexander Siebert

Wie schwierig es ist, die schlagseitigen weltwirtschaftlichen Stabilisierungserfolge festzuzurren, damit sie beim nächsten Konjunkturtief nicht über Bord gehen, hat das jüngste Treffen der 24 westlichen Indutriestaaten in Paris gezeigt. Statt Nägel mit Köpfen zu machen und den Freihandel durch eine schnelle Liberalisierungsrunde abzusichern, scheiterte ein möglichst frühes Datum am Streit über die Verquickung mit währungspolitischen Lösungen. Der Eindruck ist nicht falsch, daß über den Atlantik und Pazifik hinweg niemand den Absichten des anderen traut.

Eine zweite Chance erhalten die Regierungen in dieser Woche, wenn in Washington das Interimskomitee des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Entwicklungsausschuß der Weltbank zusammentreten. Die erste Großkonferenz dieser Art, in der Deutschland durch die Minister Stoltenberg und Warnke sowie Bundesbankpräsident Pöhl vertreten ist, war auf dem Londoner Wirtschaftsgipfel beschlossen worden, um sich eingehender mit den Problemen der Dritten Welt zu beschäftigen und endlich einen Zusammenhang zwischen der globalen und nationalen Wirtschaftsentwicklung herzustellen.

Was am Potomac gschieht, ist eine logische Fortsetzung des Gerangels an der Seine. Denn neben der Verschuldung mit Schwerpunkt Lateinamerika und den internationalen Kapitalbewegungen stehen der Welthandel und die protektionistischen Gefahren mit Ausrufezeichen versehen auf der Agenda. Ein Bogen zu den nationalen Wirtschaftspolitiken wird wiederum durch die geplante erweiterte Überwachung im Rahmen des IWF geschlagen. Ein anderer Diskussionspunkt ist die künftige Rolle der Weltbank. Zum erstenmal legt der Fonds überdies, um die weltwirtschaftliche Lageanalyse zu erleichtern, mittelfristige Konjunkturprognosen vor.

Wenn trotzdem die Erwartungen auf einen Konsens auch in Washington gedämpft sind, dann deshalb, weil die gerade durchlebten Krisen eine irreale Qualität angenommen haben. Angesichts einer Weltwirtschaft, die hinter dem Schleppdampfer USA in Fahrt kommt, und einer einigermaßen kontrollierten Verschuldung glauben sich viele Politiker nicht mehr unter Zeitdruck. Unbequeme Eingriffe können auf später verschoben werden.

Das aber ist ein großer Irrtum. Das Kernproblem läßt sich auf diesen Nenner bringen: Die Zukunft der Weltwirtschaft hängt ab von umgerechnet dreitausend Milliarden Mark, mit denen die Dritte Welt bei den Industrienationen in der Kreide steht. Davon sind etwa vierzig Prozent Forderungen der privaten Banken. Tilgungen und Zinsendienst lassen sich nur sicherstellen, wenn die Industriestaaten ein ausreichendes inflationsfreies Wirtschaftswachstum aufrechterhalten und die Realzinsen senken. Die Entwicklungsländer müssen andererseits für gesunde Anpassungsprogramme und Umschuldungen sorgen.

Hier liegt der Haken. Er verhindert unmittelbare Entscheidungen, weil zugleich ein wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf besteht. So ist eine Einigung darüber erforderlich, wie das abflachende Wachstumstempo in Amerika durch stärkere Aufschwünge andeswo ausgeglichen werden kann. Das ist eine unerläßliche Bedingung; denn nach Kalkulationen der Weltbank läßt sich die Verschuldung nur bewältigen, wenn das Wertschöpfungsplus in den Industrienationen als Gruppe jährlich mindestens drei Prozent nach Abzug der Inflation beträgt. Der IWF sagt jedoch einen Rückgang der Wachstumsrate von fünf auf nur etwas mehr als drei Prozent voraus, die ohne durchgreifende Korrekturen von 1985 bis 1990 gelten soll. Die kritische Grenze ist also nahe.



Was Westeuropa beitragen kann: Shultz FOTO: HIERES/STUDIO X

Was zu tun ist, liegt auf der Hand; US-Außenminister Shultz hat es in seiner Princeton-Rede am Donnerstag noch einmal unterstrichen: Amerika muß sein gewaltiges Haushaltsdefizit reduzieren, da es Zinsen und Dollarwert hochhält, ausländische Ersparnisse in großem Umfang ansaugt und den Passivsaldo in der Handelsbilanz aufbläht. Westeuropa fällt die Aufgabe zu, Investitionen und Innovationen durch steuerliche Anreize und Beseitigung der Rigiditäten auf den Märkten attraktiver zu machen. Japan versucht, die Vollbeschäftigung nicht durch Exporte, sondern durch mehr Konsum zu Hause zu zementieren. Außerdem öffnet Tokio die Importschleusen.

Dies wäre der wirtschaftspolitische Idealzustand, der in den Industriestaaten insgesamt ein weitaus stärkeres Wachstum und eine weiche Landung nicht nur für die USA garantieren würde. Die Dritte Welt könnte mehr Waren exportieren, den Schuldendienst besser bedienen und die verbleibenden Devisen für dringend benötigte Einfuhren verwenden, was wiederum Jobs in den Instrienationen schafft. Mit ihrer wiedergewonnenen Kreditwürdigkeit erhielten die Entwicklungsländer zudem Auslandskapital in Form neuer Bankkredite und Direktinvestitionen. Der alte Kreislauf wäre wiederhergetellt.

Zum Träumen ist es jedoch noch zu früh. Abgesteckt werden am Potomac im günstigsten Fall Leitlinien – so für die Behandlung der offizellen Schulden oder das Verhältnis IWF und Geschäftsbanken. Ein heißes Eisen bleibt die auf wirtschaftspolitische Konvergenz gerichtete Überwachung der Mitgliedstaaten. Ermutigend ist indes die Geprächsbereitschaft der USA über das Währungssytem. Hinsichtlich des Handlungsbedarfs können aber nur die Staats- und Regierungschefs den Knoten lösen – vermutlich noch nicht einmal auf dem Bonner Gipfel.

IM GESPRÄCH Roman Bratny

Der Sänger des Regimes

Von Joachim G. Görlich

Während fast alle bedeutenden polnischen Schriftsteller dem neuen Literatenverband fernbleiben, ob sie nun in die innere oder äußere Emigration gingen – der 63jährige Roman Bratny gehört neben dem Science-fiction-Autor Stanislaw Lem und dem Linkskatholiken Jan Dobraczynski zur Troika der Anpasser aus der ersten Literatengarnitur. Bratny übertrifft jedoch die beiden Kollegen mit seinen Rechtfertigungs-Arien. Sein unlängst erschienenes vulgäres Pamphlet „Ein Jahr im Sarg", als Abrechnung mit Polens „Solidarność"-Gewerkschaft und Opposition gemeint, ist tatsächlich eine beschämende Selbstentblößung, in der die polizeiliche Ermordung eines Junglyrikers zum Selbstmord umfunktioniert wird.

Ein Exilkritiker bezeichnete Bratny als „Schnauze der Heuchelei". Selbst regimetreue Kollegen im Lande finden dieses Buch, das in einer Erstauflage von hunderttausend Exemplaren von einem Staatsverlag auf den Markt gebracht wurde und sich (obwohl als gymnasiale Pflichtlektüre und in Kasernen dringend empfohlen) zum ersten Bratny-Ladenhüter entwickelt, eher peinlich. Der Autor der „Kolumbusse" hat sich damit ein fragwürdiges Denkmal in Polens Literaturgeschichte gesetzt. Als in Polen ein Hauch von Demokratie wehte, lag Bratny nach eigener Auffassung zehn Monate „im Sarg".

Der in Krakau geborene Bratny hat mit seinem Gönner Jaruzelski einiges gemeinsam: Der Vater war Kavallerieoffizier (im Zweiten Weltkrieg Offizier der nichtkommunistischen Untergrund-„Heimatarmee" AK), er liebt das Reiten, die Jagd, den Luxus. Bratny geriet selbst als AK-Offizier in deutsche Gefangenschaft. Vorher war er Redakteur einer illegalen Kulturzeitschrift gewesen und hatte mit ersten Gedichten debütiert. Schon im Offiziers-Gefangenenlager gelangte Bratny vor Freunden zur Feststellung: „Stalin kann man nicht besiegen." Man müsse sich folglich anpassen.

Im Gegensatz zu anderen Kameraden kehrte er ins kommunistische Polen zurück, was für Leute seiner Provenienz nicht ungefährlich war. Wie er sich bei den Kommunisten einkaufte, bleibt ein Geheimnis. Zur Verwunderung seiner Bekannten wurde er zum Studium an der Warschauer „Akademie für politische Wissenschaften" zugelassen, zu der damals nur Leute mit lupenreiner, proletarisch-kommunistischer Vergangenheit Zugang hatten.



Die „Solidarność" als Faschisten beschimpft: Ex-Erfolgsautor Bratny FOTO: DPA

1948 durfte er dann in die KP eintreten. Nach Abschluß des Studiums im Jahre 1950 begann sein Höhenflug durch Redaktionen, Verlage und Rundfunkhäuser des kommunistischen Polen. Bratny wurde mit diversen Literaturpreisen überhäuft. Während der „Tauwetter"-Periode erreichte Bratny, daß die polnischen Leser ihm seinen einstigen Stalinismus und Sozrealismus vergaben. Er wurde ein gefragter Schriftsteller, seine Werke wurden bald auch im Westen, auch in Deutschland, übersetzt. Aber wer Oppositionelle und „Solidarność"-Gewerkschafter als „Sch . . . kerle" und „Dummköpfe" bezeichnet, sie als „Faschisten und Banditen" etikettiert und rät, allen Regimekritikern „in die Schnauze der Heuchelei zu schlagen", der hat sich aus Polens Literatur selbst ausgebootet.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Sie bemerkt zum Streit um Reagans Wunsch, auf dem deutschen Soldatenfriedhof Bitburg einen Kranz niederzulegen:

Es ist schlicht unbegreiflich, wie man diese Absicht „peinlich und befremdlich" nennen kann. Und es ist infam, dem Präsidenten zu unterstellen, seine Geste sei eine bewußte oder unbeabsichtigte Brüskierung der Millionen anderer Toten, die Hitlers Wahnsinn gefordert hat. Ist es denn denkbar, daß wir nun, vierzig Jahre nach dem Krieg, zwischen guten, besseren und bösen Toten unterscheiden müssen? Fielen die Sowjetsoldaten vielleicht für Herrn Stalin? Und verdienen die Millionen deutscher Gefallener, die vom Massenmörder Hitler für die schlechteste Sache der Welt mißbraucht wurden, nicht die Tränen ihrer Mütter, Frauen und Kinder?

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung schreibt zum zehnten Jahrestag des Beginns des Libanon-Konflikts:

Zehn Jahre nach Ausbrechen des Krieges hat die Landschaft Libanons sich grundlegend verändert. Die Schiiten des Südens haben unter dem Einfluß der iranischen Revolution und des iranisch-irakischen Krieges eine Autorität erlangt, die nur schwer zu brechen sein wird. Ebenso erlauben die vom Eingreifen der israelischen Armee auf ihrem Gebiet unterstützten Drusen sich heute die Kabinettssitzungen zu boykottieren, obwohl sie nur ein Zehntel der Bevölkerung darstellen. Und schließlich sind die seit zwei Monaten gespaltenen Christen nicht mehr in der Lage, die Legalität innerhalb der Regierung zu erhalten. Wird Präsident Gemayel das Wesentliche retten können?

THE OBSERVER

Die britische Sonntagszeitung schreibt zur Reise von Außenminister Howe in die „DDR", die Tschechoslowakei und Polen:

Bei seiner kurzen Reise nach Osteuropa hat Sir Geoffrey beachtenswerte – und für einige unerwartete – politische Geschicklichkeit gezeigt. Er war freundlich, aber direkt zu den Regierungen der DDR, der Tschechoslowakei und Polens und machte gleichzeitig die ablehnende britische Haltung gegenüber der Tatsache klar, daß diese Länder die in der Schlußakte von Helsinki festgehaltenen Menschenrechtsbestimmungen nicht verwirklicht haben. Er hat die Chance wahrgenommen, in diesen Ländern mit den tapferen und allein dastehenden Seelen zu reden, die ihre Freiheit riskieren.

Mannheimer MORGEN

Zu Bangemanns Rentenvorschlag heißt es:

Bei Bangemanns Vorschlag, die Altersrenten in drei Teile zu zerlegen und jedem eine einheitliche Sockelrente zuzuteilen, fragt man sich verwirrt, wo hier der liberale Wesenskern zu finden ist. Bangemanns Drei-Klassen-Rentenrecht liefe, weil die Höhe des Basisteils das eigentliche Politikum wäre, eher auf Gleichmacherei hinaus, und weil das Geld dafür aus der Bundeskasse kommen müßte, wäre es nicht zu finanzieren.

Die Privatisierung und die Ausnahme Lufthansa

Warum sollte der Airbus es nicht aus eigener Kraft schaffen? / Von Heinz Heck

Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, die Beteiligung des Bundes am Grundkapital der Deutschen Lufthansa (DLH) herabzusetzen . . . Um den Einfluß des Bundes auf das Unternehmen, das mit dem Fluglinienverkehr Aufgaben staatlicher Daseinsvorsorge wahrnimmt, in angemessener Weise ausüben zu können, wird eine Beteiligung von mindestens 75 Prozent für geboten gehalten." So Staatssekretär Alfred Bayer vom Bonner Verkehrsministerium auf Fragen des SPD-Abgeordneten Klaus Daubertshäuser am 16. August 1983 (die Bundesbeteiligung an der Lufthansa betrug und beträgt 79,9 Prozent).

Bayers Aussage ist nicht mehr ganz frisch. Ist sie dennoch durch die einstimmige Kabinettsentscheidung über die Teilprivatisierung von Bundesunternehmen vom 26. März 1985, bei der gerade die Lufthansa wegen des CSU-Widerstands ausgeklammert worden war, bestätigt worden?

Die Antwort lautet weder ja noch nein, sie lautet vielmehr ja und nein. Für Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg ist die Bayer-Äußerung überholt: „Ich halte meinen Vorschlag, die Bundesbeteiligung auf 55 Prozent zurückzuführen, voll aufrecht", erklärte er am Tag nach der Kabinettsentscheidung in einer von der FDP-Fraktion initiierten Bundestagsdebatte.

Er sagte es vor allem an die Adresse des einzigen CSU-Redners in der Aussprache, Erich Riedl. Nicht ohne Grund. Denn der Mann aus Bayern hatte ganz im Sinne des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß wie des Innenministers Friedrich Zimmermann kurz zuvor erklärt: „Für uns gilt bis heute das, was die Bundesregierung in einer Antwort am 16. August 1983 auf eine parlamentarische Anfrage erklärt hat." Zu dumm nur, daß Riedl seinen interessierten Zuhörern die Erläuterung dafür schuldig blieb, wen er mit „uns" meinte.

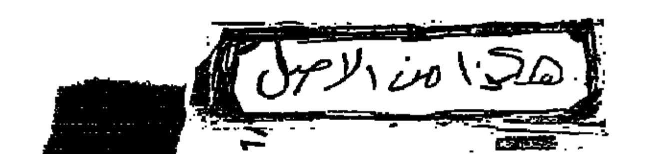
Zumindest die gesamte CSU. Denn von dort sind bisher nur Vorbehalte gegen die von Stoltenberg geplante Verringerung des Bundesanteils an der Lufthansa bekannt geworden (bei all dem Hickhack droht unterzugehen, daß es sich lediglich um eine bescheidene Senkung auf 55 Prozent handelt, die Mehrheit also auch dann noch beim Bund verbliebe). In kategorischer Form, verbunden mit „grundsätzlichen Einwendungen gegen das Privatisierungskonzept", hat dies erst Ende Januar Zimmermann in einem Schreiben an den „sehr geehrten Herrn Kollegen" Stoltenberg getan. Das hinderte den Adressaten nicht daran, im Bundestag jetzt von einem „alten, überholten Schreiben des Kollegen Zimmermann" zu sprechen.

Sind die Bedenken, die Zimmermann hier nicht so sehr in seiner Eigenschaft als Innenminister, sondern eher als Sprecher der CSU vorgetragen hat, völlig ausgeräumt? Wenn dem so sein sollte, würde man es sehr gern vom Verfasser selbst vernehmen. Solange dies nicht geschieht, erinnert die Privatisierungsdiskussion in der Union verzweifelt an die Kernenergiedebatte früherer Tage in der SPD, als es darum ging, mit Schmidt für und mit Eppler gegen Kernenergie zu sein.

Eine gemeinsame Plattform ist gefragt – und dringend vonnöten, wenn im Rest der Legislaturperiode noch überzeugende Ergebnisse herauskommen sollen. Die Plattform hatte der Bundeskanzler bereits am 4. Mai 1983 in seiner Regierungserklärung geliefert, als er sagte: „Eine Wirtschaftsordnung ist umso erfolgreicher, je mehr sich der Staat zurückhält und dem Einzelnen seine Freiheit läßt. Die soziale Marktwirtschaft ist wie keine andere Ordnung geeignet, die Gleichheit der Chancen, Eigentum, Wohlstand und sozialen Fortschritt zu verwirklichen. Wir wollen nicht mehr Staat, sondern weniger; wir wollen nicht weniger, sondern mehr persönliche Freiheit."

Angesichts des sehr grundsätzlichen Widerstands aus Bayern drängt sich die Frage auf, ob der Kanzler einst im Mai nur für die Koalitionspartner CDU und FDP, nicht aber die CSU gesprochen hat. Betrachtet man deren staatliche Unternehmenspolitik in Bayern, wo sie allein entscheidet, so bestätigt sich der Eindruck einer eher merkantilistischen, nicht aber liberalen Politik. Dabei sollte auch die CSU mit Argumenten für die Stoltenberg-Linie zu gewinnen sein. Strauß wendet ein, daß die Lufthansa von ausländischer Seite aufgekauft werden und daß das auf die Beschaffung (Airbus oder Boeing) durchschlagen könnte, und daß Landerechtsfragen vom Staat für eine staatliche Gesellschaft verhandelt werden müßten. Aber man kann in der Lufthansa-Satzung festlegen, daß nur Inländer die Aktien kaufen dürfen (Modell Swissair). Natürlich verhandelt jeder Staat über die Landerechte auch seiner privaten Fluggesellschaften. Und wenn der Airbus sich wirklich nicht dank eigener Qualität durchsetzen könnte, wer sollte ihn dann wie und wo aus wessen Steuergeldern subventionieren?

Der Finanzminister hat vorgerechnet, daß in der sozialliberalen Ära, von 1970 bis 1982, den Bundesunternehmen 4,2 Milliarden Mark „aus Steuermitteln oder auf Pump" (im letzteren Fall also auch zu Lasten des Steuerzahlers, nur mit Verzögerung) zugeführt werden mußten. Mit der von Stoltenberg eingeleiteten Sanierung der Bundesunternehmen läßt sich also Subventionsabbau betreiben, und gerade in diesem Punkt hat die Koalition noch erheblichen Nachholbedarf – neben der Privatisierung.



Die Exporteure schreckt der fallende Dollar nicht

Der Höhenflug des deutschen Exports wird häufig mit dem starken Dollar erklärt. Seit einiger Zeit fällt nun der Dollar-Kurs. Die drei Mark sind schon fast wieder erreicht. Sind damit die deutschen Export-Erfolge gefährdet?

Von JOACHIM GEHLHOFF und JOACHIM WEBER

„Fällt der Dollar, sinken auch unsere Kosten." Auf diesen simplen Generalnenner läßt sich die Position der deutschen Stahlindustrie an der Währungsfront grob vereinfachen. Der Branchenführer Thyssen (ein Drittel der deutschen Stahlerzeugung) lieferte dafür unlängst (bei noch ungebrochener Dollar-Hausse) den „Beweis aus dem Gegenteil":

Pro zehn Pfennig Dollar-Verteuerung, so rechnete Thyssen fürs eigene Haus vor, habe man pro Jahr ein Kostenplus von 40 Millionen Mark. Dies bereits als Saldo aus besseren Mark-Erlösen beim Stahlexport und höheren DM-Einstandspreisen für die wichtigsten Kostengüter – Erze und Legierungsmetalle, die fast ausschließlich aus Importen stammen, und die heimische Kokskohle. Letztere wird für die Hüttenwerke durch Steuergeld auf den niedrigeren Weltmarktpreis herabsubventioniert, wird für die Hütten also teurer, wenn der Dollar steigt.

Umkehrschluß: Pro zehn Pfennig Dollar-Verbilligung sparen per Saldo und pro Jahr Thyssen 40 und die Branche 120 Millionen Mark an Aufwand. Eine Rechnung freilich, die auf wackeligen Beinen steht. Vor allem zweierlei bleibt dabei unberücksichtigt: Erstens die Tatsache, daß mit sinkendem Dollar und entsprechender Mark-Aufwertung die Exportchancen großer Stahlverbraucher wie Auto-Industrie und Maschinenbau sinken und Absatzschwund für die Stahlwerke bringen könnten. Zweitens der Umstand, daß die ohnehin nicht in den USA ansässigen Erz- und Legierungsmetall-Lieferanten bei anhaltendem Dollarkursabstieg mit Sicherheit darauf dringen werden, ihre Rechnungen in gegenüber dem Dollar aufgewerteten Währungen (zum Beispiel in Mark) auszustellen oder ihre in Dollar berechneten Preise zu erhöhen.

Nachhaltige Kostenminderung, meinen deshalb die deutschen Stahlproduzenten, könnten sie aus billigerem Dollar denn doch nicht erwarten. Sie finden das um so ärgerlicher, als sie von der Dollar-Hausse mit ihrem Produktabsatz in die Dollar-Region nur begrenzt partizipierten. Denn auf den auch beim Stahl weltgrößten „nationalen Markt" der USA mit seinem um gut ein Viertel über dem Europa-Niveau liegenden Stahlpreisen können sie, weil seit Jahren ein Selbstbeschränkungs-Abkommen zugunsten der US-Stahlerzeuger die Lieferungen limitiert, nur sehr eingeschränkt vom Dollar-Höhenflug profitieren.

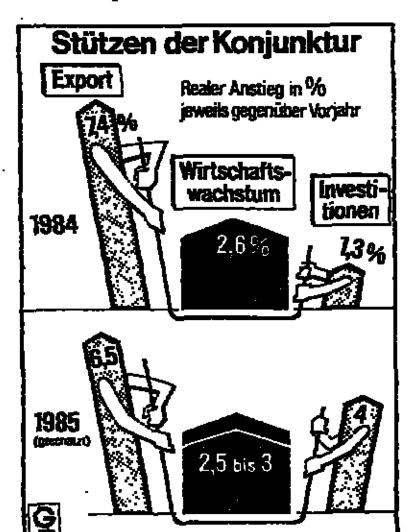
„Auch ein Dollarkurs von weniger als drei Mark bringt uns nicht ins Wanken." Mit solcher Aussage unterstreicht der Bayer-Konzern die Gelassenheit, die bei den besonders stark vom Auslandsgeschäft lebenden deutschen Chemie-Unternehmen vorherrscht. Gravierende Einbußen befürchten sie nicht. Zwar schafften die Chemie-Firmen 1984 ihre gut 140 Milliarden Mark Umsatz erstmals zu mehr als der Hälfte aus Exporten und machten zusätzlich noch 50 Milliarden Mark Umsatz bei ihren Auslandstöchtern. Doch sind, grob geschätzt, nur rund 25 Prozent ihrer Umsätze von 140 Milliarden Mark vom Dollar abhängig. Zum anderen kann die Branche sich darauf berufen, auch bei einem Dollar-Kurs von 1,80 Mark eine Exportindustrie gewesen zu sein.

Gegen die Theorie der starken Währungsimpulse spricht nach Ansicht der Experten im Verband der Chemischen Industrie auch die Tatsache, daß die Exporte auch in Länder des Nicht-Dollar-Raums 1984 kräftig zugenommen haben. So nahm Großbritannien 26 Prozent mehr Chemieprodukte ab, obwohl das Pfund gegenüber der Mark sogar nachgab. Auch die Ostblock-Ausfuhren nahmen um 18 Prozent zu.

Ein weiteres Argument gegen die Dollar-These: Nicht nur die Exporte in den Dollar-Raum machten kräftige Sprünge nach oben, auch die Importe von dort zeigten steil aufwärts. So nahmen die deutschen Chemie-Einfuhren aus den USA trotz des teuren Dollars noch um fast 23 Prozent zu, die aus Kanada (Export: plus 8 Prozent) stiegen sogar um 30 Prozent. Damit bestätigte sich selbst unter den extremen Währungsbedingungen, daß die wichtigsten Exportkunden der Chemie auch ihre stärksten Import-Konkurrenten sind.

Für die Chemie wie auch für die anderen auslandsorientierten Branchen Maschinenbau und Elektro-Industrie gilt ohnehin, daß weit mehr als die Hälfte ihrer Ausfuhren in die europäische Nachbarschaft gehen. Die Anteile der USA dagegen sind trotz der hohen Zuwachsraten des vergangenen Jahres insgesamt recht moderat geblieben. So kommt die Chemie gerade auf 6 Prozent ihrer Exporte, die Elektro-Industrie (nach einem Zuwachs um 41 Prozent) auf rund ein Achtel.

Einig ist man sich in allen Branchen, daß die Währungsbewegung den Unternehmen zwar noch zu einem „Schnaps obendrauf" verholfen hat, daß es aber im wesentlichen an der starken Entwicklung der Nachfrage in den USA und den anderen großen industriellen Abnehmerländern gelegen hat, wenn der Export so kräftig zulegte.



Vor allem der Export belebte 1984 die Wirtschaft in der Bundesrepublik. Auch für 1985 herrscht in diesem Bereich Optimismus.

So kann der Maschinenbau darauf verweisen, daß Zuwächse im US-Geschäft keineswegs erst eine Erscheinung der Dollar-Hausse sind, sondern seit acht Jahren ununterbrochen die Branchen-Entwicklung kennzeichnen. Wo allerdings für alle Branchen der Dollarkurs klare Schützenhilfe gegeben hat: auf den Drittmärkten, in der Angebots-Konkurrenz mit Firmen aus dem Dollar-Raum.

Insgesamt sieht man die jüngste Entwicklung also mit großer Gelassenheit, zumal der Dollar noch längst nicht wieder auf dem Niveau von 1984 angelangt ist, zu dem die vermeintlich großen Coups gelangen. So ging in die stolze Bilanz des Bayer-Konzerns für 1984, die im USA-Geschäft ein Plus von 28 Prozent auf reichlich 11 Milliarden Dollar aufweist, der Dollar erst mit einem Jahresdurchschnittskurs von 2,85 Mark ein, nach 2,56 Mark im Jahr zuvor. Und es gibt eine ganze Reihe von Unternehmen, die ihre interne Export-Kalkulation auf Kursen noch deutlich unter dieser Marke rechnen und alles, was der Markt zusätzlich hergibt, als vorübergehende „windfall profits" mitnehmen – der Rückgang ist also schon einkalkuliert.

Sorgt der Kursrückgang mithin nur für Bewegung in den Unternehmens-Bilanzen? Den Verbrauchern macht der Einzelhandel keine großen Hoffnungen auf Preissenkungen. „Die Dollar-Folgen für die Konsumgüterpreise sind nicht sonderlich groß", heißt es bei der Kölner Außenhandelsvereinigung des deutschen Einzelhandels. Sie münzt dieses Urteil zur jüngsten Dollarkurs-Entwicklung vor allem auf den kurzfristigen Aspekt. Zwar stammen nach ihren (nicht überall im Einzelhandel akzeptierten) Berechnungen zirka 45 Prozent des im „institutionellen" Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeuge, Brennstoffe, Apotheken) erzielten Umsatzes aus Importwaren und diese zu 40 Prozent des Import-Einkaufswertes aus dem „weiteren Dollarraum". Konkreter: vornehmlich von in Dollar fakturierenden Ostasien-Lieferanten. Aber langfristige Bezugskontrakte und Kurssicherungs-Geschäfte ließen da starke Dollar-Schwankungen zumindest kurzfristig ohne Wirkung. Immerhin: Der starke Dollar habe bislang die Ostasien-Ware deutscher Händler gleich zweimal, und zwar stark verteuert – einerseits aus der Mark-Schwäche und andererseits aus der Tatsache, daß die Amerikaner dort „die Märkte leerkauften" und auch den Dollar-Preis der Waren emportrieben.

Recht deutlich reagierten die deutschen Einkäufer darauf schon 1984 mit Umschwenkungen ihrer Bestellungen auf „EG-Randländer" wie Portugal, Spanien, Türkei und die europäischen Staatshandelsländer. Ein unmittelbarer Preissenkungseffekt aus sinkendem Dollarkurs scheint deutschen Einzelhändlern auch deshalb unwahrscheinlich, weil der Anteil reiner US-Importware in ihren Sortimenten sehr gering ist. Eine Prognose, ob aus Dollar-Kursfall und darob sinkenden deutschen Exportchancen auch die Masseneinkommen zu Lasten des Einzelhandels tangiert werden, wagt in der Branche noch niemand.



Zum österlichen Brauch der russisch-orthodoxen Kirche gehört die Segnung der traditionellen Osterspeisen. Die Gläubigen bringen die „Pascha", eine Quarkspeise mit Rosinen, und den „Kulitsch", ein Hefegebäck, sowie rotgefärbte Eier am Ostersamstag in den Kirchhof. Dort besprengt der Pope die Speisen mit Weihwasser. Schon eine Woche vor Ostern waren diesmal in Moskau der Quark ausgegangen und die Butter knapp geworden. Auch in den Läden wurde also spürbar, daß die christliche Tradition noch sehr lebendig ist. FOTO: DPA

„So viele waren es noch nie"

Ostern in Moskau: Die Kirchen sind überfüllt – obwohl das Regime sich um Ablenkung bemüht, obwohl sich Gläubige nicht beliebt machen.

Von R.-M. BORNGÄSSER

Zehn Uhr abends, es herrschen Temperaturen um null Grad, schmutzige Schneereste säumen die Straßen. Der Weg zum Altgläubigen-Zentrum Rogoschskoj mit seinen vier Kirchen im Osten Moskaus ist an diesem Samstagabend nicht zu verfehlen.

Je näher man der kirchlichen Stätte kommt, je enger wird der Kordon der Miliz-Soldaten. Ganze Bataillone sind aufgeboten, Metallgitter umschließen das Terrain. Durch ein Spalier von Uniformierten muß man hindurch. Die Alten und die Fremden läßt man passieren. Die Jungen werden aufgehalten. „Geh' heim, Genosse, du hast hier nichts verloren", herrschen die Miliz-Soldaten einen jungen Mann an, drängen ihn zurück hinters Gitter. Nur die ganz Wagemutigen reißen sich los, setzen trotzig ihren Weg fort.

Ein Komsomol riskiert noch immer allerhand hierzulande, wenn er sich als gläubig bekennt. Karrierefördernd ist so ein Bekenntnis wahrlich nicht. Schon jetzt, zwei Stunden vor der Osterfeier, ist die Hauptkirche fast gefüllt. Vorwiegend sind es alte Frauen mit bunten oder weißen hohlsaumgeschmückten Kopftüchern, die mit weit ausholender Geste das Kreuz schlagen. In ihren Händen eine Kerze, dünn wie ein kleiner Finger, rot, an das Blut Christi erinnernd. Mit ihren Klappstühlchen stellen sie sich hinter die Samtkordel, die sie von der Ikonostase trennt. Ihre glanzlosen Augen richten sich fest auf ein bestimmtes Heiligenbild. Sie pressen die zusammengelegten Finger gegen das Tuch auf der Stirn, gegen die Schulter oder den Leib, flüstern dazu, beugen sich stehend oder fallen auf die Knie.

Der Priester singt seine schwermütigen Litaneien vor der goldenen Wand mit den Heiligenbildern, die von zuckenden Kerzenflammen erhellt werden. Dann antworten ihm die zittrigen, dünnen Diskantstimmen der Greisinnen. Die Zeit verrinnt. Immer mehr Gläubige drängen in die Kirche, aber man spürt nun auch immer häufiger die Blicke der „Ordnungsmänner", die sich in Zivil unter die Betenden gedrängt haben. Die Kerzen auf den gewaltigen Kronleuchtern werden entzündet. Der Gesang der Priester wird eindringlicher, der Chor der Betenden fester.

Unter heftigem Glockengeläut vom Glockenbalken im Vorraum beginnt die Oster-Prozession. Voran die Popen in ihren silber- und goldstrotzenden Gewändern, gefolgt von Priestern und Diakonen, dann die Kirchenvorsteher mit den einzelnen Ikonen, an denen sie zu zweit schwer tragen. Es folgt die Gemeinde, erst die jungen Mädchen und Frauen mit ihren weißen Tüchern auf dem Kopf, dann die große Schar der Gäubigen. Mit brennenden Kerzen in den Händen ziehen sie dreimal um die Kirche. Graublauer Weihrauch steigt auf zum österlichen Himmel. Und mit dem Schlag zwölf ruft der Pope: „Christos woskresje" – und voll tönt die Gemeinde „Wo istinu wokres" – Er ist wahrhaft auferstanden.

5000 Gläubige versammelten sich in dieser Osternacht in Rogoschskoj. „So viele waren es noch nie", beteuert stolz ein Mitglied des Kirchenrats. Und Hunderte drängen sich vor den Metallgittern. So wie hier im Altgläubigen-Zentrum waren in dieser Nacht alle Kirchen Moskaus überfüllt. Ob nun in der Jelochowskaja Kathedrale, der Patriarchen-Kirche von Moskau, wo man die Diplomaten und Ausländer mit Eintrittskarten hinschickt, oder in Sagorsk, wo 100 000 Gläubige und Neugierige zur Osternachts-Messe kamen, dem höchsten orthodoxen Feiertag. Alle fünfzig „arbeitenden" Kirchen Moskaus waren überfüllt.



Patriarch Pimen, Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen
FOTO: UDO SCHREIBER/STUDIO X

„Es ist eng wie in der Kirche", sagen die Russen noch immer. Dabei steht kein Hirtenwort in den Zeitungen, und kein Glockengeläut tönt einladend. Ostern existiert in d[…] „Prawda" nicht, da liest man nur vo[…] „siegreichen Produktionen" und vo[…] internationaler Zustimmung auf Go[…]batschows Moratoriums-Vorschla[…]. Das Monopol auf Propaganda ist n[…] auf Lenins Lehre ausgerichtet.

Nur Pimen, dem Patriarchen vo[…] Moskau und ganz Rußland, gelang e[…] seine Osterbotschaft in den Nachric[…]ten unterzubringen: Er erinnerte a[…] die Befreiung von der Nazi-Herrschaft vor vierzig Jahren und dara[…], daß als höchstes Gut der Mensche[…] der Friede gelte. Der Staat ist de[…] Kirche tausendfach im Vorteil. Un[…]doch – ein Pope: „Unsere Propagan[…]da ist die Nichtpropaganda. Das be[…]kommt der Kirche gar nich[…] schlecht."

Dabei versuchte die Partei doc[…] dem prächtigen Osterritual Konku[…]renz zu machen. Ab elf Uhr abend[…] trat im Fernsehen die beliebte Schla[…]gersängerin Alla Pugentschowa a[…]. Moskauer Kinos zeigten einmali[…] Spätvorstellungen mit ausländische[…] Filmen, und in den Parteiclubs wu[…]den die heißesten Disco-Platten a[…] dem Westen aufgelegt.

Ostern in Moskau ist nicht nur e[…] Fest für das Herz, den Kopf, sonder[…] auch für den Bauch. Schon seit eine[…] Woche war der Quark in den Milchge[…]schäften ausgegangen. Engpässe ga[…] es auch bei Butter. Beides brauch[…] man für die Osterspeise Pascha, je[…]nem köstlichen süßen Gericht a[…] Quark, Butter und Rosinen. Aber, d[…] alle Moskauer ja wahre Überleben[…]künstler sind, gab es trotz dieser Man[…]gelware nicht nur Pascha und rotge[…]färbte Eier, sondern auch Kulitsc[…] Rußlands österlichen Gugelhupf.

Auf langen Tischen wurden Sam[…]tagnachmittag auf den Kirchhöfe[…] die Speisen aufgestellt, die der Pop[…] mit einem Wedel mit Weihwasser b[…]sprengt. Und manche Großmutte[…] ritzte noch mit dem Fingernagel i[…] den Puderzucker die kyrillische[…] Buchstaben „XB" hinein, für Christos woskresje. Sei es nun wegen de[…] Glaubens, der Tradition oder der Sentimentalität. Und die aufgekärte En[…]kelin behauptet strahlend: „Der Ku[…]litsch schmeckt so halt besser."



Das Interesse an der Kirche hat in der „DDR" spürbar zugenommen

Erfreuliche Zahlen vor der Ost-Berliner Synode / An „Spannungen" mit Staat erinnert

hrk./dpa/epd, **Berlin**

Inmitten einer atheistischen Umwelt hat sich das Interesse an der Kirche in der „DDR" dennoch spürbar belebt. Die Zahl der Taufen von Erwachsenen und Jugendlichen *nimmt zu, immer mehr ungetaufte* Kinder kommen in die Christenlehre außerhalb der Schulen, in einigen Orten stieg die Gottesdienstteilnahme, die Hinwendung zum Pfarrerberuf und anderen kirchlichen Diensten steigt erheblich. Insgesamt seien die *Gemeinden jedoch „christliche Minderheiten* in nichtchristlicher Umgebung", hieß es im Bericht der Ostberliner Kirchenleitung vor der am Wochenende tagenden Synode von Berlin-Brandenburg (Ost).

In dem Bericht unter der Federführung von Bischof Gottfried Forck gab *die Kirchenleitung einen insgesamt* zuversichtlichen Überblick über die Entwicklung seit 1979. Der Rapport erinnerte in seiner Darstellung, die repräsentativ für die Lage der Kirche in der „DDR" ist, auch daran, daß die staatlichen Medien (nicht zuletzt *durch das Luther-Jahr*) kirchlichen Themen mehr Raum als früher geben.

Daß sich die evangelische Kirche in den vergangenen Jahren auch immer stärker zum Zufluchtsort für viele Bedrängte entwickelte, beleuchtete dieser Satz aus dem Bericht: „Nicht wenige Menschen wenden sich mit Fragen, häufiger noch mit deutlichen *Erwartungen an die Kirche."*

Der Bericht *führte auch die* scharfen Auseinandersetzungen zwischen staatlichen Sicherheitsbehörden und einer Reihe besonders engagierter „Friedenspfarrer" vor Augen. Seit *1979* hätten 24 Pfarrer einen Ausreiseantrag gestellt und *ihre Gemeinden* verlassen. 1983 lag diese Zahl besonders hoch, nachdem die SED im November 1983 Anti-Raketenprotestaktionen kirchlicher Pazifisten vor der US- und UdSSR-Botschaft in Ost-Berlin verboten und sogar den Amtssitz von *Bischof* Gottfried Forck *stundenlang blockieren* ließen.

Auch die beiden in Berlin-Brandenburg erscheinenden Kirchenzeitungen in Ost-Berlin und Potsdam gerieten 1984 mit den Behörden ins Gehege: So mußte eine Ausgabe der „Berliner Kirche" eingestampft werden, bei der das Signet „Schwerter zu Pflugscharen" verwendet worden war. Die *„Potsdamer Kirche" durfte nicht erscheinen*, weil sie eine kritische Reportage über das rücksichtslose Vorgehen der Behörden bei der Umsiedlung ganzer Dörfer aus dem für die „DDR"-Energiewirtschaft dringend benötigten Braunkohlentagebau *in der Lausitz verbreiten wollte.*

Zu den Erfahrungen der *Christen in der atheistisch geprägten und von* einer „marxistisch-leninistischen Bekenntnisschule" (Bischof Forck 1983 beim Kirchentag in Wittenberg) getragenen „DDR"-Gesellschaft hieß es in dem Bericht, sie seien „vor Ort unterschiedlich". Im *Bildungswesen stehe noch immer eine Regelung für* die „volle Verwirklichung der Gleichberechtigung und Gleichachtung" christlicher Bürger aus.

Wie berichtet, hat Erich Honecker bei seinem Gespräch mit dem Kirchenbund-Vorsitzenden, Bischof Johannes Hempel (Dresden), am *11. Februar 1985* in Ost-Berlin eine *Neuauflage des „Gipfeltreffens" von Staat* und Kirche aus dem Jahr 1978 für den Herbst 1985 fest zugesagt.

Es gebe, vermerkte *der Bericht* kritisch, neben Beispielen positiver Bemühung um korrekte Behandlung von Kindern christlicher Eltern „auch krasse Fälle von Benachteiligung und Druckausübung".

Die Lagebeschreibung der Kirchenleitung sagte im Hinblick auf das Friedensthema, es habe „neben *Übereinstimmung zwischen* staatlicher Friedenspolitik und kirchlichen Bemühungen auch Differenzen und Spannungen" gegeben. „Es kam in diesem Zusammenhang zu Verhaftungen."

Der Bericht für die Synodalen ließ auch deutliche Kritik staatlicher Stellen an der Arbeit der Kirche *mit* Punkern, Aussteigern, Alkoholkranken und überhaupt „Auffälligen" in der auf Anpassung ausgerichteten „DDR"-Gesellschaft erkennen. Staatliche Stellen hätten, so hieß es, „gelegentlich kritisch gefragt", wie weit sich die Kirche um Gruppen kümmern dürfe, die sich „im Prozeß gesellschaftlicher Differenzierungen" gebildet hätten. Die Meinungsverschiedenheiten darüber seien inzwischen aber „deutlich zurückgegangen".

Westlichen Reisekorrespondenten war die Teilnahme an der Synode *durch das Außenministerium mit* dem Hinweis verwehrt worden, die Berichterstattung werde durch die akkreditierten Journalisten wahrgenommen.

Manager liest Genossen die Leviten

HERBERT SCHÜTTE, **Hamburg**

„In einer Zeit, in der Flexibilität gefordert ist, herrscht Festungsmentalität, wird Besitzstandsdenken verteidigt." Im ehrwürdigen Hamburger Gewerkschaftshaus las ein Mangager *den Genossen die Leviten.* Die Delegierten des Landesparteitages hörten das Credo eines Mannes über die Einführung neuer Technologien, der für Sozialdemokraten so unangreifbar war, weil er schlicht den Erfolg auf seiner Seite hatte – seit Jahren schon: Klaus Luft, stellvertretender Vorstandschef der Nixdorf-Computer AG. Luft nahm kein Blatt vor den Mund.

„Den Strukturwandel zu schaffen, ist nur mit Unternehmermacht lösbar", verkündete er, „wer glaubt, daß dieser Wandel staatsgetrieben erreicht werden kann, der befindet sich im Irrtum." Es komme darauf an, in echtem Sinne die soziale Marktwirtschaft wieder zu beleben.

Auch das Thema Heimarbeit im Computerzeitalter packte er an, dem Landesvorsitzender Ortwin Runde zuvor „gespenstische" Aspekte abgewonnen hatte. Luft fragte: „Ist die (bisherige) Arbeit denn das richtige, die Entfremdung von der Familie bedeutet?" Der SPD warf er ebenso wie den anderen *Parteien* vor, das Thema der modernen *Kommunikationen mit Medienpolitik zu verwechseln.* Die neuen Technologien und die damit verbundene Innovationswelle haben nach Meinung des ostwestfälischen Managers trotz aller Risiken vor allem „enorme Chancen". Sie könnten mithelfen, *die Umwelt zu schonen,* den Kapitalbedarf der Unternehmen zu reduzieren, nachteilige Infrastrukturen zu überwinden und die Verwaltung bürgernäher zu gestalten. Viele Delegierten schluckten, doch der Beifall war mehr als nur eine Achtungsbezeugung. *„Ich hoffe, daß die Partei die wesentliche Botschaft begreift",* sagte der ehemalige Hamburger SPD-Vorsitzende, Jörg König, „denn der Strukturwandel ist unaufhaltsam." Der Leiter des Technologiebüros beim DGB-Bundesvorstand, Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, der den stellvertretenden Vorstandschef *von Nixdorf zum Parteitag* eingeladen hatte, empfahl den Delegierten, die neuen Technologien „trotz unübersehbar großer Risiken" nicht abzuwehren, sondern anzunehmen und sozial zu gestalten. Die Entwicklung lasse sich allein schon aus betriebswirtschaftlicher Sicht wegen des harten internationalen Wettbewerbs *nicht aufhalten.*

Die SPD muß noch einem anderen Wettbewerb ins Auge sehen: der Konkurrenz der Schulformen um Akzeptanz bei rückläufigen Schülerzahlen. Zwischen drei Übeln sucht die Partei einen Weg; den der ehemalige Senator Jürgen Steinert so beschrieb: „Wir müssen einen Kompromiß schließen zwischen der Radikalität von Schulschließungen und Schulen mit weniger Qualität." *Weniger Qualität durch die Verengung der „Züge":* Die Gesamtschulen sollen als Minimum nur noch drei, die Gymnasien zwei Parallelklassen anbieten, wobei jedoch Ausnahmen „auf Dauer" einen Zug weniger zulassen können. Das bedeutet: Gymnasien mit nur einer Klasse pro Jahrgang. „Je geringer die Zügigkeit, desto geringer sind die Wahl- und *Fördermöglichkeiten* für die Schüler", hielt Steinert Schulsenator Joist Grolle vor, der diese Ausnahme-Genehmigungen auch noch auf dem Verordnungsweg vorbehalten wollte. Gegen Grolles Widerstand setzte Steinert durch, daß ein solcher *Qualitäts-Einschnitt* nur durch den Senat oder die *Bürgerschaft* vorgenommen werden kann.

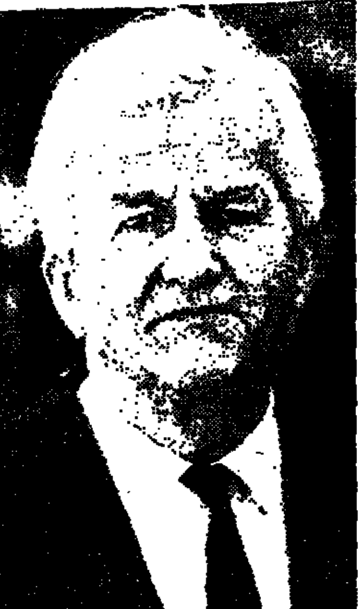
Eine knappe Mehrheit der Delegierten stellte sich hinter die Forderung an den Senat, den hohen Anteil der Kernkraft bei der Hamburger Energieversorgung zu vermindern. *Der Senat soll sich bemühen,* weitere Anteile an *Atomkraftwerken* zu verkaufen. Tendenziell sprach sich diese Mehrheit auch für den Verzicht auf den Bau des Heizkraftwerks Haferweg und für den Umbau des auf schleswig-holsteinischem Gebiet liegenden Kraftwerks *Wedel* zu einem *modernen Kohlekraftwerk* aus. Doch wird hier ausdrücklich dem Senat das letzte Wort bei der Standortwahl überlassen.

Das Präsidenten-Amt ist auf ihn zugeschnitten

Von GEORG SCHRÖDER

Er sei gewissermaßen von Geburt ein präsidentieller Typ. Das las man kürzlich in einem alles andere als schmeichelnden Artikel über Richard von Weizsäcker, der heute seinen 65. Geburtstag begeht. Glückwünsche zuhauf werden die Villa *Hammerschmidt* überschwemmen, und das aus gutem Grund. Der Bundespräsident erbte nicht nur das Adelsprädikat; er ist von nobler Gesinnung. Er heißt nicht nur Freiherr; er ist vor allem ein Herr, ja ein freier Herr, der niemals Diener, Funktionär eines Kollektivs war.

„Ein atypischer Politiker auf der Bonner Bühne", so war das Porträt überschrieben, mit dem die WELT 1972 Weizsäcker ihren Lesern vorstellte, den Mann, der nach nur dreijähriger Zugehörigkeit zum Bundestag schon in die erste Reihe der CDU-Politiker vorgerückt war und nun der Kernmannschaft angehörte, mit der Rainer Barzel in den Wahlkampf ziehen wollte.



Richard von Weizsäcker
FOTO: *WERNER SCHÜRING*

Es ist gewiß eigenartig, welche Bedeutung das Amt des Bundespräsidenten im Leben *dieses Spätkommers in der Politik gewonnen hat.* Als es 1969 um die Nachfolge Heinrich Lübkes ging, hätten Generalsekretär Heck und Ministerpräsident Kohl statt Gerhard Schröder lieber ihn als Kandidaten gegen Heinemann in die Schlacht geschickt, was *mutmaßlich zur Spaltung der FDP* bei der Abstimmung geführt hätte. Aber die Fraktionsmehrheit der CDU/CSU folgte ihm nicht. 1974 brachte Richard von Weizsäcker dann seiner Partei das Opfer, sich zur aussichtslosen Kandidatur gegen *Walter* Scheel *bereitzufinden.*

Das schien die SPD zu erschrekken, denn anders läßt sich wohl nicht erklären, daß ein polternder Wehner Weizsäcker in einem Rundschreiben als Nazi zu diffamieren versuchte. 1984 war von solchen törichten und falschen Anwürfen nicht mehr die Rede. *Inzwischen* drohte Weizsäcker eine ganz andere Gefahr, nämlich daß sein großer Erfolg in Berlin den Kanzler und nicht nur ihn zögern ließ, die errungene Position in Berlin durch Abzug Weizsäckers nach Bonn zu gefährden. Es ist kein Geheimnis, daß der Freiherr darauf bestanden *hat*, nun, wo die CDU/CSU über die absolute Mehrheit in *der* Bundesversammlung verfügte, als ihr Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten aufgestellt zu werden. Es ist eben ein Irrtum, wie er auch einem klugen Mann unterlaufen kann, wenn Helmut Schmidt vor Jahren einmal Weizsäcker als „weich" bezeichnete.

Das Herz Weizsäckers, des Sohnes eines Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, schlägt für die Außenpolitik, daran besteht kein Zweifel. Der Verstand wird ihm das sagen, was auch seine Vorgänger wußten, daß die Möglichkeiten des Bundespräsidenten auf diesem *politischen* Gebiet sehr *gering sind. Das aber mindert nicht den Wert,* den das Wesen, den die Ausstrahlung dieses Mannes für die deutsche Politik in den kommenden Jahren haben wird.

Heereman plant Gespräche mit SPD

rtr, **Bonn**

Vertreter der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD wollen nach Angaben von Bauernverbands-*Präsident Constantin* Freiherr Heereman über Möglichkeiten einer gemeinsamen Agrarpolitik sprechen. Im Deutschlandfunk sagte Heereman gestern, „in einem kleinen Kreis" würden die schwierigen Fragen der Landwirtschaft besprochen werden. Er sei sicher, daß es möglich sei, „über den Parteienstreit hinweg Politik für die Bauern zu *machen".* Einzelheiten nannte er nicht. Zu den EG-Agrarpreisverhandlungen sagte Heereman, er glaube, bei den am 22. April fortzusetzenden Verhandlungen handle es sich lediglich um eine Vorrunde, die „erst Mitte Mai endgültig abgeschlossen wird". Einkom*mensschwachen* Betrieben sei jedoch auch mit Preiserhöhungen nicht zu helfen. Sie bräuchten flankierende Maßnahmen im Sozialbereich.

Appell an „DDR" blieb unbeachtet

hrk. **Berlin**

Die „DDR"-Behörden haben bisher offenbar keinerlei Anstalten gemacht, den am Wochenende *sprunghaft* angestiegenen Asylantenstrom nach West-Berlin zu drosseln. Innerhalb von 24 Stunden reisten nach Angaben der Senatsinnenverwaltung 264 Asylbewerber mit S- und U-Bahn von Ost-Berlin aus in den Westen. 221 von ihnen stammten aus Sri Lanka (Ceylon). Der Regierende Bürgermei*ster von Berlin*, Eberhard *Diepgen*, hatte kürzlich bei der „DDR" dafür geworben, den Ausreisestrom von der „DDR" nach Berlin zu drosseln.

Berlins Innensenator Heinrich Lummer (CDU) kritisierte angesichts des erneut anschwellenden Ausländerzustroms in die Stadt eine seiner Meinung nach von *kirchlichen* und *Wohlfahrtsorganisationen* begonnene „Kampagne", die mit „irreführenden Zahlen den Zustrom an Asylbewerbern verharmlost".

Im Wahlkampf will Rau Lafontaine herausstellen

„Der Sieger von der Saar" wurde in Dortmund umjubelt

WILM HERLYN, ***Dortmund***

Als unfreiwilliger Reklameträger stolzierte ein Dreikäsehoch durch die Dortmunder Westfalenhallen. Unter den unzähligen Buttons und Aufklebern auf seinem Jeansjacket prangte auch ein blau-gelbes „Sag JA" – Signum *für die* Freien Demokraten im Landtagswahlkampf. Aber in dem Gedrängele und Geschubse fiel der Naseweis kaum auf: Zwar kamen nicht die erwarteten 100 000 zum „Nordrhein-Westfalen-Tag" der SPD nach Dortmund, zum Auftakt der heißesten *Phase.*

Offensichtlich hielten die Regen- und Hagel-Aprilschauer doch einen Teil der Anhänger und Sympathisanten ab. Doch folgten ganze Familien dem Ruf von Johannes Rau, Willy Brandt und Oskar Lafontaine, „dem Sieger von der Saar". *Es wird nicht* der einzige Termin für den neuen Mi*nisterpräsidenten* aus dem Saarland sein: Wie ein Musterbeispiel wird er beim nordrhein-westfälischen Wahlkampf noch zehn Mal den Genossen vorgeführt – sozusagen als Mutmacher. Dabei tritt er fast immer mit Rau *zuammen auf* – *getreu der von ihm* ausgegebenen Devise: „Wir an der Saar haben den Steilpaß geschlagen – ihr in Nordrhein-Westfalen schießt das Tor." Der Scherz wurde auch am Wochenende in Dortmund bejubelt.

Politiker zum Anquatschen und Anfassen: *Hans Jochen Vogel, der* Chef der Bundestagsfraktion, taten die vielen spontanen Sympathiekundgebungen, die er in Bonn wenig zu spüren bekommt, offensichtlich gut. Oder Willy Brandt, der an Herbert Wehner erinnert: „In Dortmund schlägt das Herz der Sozialdemokratie."

„Markstein auf dem Weg zum Sieg", *kündeten* die SPD-Strategen den Nordrhein-Westfalen-Tag an – ein bißchen zu martialisch für das bunte Treiben in den sieben Westfalenhallen. Da stellte der Kommunalverband Ruhrgebiet zum Beispiel das zugkräftige Thema vor, das zu jedem Wahlkampf wieder *hervorgeholt* wird: „Olympia im *Revier*". Und Spitzensportler *wie der* Läufer Willy Wühlbeck gaben Autogramme. Kinderkarussells drehten sich für die SPD, politische Lieder und Kabarett live, niederrheinische Mundart und ein Blick in die Redaktionsarbeit der *„Zeitung* am Sonntag" (ZaS). Deren Knüller: Als am Abend der Applaus nach der Show mit Charles Aznavour und Marlene Charell und Irene Sheer verstummte, wurde druckfrisch die erste „ZaS" verteilt.

Auch in Dortmund wurde wieder *deutlich:* Die SPD konzentriert ihren Wahlkampf fast ausschließlich auf die Person des beliebten Ministerpräsidenten Johannes Rau. SPD-Landesgeschäftsführer Bodo Hombach antwortet schon fast stereotyp auf die Frage, warum man denn SPD wählen solle: „Erstens Johannes Rau, zweitens Johannes Rau, drittens Johannes Rau."

„Mehr Freizügigkeit"

Richard Jäger appelliert an die Vernunft der „DDR"

MANFRED NEUBER, **Genf**

Das Recht auf freie Ausreise soll in einer Erklärung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen postuliert werden. Mit der Ausarbeitung einer solchen Deklaration wurde jetzt in Genf ein Unterausschuß beauftragt. Dieses Vorhaben ist von großer Bedeutung für Deutsche *in* Osteuropa und *in der* „DDR".

Während der Beratungen hatte der Delegationsleiter der Bundesrepublik Deutschland, Richard Jäger, an die „DDR" appelliert, „Bedingungen zu schaffen, die die Grenzen durchlässiger machen und die Folgen der Teilung Deutschlands und Europas überwinden". *Den eigenen Staat ohne Behinderung verlassen zu können,* sei ein elementares Menschenrecht.

Wer ausreisen wolle, forderte Jäger, dürfe nicht strafrechtlich verfolgt werden. Freizügigkeit über die Trennungslinie in Deutschland hinweg sei eine unerläßliche Voraussetzung für die Sicherheit des Friedens in Europa. *Wo sie verwehrt werde,* würde gegen die Menschenrechte verstoßen. Der ehemalige Justizminister erinnerte daran, wie Bundeskanzler Helmut Kohl gewürdigt habe, daß 1984 fast 40 000 Deutsche aus der „DDR" in die Bundesrepublik übersiedeln konnten. Wenn Ost-Berlin auch Besuchsreisen erleichtere, könnte es *„den Druck mildern"*, den viele Menschen *empfänden.*

In seiner Replik protestierte der Delegationschef der „DDR", Hermann Klenner, „gegen den Mißbrauch der Menschenrechtskommission für billige Propagandazwecke". Dann verstieg er sich zu der Behauptung, alle Vorstöße, die Grenzen durchlässiger zu machen, würden „ernste Gefahren" für den Frieden heraufbeschwören, der das wichtigste Menschenrecht sei.

Dazu erklärte Richard Jäger in einem Gespräch mit der WELT in Genf: „*Das ist ja wohl ein Eigentor.* Mit einer solchen Ansicht steht der DDR-Delegationschef bei seinen eigenen Leuten im Abseits; denn der Staatsratsvorsitzende Erich Honekker hat den Bericht von Bundeskanzler Kohl zur Lage der Nation gelobt."

Als „völlig falsch" bezeichnete Jäger *gewisse Vorhaltungen aus* der Bundesrepublik, *die Bonner* Delegation in Genf mache sich der Leisetreterei schuldig, weil sie Verletzungen der Menschenrechte in der „DDR" nicht lautstark anprangere. Im vertraulichen Beschwerde-Verfahren könne mehr erreicht werden als durch öffentliche Anklagen, versicherte Richard Jäger.

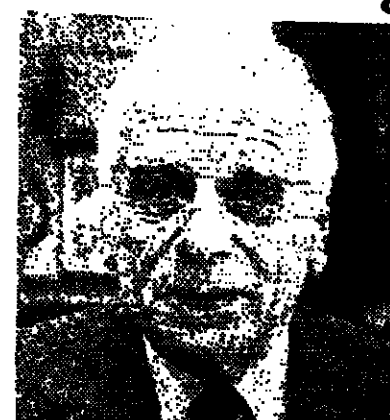
So habe er in Übereinstimmung mit den zuständigen Ministern in Bonn im vorigen Jahr von Vorstößen gegen die „DDR" abgesehen, als „gerade die Schleusen geöffnet wurden". Jäger zur WELT: „Wir hatten große Sorge, daß jegliche Kritik zum Vorwand genommen würde, um die Ausreise zu stoppen. Bonn schien es politisch *klüger zu sein,* damit zu warten, bis erst *einmal* die Härtefälle behoben sind. Wir hatten *mit* 20 000 gerechnet, aber es konnten dann 40 000 ausreisen."

Ein Patriot und Weltbürger

UWE BAHNSEN, Hamburg

Ein Hamburger Bankier, Bürger und Philanthrop mit einem Namen von weltweitem Ruf vollendet heute das 85. Lebensjahr: Eric M. Warburg. Das Wort, ein Mann sei Zeuge seiner Zeit, trifft auf ihn in einem Ausmaß zu, das er selbst in hanseatischem Understatement eher zu verbergen denn zu enthüllen trachtet. Der Senior des traditionsreichen Privatbankhauses M. M. Warburg – Brinckmann, Wirtz & Co. entstammt einer Familie, die neben Bankiers mit weltweiten Verbindungen auch Gelehrte von internationalem Rang hervorgebracht hat. Sein Vater Max Warburg, Chef des damals als M. M. Warburg firmierenden Hauses, war ein Freund des Kaisers Wilhelm II., ein enger Weggefährte des großen Reeders Albert Ballin, und Berater des letzten Kanzlers Prinz Max von Baden. Er galt als der ungekrönte König Hamburgs.

Eric Warburg, aufgewachsen in einem Haus von gesellschaftlichem Glanz und großem Pflichtbewußtsein, hat früh Einblick in die Tragweite politischer Vorgänge und Entscheidungen gewonnen. Der Vater, ein patriotischer Jude, war Finanzberater der deutschen Delegation bei



Wird heute 85: Eric M. Warburg
FOTO: CONTI PRESS

den Versailler Friedensverhandlungen und besiegelte seine Auffassung, die verlangte Unterschrift müsse verweigert werden, mit seinem Rücktritt. Der Reichsaußenminister Walter Rathenau war in jenen Jahren ein häufiger Gast auf dem Kösterberg im Villenvorort Blankenese.

Nach dem Schicksalsjahr 1933 geriet die Bankiersfamilie Warburg in zunehmende Bedrängnis, doch der Chef des Hauses und Sohn Eric, seit 1929 Teilhaber, wollten so lange wie irgend möglich in der Vaterstadt ausharren. 1938 verließ die Familie die Stadt, mit der sie sich zutiefst verbunden gefühlt hatte, Vater und Sohn Warburg gründeten in New York das Bankhaus E. M. Warburg & Co. Eric Warburg, der 1918 eine preußische Uniform getragen hatte, stand 1945 als amerikanischer Luftwaffenoffizier in den Trümmern Hamburgs. Er war in den letzten Kriegsjahren Verbindungsoffizier zwischen dem amerikanischen und dem britischen Geheimdienst gewesen. In Nürnberg war er der erste, der Hermann Göring zu vernehmen hatte.

Trotz aller bitteren Erfahrungen blieb Eric Warburg frei von Rachegefühlen und verschrieb sich der Versöhnung, damit die Wunden des Krieges vernarben konnten. Er beschloß, nach Deutschland zurückzukehren und damit ein Zeichen zu setzen. 1956 trat er wieder als Teilhaber in das Hamburger Haus ein, das seit 1970 auch wieder den alten Firmennamen führt. Er führte die Bank zu neuer Blüte: als Weltbürger und Patriot, ausgestattet mit Humor und einem Schuß Selbstironie. Dem begeisterten Segler gehört der Zweimast-Schoner „Atalanta". Der Senat ehrte den Bankier zum 85. Geburtstag mit der Bürgermeister-Stolten-Medaille.

„Action Directe" verübt neue Anschlag-Serie

v.K. Paris

Mit drei Bombenanschlägen innerhalb von 24 Stunden hat die linksextreme französische Terrororganisation „Action Directe" am Wochenende erheblichen Sachschaden angerichtet.

Die Anschläge am Samstag morgen richteten sich mit einstündigem Abstand gegen die jüdische Leumi-Bank im Pariser Opernviertel und das staatliche Einwanderungsbüro (ONI) im 15. Arrondissement. Gestern morgen um 5.00 Uhr verwüstete ein Sprengsatz die Büros der rechtsgerichteten Wochenzeitung „Minute" nahe dem Etoileplatz. Es war der dritte Anschlag gegen die Zeitung seit 1981.

In einer ebenso konfus wie polemisch abgefaßten „Erklärung" an die Nachrichtenagentur AFP übernahm ein „Kommando Sana Mheidli" der „Action Directe" die Verantwortung für alle drei Attentate. Man habe gleichzeitig gegen den „Rassismus in Frankreich und den zionistischen Imperialismus in Südlibanon" vorgehen wollen, heißt es in der Erklärung.

Die Wahl des Namens des Kommandos geht auf die 15jährige libanesische Schiitin zurück, die sich in der Vorwoche mit einer Autobombe gegen einen israelischen Militärkonvoi bei Sida geworfen und selbst geopfert hatte. „Wir wenden uns von einem Klassenstandpunkt aus gegen die Rassisten in Frankreich und in anderen Ländern", heißt es in der Erklärung weiter.

Die Zeitung „Minute" sei der heftigste Befürworter des Rassismus in Frankreich. Deswegen habe man sie schon im August 1982 bombardiert. Sie habe ihre Angriffe gegen Nichtfranzosen aber schonungslos fortgesetzt und unterstütze den „Oberrassisten" Jean Marie Le Pen.

„Action Directe" sieht auch Rassisten in den „sozialdemokratischen Ministerien der Regierung". Beweis hierfür sei, daß die Versammlungen der Le-Pen-Partei „Nationale Front" unter Polizeischutz stünden. „Action Directe" fordert die Auflösung der „Nationalen Front" und bedroht die Fernsehanstalten mit Repressalien, falls sie Le Pen zu Wort kommen lassen. In der Nacht zum Sonntag war in Südfrankreich ein Fernsehmast durch eine Bombe beschädigt worden. In der Nähe fand eine Kundgebung der „Nationalen Front" statt.

Deutscher Neonazi in Paris verhaftet

SAD, Paris

Der wegen neonazistischer Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland gesuchte Odfried Hepp ist vor wenigen Tagen in Paris von der französischen Spionageabwehr verhaftet worden. Das wurde gestern in Paris aus gutunterrichteter Quelle bekannt.

Die Verhaftung des deutschen Neonazis hat Vermutungen aufkommen lassen, daß Rechtsradikale enge Verbindungen zu linksextremen libanesischen Terroristen unterhalten. Die Verhaftung des deutschen Neonazis geschah im Zuge einer Fahndung nach libanesischen Linksextremisten.

Hepp, der in der Bundesrepublik Deutschland wegen Mordversuchs gesucht wird, soll in Kürze ausgeliefert werden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Eine lange Mängelliste

Ostberliner Vize-Bürgermeister spart nicht mit Vorwürfen

hrk. Berlin

Auch im 40. Nachkriegsjahr führen mangelhafte Versorgung, schlechter Service, Gleichgültigkeit bei Reklamationen und herzloses Verhalten zu Verärgerung und Kritik auf seiten der „DDR"-Kunden. Über derartige Spielarten des Alltags im Sozialismus debattierten jetzt die Ostberliner Stadtverordneten. Vize-Oberbürgermeister Fritz Schmaler (SED) teilte die Kritik vieler Ostberliner.

Zwar habe sich das Versorgungsniveau in jüngster Zeit kontinuierlich gebessert, aber er sparte nicht mit detaillierten Vorwürfen:

- „Lange Lieferzeiten bei Haushaltfertigwäsche, bei Schirmreparaturen und Fotoarbeiten.
- Mangelhaftes Bereitstellen von Ersatzteilen bei technischen Konsumgütern verursacht verlängerte Reparaturzeiten bei einzelnen Erzeugnissen.
- Zu oft werden Reklamationen ungenügend beachtet. Kritik und Eingaben werden oftmals bürokratisch bearbeitet, dauern sehr lange und führen dann häufig zu Verärgerungen.
- Dies betrifft auch andere Dienstleistungen bzw. -einrichtungen, wo noch herzloses Verhalten im Bereich der Kundenbetreuung und -beratung, vor allem aber im Bereich der Reklamationsbearbeitung anzutreffen ist."

Auch Ost-Berlins Autofahrer können ein Lied davon singen, wie schwierig es ist, einen Werkstatt-Termin zu bekommen. Der Vize-Oberbürgermeister nahm auch dabei kein Blatt vor den Mund: „Kurzfristig muß den Kraftfahrern geholfen werden, deren Fahrzeuge durch Schäden nicht mehr fahrtüchtig sind. Bei Lackierungen und Karosserie-Instandsetzungen sind die Wartezeiten ebenfalls noch unzumutbar."

Zur Lösung dieser Probleme ist nun auch das private Handwerk, noch mehr als bisher schon in den vergangenen Jahren, gefragt. Die Renaissance des Mittelstandes – durch staatliche Kredite forciert – geht weiter. Schmaler machte deutlich, woran es in Ost-Berlin und über diese ohnehin weit besser als die „DDR"-Provinz versorgte Stadt hinaus fehlt: neue Bäckereien, Fleischereien, Schneidereien und Schuhmachereien.

Neue Mordwelle befürchtet

Khadhafi-Anhänger fordern Liquidierung von Gegnern

DW./dpa, London

Anhänger des libyschen Staatspräsidenten Muammar el Khadhafi in Großbritannien fordern nach Informationen der „Sunday Times", die Gegner ihres Idols zu beseitigen. Etwa 100 libysche Studenten sangen bei einem Treffen, zu dem sich Reporter des Blattes heimlich Zugang verschafft hatten, „liquidiert Khadhafis Gegner, vergießt ihr Blut". Ein Sprecher forderte von den Zuhörern, die „verdorbenen Elemente und Verräter Libyens im Ausland" zu beseitigen. Nach Angaben der „Sunday Times" haben sich bei weiteren kleineren Treffen Anhänger Khadhafis für eine Neuorganisation der „Revolutionskomitees" in Großbritannien auf regionaler Ebene entschieden.

Die Intensivierung der Terroristentätigkeit ist nach Angaben von Gegnern Khadhafis auf einem Treffen vor sechs Wochen in Brüssel verabredet worden, an dem auch der frühere Sprecher der libyschen Botschaft in London teilgenommen hatte. Die Aufforderung, Gegner Khadhafis zu beseitigen, geht offensichtlich auf eine Resolution des Volkskongresses in Tripolis zurück, „Gegner im In- und Ausland am hellichten Tage zu liquidieren". In der Resolution wird auch die Aufnahme libyscher Dissidenten als aggressiver Akt gegen das libysche Volk gewertet, der entsprechend beantwortet werden müsse. Seit Jahren beschuldigt Khadhafi Westeuropa, es unterstütze Bewegungen gegen Libyen, Syrien und Südjemen.

Im April 1984 kam es zu einem blutigen Zwischenfall, als ein Mann aus dem Fenster der libyschen Botschaft in London mit einer Maschinenpistole auf eine Gruppe von Studenten schoß, die gegen Khadhafi demonstrierten. Bei der Schießerei kam eine Polizistin ums Leben. Zwei Monate zuvor explodierte in einem Restaurant der Londoner Innenstadt, das ausschließlich von Arabern besucht wird, eine Bombe, bei der es mehrere Verletzte gab. Als Täter wurden Khadhafi-Anhänger vermutet.

Mordverschwörungen gegen Staats- und Regierungschefs hat der starke Mann Libyens indes immer wieder bestritten. Als der ägyptische Präsident Mubarak Khadhafi einen „Drahtzieher" bei der Ermordung der indischen Regierungschefin Indira Gandhi nannte, bestritt dieser jegliche Täterschaft. Daß Khadhafi hinter dem Mordkomplott an dem ehemaligen libyschen Ministerpräsidenten Bakusch stand, konnte Mubarak hingegen durch ein geschicktes Täuschungsmanöver eindrucksvoll dokumentieren.

Seite 2: Die Nase abschneiden

Libyer beging Mord in Aachen

dpa, Aachen

Innerhalb einer Woche ist es am Wochenende zum zweiten Mal zu einem Mordanschlag eines Libyers in der Bundesrepublik Deutschland gekommen. In der Aachener Innenstadt hat der 21jährige Libyer Ali-Sa Khalifa einen 53 Jahre alten Marokkaner in einem arabischen Lebensmittelladen aus nächster Nähe erschossen. Dank der Zeugen, die den Täter verfolgten, wurde der Libyer unmittelbar nach der Tat von der Polizei in einem Hauseingang festgenommen. Hinweise auf einen politischen Hintergrund der Tat gibt es zur Zeit nicht.

Der ermittelnde Aachener Oberstaatsanwalt, Herbert Klein, erklärte nach Abschluß der ersten Ermittlungen, daß es aufgrund bisher vorliegender Erkenntnisse keine Parallelen zu der Erschießung des Libyers Gebril Demali am 6. April 1985 in Bonn gebe. Bei weiteren Ermittlungen wird allerdings ein möglicher politischer Hintergrund der Tat nicht außer Betracht bleiben. Der Libyer, der die Tat bestreitet, bezeichnet sich als Gegner Khadhafis.

Genscher fordert „Zweibahnstraße"

HH. Bonn

Außenminister Genscher hat in der Diskussion um die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) für Europa eine gleichberechtigte Partnerschaft mit den USA gefordert. Genscher nutzte die Eröffnungsrede der 36. Internationalen Saarmesse in Saarbrücken, um, ohne SDI beim Namen zu nennen, die Position des Kanzlers und die – inzwischen – eigene zu verdeutlichen: „Partnerschaft bedeutet Zweibahnstraße und nicht Einbahnstraße in der Zusammenarbeit. Zweibahnstraße für gemeinsame Projekte, für die Bestellpraxis und für den Technologietransfer."

Genscher will damit deutlich machen, daß es nur im Falle eines ungehinderten Informationsaustauschs zu einer Vereinbarung mit den USA über SDI kommen könnte. Für die „Technologiegemeinschaft Europa" forderte er neue Initiativen der EG, um in der Leistungsfähigkeit zu den USA und Japan aufzuschließen. Genscher befürwortete Mehrheitsentscheidungen der Zwölf im EG-Ministerrat.

De Mita: Papst-Worte sind keine Wahlhilfe

Aufruf zur Einheit der Katholiken unterschiedlich gewertet

ALFONS DALMA, Rom

Papst Johannes Paul II. hat auf dem Konvent der italienischen katholischen Kirche in Loreto vor 2600 Delegierten, Bischöfen, Vertretern des Klerus, der männlichen und der weiblichen geistlichen Orden sowie der verschiedensten Organisationen von gläubigen Laien Italiens Katholiken aufgefordert, sich in der Gesellschaft, einschließlich der Politik, aktiv zu engagieren und dabei die eigene Einheit und den Zusammenhalt zu wahren. Auf diese Weise solle der katholischen Wahrheit in der Praxis zur Anwendung verholfen werden.

Dieser Aufruf, ob er nun auf begeisterte *Zustimmung* oder *auf Kritik* stieß, wurde einmütig als eine Warnung verstanden, die Bereitschaft der Kirche und der Katholiken zum Dialog mit allen säkularisierten politischen Richtungen und Kräften nicht zum Anlaß oder gar zum Vorwand zu nehmen, auf ein eigenständiges Auftreten in der sozialen und der politischen Arbeit zu verzichten oder sich gar in den grundsätzlich mit dem katholischen Glauben unvereinbaren ideologischen und politischen Lagern – im konkreten italienischen Fall etwa im Zusammengehen it den Kommunisten und mit den extrem linken Gurppen – bis zur Selbstveräußerung zu verlieren.

Die Stellungnahme des Papstes zeigte Auswirkungen sowohl bei der Katholikenversammlung in Loreto als auch auf das innenpolitische Geschehen Italiens.

Zwei Tendenzen

Die italienische organisierte Katholikenbewegung weist zwei Tendenzen auf: Die aus den dreißiger Jahren stammende, traditionelle „katholische Aktion", mit rund einer halben Million mehr auf dem Papier als auf dem Terrain der praktischen Aktivität bestehenden Mitgliedern, hat sich seit dem zweiten vatikanischen Konzil immer mehr hinter den Grundsatz der rein religiösen Orientierung und des Auszuges aus der politischen Arena verschanzt. Ihren Anhängern aber hat sie zugleich die Rechtfertigung geboten, als katholische Dissidenten in den „Basisgemeinschaften" und auch als „Linkskatholiken" im Gefolge der kommunistischen Partei politisch tätig zu sein.

Andererseits fordern die in neuerer Zeit entstandenen Laien- und Jugendbewegungen wie „Opus Dei", „Kommunion und Befreiung" und „Volksbewegung" eine zeitgemäße gesellschaftspolitische Bewußtseinsbildung im Sinne des Lehramtes des jetzigen Papstes und ein einheitliches Vorgehen der katholischen Laien für die ethische Erneuerung oder auch Säuberung der bisherigen christlich demokratischen Parteipolitik. Was der Papst sagte, wurde von der einen wie der anderen Richtung als eine Entscheidung zugunsten der neueren Bewegungen verstanden.

Einmischung vorgeworfen

Außerhalb der Kirche ist zwar zur Kenntnis genommen worden, daß der Papst wohl den Katholiken als Staatsbürgern einen mit dem Glauben folgerichtigen gesellschaftspolitischen Einsatz empfiehlt, aber die Kirche als Institution nicht in die Politik engagiert oder gar verwickelt sehen will.

Dennoch werfen die Kommunisten *dem Papst Einmischung in die italienische* Innenpolitik vor, die liberal freisinnigen Zwillingsparteien Spa*dolinis und* Zanones bedauern die „Klerikalisierung" der Politik.

Die beiden sozialistischen Parteien sind zurückhaltend, und der Generalsekretär der Democrazia Cristiana, de Mita, meint, daß die Stellungnahme des Papstes auf der Linie seiner Vorgänger liege und keinerlei Wahlempfehlung für seine Partei darstelle.

In Pressekommentaren wurden, *wie dpa ergänzend meldet, die* Worte des Papstes als Wahlhilfe für die Christdemokraten bei den bevorstehenden Kommunalwahlen *gewertet.* „Wojtyla bläst zur Attacke" lautete die Schlagzeile der linksabhängigen „*Repubblica*". Aber auch *die* konservative Zeitung „Il Giornale" schrieb, der Papst habe die Italiener „unmiß*verständlich" zur Wahl der Christdemokraten* aufgefordert.

Für Aufsehen hatte der Papst vor wenigen Tagen auch gesorgt, als er dem Vorsitzenden der italienischen Neofaschisten, Giorgio Almirante, und dem Chef der französischen Na*tionalen Front, Jean Marie Le Pen,* die Hand schüttelte. Die beiden Politiker waren zur allwöchentlichen Ge*neralaudienz auf den Petersplatz* gekommen.

Der Staat soll Franzosen mehr Freiheiten geben

Konservative Senatoren berieten über ihre Wahlstrategie

A. GRAF KAGENECK, Paris

Wie man auch unter verändertem Wahlgesetz die Macht zurückerobern kann, wie man einem Volk, das vor vier Jahren begeistert sein Schicksal in die Hände des Sozialisten Mitterrand legte und diesen Schritt heute bedauert, eine attraktive andere Politik anbieten soll, war Gegenstand einer zweitägigen Sitzung oppositioneller Senatoren im südfranzösischen Städtchen Rodez.

Sie gehören zur weiten Zentrumsfamilie des früheren Präsidenten Giscard, die unter dem Siegel UDF zusammen mit den Gaullisten die bürgerliche Opposition in Senat und Nationalversammlung ausmacht.

Zweimal im vorigen Jahr hat der Senat, *in dem die* Bürgerlichen die Mehrheit haben, Mitterrand zum Rückzug genötigt. Er verwässerte *ihm ein* Gesetz zur *Einschränkung* der Pressefreiheit so, daß es praktisch nichts an den bestehenden Zuständen ändert; und er ließ es *nicht zu,* daß der Präsident Verfassungsänderungen über den Kopf des Parla*ments hinweg durch* Volksentscheid durchsetzen wollte. Mit geschwellter Brust empfahlen sich die Senatoren in Rodez jetzt den *Franzosen als ihre* Wegweiser in eine bessere Zukunft.

Zwei Tage nach der Unterzeich*nung eines* Wahlpaktes zwischen Gaullisten und Giscardisten setzten auch die unabhängigen Senatoren *das Mehrheitswahlrecht* als *Garant* der Stabilität der Regierung an die Spitze ihres Wahlprogramms.

An Colbert erinnert

Hauptforderung aber ist die Rückkehr zur persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit der Franzosen: Freiheit des Unternehmens, Freiheit in der Wahl der Erziehung für die Kinder, Freiheit in der Wahl des Sozialversicherungssystems, des Krankenhauses und des Arbeitsplatzes.

Alles dies sind Freiheiten, welche den Franzosen nicht erst unter den Sozialisten abhanden gekommen sind, sondern vom Zentralstaat seit den Zeiten Colberts, des Generalintendanten Ludwigs XVI., Stück um Stück entwunden wurden. „Wir müssen hinter den Colbertismus zurück und von vorne anfangen", rief daher François Leotard, der Generalsekretär der Republikanischen Partei aus.

Einige der Forderungen der Senatoren nehmen sich entsprechend kühn aus, mißt man sie an jahrhundertealten französischen Gewohnheiten. So soll das Erziehungssystem im Sinne einer totalen Dezentralisierung und Liberalisierung revolutioniert werden. Nicht mehr die Zentrale Paris, sondern der Bevollmächtigte für das Bildungswesen in der Region, von der örtlichen Gewalt berufen, legt das Unterrichtsprogramm fest; die Eltern haben ein Mitspracherecht. Dasselbe gilt für das Krankenhaus- und Universitätswesen. Der Franzose soll sein Versicherungssystem selber aussuchen können. Die Beiträge werden ihm nicht mehr vom Lohn abgezogen. Und so will man auch dem horrenden Defizit der Sozialversicherung beikommen.

„Rosarote" Fehler

Natürlich will man den Liberalis*mus, wenn auch* ein wenig weniger total, auch der Wirtschaft zugute kommen lassen. Ein Senator hatte den Mut, die augenblickliche Wirtschaftspolitik des sozialistischen Premierministers Fabius als „nahezu optimal" zu qualifizieren.

Angesichts der Ungewißheiten der Dollarkurs- und Ölpreisentwicklung und der Te*ndenz zum Protektionismus* im Welthandel solle man indes mit der Liberalisierung der Devisenkontrolle nicht zu ungestüm vorgehen, meinte ein anderer. Grundsätzlich aber sollten die Franzosen von ihrem exzessiven Sicherheitsbedürfnis abrücken, das sich nicht nur in der Außenpolitik, sondern im wirt*schaftlichen* Bereich als wachstumshemmend auswirke.

Die Senatoren von Rodez übersahen aber nicht die Gefahr, die in zu vielen Versprechungen liegt. Sie wollen nicht die Fehler wiederholen, die die Sozialisten in ihrer „rosaroten" Periode machten. Idealismus hieß daher das Stichwort in Rodez.

Idealismus auch in der Einschätzung der Chancen, welche Mitterrands Wahlreform den Bürgerlichen läßt: Eine kohärente Regierung bilden zu können, wenn sie 1986 die Parlamentswahlen gewinnen. „Wir haben zwei Jahre Zeit (bis zu den Präsidentschaftswahlen), um die Franzosen von den Segnungen unserer Politik zu überzeugen", sagte Marcel Lucotte, der Fraktionschef der giscardistischen Senatoren im Senat.

In Südamerika kommt Reagans Plan gut an

Nicaragua in der Defensive / Contadora-Staaten tagten

WERNER THOMAS, Miami

Das Treffen der Contadora-Staaten Mexiko, Kolumbien, Panama und Venezuela mit Vertretern der *fünf mittelamerikanischen* Staaten ist am Wochenende in Panama mit der Bildung von Kommissionen und Komitees beendet worden. Die wichtigste Kommission, für Sicherheitsfragen zuständig, soll bis zum nächsten Treffen in vier Wochen einen Arbeitsplan vorlegen.

Wieder einmal wurde versucht, die tiefen *Meinungsverschiedenheiten* zwischen den einzelnen Staaten zu verdrängen. Ein Diplomat resümierte: „*Man* versuchte erneut, Zeit zu gewinnen."

Die Sandinisten in Nicaragua wissen, daß die Abstimmungen auf dem Kapitol ihr Schicksal nachhaltiger beeinflussen als Contadora-Tagungen. Innenminister Borge erkannte schon vor *zwei* Jahren: „Der Mittelamerika-Konflikt wird auch in Washington entschieden." Kein Wunder, daß die positiven Reaktionen auf den Nicaragua-Plan von US-Präsident Reagan Nervosität auslösten.

Der hat weitreichendere *Konsequenzen* als zunächst angenommen worden war. Er schuf neue Konstella*tionen, zumindest vorübergehend.* Die Comandantes in Managua, bisher geschickte Taktiker auf dem diplomatischen Feld, *gerieten in die* Defensive. Die US-Regierung erntet dagegen Lob von früheren Kritikern.

Ein Nein von Kuba

Keine lateinamerikanische Regierung außer Kuba wollte sich bisher der kategorischen Ablehnung der *Vorschläge durch die* Sandinisten anschließen. Managuas Außenminister Miguel d'Escoto verglich die Initiative *mit einem* Todesurteil. Vizepräsident Sergio Ramirez betonte, seine Regierung werde „niemals, niemals" *mit den antisandinistischen* Rebellen über den Frieden verhandeln.

Im Gegensatz zu Nicaragua beurteilten viele einflußreichen Politiker Lateinamerikas Reagans Plan positiv, so die Präsidenten Kolumbiens, Venezuelas und Panamas. Der salvadorianische Präsident Duarte sprach von einem „richtigen Schritt zur rechten Zeit". Obgleich Mexiko keine *Stellung bezog, empfahl Außenminister* Bernardo Sepulveda den Sandinisten in einem Zeitungsinterview, die Vorschläge noch einmal „genau zu studieren".

Reagan appellierte an die Sandinisten, einen Waffenstillstand zu akzeptieren und Gespräche mit den Rebellen aufzunehmen. Er *möchte* die antisandinistischen Widerstandskämpfer weiter unterstützen. Diese Mittel, 14 Millionen *Dollar, sollen jedoch* zwei Monate lang nur für humanitäre Hilfe eingesetzt werden. Kommen in diesem Zeitraum keine Verhandlungen zustande, können die Gelder militärische Verwendung finden.

Kampf im Kongreß

Der Reagan-*Plan lieferte der* US-Regierung neue Munition im Kampf um den Kongreß, wo noch vor Monatsende die entscheidende Abstimmungsschlacht stattfinden wird. Reagan will öffentliche Ansprachen halten *und auf jene Abgeordneten* telefonisch einreden, die sich noch nicht endgültig entschieden haben.

Heute kommt der costarikanische Präsident Luis Alberto Monge nach Washington: „Ich gehöre zu jenen, die dem amerikanischen *Präsidenten* friedliche Absichten in Mittelamerika bestätigen".

Die Sandinisten setzen wiederum *auf die Oppositionsfront,* die Demonstrationen, Kundgebungen, Anzeigenkampagnen plant und Nobelpreisträger *und Hollywood-Stars* werbend einsetzen will.

Die Nicaragua-Strategen des Weißen Hauses glauben, daß ihnen in dem von den Demokraten kontrollierten Abgeordnetenhaus nur noch sechs bis zehn Stimmen fehlen. Im Senat, wo die Republikaner dominieren, hätten sie bereits die Mehrheit. Die Opposition teilt nicht *diese* Einschätzung der Stimmungslage.

Zum ersten Mal spielen die Stichworte Waffenstillstand und Friedensgespräche eine zentrale Rolle in einer Mittelamerika-Initiative der Reagan-Regierung. Damit kommt Reagan den *Vorstellungen der Contadora*-Staaten entgegen – und denen der Sandinisten. Die Comandantes plädieren für solche Schritte jedoch nur in einem anderen Land der Region: El Salvador. Dort fanden seit Oktober vergangenen Jahres zwei Treffen zwischen Regierung und Rebellen statt.

(SAD)

Werbung à la Thatcher: Sieben Länder, elf Tage

REINER GATERMANN, London

Mag die elftägige Blitzreise der britischen Premierministerin Margaret Thatcher durch sieben Staaten Südostasiens außen- und handelspolitisch den erhofften Erfolg bringen, innenpolitisch hat sich zunächst die Konfrontation zwischen der Tory-Regierung und der Opposition weiter verschärft. Vor allem mit ihren Attacken auf die Bergarbeiter-Gewerkschaft hat sie die Labour Party zur *Kritik herausgefordert.*

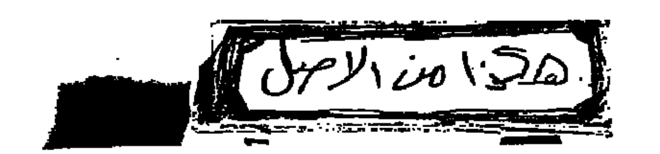
Deren innenpolitischer Sprecher Kaufman sagte, es sei sehr ungewöhnlich, *daß eine Regierungschefin* im Ausland Bevölkerungs- und Berufsgruppen in ihrem eigenen Land diffamiere. Habe sie die Bergarbeiter als einen „inneren Feind" bezeichnet, so müsse man sie als einen „äußeren Feind Großbritanniens" betrachten.

Innerhalb von elf Tagen besuchte Frau Thatcher Malaysia, Singapur, Brunei, Indonesien, Sri *Lanka,* Indien und Saudi- Arabien.

Wichtigstes Ziel dieses „Orientexpreß" war, so die Premierministerin, „für Großbritanniens Wirtschaft die Trommel zu rühren". Dazu gehörte es nach ihrer Auffassung, der Umwelt klarzumachen, daß die Regierung mit ihrem Sieg über die Bergarbeiter-Gewerkschaft „die größte wirtschaftliche Gefahr seit dem Zweiten Weltkrieg" gebannt habe. „Großbritannien ist nicht mehr der kranke Mann aus Europa", versicherte Frau Thatcher und forderte ihre Gastgeber auf, wieder Vertrauen in die *Qualität und* Zuverlässigkeit der britischen Wirtschaft zu fassen.

Mindestens ebenso bedeutend wie *dieser* Werbefeldzug war auch das politische Gewicht der Reise. Vor allem das Außenministerium war der An*sicht, man müsse in dieser Region* mal wieder stärker Flagge zeigen.

Während Frau Thatcher von Malay*sias Regierungschef Mahathir zu hören* bekam, daß das Commonwealth für seine kleineren Mitglieder nicht viel wert sei und *alte* Verbindungen schnell vergessen würden, lobte Singapurs Ministerpräsident Lee Kuan *Yew ihr* Durchsetzungsvermögen. In Sri Lanka weihte der Gast das bisher größte britische Entwicklungshilfeprojekt ein, einen Staudamm. In Neu-Delhi versicherte Frau Thatcher, daß sie alles gesetzlich Mögliche unternehmen werde, um die Tätigkeiten der in Großbritannien lebenden extremistischen Sikhs einzuschränken.



Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Verleugnet und vergessen

„Das AA – Genschers politisches Reservat"; WELT vom 2. April

Die Ausweitung der Selbständigkeit des Auswärtigen Amtes (AA) hat z. T. zu bedauerlichen Ergebnissen geführt.

Ich gehöre zu den 27 000 sowjetischen Kriegsgefangenen des II. Weltkrieges, die nach fünf Jahren Gefangenschaft unter dem Vorwurf, Kriegsverbrechen begangen zu haben, zusätzlich zu 25 Jahren Arbeits- und Besserungslager verurteilt worden sind. Erst 1955 sind wir durch Adenauers Initiative im Austausch gegen die Zulassung einer Sowjet-Botschaft in Bonn aus der Sowjetunion herausgeholt worden. Während der Verhandlungen hatte uns Bulganin als Verbrecher bezeichnet, die ihr menschliches Antlitz verloren hätten.

Schon 1950, nach Bekanntwerden der MWD-Urteile, setzten in Deutschland Bemühungen ein, den Hintergrund dieser Tragödie aufzuklären. Nach kurzer Zeit lagen wissenschaftlich fundierte Untersuchungen vor, die aufgrund zahlreicher Heimkehrer-Aussagen klarlegten, daß die Verurteilten keine Kriegsverbrecher, sondern Opfer einer politisch gelenkten Militärjustiz waren. Führend in dem Kampf um Gerechtigkeit war der millionenstarke Heimkehrerverband. Das AA aber, das selbstverständlich den Stand der Dinge genau kannte, blieb untätig. Das mag angesichts des Deutschen-Hasses der ersten Nachkriegszeit verständlich erscheinen, aber die Situation wandelte sich, die Völkerverständigung gewann an Boden.

Für das AA wäre es u. E. später möglich gewesen, Schritte zur Rehabilitierung von uns Verurteilten einzuleiten. Aber das Gegenteil geschah. Als eine vom Innenministerium eingesetzte wissenschaftliche Kommission, welche die Kriegsgefangenen-Geschichte schreiben sollte, an unsere Nachkriegsprozesse heranging, stoppte das AA die Arbeit unter dem Vorwand, diesen Abschnitt selbst übernehmen zu wollen. Bei diesem Stopp ist es geblieben.

Die Dokumentation ist ohne Darstellung unserer Prozesse herausgekommen (1962–1974 in 22 Bänden erschienen, seit 1975 allgemein zugänglich). Die Genscher-Ära brachte keinen Wandel. Trotz der günstiger werdenden Weltmeinung hat man im AA nicht ernsthaft daran gedacht, die Verweigerungstaktik gegenüber uns Kriegsverurteilten aufzugeben, sondern man hat sich, wenn eine Stellungnahme unumgänglich war, auf nichtssagende Floskeln zurückgezogen. So haben die „Kriegsverbrecher" ihre Angelegenheit selber in die Hand genommen.

In einer Ergänzungsschrift von 1983 wurden die Prozesse nach Ursprung, Zielsetzung, Verfahren und Strafvollstreckung nochmals untersucht. Die auf inzwischen viel breiter gewordenes Material gestützte Arbeit bestätigte und untermauerte die bisherige Prozeßbeurteilung in jeder Beziehung.

Im Mai 1984 hat schließlich das Präsidium des Heimkehrerverbandes eine große öffentliche Erklärung abgegeben. Sie gipfelt in der Feststellung, daß die Urteile der sowjetischen MWD-Tribunale nicht anerkannt werden können und rechtsunwirksam sind. Offen ist zur Zeit noch die in der Erklärung enthaltene Bitte des Heimkehrerverbandes, der Deutsche Bundestag möge eine Rehabilitierung der Betroffenen in einem ausdrücklichen Beschluß aussprechen.

Wir Kriegsverurteilten bleiben von dem Verhalten des AA und seines derzeitigen Ministers enttäuscht. Wir meinen, daß sich seine Rolle nicht im „Taktieren" erschöpfen durfte. Er hätte die legitimen Forderungen der großen Verurteilten-Gruppe aufgreifen und sie auch gegen Widerstände vertreten müssen.

Übrigens: Dafür ist es immer noch nicht zu spät!

Dr. M. Lang,
Karlsruhe 21

In einzigartigem Wechsel

„Paris wendet sich vom Mehrheitswahlrecht ab"; WELT vom 4. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die politische Geschichte Frankreichs war schon bisher durch einen in der Welt einzigartigen Wechsel der Regierungssysteme, im Französischen als „*Régime*" bezeichnet, gekennzeichnet gewesen: Seit der erstmaligen Abschaffung der Monarchie durch die Französische Revolution von 1789 verschlissen die Franzosen 17 Verfassungen mit 19 Wahlsystemen, vier Könige, zwei Kaiser, 21 Staatspräsidenten und 149 Premierminister. Die Zahl der Kabinettsminister geht in die Tausende.

Die jetzige Abschaffung des Mehrheitswahlrechtes, neben der starken Stellung des Staatspräsidenten eine der Stützen des seit 27 Jahren Stabilität garantierenden französischen Verfassungssystems, hinterläßt vor diesem historischen Hintergrund einen üblen Nachgeschmack. Mitterrand selbst hatte 1962 die von General de Gaulle 1958 geschaffene Verfassung wegen ihrer Unangreifbarkeit des Staatschefs und des ungerechten Wahlrechts wegen als „permanenten Staatsstreich" bezeichnet; was Mitterrand nun selbst exerziert, trägt seinerseits den Hauch des „Staatsstreiches" in sich.

Die Dimension des ganzen machtpolitischen Zynismus, der in seiner Maßnahme steckt, wird für einen Deutschen durch einen hypothetischen Vergleich mit der Bundesrepublik deutlich: es wäre dasselbe, wie wenn die CDU, um 1987 die FDP zu retten, die Fünf-Prozent-Klausel abschaffen und somit die Stabilität unseres parlamentarischen Systems aufs Spiel setzen würde.

Natürlich ist nicht von der Hand zu weisen, daß das Mehrheitswahlrecht ungerecht ist, aber doch nur insofern, als es den bereits vorhandenen Trend für eine siegreiche Partei lediglich verstärkt (die Politikwissenschaftler sprechen hier von der „Hebelwirkung des Mehrheitswahlrechtes"). Dies aber ist eben der Preis für 27 Jahre politische Stabilität. Daß aber selbst ein solch angeblich „ungerechtes" Wahlrecht gesellschaftliche Entwicklungen nicht aufzuhalten vermag, hat ja gerade 1981 Mitterrands eigener aus der Opposition heraus errungener Wahlerfolg bewiesen.

Zudem entspricht das Verhältniswahlrecht auch nicht der soziologischen Zusammensetzung Frankreichs. Die französische Nation ist, wie alle Wahlergebnisse beweisen (1974: Giscard 51 Prozent, Mitterrand 49 Prozent; 1981: Mitterrand 52 Prozent, Giscard 48 Prozent), fast genau je zur Hälfte in Links und Rechts gespalten. Gemäß simpelsten Gesetzen, der Physik wird es daher nicht zu einer Überwindung dieser Zwei-Spaltung, sondern im Gegenteil zu weiterer Zersplitterung kommen.

Konstantin Groß,
Mannheim 81

Wort des Tages

„Ein halbleeres Glas Wein ist zwar zugleich ein halbvolles, aber eine halbe Lüge macht mitnichten eine halbe Wahrheit."

Jean Cocteau, franz. Autor und Maler (1889–1963)

Heller Wahnsinn

„Leserbrief: Scheidungsrecht"; WELT vom 22. März

Den Ausführungen von Frau R. Reimann, Hamburg, kann nur beigepflichtet werden. Eine zweite Ehe mit Kindern ist für den Unterhaltsleistenden weder gesundheitlich noch finanziell zu verkraften. Es ist einfach heller Wahnsinn. Ich kann nur jeden davor warnen. Es ist aussichtslos und es bestehen keinerlei Zukunftsaussichten.

Nach relativ kurzer Zeit ist es bis zur Überlegung „Strick" als einzig vernünftige Alternative nicht sehr weit.

Das gleiche trifft auch für die getrennt lebenden Unterhaltsverpflichteten zu.

Durch die ungerechte Ledigenbesteuerung bereichert sich der Staat am Unglück dieser Familien und entzieht ihnen dadurch die Existenzgrundlage.

Das ist die Wirklichkeit unserer familienfreundlichen Politik.

Was sind das für Irrsinnsgesetze?! Als verantwortungsvoller Vater muß man dem Sohn empfehlen: heirate nie ohne Vertrag, und der Tochter: heirate nie mit Vertrag.

Das sind die tatsächlichen Gründe für die rückläufigen Heiratszahlen und keine anderen.

H. Arnold,
Rugendorf

Memelgebiet

„Leserbrief: Stadt Memel"; WELT vom 2. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Leserzuschrift von J. Leititis, daß Klaipeda ein litauischer und nicht ein russischer Städtenamen ist, und, wie die Redaktion anmerkte, dieser für die ursprüngliche deutsche Ostseehafenstadt Memel eingesetzt wurde, ist folgendes zu ergänzen: Die Stadt Memel und auch das als Memelgebiet bekannte, rechts des Memelstroms (russisch Njemen) gelegene Gebiet, ist von 1422 (Frieden von Melno See) bis 1922 ununterbrochen preußisches Staatsterritorium gewesen, also rund 500 Jahre, und reichte bis zum Versailler Frieden bis an die alte deutsch-russische Grenze bei Polangen, die alte preußische Nordostgrenze.

Diese Tatsache ist auch dem unter dem Pseudonym James Herriot schreibenden britischen Autor – den Fernsehzuschauern durch die Serie „Der Doktor und das liebe Vieh" bekannt – nicht geläufig. Er behauptet in seinem Buch „The Lord God Made Them All", daß Klaipeda der russische, und Memel der frühere litauische Namen dieser Stadt sei.

Memel erhielt als deutsche Stadt 1257 Lübecker Stadtrecht. Nach dem I. Weltkrieg zunächst als autonomes Gebiet von französischem Militär besetzt, wurde das Memelgebiet nach dem Einfall litauischer Truppen 1923 dem litauischen Staat vom Völkerbund überlassen.

Hochachtungsvoll
Dr. J. Müllauer,
Berlin 44

Personalien

GEBURTSTAG

Professor Dr. **Gebhard Müller**, früherer Präsident des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, feiert am 17. April seinen 85. Geburtstag. Gebhard Müller wurde nach dem Kriege einer der „Väter des Südweststaats". Nach Kriegsende war er zunächst Oberstaatsanwalt in Stuttgart und Delegierter des württembergischen Justizministeriums bei der französischen Militärregierung in Freudenstadt und Tübingen. Er widmete sich dem Wiederaufbau der Gerichtsorganisation und Justizverwaltung in Württemberg-Hohenzollern und Lindau. 1947 wurde er Ministerialdirektor im Justizministerium Tübingen. Von 1948 bis 1952 war er als Staatspräsident, Justiz- und Finanzminister im Lande Württemberg-Hohenzollern tätig. 1953 wurde er Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg. Gebhard Müller hatte behutsam, konsequent, und häufig auch gegen den erbitterten Widerstand innerhalb der CDU den Zusammenschluß der Länder Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern zu einem neuen Bundesland durchgefochten. Seine Amtszeit als Ministerpräsident nutzte der Oberschwabe energisch zum Aufbau des Südweststaates. 1959 wurde Professor Müller in das Amt des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts berufen. Der „höchste Richter der Bundesrepublik übernahm als Vorsitzender den Ersten Senat. 1971 trat er in den Ruhestand. Die Universität Tübingen hatte ihn 1972 zum Honorar-Professor für Staats- und Verfassungsrecht berufen. Er erhielt die Ehrenbürgerrechte seiner Heimatgemeinde Füramoos sowie der Städte Friedrichshafen, Stuttgart und Tübingen. Gebhard Müller, der mit vielen Auszeichnungen geehrt wurde, unter anderem mit dem Großkreuz des Bundesverdienstordens, ist seit 1972 auch Großoffizier der Franz. Ehrenlegion und des Verdienstordens der Republik Italien.

EHRUNGEN

Freya von Moltke, Witwe des von den Nazis ermordeten Widerstandskämpfers **Helmuth James Graf von Moltke**, erhält die Thomas Morus-Medaille. Die Auszeichnung wird am 19. Mai in Bonn verliehen. Dazu die Thomas Morus-Gesellschaft: „Gräfin Moltke hat bis heute das Zeugnis ihre Mannes durchlitten und wachgehalten." Die Laudatio wird die Ordensschwester **Isa Vermehren** halten, die mit Graf Moltke im Konzentrationslager Ravensburg inhaftiert war. Die Medaille erinnert an den 1535 hingerichteten englischen Staatsmann und Humanisten **Thomas Morus**, der 1935 heiliggesprochen wurde. Er hatte sich geweigert, dem König als Oberhaupt der Anglikanischen Kirche den Suprematseid zu leisten. Heinrich VIII. hatte ihn zum Tode verurteilen und enthaupten lassen. Träger der Thomas Morus-Medaille sind unter anderem der Staatsminister im Auswärtigen Amt Dr. **Alois Mertes** und der bayerische Kultusminister Professor Dr. **Hans Maier**.

*

Professor Dr. **Arno Geisler**, seit 22 Jahren Leiter des Referats „Tierseuchenangelegenheiten" im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten , erhielt von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. Bundeslandwirtschaftsminister **Ignaz Kiechle** überreichte den Orden. Zu den Aufgaben des Ministerialrats gehörte unter anderem ein Veterinärabkommen, das mit der „DDR" abgeschlossen wurde. Das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse erhielt außerdem Professor Dr. **Ernst Zimmer**, Leitender Direktor des Instituts für Gründlandwirtschaft und Futterkonservierung der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig-Völkenrode. In der Vergangenheit hatte sich Zimmer besonders um die Agarforschung verdient gemacht. Mit großem Einsatz vertrat er deutsche Interessen bei der Ernährungs- und Landwirtschafts-Organisation der Vereinten Nationen.

Der Star galt lange nichts im eigenen Lande: Schauspieler Charles Bronson

Wenn er auftaucht, wird's gefährlich

Er war bereits 47 Jahre alt und schien beim amerikanischen Film dazu verurteilt zu sein, seine Karriere als ewiger Nebendarsteller in kernigen Männerfilmen wie „Die glorreichen Sieben" und „Das dreckige Dutzend" beenden zu müssen – ein Mann, der sich von Stars wie Robert Mitchum Seitenhiebe wie „Ich kann über ihn als Schauspieler nur sagen, daß er es gut versteht, einen Revolver zu halten" gefallen lassen mußte. Charles Bronson war 1968 aus gutem Grund häufig mutlos und deprimiert.

Da hatte auch er, ähnlich wie vor ihm ein anderer mäßig erfolgreicher amerikanischer Filmschauspieler namens Clint Eastwood, eine „europäische Sternstunde". Bei Dreharbeiten für einen schnell vergessenen amerikanischen Western mit dem Titel „Villa Rides", bei dem er an der Seite der Stars Yul Brynner und Robert Mitchum spielte, ließ er sich von Alain Delons Produzenten Serge Silberman überreden, eine der beiden Hauptrollen in dem französischen Film „Adieu l'ami" zu übernehmen.

„Silberman überzeugte ihn mit dem Argument, daß beim amerikanischen Film alles Geld und alle Publicity auf die gutaussehenden Heldendarsteller konzentriert wird", erinnerte sich Bronsons Hollywoodagent Paul Kohner später schmunzelnd an dieses Gespräch, „in Europa, so sagte er, hätte das Publikum demgegenüber mehr Interesse am Charakter als am Gesicht."

Bronson, der ewige Zweite, der sehnlichst auf Anerkennung hoffende Sohn bitterarmer litauisch-russischer Einwanderer aus dem Kohlenpott von Pennsylvania, ließ sich locken und zog mit seiner Familie nach Europa um. Hier wurde er dann buchstäblich über Nacht berühmt und reich. Bereits sein zweiter europäischer Film, Sergio Leones Edelwestern „C'era una volta il west" (Spiel mir das Lied vom Tod) brach in Frankreich alle Kassenrekorde. Als er bald darauf – vier Filme später – die Hauptrolle in der italienisch-französischen Koproduktion „Kalter Schweiß" (1971) übernahm, galt er zwar immer noch nichts in seiner Heimat – war aber laut einer Umfrage der Nachrichtenagentur Reuters der mit Abstand populärste internationale Filmstar.

Kalter Schweiß – ZDF, 20.15 Uhr

Sein in dieser Periode geformtes und gefestigtes Leinwandimage ist das eines wortkargen Einzelgängers mit tiefgefurchtem, meist unbewegtem Gesicht – ein „cooler" Typ wie John Wayne, der allein durch seine Anwesenheit jede Szene beherrscht. Im Gegensatz zu Wayne weiß der Zuschauer allerdings bei dem unberechenbar wirkenden Bronson nie so ganz genau, was dieser als nächstes tun wird: „Er ist wie eine Handgranate mit gezogenem Sicherungsstift", urteilte ein Bronson-Mitarbeiter, Phil Rhodes, einmal.

„Bei Charles Bronson", so fand denn auch der Regisseur des in der Gegend von Villefranche gedrehten Kriminalfilms „Kalter Schweiß", Terence Young, „herrscht auf der Leinwand eine ständige Atmosphäre von Gefahr: brütende, verborgene Gewalttätigkeit – und dann erfolgt der plötzliche Ausbruch. Diese Eigenart ist es auch, die Frauen anspricht: Sie sehen seine Muskeln und fragen sich, wie es wohl wäre, mit ihm mal ins Heu zu springen."

Heute braucht der ehemalige Bergarbeiter Charles Bunchinsky – den Nachnamen änderte er während der McCarthy-Ära, als Leute mit slawischen Namen häufig für Kommunisten gehalten wurden – nicht mehr um seine Zukunft zu fürchten. Er gilt längst auch in seiner Heimat, in die er triumphierend Mitte der siebziger Jahre zurückkehrte, als Superstar, kassiert pro Film weit über eine Million Dollar, kann es sich erlauben, mit seiner zweiten Frau Jill Ireland, die übrigens in „Kalter Schweiß" die Rolle einer Gangsterbraut spielt, weit weg von Hollywood auf einer Farm in Connecticut zu leben.

Im Alter von mittlerweile 63 Jahren spielt er immer noch jene Rollen, die ihm zwar keinen Oscar, dafür aber internationale Anerkennung und das große Geld gebracht haben. Das nächste Mal steht er ab 22. April in einem solchen Part vor der Kamera. Dann beginnen in New York die Dreharbeiten für den Film „Ein Mann sieht rot – Teil 3", in dem er wieder jenen New Yorker Architekten porträtieren wird, der – ähnlich wie Bernhard Goetz – mit der Schußwaffe in der Tasche auf einen Einmannfeldzug gegen die Straßenkriminalität geht. Wildwest in Manhattan.

HELMUT VOSS

Wortkarger Einzelgänger mit tiefzerfurchtem Gesicht: Das ist das Image von Charles Bronson

FOTO AMW

KRITIK

Schmankerln zum Nachtisch

Der Fritz Eckhardt aus Wien ist nicht so leicht abzustellen; macht er nicht mehr in Kommissar, so gibt es immer noch die Portiersloge im Sacher; wird der Pensionär pensioniert, so findet der nimmermüde Schreiber und Darsteller ein anderes Restaurant, in dem er alle die Leute versammelt, die schon vorher sein Spezial-Wien verkörperten. So lebt in den hauchdünnen Geschichten des Herrn Eckhardt jenes Wien weiter, von dem alle Nicht-Wiener fest glauben, es sei das eigentliche Wien, und die eigentlichen Wiener wissen, daß nein, bitt' schön. Jetzt heißt die Reihe vom braven Restaurateur **Der gute Engel** und hat acht Teile (ARD).

In der ersten Abteilung sehen wir eben jenen Fritz Eckhardt, wie er ein Feinschmeckerlokal mit lukullischer Selbstbeteiligung verwaltet, dabei aber auch den Gästen so nebenbei, geradezu flugs, ihre Probleme löst, einschließlich Liebe, Wohnungsärger und Appetit. Will es ihm mal nicht gelingen, so hilft der Zufall aus, und für ein zukünftiges Gala-Essen danach ist sein Restaurant geradezu vorbestimmt.

Das ganze Ding wiegt nicht mehr als das Papier, das der Eckhardt verschrieben hat, aber man lache nicht: Es gibt im Fernsehen, gerade in dem unsrigen, viele Produktionen, die viel weniger wiegen, aber viel mehr Papier verschlungen haben. Im übrigen, was will er mehr, der Eckhardt, als uns einen guten Nachmittag wünschen!

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Wer nicht länger warten will bis zur Wiederholung im Fernsehen, kann sich Edgar Reitz' deutsche Chronik **Heimat** jetzt als Lesebuch vornehmen. Das komplette Drehbuch, das Reitz gemeinsam mit Peter Steinbach verfaßt hat, ist im Nördlinger Greno-Verlag erschienen. Es hat einen Umfang von 608 Seiten und kostet 24 Mark.

Das vorliegende Buch unterscheidet sich zum Teil erheblich von der Fernsehfassung. Der Originaltext, so Reitz in der Vorbemerkung, sei ein Dokument der Entstehungsgeschichte von „Heimat". Aus diesem Grunde habe man auch darauf verzichtet, Handlung und Einzelszenen an die endgültige Form, die der Film erreicht hat, anzupassen.

no



Sonntag





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
10.05 Ohne Filter extra
11.05 Romanische Kirchen in Köln
11.15 Tagebuch
11.30 Die Seidenstraße
2. Dunhuang
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.15 Tagesschau

16.00 Tagesschau
16.10 Hannah
Eine Liebesgeschichte (1)
Zweiteilige Fernseherzählung aus England nach dem Roman von Emily Hilda Young
17.20 1:0 für die Kinder
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Schöne Ferien
Urlaubsgeschichten aus Portugal
Mit Sigmar Solbach, Claudia Rieschel, Simone Rethel u. a.
Regie: Rudolf Nussgruber
21.15 Britische Nachbarn
Genosse Chapple zieht ins Oberhaus
Filmbericht von Wolf von Lojewski
Frank Chapple, der kommunistische Boß der britischen Elektrikergewerkschaft, Schuhmacherssohn aus dem Londoner Eastend, wurde zu Beginn dieses Jahres zum Lord ernannt. Eine Zeremonie, die man vor allem in den konservativen Kreisen des Oberhauses mit gemischten Gefühlen aufnahm.
21.45 Scheibenwischer
In satirischen Szenen üben Dieter Hildebrandt und Gerhard Polt „Vergangenheitsbewältigung".
Thema: die Behandlung der Sintis in der Nazi- und Nachkriegszeit.
22.30 Tagesthemen
23.00 Außerhalb der Saison
Englischer Spielfilm (1975)
Mit Vanessa Redgrave, Cliff Robertson u. a.
Regie: Alan Bridges
Eine Frau trifft nach Jahren ihren ehemaligen Liebhaber wieder. Während sie zögert, wie sich ihm gegenüber verhalten soll, zeigt ihre Tochter großen Interesse für den Mann.
0.25 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Auf Stippvisite bei Mitmenschen
Eigenheime für Slumbewohner in Haiderabad
Anschließend: heute-Schlagzeilen
16.35 Boomer, der Streuner
Der Komiker
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Als Gäste vorgesehen: Wencke Myhre
17.50 Die Koralleninsel
2. Kampf auf der Insel
Dazwischen: heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Wer zahlt die Zeche?
Das Risiko mit Chemie
20.15 Kalter Schweiß
Franz.-italien. Spielfilm (1970)
Mit Charles Bronson, Liv Ullmann, James Mason u. a.
Regie: Terence Young
21.45 heute-journal
22.05 Die Seidenstraße
3. Taklamakan – wer in die Wüste hineingeht, kommt nicht wieder heraus
Auf der Suche nach dem rätselhaften See Lop Nor setzte sich das japanisch-chinesische Fernsehteam unweigerlich einer großen Gefahr aus, denn in der Wüste Taklamakan, wo man den See vermutet, unternimmt die chinesische Regierung ihre Atombombenversuche. Der See konnte nicht gefunden werden, wohl aber gelang es, imposante Landschaftsbilder mit der Kamera einzufangen.
22.50 Die Sport-Reportage
Golf-Masters-Turnier
In Augusta/Georgia
Reporter: Harry Valérien
23.35 Die Halde
Von Rainer Erler
1.15 heute



Eine gigantische Müllhalde bedroht eine Kleingartensiedlung: Szene mit Cordula Trantow und Ekkehardt Belle aus Rainer Erlers apokalyptischer Komödie „Die Halde" (ZDF, 23.35)

FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Gesucht – gefunden
Die Hobby-, Sammler- und Kuriositätenbörse, diesmal aus dem Saalbau in Essen
21.45 Landesspiegel
Der schwarze Schwan Israel
Else Lasker-Schüler
22.15 Thema des Monats
Renten
Moderation: Gerd Berger und Johannes Kaul
Anschließend: Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekirche im III.
Aus der Petruskirche in Hamburg-Lokstedt
19.15 Schrebers Erben
4. Die Stadt als Park
20.00 Tagesschau
20.15 Der Vetter aus Peine
Die Geschichte eines Wunderofens und seines Erfinders
Film von Hans-Jürgen Börner
21.00 Montagsthema
„Im Dutzend billiger"
Reportage und Diskussion zur EG-Erweiterung
22.00 Das Gruselkabinett
Die Körperfresser kommen
Amerik. Spielfilm (1977)
Mit Donald Sutherland u. a.
Regie: Philip Kaufman
23.50 Nachrichten

HESSEN

18.30 Catweazle
18.55 Wombles
19.05 Drei – D
Das starke Magazin für schwache Zeiten
20.00 Trends
Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften und deren Mieten / Tip zur Baufinanzierung / Werbung unter der Lupe / Begriffserläuterung: Hypotheken / Firmenporträt: Haas und Sohn
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Owen Marshall – Strafverteidiger (1)
Amerikanische Krimiserie
Achtzehn Jahre im nächsten April
22.30 Wege zum Menschen

SÜDWEST

19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Fischer Oestmann
21.05 Klimbim
21.50 Stuttgart 1933–1945
Dokumentarfilm-Chronik
22.50 Jazz am Montagabend
Konzert mit Chick Corea und McCoy Tyner
23.50 Nachrichten

BAYERN

18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Sicherheit
Anmerkungen zu einem strapazierten Begriff
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Der Aufpasser
Der Tiger von Bengalen
23.35 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Die Waltons
15.00 Indian River
Eine lange Nacht
15.30 Musicbox
16.30 Niklaas, ein Junge aus Flandern
Anekas Geburtstag
17.00 Mondbasis ALPHA 1
18.00 Westlich von Santa Fe
Der schweigende Indianer
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Gauner gegen Gauner
Sieg oder Platz
19.40 Die Rache des Samurai
Teil 1
Japanische Abenteuerserie (1979)
Der Samurai Aoi Tsukinosuke entstammt einer reichen und angesehenen Familie aus Edo, dem heutigen Tokio. Am Tage nach seiner Hochzeit muß Tsukinosuke in den Krieg ziehen. Dort wird er das Opfer einer infamen Intrige seines Vetters. Als er zehn Jahre später nach Edo zurückkehrt, wird er grausam Rache nehmen.
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
Der Dollar – Gefahr für die deutsche Konjunktur? / Thema der Woche: Türkische Unternehmer – Ein deutscher Wirtschaftsfaktor / Porträt: Büroservice Günther – Eine Idee setzt sich durch / Internationale Börsenberichte
Moderation: Bettina von Websky und Jeanette Enders
21.00 Galerie Buecher
Eine unendliche Fortsetzungsgeschichte
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Camp der Verdammten
Deutscher Spielfilm (1961)
23.45 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
17. Nur ein Tropfen Öl
Kompass: Wasser
19.00 heute
19.30 Sportreport
Mit „Sport am Montag" aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international
Katzelmacher
Deutscher Spielfilm (1969)
Mit Hanna Schygulla, Rudolf Waldemar Brem u. a.
Regie: Rainer Werner Fassbinder
Nach „Liebe ist kälter als der Tod" ist dies der zweite Spielfilm Rainer Werner Fassbinders, der ihm den Durchbruch zu einer breiteren Anerkennung beim Publikum und der Kritik einbrachte. Fassbinder setzt sich in seinem Werk kritisch mit der Behandlung eines von ihm selbst gespielten Gastarbeiters auseinander.
23.15 Kennwort: Kino
Rainer Werner Fassbinder – das letzte Jahr
Ein Filmforum von Wolf Gremm
0.10 3SAT-Nachrichten

ERGEBNISSE

Stuttgart – Düsseldorf	5:2	(1:1)
K'lautern – Karlsruhe	3:1	(3:0)
Bremen – M'gladbach	2:0	(1:0)
Köln – Frankfurt	2:0	(2:0)
Braunschw. – Leverkusen	0:2	(0:1)
Bielefeld – Bochum	2:3	(1:2)
Dortmund – Mannheim	ausgefallen	
Uerdingen – Hamburg	ausgefallen	
München – Schalke	3:0	(1:0)

DIE SPIELE

Kaiserslautern – Karlsruhe 3:1 (3:0)

K'lautern: Ehrmann – Melzer – Wolf, Majewski – Lang, Geye, Kitzmann (90. Dusek), Brehme – Trunk (72. Hoos), Allofs, Hübner. – **Karlsruhe:** Kargus – Theiss – Boysen, Günther, Becker – Roth, Dittus, Groß, Keim – Künast (46. Zahn), Bühler (87. Löw). – **Schiedsrichter:** Barnick (Schenefeld). – **Tore:** 1:0 Allofs (11.), 2:0 Brehme (27.), 3:0 Trunk (35.), 3:1 Günther (62.). – **Zuschauer:** 12 171. – **Gelbe Karten:** Roth (7/2), Günther (4/2), Becker (3).

Bremen – M'gladbach 2:0 (1:0)

Bremen: Burdenski – Pezzey – Schaaf, Okudera – Sidka, Möhlmann, Hermann, Otten – Reinders, Völler, Meier. – **M'gladbach:** Sude – Hannes – Krauss (73. Herbst), Borowka, Frontzeck – Herlovsen, Drehsen, Rahn, Hochstätter (68. Lienen) – Mill, Criens. – **Schiedsrichter:** Hontheim (Trier). – **Tore:** Völler (44.), 2:0 Meier (63.). – **Zuschauer:** 40 800 – **Gelbe Karten:** Pezzey (3), Reinders (2), Krauss (4), Drehsen (3), Hannes (2), Herlovsen (3).

Stuttgart – Düsseldorf 5:2 (1:1)

Stuttgart: Roleder – Niedermayer – B. Förster, Maurer (46. Lorch) – Schäfer, Kempe, Allgöwer, Buchwald, Müller – Reichert, Klinsmann (80. Zietsch). – **Düsseldorf:** Greiner – Zewe (84. Kaiser) – Löhr, Kuczinski – Bockenfeld, Fach, Dusend, Grabotin, Weikl – Bommer, Edvaldsson. – **Schiedsrichter:** Werner (Auersmacher). – **Tore:** 1:0 Buchwald (23.), 1:1 B. Förster (28., Eigentor), 2:1 B. Förster (56.), 3:1 Buchwald (69.), 4:1 Reichert (79.), 4:2 Bommer (81.), 5:2 Allgöwer (83.). – **Zuschauer:** 13 500. – **Gelbe Karten:** Dusend (3), Löhr (3), Zewe.

Köln – Frankfurt 2:0 (2:0)

Köln: Schumacher – Steiner – Prestin, Hönerbach – Lehnhoff (72. Gelis), Mennie, Bein, Engels, Gielchen – Littbarski, Allofs. – **Frankfurt:** Gundelach – Fruck – Kraaz, Körbel – Svensson, Sievers, Boy, Berthold, Mohr – Müller, Tobollik. – **Schiedsrichter:** Gabor (Berlin). – **Tore:** 1:0 Bein (28.), 2:0 (Engels (36.). – **Zuschauer:** 8000. – **Gelbe Karte:** Steiner (4/2).

Braunschweig – Leverkusen 0:2 (0:1)

Braunschweig: Franke – Pahl – Bruns, Scheike – Posipal, Tripbacher, Gorski (71. Bergs), Hintermaier, Lux (57. Plagge) – Sackewitz, Worm. – **Leverkusen:** Vollborn – Bast – Gelsdorf, Winklhofer – Hinterberger, Götz (71. Giske), Hörster (88. Patzke), Röber, Schlegel – Tscha, Waas. – **Schiedsrichter:** Jupe (Mühltal). – **Tore:** 0:1 Schlegel (20.), 0:2 Waas (72.). – **Zuschauer:** 9897. – **Gelbe Karten:** Pahl (4/2), Röber (4/1).

Bielefeld – Bochum 2:3 (1:2)

Bielefeld: Kneib – Wohlers – Hupe, Schnier – Büscher, Rautiainen, Borchers, Foda, Dronia (69. Ellguth) – Reich, Westerwinter (19. Ozaki). – **Bochum:** Zumdick – Tenhagen – Pickenäcker, Knüwe – Lameck, Woelk (46. Kree), Benatelli (77. Schreier), Oswald, Schulz – Kuntz, Fischer. – **Schiedsrichter:** Wuttke (Oberhausen). – **Tore:** 0:1 Woelk (12.), 1:1 Rautiainen (24.), 1:2 Benatelli (42.), 1:3 Fischer (50.), 2:3 Foda (74.). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karten:** Pickenäcker, Benatelli.

München – Schalke 3:0 (1:0)

München: Aumann – Eder (46. Beierlorzer) – Dremmler, Pflügler – Nachtweih, Matthäus, Lerby, Willmer – Wohlfarth, Hoeneß (73. Mathy), Kögl. – **Schalke:** Junghans – Dietz – Kruse, Schipper, Kleppinger (67. Fichtel) – Hartmann (46. Eilenfeldt), Dierßen, Thon, Jakobs – Schatzschneider, Täuber. – **Schiedsrichter:** Wiesel (Ottobrunn). – **Tore:** 1:0 Nachtweih (39.), 2:0 Willmer (61.), 3:0 Wohlfarth (79.). – **Zuschauer:** 22 000. – **Gelbe Karte:** Täuber (4/1).

VORSCHAU

NACHHOLSPIEL
Montag, 15. April, 20 Uhr:

Dortmund – Mannheim	(2:1)

28. SPIELTAG
Samstag, 20. April, 15.30 Uhr:

Bochum – Bremen	(2:2)
Leverkusen – Bielefeld	(1:1)
Karlsruhe – Braunschweig	(1:3)
Düsseldorf – Mannheim	(1:2)
Frankfurt – Stuttgart	(2:4)
Schalke – Köln	(1:4)
Hamburg – München	(1:1)
M'gladbach – Uerdingen	(2:3)
K'lautern – Dortmund	(3:0)

Das sind die Termine der Nachholspiele. *25. April:* Düsseldorf – K'lautern, Gladbach – Dortmund, Mannheim – Braunschweig, Köln – Bremen, Karlsruhe – Schalke, **7. Mai:** K'lautern – HSV, **21. Mai:** K'lautern – Bochum. Noch ohne Termin: Uerdingen – HSV.

FUSSBALL / Kollegen-Schelte für den Chef der deutschen Nationalmannschaft vor dem Länderspiel gegen Bulgarien



Tribünengäste – und nur einer hat offensichtlich Grund zur Freude: Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht, der neben dem grimmigen Günter Mast (Foto links) saß. Gerd Strack beobachtete derweil das Spiel in Köln fast teilnahmslos neben seiner Frau Emmy. FOTOS: BONGARTS/RZEPKA

Ristic darf noch bleiben, weil die Spieler es so wollen. Präsident Mast hält sich aus allem raus

Von ULRICH DOST

Beim Auswärtssieg in Düsseldorf (2:0), als der 1. FC Köln seine Negativ-Serie von sieben Niederlagen in Serie beendete, gehörte der zehnmalige Nationalspieler **Gerd Strack** (29), in den letzten Wochen eher Reservist als Stammspieler, einmal wieder zu den Besten. Am Samstag aber, als seine Kollegen um 15.30 Uhr gegen Eintracht Frankfurt ihrer Arbeit nachgingen, erschien Gerd Strack fröstelnd *in Turnschuhen, Trainingshose und Windjacke im Müngersdorfer Stadion*. Strack war beileibe nicht verletzt, er hätte spielen können. Doch sein Trainer **Hannes Löhr** (43) wollte ihn nicht in der Mannschaft haben.

Das ist ungewöhnlich in der Branche, daß sich eine Mannschaft freiwillig sportlich selbst schwächt. Normalerweise werden Spieler, die sich nicht so benommen haben, wie es erwartet wird, mit einer Geldstrafe belegt. Die muß Strack wahrscheinlich erst zahlen, wenn das Kölner Präsidium morgen über den Fall beraten hat.

*

Passiert war Dienstag letzter Woche beim Training folgendes: Vormittags leitete Konditions-Trainer **Rolf Herings** (46) *das Training*. Als Strack bei den Übungen nicht den richtigen Einsatz zeigte, wurde er von Löhr aufgefordert, sich mehr zu bemühen. Der Spieler fühlte sich dadurch persönlich angegriffen und schikaniert. Er warf dem Trainer daraufhin ein paar kaum druckreife Wörter an den Kopf. Löhr: „Darüber höre *ich selbstverständlich hinweg*. Im Eifer des Gefechts rutscht mir auch manchmal so etwas raus. Doch wenn es um die Sache geht, lasse ich nicht mit mir spaßen." Nachmittags wollte Strack das Training aufnehmen, als sei nichts passiert. Löhr suchte aber das Gespräch und erwartete eine Entschuldigung: *„Er zeigte sich aber so* wenig einsichtig, daß ich sagte: ‚Es hat keinen Sinn, lassen wir es sein.'" Die Strafe folgte auf dem Fuß.

Die Kölner Spieler stellten sich hinter *die Entscheidung des Trainers. Mannschaftsführer* **Klaus Allofs** (28): „Ich fand nicht in Ordnung, was Strack gemacht hat. Es gibt gewisse Regeln, die eingehalten werden müssen." **Pierre Littbarski** (24): „Das war schon ein Hammer, aber die Entscheidung des Trainers war korrekt."

Löhr selbst will die Sache gar nicht so hochgespielt wissen. Er sagt: „Es hätte auch jeden anderen treffen können. Ich habe drei, vier in der Mannschaft, die nicht richtig mitziehen. Ich bin es leid, für die hochbezahlten Spieler ein Animateur zu sein. Wer nicht will, der fliegt eben raus."

Der Trainer des 1. FC Köln ist derzeit besonders sensibilisiert, was Beruf und Berufsauffassung betrifft. Seit längerer Zeit ist sein Schwager arbeitslos und findet keinen neuen Job. Löhr: „Der hat 25 Jahre malocht und sitzt nun auf der Straße. Und bei uns laufen welche rum, die nur kassieren, aber nichts dafür leisten wollen. Der **Manfred Lefkes** hat bei den *Amateuren für 350 Mark im Monat* gespielt. *Ich habe ihn zum Profi gemacht. Der müßte doch jeden Morgen* zum Training kommen und das Gras fressen. Statt dessen trägt er seinen fetten Hintern spazieren."

Das Thema Gerd Strack ist nach dieser Saison ohnehin erledigt. Löhr: „Ich möchte ihn nicht behalten." Gerd Strack: „Es gibt keinen Weg zurück. Ich habe Angebote aus Frankreich und der Schweiz vorliegen. Wo ich hingehe, steht noch nicht fest."

*

Es gibt verschiedene Arten, wie einem Trainer das Vertrauen ausgesprochen werden kann. In Leverkusen erschien gestern morgen **Günter W. Becker** (62), der für die Sportförderung im Verein zuständig ist, beim Training, umarmte Trainer **Dettmar Cramer** (60), *der in den letzten Wochen arg in die Kritik geraten war*, schon mehr als herzlich und trank dann eine Tasse Kaffee mit ihm. Die Umarmung der beiden Männer wird in Leverkusen nun so gedeutet, daß Cramer nach den zwei Siegen über *Kaiserslautern und Braunschweig fester denn je im Sattel sitzt* und wohl auch in der nächsten Saison Trainer ist. Schon in der letzten Woche hatten sich die Spieler hinter den Trainer gestellt.

*

In Braunschweig überließ es das Präsidium den Spielern, über das Wohl und Wehe ihres Trainers **Aleksandar Ristic** *(40) zu entscheiden*. Vize-Präsident **Harald Schäfer** (44) *führte gestern Einzelgespräche mit* den Spielern und dem Trainer. Schäfer faßte das Ergebnis zusammen: „Alle sprachen sich für ihn aus. Sie glauben, daß nur mit ihm noch der Klassenerhalt zu schaffen ist." Für sich selbst erhält Ristic die Erstklassigkeit *auf jeden Fall, denn er wird in der nächsten Saison den 1. FC Kaiserslautern betreuen*.

„Ristic raus", riefen die Fans bei der 0:2-Niederlage gegen Leverkusen. Die Spieler sehen es anders. *Mittelstürmer* **Ronald Worm** *(31) sagte direkt nach dem Spiel*: „Das ganze Gerede über ihn ist doch Quatsch. Der Trainer kann nichts dafür. Schließlich hat er nicht die Mannschaft, die er in der Bundesliga und für einen solchen Abstiegskampf braucht."

Vor allen Dingen aber hat der Klub ein Präsidium, das schon sehr merkwürdig miteinander umgeht, denn Präsident **Günter Mast** (56) und sein Vize-Präsident Schäfer verkehren *nur noch schriftlich miteinander*. Schäfer ist es längst leid, für alles und jeden den Prellbock spielen zu müssen, denn der Präsident drückt sich längst vor der Verantwortung. Ob er als Präsident in der Trainerfrage jetzt nicht gefordert sei, wurde Mast gefragt. Seine Antwort: „Hier hat der Vize-Präsident das Sagen." Der aber schob die Verantwortung auf die Spieler ab. Ob er denn schon mit einem neuen Trainer verhandelt habe, wurde Mast weiter gefragt, der Name **Friedhelm Wentzlaff** (47) sei schon des öfteren gefallen. Mast: „Das ist Sache des Vize-Präsidenten. In sportliche Dinge mische ich mich nicht ein." Bei *der möglichen Verpflichtung* von **Uli Stielike** (28) und bei **Paul Breitner** (30) aber tat er es. Mast: „Man kann doch Stielike und Breitner nicht in einem Atemzug mit Wentzlaff nennen." Mit **Willibert Kremer** (44), der in dieser Woche mit einem vorzeitigen Ende bei Fortuna Düsseldorf rechnet, aber hat Mast auch persönlich *verhandelt*. Seine Erklärung: „Das ist ja auch ein Trainer aus der ersten Liga mit einem guten Namen." Es ist nicht leicht, es dem Präsidenten recht zu machen.

Aleksandar Ristic, *so haben es die* Angestellten des Klubs *bestimmt*, darf bis zum Saisonende weiterarbeiten. Und er wird zu erreichen suchen, was er vor der Saison so ausdrückte: „Wenn wir mit der Mannschaft nicht absteigen, ist das genauso viel wert, als wenn der HSV deutscher Meister wird."

Fußball-Kulisse
Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

Lattek, Beckenbauer oder Wer hat denn nun Ahnung vom Fußball?

PETER STÜTZER, **München**

Selbstverständlich, *die Frage war ketzerisch gemeint. Ob denn nun die Bayern so gut gewesen seien*, weil sie diesmal mit drei anstatt nur mit zwei Mittelfeldspielern antraten, wollte jemand nach dem 3:0 gegen Schalke von Udo Lattek wissen. Und jedem in der Runde war gleich klar, was da so provozierend gemeint war.

Nur zwei Mittelfeldspieler, das war *die Taktik, die am letzten Mittwoch Franz Beckenbauer nach dem 0:0* gegen Everton den Bayern und somit Trainer Udo Lattek als fehlerhaft unter die Nase gerieben hatte. Und Lattek, dünnhäutig, wie er nun mal in Sachen Kritik ist, hatte nun, nach dem *3:0-Sieg über Schalke 04* und vor laufenden Fernsehkameras, nur auf das Stichwort gewartet: „Wer am Mittwoch nur zwei Mittelfeldspieler gesehen hat, der hat keine Ahnung vom Fußball."

Der verbale Tiefschlag saß. Wer von Franz Beckenbauer, dem deutschen Rekordnationalspieler (103 Länderspiele), dem Teamchef der Nationalmannschaft (8:0 Punkte in der WM-Qualifikation), wer von diesem Franz Beckenbauer also behauptet, er habe keine Ahnung vom Fußball, der muß schon mit einem grenzenlosen Selbstbewußtsein *ausgestattet sein* oder mit Frechheit.

Pokalfinalist, Bundesliga-Erster, im Europacup unter den letzten vier – das reicht in München offenbar schon, um plötzlich den „Kaiser" als Fußball-Lehrling dastehen zu lassen, nur weil der es gewagt hat, den Bayern an der Krone *zu kratzen*. „Ja, auch wenn es *der Herr Teamchef ist*", so Lattek. „Da hat wohl dieses großartige 6:0 im Malta-Spiel die Augen getrübt."

Das klingt nach Machtkampf. Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist der Stärkste im ganzen Land. *Beckenbauer verunsichere seine Spieler nur, hatte Lattek tags zuvor* noch den Münchner Journalisten in die Notizblöcke diktiert, weil er einmal Klaus Augenthaler ins Nationalteam hineinrede und das nächstemal wieder heraus. Weil er ausgerechnet vor dem Spiel gegen Everton über Lothar Matthäus verbreite, der sei am *Mittwoch gegen Bulgarien (in Augsburg) nur Ersatzmann. Und dann* folgte hinterher noch, viel schlimmer, die Kritik an der Taktik, die Lattek als Maßregelung eines seiner früheren Spieler verstanden haben muß.

Der eine könne nun mal Kritik vertragen, der andere eben nicht, das ist Beckenbauers Standpunkt, „und außerdem war das *alles* nicht so gemeint". Über *Augenthaler und Matthäus* (der im übrigen gegen Schalke schwach spielte) sei ohnehin schon mehr als genug palavert worden. „Ich kann doch nicht schon 14 Tage vor dem Spiel die Aufstellung festlegen."

Und Latteks gezielt gestreuter Ausspruch, er müsse dem Franz „wohl mal den Kopf waschen", weil der zur Zeit „eine Menge Käse" erzähle, hält der Teamchef schlichtweg für schlechten Stil. Kontert Lattek: „Ich habe diesen Stil von ihm auch nicht erwartet."

Der Umgang mit der Kritik scheint den Bayern *derzeit weit schwerer zu* fallen als der *mit den Gegnern* (Everton einmal ausgenommen). Denn noch heute sieht sich in München schärfsten Angriffen durch Manager Hoeneß ausgesetzt, wer die Berechtigung jenes geschenkten Elfmeters anzweifelt, der vor einer Woche gegen Mönchengladbach den *glücklichen Einzug ins Pokalfinale bescherte*.

Und wenn nun Franz Beckenbauer ein bißchen mehr eigene Meinung preisgegeben hat, als es vielleicht bei der Beurteilung eines Kollegen gut war, dann kommt ihm Lattek mit einem väterlichen Rat: „Der Franz muß vorsichtig sein mit seinen Äußerungen. *Er muß sich zurückhalten. Denn seine Worte werden normal ernst genommen.*"

> „Der Udo Lattek geht mir mit seinem Heiligenschein schon lange auf den Keks"
>
> **Mönchengladbachs Torwart Uli Sude**

Und wenn Erich Ribbeck, ehemals selbst in DFB-Diensten, im ZDF-Sportstudio in die gleiche Kerbe schlug („Franz ist noch jung im Geschäft, da muß man sich erst die Hörner abstoßen. *Es steht niemandem zu, einen Kollegen derart zu kritisieren* oder in die Pfanne zu hauen"), dann ist das nicht zuletzt dadurch zu erklären, daß der Mann ein jahrelanger Lattek-Freund und damit Partei ist.

Ob zwei seit längerem erwachsene Männer ihre Streitigkeiten nicht auch *ohne* Einbeziehung der bundesweiten *Öffentlichkeit* hätten bereinigen können? „Meine Telefonnummer hat er ja wohl", antwortet Lattek trotzig, wie es Beckenbauer umgekehrt hätte genauso tun können. Aber derartige Kommunikations-Schwierigkeiten können ja niemanden seit Jupp Derwall mehr überraschen.

Oder geht es jetzt doch anders zu? Beckenbauer will jedenfalls seinem Stil, Konflikte sofort und offen auszutragen, statt sie wie einen Rucksack wochenlang mitzuschleppen, auch diesmal treu bleiben: „Ich brauche keinen Schlichter Uli Hoeneß. Wenn zwei Menschen die deutsche Sprache beherrschen, dann sollten sie auch *miteinander* reden."

Nun denn, vielleicht diesmal, wenn die Fernsehkameras nicht dabei sind. Denn, so Beckenbauer: „Ein einziger Schmarr'n, diese ganze Geschichte ist doch so überflüssig wie ein Kropf."



Einst heiter-gelassene Freunde, jetzt Feinde? Beckenbauer und Lattek. FOTO: BÖHM

Klaus Fischer, das gute Beispiel für die Bochumer

BERND WEBER, **Bochum**

Ein Tor hat er durch eine seiner fast unnachahmlichen, aus vollem Lauf geschlagenen Flanken direkt auf den Fuß von Frank Benatelli vorbereitet, eines hat er nach eleganter Körper*täuschung* – die seinen Bewacher Dirk Hupe hilflos ins Leere rutschen ließ – selbst geschossen. Der 35 Jahre alte Klaus Fischer war beim 3:2-Sieg des VfL Bochum bei Arminia Bielefeld wieder einmal der gefeierte Mann. Und nach dem Schlußpfiff *prasselte* so viel Lob auf den Stürmer nieder, daß es ihm fast peinlich war.

ARD-Sportschau-Kommentator Dieter Adler sagte: „Es ist immer noch ein Hochgenuß, Fischer Fußball spielen zu sehen." „Bild am Sonntag" bewertete die Leistung des Ex-Nationalspielers als „länderspielreif". Es sei, wehrte Fischer selbst alle Glückwünsche mit der für ihn typischen Zurückhaltung ab, ganz gut gelaufen. Große Worte zu machen, auf den Putz zu hauen, das ist noch nie das Metier des in Zwiesel aufgewachsenen Ur-Bayern und gelernten Glasbläsers gewesen. „Er redet keinen Satz zuviel. Aber was er von sich gibt, hat immer Hand und Fuß", so beurteilt Trainer Rolf Schafstall seinen Stürmer-Star.

„Daß wir derzeit auf dem fünften Platz *stehen, daß wir realistische Chancen haben, uns für den UEFA-Cup zu qualifizieren*", konkretisierte Schafstall im Gespräch mit der WELT, „geht in erheblicher Weise auf Fischers Konto. Dabei denke ich sogar weniger an *die nun schon 14 Treffer, die er für den VfL erzielt hat*." Das Hauptverdienst des Stürmers läge darin, daß er seinen Mannschaftskameraden eine für sie gänzlich neue Philosophie eingetrichtert und, besser noch, vorgelebt habe. Schafstall: „*Die waren doch hier alle schon zufrieden*, wenn es ihnen wieder einmal gelungen war, den Abstieg zu vermeiden. Fischer macht ihnen sowohl im Training als auch im Spiel ständig klar, daß dies eine viel zu geringe Zielsetzung sei. In Klaus habe ich den besten Verbündeten gewonnen, die oft aufgetretene Selbstzufriedenheit einiger meiner Leute zu bekämpfen. *Das macht ihn für mich am wertvollsten.*"

Da ist es *nur natürlich*, daß sich der Trainer vehement dafür ausgesprochen hat, Fischers auslaufenden Vertrag „mindestens um ein Jahr" zu verlängern. Erste Gespräche haben bereits vor einigen Tagen stattgefunden, noch in dieser Woche soll die Verlängerung perfekt gemacht werden. Daß der VfL Bochum *mit dem* 45maligen Nationalspieler das beste Geschäft in seiner Vereinsgeschichte gemacht hat, ist schon lange klar. Für die Mini-Ablösesumme von 100 000 Mark *griff* der Klub zu, als Fischer von seinem *vorherigen* Arbeitgeber, dem 1. FC Köln, aussortiert wurde. 50 000 Mark Nachschlag wurden für den Fall vereinbart, daß Fischer zehn Tore schießen würde. Er habe selten einen Scheck so locker unterschrieben wie bei dieser Überweisung, hat VfL-Vorsitzender Ottokar Wüst erklärt. Und er hat sich sicher zumindest insgeheim auch darüber eins ins Fäustchen gelacht, daß Nachbar Schalke seinen ehemaligen Profi als nicht mehr verwendungsfähig eingestuft hatte. Bei Schalkes Manager Rudi Assauer hatte sich Fischer nämlich zuerst angedient.

Daß die Königsblauen statt seiner für 1,2 Millionen Mark Dieter Schatzschneider vom HSV holten, hat *Schalkes ehemaligen Mannschaftsbetreuer* Charly Neumann zu einer ungewöhnlichen Aktion provoziert. Er versprach Traber-Narr Fischer ein Fohlen zu schenken, wenn der mehr Tore als Schatzschneider erzielen *würde*. Sechs Spieltage vor Saisonschluß *steht* es 14:9 für den Bochumer.

Kaum Platz für Experimente Allofs und Mill sagten ab

sid, **Augsburg**

Die deutschen Fußball-Nationalspieler kommen heute auf den Prüfstand. Der Kölner Internist Heinz Liesen *wird vor dem Länderspiel am Mittwoch gegen Bulgarien in Augsburg* Belastungstests durchführen. Vor allem der Ausdauerbereich soll wissenschaftlich untersucht werden. Der Wissenschaftler von der Deutschen Sporthochschule Köln soll künftig als Internist ständig zur deutschen Equipe gehören.

In diesem Freundschaftsspiel im *noch nicht ausverkauften* Rosenau-Stadion wollte Teamchef Franz Beckenbauer vor dem wichtigen WM-Qualifikationsspiel am 30. April in Prag gegen die CSSR noch etwas experimentieren. Die Möglichkeiten reduzierten sich aber am Wochenende, weil Klaus Allofs (erneute Kniebeschwerden) und Frank Mill (Zehen*verletzung) absagen mußten*. Um den Kölner *macht sich* Beckenbauer inzwischen große Sorgen: „*Es ist kein* Dauerzustand, daß der Klaus vor jedem Spiel gespritzt wird. Er selbst sagte mir, er könne derzeit nur 50 bis 60 Prozent seines wahren Leistungsvermögens bringen. Das hat doch keinen Sinn. Die Befürchtung, daß Klaus Allofs wegen seiner bereits im Januar bei einem Hallenturnier erlittenen Verletzung doch noch operiert werden muß, steht immer mehr im Raum.

Beginnen soll am Mittwoch in Augsburg die Mannschaft, die am 27. März in Saarbrücken gegen Malta begann und einen 5:0-Pausenvorsprung herausspielte. Das bedeutet, daß der Münchner Lothar Matthäus wohl erst im Verlauf des Spiels eingewechselt wird. Beckenbauer will Matthäus nach einem Muskelfaserriß eine Erholungsphase gönnen. Mit dieser Aufstellung ist zu rechnen: Schumacher (Köln) – Herget (Uerdingen) – Berthold (Frankfurt), Förster (Stuttgart), Frontzeck – Rahn (beide Mönchengladbach), Magath (Hamburg), Briegel (Verona) – Littbarski (Köln), Völler (Bremen), Rummenigge (Mailand).

Weiter stehen im Aufgebot: Stein, Jacobs (beide Hamburg), Brehme (Kaiserslautern), Matthäus (München) und Thon (Schalke 04).

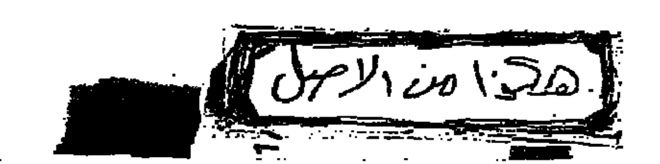
Die schlechten Serien von Düsseldorf und Karlsruhe gehen immer weiter

						Heim		Auswärts		
1. München	27	16	7	4	63:34	39:15	41:17	23:5	22:17	16:10
2. Bremen	26	14	8	4	69:40	36:16	48:17	25:3	21:23	11:13
3. M'gladbach	26	13	6	7	64:38	32:20	36:15	17:7	28:23	15:13
4. Hamburg	25	11	8	6	46:36	30:20	34:11	22:4	12:25	8:16
5. Bochum	26	10	9	7	43:37	29:23	19:14	24:12	24:23	15:11
6. Köln	26	13	3	10	49:44	29:23	26:19	17:9	23:25	12:14
7. Uerdingen	26	11	6	9	47:41	28:24	29:17	21:5	18:24	7:19
8. Stuttgart	27	12	4	11	69:47	28:26	44:17	21:7	25:30	7:19
9. Mannheim	25	9	9	7	35:38	27:23	20:15	15:11	15:23	12:12
10. Schalke	26	10	6	10	49:51	26:26	34:19	21:7	15:32	5:19
11. Leverkusen	27	8	9	10	41:40	25:29	25:16	17:9	16:24	8:20
12. Frankfurt	27	8	9	10	51:56	25:29	30:19	18:8	21:37	7:21
13. K'lautern	24	7	9	8	30:43	23:25	21:13	16:6	9:30	7:19
14. Dortmund	25	10	2	13	39:48	22:28	26:15	15:9	13:33	7:19
15. Düsseldorf	26	6	7	13	42:57	19:33	25:21	15:11	17:36	4:22
16. Bielefeld	27	4	11	12	32:53	19:35	26:28	13:15	6:25	6:20
17. Braunschweig	26	7	2	17	30:61	16:36	21:18	14:12	9:43	2:24
18. Karlsruhe	26	3	9	14	34:69	15:57	16:21	10:14	18:48	5:23

● Die bisher erfolgreichsten Torschützen der Bundesliga waren erneut erfolgreich. Rudi Völler traf beim 2:0 der Bremer gegen Mönchengladbach und liegt mit 19 Treffern an der Spitze der Torschützenliste. Karl Allgöwer steht nun allein *auf Platz zwei (17), nachdem er beim* 5:2 gegen Düsseldorf erfolgreich war. Mönchengladbachs Torwart Uli Sude hielt in Bremen *zwei* Elfmeter. Reinders scheiterte an ihm, Meier traf erst im Nachschuß. Bei den sieben gegen die Gladbacher in dieser Saison verhängten Strafstößen wurde Sude direkt nur von Manfred Kaltz bezwungen.

● Düsseldorf und Karlsruhe stecken weiter in einer tiefen Krise. Ihre negativen Serien konnten sie nicht beenden. Karlsruhe ist nun schon seit 14 Spielen ohne Sieg (3:25 Punkte), Düsseldorf seit acht Begegnungen (3:13). Die positiven Serien wurden nicht gebrochen: Werder Bremen blieb die einzige *Mannschaft* neben dem Hamburger SV, *die im eigenen Stadion noch nicht verloren hat*, Bayern München hat seit acht Spielen nicht mehr verloren (13:3 Punkte). Der frühere „DDR"-Auswahlspieler Dirk Schlegel erzielte beim 2:0 von Leverkusen in Braunschweig sein erstes Bundesligator.

● Das überwiegend schlechte Wetter sorgte *nicht nur für zwei Spielausfälle* (jetzt 300 seit *Gründung der Bundesliga*), sondern auch für schlechten Besuch. 116 368 Zuschauer sahen die sieben Begegnungen. Doch mit den Nachholspielen Dortmund – Mannheim und Uerdingen – Hamburg kann der Schnitt von 16 624 Zuschauern noch gesteigert werden. 40 800 Besucher kamen ins ausverkaufte Bremer Weserstadion, nur noch 8000 verfolgten das Spiel Köln – Frankfurt. Bayern München bleibt mit einem Durchschnitt von 30 157 klar an der Spitze der Zuschauertabelle vor Schalke 04 (27 327).



1. FC KAISERSLAUTERN / Jürgen Friedrich hat bereits das Kommando fest übernommen

Das ruhmlose Ende vom „Gottesmann als Chef der roten Teufel". Fans: „Atze, wir danken dir"

M. HÄGELE, Kaiserslautern

Kugelschreiber jagten über Schreibblöcke. Die Reporter rückten immer enger um den Tisch. Jürgen („Atze") Friedrich gab seine Regierungserklärung ab. „Atze, wir danken dir" hatten zuvor schon die Fans des 1. FC Kaiserslautern im Stadion gesungen. Fünf Meter weiter, den Rükken zur Theke, lehnte Friedrichs Vorgänger. In der linken ein Zigarillo, die rechte Hand hielt sich am Pils fest. Immer wieder wanderten die Blicke von Udo Sopp zu Jürgen Friedrich.

Der Pfarrer versuchte Haltung zu wahren, als er sich an jene wandte, die ihm noch zuhören wollten: „Eine Schmierenkomödie und Diskriminierung meiner Person", ereiferte sich Sopp. Sein Mandat werde er erst in der Generalversammlung zurückgeben, er habe sein Amt ja von den Mitgliedern erhalten.

Udo Sopp hätte gerne vor einem größeren Forum geredet. Er hätte vor dem Spiel gegen den Karlsruher SC der Lauterer Mannschaft auch gerne noch mal Mut gemacht. Doch Sopp merkte nicht, daß er unerwünscht war. Der Verwaltungsrat hat die Macht. Der von diesem Gremium beauftragte Friedrich, der am 23. April zum zweitenmal als Präsident kandidieren wird, führt die Geschäfte. Das Kontrollorgan des Klubs verschanzt sich hinter der Satzung. Nachdem vier der sechs Präsidiumsmitglieder zurückgetreten waren, besitzt Sopp nur noch neun Tage den Titel Präsident. Doch in dieser Zeit ist er ein Chef ohne Rechte.

Noch nie hat man einen Boß in der Bundesliga so sang- und klanglos und so demütigend aus dem Verkehr gezogen, wie das nun dem Pastor Sopp widerfährt. Wie die zehn Geschworenen im Film, angeführt vom ehemaligen Oberbürgermeister Jung, mit dem Sopp immer wieder Streit bekam, waren die wichtigsten Herren der Stadt zur Pressekonferenz nach dem 3:1-Sieg marschiert. Die Trainer Buchmann und Krafft hatten kurz ihre Statements abgeben können. Dann brachte der für diese Veranstaltung zuständige Moderator Hans Rottmüller sofort das Mikrophon in Sicherheit. Wäre Sopp in diesem Augenblick nach vorne gegangen, hätte man ihm vermutlich den Strom abgedreht.

Sopp könnte nämlich einiges über den Dreck erzählen, den einige aus der Lauterer Führungs-Clique am Stecken haben. Doch diejenigen vom Verwaltungsrat, die nun das Sagen haben, haben die Nase voll von gegenseitigen Schuldzuweisungen.

Ihm sei das ganze Theater völlig wurscht, erklärte Friedrich. Er sei nicht zuständig für die Vergangenheitsbewältigung bestimmter Leute. Friedrich: „Ich gucke nach vorn." Ihn wurmt nicht einmal Sopps letzter Erguß im Stadionblatt, in dem dieser geschildert hatte, „daß in Zeiten des Präsidiums Atze Friedrich viel mehr Transfers durch die Beratung Klemmes geregelt worden sind als nach 1981." Sopps Ehrenerklärung für den Spielervermittler aus Bad Godesberg hält Friedrich schlichtweg für Quatsch. Friedrich: „Eine Randerscheinung der Bundesliga, wie früher Berger oder Ratz." Und es komme eben immer darauf an, wie man solche Leute behandele, so Friedrich.

Daß da beim 1. FC Kaiserslautern solch ein Kuddelmuddel um geplatze oder geplante Transfers (zum Beispiel Dieter Müller), Tuaschgeschäfte (Andreas Brehme nach Hamburg, Jürgen Groh zurück nach Kaiserslautern) und die ständigen Indiskretionen über Trainer oder Spielergehälter entstehen konnte, dabei hat ganz sicher auch der Kleinkrieg eine Rolle gespielt, den Vize-Präsident Rainer Pochert immer wieder mit Sopp geführt hat.

Noch eine letzte Rede Sopps zum Abgang – wahrscheinlich wird es am übernächsten Dienstag ohne das Waschen schmutziger Wäsche nicht abgehen –, und das Kapitel um den „Gottesmann als Häuptling der roten Teufel" kann endgültig abgeschlossen werden.

Nur vier statt sechs Köpfe soll Friedrichs neue Präsidiums-Crew zählen. Er will jedoch keinesfalls mit einer eigenen Mannschaft zur Wahl antreten, sondern „ich werde dort meine Vorstellungen ausbreiten, und das engt den Kreis der Personen dann sowieso ein".

Nicht nur den eitlen Funktionären, auch den Profis kündigt Friedrich schon mal die harte Welle an. „Ich werde mir die Gehaltslisten geben lassen und dann in den nächsten Tagen reagieren." Außerdem will er den Zapfenstreich wieder einführen, kontrollieren, ob die Spieler auch noch nach Mitternacht auf der Gasse sind.

Damit nach Briegel am Betzenberg nicht der letzte Star von der Fahne geht, hat sich Friedrich mit dem einzigem Nationalspieler zusammengesetzt. Mit dem Brehme sei nun alles klar, der bleibt, so Friedrich. Brehme war offenbar nur auf Sopp sauer gewesen, weil alle Verhandlungen über ihn hinter seinem Rücken abgelaufen waren.

Daß das Erbe von Udo Sopp nicht aus Zucker, sondern Salz besteht, dafür hätte Friedrich nicht mal in die Bücher schauen müssen. Er hatte zwar vor vier Jahren eine deutsche Spitzenmannschaft und ein dickes Konto hinterlassen. Nun wird der Pfälzer Klub am Ende der laufenden Saison wohl wieder an die zwei Millionen Mark Schulden schreiben, obwohl er im letzten Sommer durch den Verkauf des Fußballdenkmals Briegel mit den 2,4 Millionen aus Verona saniert schien.

Friedrichs erste offizielle Amtshandlung wird ihn am Tag nach seiner zweiten Wahl zum Lizenzierungsausschuß nach Frankfurt führen. „Das ist das erstemal, daß wir dort mit Unterlagen antanzen müssen", sagte er, „früher haben wir von dort nur einen freundlichen Brief gekriegt." Und das sage wohl alles über die Ära Sopp.

SPRINGREITEN / Sechs Deutsche im Finale

Hugo Simon lobt jungen Schewe: „Anständig"

sid, Göteborg

Mit sechs Springreitern ist Deutschland die stärkste europäische Kraft beim Weltcup-Finale ab Mittwoch in der Berliner Deutschlandhalle. Zum Abschluß der Europaserie in Göteborg sicherte sich auch Aufsteiger Stefan Schewe (Euskirchen) auf dem Rheinländer Wilster die Teilnahme am bedeutendsten Hallenturnier der Saison, als er im zweiten Stechen Achter wurde. Bereits vorher hatten sich Europameister Paul Schockemöhle (Mühlen), Michael Rüping (Itzehoe), Franke Sloothaak (Damme), Fritz Ligges (Ascheberg) und Peter Luther (Wedel) in den Kreis der 20 Besten des alten Kontinents geritten.

Sieger der letzten Europa-Qualifikation in der mit 10 000 Zuschauern ausverkauften Scandinavium-Halle wurde der wieder frenetisch gefeierte Österreicher Hugo Simon auf dem holländischen Wallach The Freak. Im zweiten Stechen lag er in 32,93 Sekunden drei Hundertstelsekunden vor dem ebenfalls fehlerfreien Paul Schockemöhle auf dem Hannoveraner So Long.

Im Kampf gegen die Zeit dieser beiden hatte die übrige Konkurrenz keine Chance. Dritter wurde Englands Vizeweltmeister Malcolm Pyrah auf Towerlands Anglezarke (0/33,67) vor dem Iren Eddie Macken auf Windward (0/34,63), seinem Landsmann Michael Whitaker auf Warren Point (0/34,76) und der schwedischen Schlagersängerin Ulrika Hedin auf Crack The Sky (0/44,69).

Hugo Simon, der als bisher einziger Europäer – in dieser Halle – vor sechs Jahren den Weltpokal gewann und dem seither das schwedische Reitsport-Publikum zu Füßen liegt, meinte hinterher: „Schneller konnte man in diesem Springen nicht mehr sein. Paul hat auch auf die Tube gedrückt, aber ich war doch noch ein bißchen schneller."

Für Stefan Schewe hat sich die Reise nach Skandinavien jedenfalls gelohnt. Der Sieger von Dortmund, den in der letzten Saison kaum jemand kannte, reitet nun in Berlin in der Weltelite mit. Vater Kurt Schewe: „Wir hatten damit gar nicht gerechnet, auch nicht darauf spekuliert." Ohne den Start in Göteborg und den achten Rang hätte der Student das Finale nicht geschafft, denn mit bis dahin 35 Punkten wäre er in der Endwertung nur 22. der Europaliga geworden. Nun gelang ihm mit 44 Zählern die 16. Position. Hugo Simon über Schewe: „Er hat seine Aufgabe in Göteborg sehr anständig beendet."

Neben Schewe war in der Scandinavium-Halle von den Deutschen nur Schockemöhle am Start. Die anderen deutschen Finalreiter hatten zur Schonung ihrer Pferde vor Berlin auf eine Teilnahme verzichtet. In der Europawertung siegte der Franzose Frederic Cottier vor Paul Schockemöhle. Beide kamen auf insgesamt 94 Punkte bei insgesamt zwölf Konkurrenzen, im Gegensatz zu dem Mühlener war der Europameisterschafts-Dritte jedoch einmal (Mailand) siegreich.

GOLF

Langer beim Masters-Turnier auf Platz drei

sid, Augusta

Nach der zweiten Runde auf Position 25 fast schon hoffnungslos abgeschlagen, nach dem dritten Durchgang plötzlich wieder mit Siegchancen: Der deutsche Golfprofi Bernhard Langer spielte beim 49. Masters-Turnier, dem bedeutendsten Turnier der Welt, in Augusta (US-Staat Georgia) eine Runde mit nur 68 Schlägen und katapultierte sich mit dieser Tagesbestleistung und nunmehr 214 Schlägen auf Platz drei. Er liegt nur noch zwei Schläge hinter dem führenden Amerikaner Ray Floyd (212).

„Die schlechte zweite Runde mit 74 Schlägen hatte mich ziemlich depremiert", kommentierte Langer, „doch meine Vorbereitung auf dieses Masters-Turnier war besonders intensiv, und so ging ich heute ganz optimistisch in die Runde." Besonders am schwierigen 13. Loch überzeugte Langer. Er bewältigte die Aufgabe mit zwei Schlägen unter par. Hinzu kamen zwei Birdies (ein Schlag unter par) am siebten und achten Loch. „In meiner Lage mußte ich alles riskieren", meinte der 27jährige.

In einer von Regen und Wind beeinträchtigten Runde brachen die bisher führenden Amerikaner Tom Watson, Craig Stadler und Payne Stewart total ein. Dagegen spielte Floyd eine 69er-Runde und hat jetzt einen Schlag Vorsprung auf seinen Landsmann Curtis Strange, der in der dritten Runde wie Langer 68 Schläge spielte.

2. Liga

DIE ERGEBNISSE

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Offenbach – Köln	2:4	(1:3)
St. Pauli – Duisburg	1:0	(0:0)
Bürstadt – Homburg	1:0	(1:0)
Saarbrücken – Stuttgart	1:0	(1:0)
BW Berlin – Freiburg	3:0	(0:0)
Solingen – Darmstadt	ausgefallen	
Oberhausen – Nürnberg	ausgefallen	
Wattenscheid – Hertha BSC	3:0	(1:0)
Ulm – Kassel	0:1	(0:1)
Aachen – Hannover	ausgefallen	

DIE TABELLE

1. Kassel	29	17	6	6	57:39	40:18
2. Hannover	28	13	10	5	55:44	36:20
3. Aachen	28	13	9	6	48:34	35:21
4. Saarbrücken	26	15	4	7	55:32	34:18
5. Nürnberg	27	15	4	8	45:34	34:20
6. Wattenscheid	29	13	6	10	49:49	32:26
7. Solingen	28	13	3	12	48:52	29:27
8. Hertha BSC	27	9	10	9	38:42	28:28
9. Duisburg	28	9	9	10	46:45	27:29
10. Freiburg	28	9	9	10	32:34	27:29
11. Darmstadt	28	10	7	11	40:44	27:29
12. BW Berlin	28	9	8	11	48:46	26:30
13. Offenbach	29	9	8	12	33:42	26:32
14. Köln	29	10	6	13	41:52	26:32
15. Oberhausen	28	9	7	12	50:53	25:31
16. Homburg	28	10	4	14	41:45	24:32
17. Stuttgart	28	9	6	13	35:39	24:32
18. Bürstadt	28	10	2	16	41:45	22:34
19. St. Pauli	28	7	7	14	40:51	21:35
20. Ulm	29	5	9	15	36:55	19:38

DIE VORSCHAU

Freitag, 19. April, 18.15 Uhr: Kassel – Solingen; 19.30 Uhr: Darmstadt – Homburg; 20.00 Uhr: Hannover – Wattenscheid, Nürnberg – Aachen, Duisburg – Oberhausen. – Samstag, 20. April, 15.30 Uhr: Freiburg – St. Pauli, Hertha BSC – Ulm, Köln – BW Berlin, Saarbrücken – Bürstadt, Stuttgart – Offenbach.

Das Spiel Aachen gegen Hannover war bereits am Freitagabend abgesagt und für gestern neu angesetzt worden. Es soll nun morgen nachgeholt werden.

GALOPP / Gestüt Schlenderhans Angelita gewann Düsseldorfer Stuten-Preis

Die Wahl der richtigen Pferde-Damen

K. GÖNTZSCHE, Düsseldorf

Das Gestüt Schlenderhan in Bergheim-Quadrath galt hierzulande jahrelang als die allererste Adresse des deutschen Turfs. Das Privatgestüt der Baronin Gabrielle von Oppenheim, stille Teilhaberin des gleichnamigen Kölner Bankhauses, hat in den letzten Jahren harte Konkurrenz bekommen. Vor allem vom Gestüt Fährhof, das dem Bremer Kaffeeröster Walther Jacobs (76) gehört. Beide Gestüte stehen mit ihren Rennpferden auch noch unter einem Dach: Beim 24maligen Championtrainer Heinz Jentzsch (65) in Köln. Nach außen spricht Schlenderhans Gestütsleiter Ewald Meyer zu Düte (68) stets mit ehrfürchtigem Respekt von der Fährhofer Konkurrenz. Aber es freut den Sohn eines Tecklenburger Bauern stets mächtig, wenn in wichtigen Rennen seine Schlenderhaner vor Fährhofern das Ziel erreichen.

So konnte er am Samstag wieder einmal flugs ans Telefon eilen und der schon über 80jährigen Baronin in deren Bungalow in Schlenderhan den Sieg einer ihrer Stuten vermelden: Angelita mit Georg Bocskai (26) im Sattel gewann den Düsseldorfer Stutenpreis (10 000 Mark der Siegerin), ein Vorbereitungsrennen für das klassische Schwarzgold-Rennen am 5. Mai an gleicher Stelle. Es war kein schlichter Sieg, Angelita deklassierte ihre Konkurrenz – und die Stute Lima aus dem Gestüt Fährhof landete weit geschlagen unter ferner liefen.

Großen Erfolg hatte Kaffeeröster Jacobs in den letzten Jahren mit Pferden, deren Väter nicht in deutschen Rennen, sondern auf dem internationalen Turf ihre Meriten errungen hatten. Und auch Vater von Angelita ist der in Deauville (Frankreich) im Gestüt von Alec Head stationierte Hengst Gay Mecene, Mutter die Schlenderhaner Klassestute Akita, am 12. Mai 1974 unter Jockey Fritz Drechsler als zweite Totofavoritin Vierte im Schwarzgold-Rennen und schon Mutter des Grand-Prix-Pferdes Ataxerxes. Meyer zu Düte genoß es, daß er nun mit der Wahl von Gay Mecene den richtigen Riecher hatte.

Daß der Sieg im Schwarzgold-Trial allerdings nun gleich zu allergrößten Hoffnungen berechtigt, bezweifelte zumindest der stets überskeptische Trainer Jentzsch. Der erzählte nach dem Sieg: „Das war doch ein völlig überpacetes Rennen." Womit er ausdrücken wollte, daß die Konkurrenz auf dem tiefen Boden ein viel zu flottes Anfangstempo vorlegte und seine Angelita davon profitierte, weil Jokkey Bocskai die Jagd nicht mitmachte.

*

Im Stall von Jentzsch steht eine ganze Armada schneller Pferde-Damen auf Abruf: Schwarz-Grün (Gestüt Charlottenhof), Kentucky (Gestüt Bona), Padang (Gestüt Fährhof), Iberica und Angelita (Gestüt Schlenderhan). Für die beiden Stalljockeys Georg Bocskai und Andreas Tylicki wird hier die Pferde-Damenwahl nicht einfach, allerdings werden Padang und Kentucky im Schwarzgold-Rennen (102 000 Mark) nicht antreten.

*

Das Direktorium für Vollblutzucht verlieh Hindernis-Jockey-Weltmeister Stefan Wegner (23) in Düsseldorf die Goldene Medaille des Verbandes. Nur wenige Minuten später demonstrierte Wegner seine gute Form: Nach einem Glanzritt siegte er mit der Stute Schwarze Lady bei seinem ersten Ritt nach dem WM-Gewinn im englischen Cheltenham.

*

Im Großen Preis von Gelsenkirchen, dem Auftakt der Grand-Prix-Saison 1985 (das Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor) blieb der Mitfavorit Daun aus dem Gestüt Röttgen im Stall. Trainer Theo Grieper: „Der tiefe Boden ist Gift für ihn." Championtrainer Heinz Jentzsch, der drei Pferde sattelte: „Wenn jetzt immer mehr Ausländer zu unseren großen Rennen kommen, gewinnen wir nichts mehr. Höchstens noch den Großen Preis von Berlin in Düsseldorf. Da unterschätzen die Jockeys aus England und Frankreich oft den ungewohnten Kursverlauf."

STAND●PUNKT / *Gruß ans Pferd*

Die Berliner Zeitungen holen weit aus. Seit den Olympischen Spielen 1936 habe in der ehemaligen Reichshauptstadt kein derart großartiges Reitsportereignis mehr stattgefunden wie das Finale um den Springreiter-Weltcup in der Deutschlandhalle, schrieben die Blätter.

An Olympia 1936 orientiert sich keiner der Asse im Sattel. Schon deshalb nicht, weil nur einer der insgesamt 45 Reiter im Endkampf damals schon geboren war: Nelson Pessoa aus Brasilien, er war 1936 ein Jahr alt. Also sollte niemand auf die Idee kommen, Berlin werde hier vielleicht schlecht behandelt.

Springreiter aber gehen nicht gerne in die Historie, sie schauen lieber nach, wie Prüfungen, die für sie erreichbar sind, in Geld ausgeschrieben werden. Und da kann sich der Weltcup durchaus sehen lassen. Insgesamt werden 200 000 Schweizer Franken ausgeschüttet. Wer im Idealfall alle drei Konkurrenzen gewinnt, kassiert pro Prüfung 12 000 Franken. Drei Siege wären auch der Gesamterfolg, und dafür gibt's einen Sonderzuschlag von 25 000 Franken. Zusammen können es also 61 000 Franken oder umgerechnet rund 78 000 Mark werden.

Doch neben dem Geld ist der Weltcup vor allem ein Erdteilkampf, der nach dem Sieg von Hugo Simon (Österreich) 1979 nur noch zur Darstellung reiterlicher Herrlichkeit in den USA und Kanada gereichte. Die Nordamerikaner gewannen bis zu jenem inzwischen schon denkwürdigen Abend in der Göteborger Scandinaviumhalle jeweils überlegen den Machtkampf mit dem alten Europa, das sie einst die Reitkunst lehrte.

Im Gegensatz zur goldenen Schau der US-Kavallerie bei den Olympischen Spielen dürfen sie beim Weltcup-Finale in der Deutschlandhalle in geballter Kraft auftreten, mit 16 Reitern, von denen acht zu den Favoriten gehören: Olympiasieger Fargis etwa, Homfeld, Dello Joio, Smith, Matz, und, und, und ...

In der europäischen Formation der Attacke gegen die Amerikaner reiten sechs Deutsche. Schockemöhle gilt als einer, der auch die Amerikaner besiegen könnte. Aber ausgerechnet für ihn sind sie in nächster Zeit unschlagbar, dank auch der Pferde, die ihnen die Europäer verkauften. Denn in der Asche, wie Reiter Geld übersetzen, fummelt mancher lieber als in Siegesplaketten.

Möglicherweise wird deshalb nach dem Ende in der Deutschlandhalle wieder ein Bettlaken entrollt wie vor einem Jahr in Göteborg. Auf weißem Tuch stand dort der Spruch: „Verden grüßt Aramis." Aramis war das Siegerpferd des Kanadiers Mario Deslauriers, die Grüße kamen von den Züchtern Hannoveraner Reitpferde, die ihre Auktionen in Verden veranstalten. Aramis wurde 1981 in Verden für 44 000 Mark von einem Kanadier ersteigert. Die deutschen Pferde grüßen jetzt aus Übersee.

DIETER LUDWIG

EISHOCKEY / Deutsches Aufgebot nominiert

Unsinn: Bauchweh und schlaflose Nacht

sid/dpa, **Kaufbeuren**

Bundestrainer Xaver Unsinn hatte Mitleid. „Da kriegst du Junge davon, so gemein ist das", kommentierte er seine Absagen an die *fünf* Spieler, die am Wochenende aus dem Aufgebot für die Eishockey-Weltmeisterschaft *gestrichen wurden. Torwart Josef* Schlickenrieder, die Verteidiger Uwe Krupp, Horst-Peter Kretschmer und *Dieter Medicus sowie* der Angreifer Jochen Mörz werden in Prag nicht dabeisein.

„*Die Entscheidung hat* mich noch einmal eine schlaflose Nacht und Bauchschmerzen gekostet, denn alle haben im dreiwöchigen Trainingslager hervorragend mitgezogen", bedauerte Unsinn die unbarmherzige Regelung. Besonders hart trifft es den Mannheimer Torwart Schlickenrieder, dessen Name untrennbar verbunden ist mit dem Ereignis des ersten Unentschiedens, das eine deutsche *Mannschaft* gegen das Nationalteam der UdSSR erkämpfte. Am 3:3 in München war Schlickenrieder am letzten Sonntag mit einer außergewöhnlichen Leistung beteiligt. Trotzdem zog der Bundestrainer den Kölner *Konkurrenten* Helmut de Raaf vor. „Für de Raaf sprach, daß er mit seinen 23 Jahren über glänzende Perspektiven verfügt. *Außerdem ist* er beständiger als Schlickenrieder", begründete Unsinn seine Entscheidung.

Er will das kräftezehrende Turnier mit einer ungewohnt jungen Mannschaft (Durchschnittsalter 25 Jahre) durchstehen: Ersatztorwart de Raaf ist 23 Jahre alt, der in den USA als Profi lebende Uli Hiemer ist ein Jahr jünger, Michael Betz (23), Manfred Ahne (23), Markus Berwanger (21), Axel Kammerer (20) und Georg Franz (20) gehören zum Nachwuchs des deutschen Meisters SB Rosenheim. Ihre Jugend hat dem Bundestrainer zu neuer Motivation verholfen: „Donnerwetter, die jungen Spieler sind es wert, daß ich mich noch einmal voll reinhänge", zeigte Unsinn neue Begeisterung, nachdem er zwischenzeitlich den ersten Anflug von Müdigkeit verspürt hatte.

Doch die Aussicht, mit einer jungen Mannschaft noch einmal von vorn anzufangen, hat in ihm neue Kräfte geweckt. Leidtragender dieses wiedererwachten Engagements ist der 29jährige Horst-Peter Kretschmer, immerhin Kapitän des deutschen Meisters Rosenheim: „Er hätte nicht zu den ersten sechs Verteidigern gehört, und es ist sehr problematisch, einen solch erfahrenen Mann zum Reservisten zu degradieren. Ich muß aber auch sagen, daß Kretschmer *die schlechtesten medizinischen* Werte im Ausdauer-Bereich besaß", rechtfertigte sich Unsinn.

Die deutsche Mannschaft steht also vor dem Umbruch. Nach der olympischen Bronzemedaille von Innsbruck 1976, nach dem überraschenden Sieg über die CSSR 1982, nach den gelungenen Premieren beim Iswestija-Turnier und beim Canada-Cup sowie einigen glänzenden Spielen bei Weltmeisterschaften muß Xaver Unsinn derzeit mit einer Mannschaft arbeiten, die zwar begeisterungsfähig, aber noch wenig gefestigt und ständig zu neuen Überraschungen fähig ist. Die Vorbereitungsspiele gaben bereits einen Vorgeschmack auf das Wechselbad der Gefühle, das den Bundestrainer in Prag erwarten wird. Dem sen*sationell anmutenden 3:3 gegen* die UdSSR folgten ein knapper 7:6-Sieg sowie eine herbe 3:8-Niederlage gegen die USA. So sieht sich *Unsinn* außerstande, eine sichere Prognose für das Abschneiden seiner Mann*schaft zu stellen:* „Von der Endrunde bis zum Abstieg ist alles möglich. Es wird die schwierigste und interessanteste WM seit Jahren. Langweilig wird Prag nicht."

Realistisch beurteilt auch der Rosenheimer *Ernst Höfner, bester* Spieler der vergangenen Bundesliga-Saison, die Aussichten: „Zu Überraschungen gegen einen der Großen sind wir nur fähig, wenn wir am Anfang noch fit und die noch nicht ins Laufen gekommen sind. Und wenn wir doch mit 0:8 Punkten starten, wäre es normal und keiner kann uns den Kopf dafür abreißen", meint er angesichts der ersten vier Spiele, in denen sich die deutsche *Mannschaft* mit Schweden (Mittwoch), Kanada (Donnerstag), der CSSR (Samstag) und der UdSSR (Sonntag) auseinandersetzen muß.

Das Aufgebot – Tor: Friesen, de Raaf – Verteidigung: Kießling, Hiemer, Scharf, Blum, Kreis, Niederberger, Schuster – Angriff: Kühnhackel, Kuhl, Hegen, Heckelsmüller, Reindl, Höfner, Franz, Ahne, Kammerer, Berwanger, Betz, Wolf, Roedger.

Connors – der Schläger als Krücke

DW. Dallas

„Man ist eben nicht mehr der Jüngste", hatte der 32 Jahre alte Amerikaner *Jimmy Connors* schon vor einer Woche erkennen müssen, als er wegen einer *Muskelzerrung* im Rücken nicht mehr zum Finale des Tennis-Turniers in Chicago *antreten konnte.* Bei *der* sogenannten WCT-Weltmeisterschaft der Tennis*profis* in Dallas mußte der ehemalige Wimbledonsieger im Halbfinale gegen Ivan Lendl (CSSR) beim Stand von 3:6, 1:2 erneut aufgeben. Im zweiten Spiel qualifizierte sich der Amerikaner Tim Mayotte mit einem 6:4, 4:6, 6:2, 7:5 gegen den Schweden Joakim Nystroem für das Finale (Ergebnis stand bei Redaktionsschluß nicht fest).

Das vorzeitige Ende für Jimmy Connors kam nach dem mißglückten Versuch eines Schmetterschlages im dritten Spiel des zweiten Satzes. Danach konnte er seinen Schläger nur noch als *Krücke* benutzen (Foto). „Wenn einer verletzt ist, sollte er nicht spielen. So etwas geht nur an die Substanz", sagte sein Gegner Lendl. „Da waren Zuschauer auf den Rängen, und die hatten bezahlt. Ich fühlte mich also verpflichtet zu spielen", sagte Connors. Der Turnierarzt, der ihn noch eine Stunde nach seiner Aufgabe behandeln mußte, diagnostizierte einen Faserriß in der Rückenmuskulatur. Connors wird eine Pause von zwei Wochen einlegen müssen, *um* die Verletzung auszukurieren. In Dallas hatte er nur stark bandagiert trai*nieren können.*

Schon gegen Ende der letzten Saison hatte ein müder Jimmy Connors hin und wieder Gedanken an einen Abschied vom Turnier-Streß geäußert. Wenn er nicht mehr kämpfen könne, werde er ganz schnell Schluß machen, hatte Connors gesagt, der seit Beginn seiner Karriere mehr als 7,5 Millionen Dollar an Preisgeldern gewonnen hat. sid/DW.



GYMNASTIK / Regina Weber beim Turnier *in* Wiesbaden *auf* Platz sechs

Mädchen aus Bulgarien verblüfften

sid/dpa, **Wiesbaden**

Wie sich die Bilder gleichen: Vor zwei Jahren gelang einer *damals* unbekannten Gymnastin namens Diliana Georgieva in Wiesbaden der internationale Durchbruch – sechs Monate später war die Bulgarin Weltmeisterin. Am Wochenende tanzte sich ihre *Landsmännin Bianca Panova* beim vierten internationalen Gymnastik-Turnier des Deutschen Turnerbundes mit Seil, Ball, Keulen und Band ins Rampenlicht. Das erst 14 Jahre alte Mädchen aus Sofia gewann *alle fünf zu vergebenen Titel und hin*terließ bei der Konkurrenz Ratlosigkeit und Verblüffen.

„*Bianca Panova* und *auch ihre* Kollegin Maria Taskova sind ohne jeden Zweifel die kommenden Gymnastinnen", *sagte* Bundestrainerin Livia Medilanski anerkennend. Gegen diese kleinen, drahtigen Energiebündel hatte auch die routinierte und zweifellos ausdrucksstärkere deutsche *Meisterin* Regina Weber aus Wattenscheid keine Chance. Die 22jährige wurde im Vierkampf als beste Westeuropäerin Sechste, in den *Gerätefi*nals mit dem Seil, Ball und Band konnte sie drei dritte Plätze belegen.

Livia Medilanski zeigte sich mit dem Ergebnis ihrer Schülerin zufrieden. „Dies war der erste Wettkampf mit den neuen Übungen, *Regina hat* sehr gut geturnt", sagte die Trainerin. Und: „Ich rechne ganz stark mit ihr *bei der Weltmeisterschaft im Oktober* in Spanien." Regina Weber begann in Wiesbaden ähnlich wie vor neun Mo*naten bei den Olympischen Spielen* in Los Angeles mit einer verpatzten Übung. Sie ließ gleich zweimal die Keulen aus den *Händen gleiten.*

Nicht ganz optimal verlief der Wettkampf für Regina Webers Vereinskameradin Claudia Scharmann. Sie mußte in ihrer Ballkür die Wettkampffläche verlassen und belegte im Vierkampf Platz 14. Im Finale mit den Keulen wurde Claudia Schar*mann Sechste.*

2500 Zuschauer konnten in Wiesbaden bereits eine mögliche Nachfolgerin von Regina Weber bewundern. Außer Konkurrenz startete die erst 13 Jahre alte Diana Schmiemann und verblüffte *das Publikum mit Höchst*schwierigkeiten. „Ein sehr vielversprechendes Mädchen, auf das wir *große* Hoffnungen setzen", sagte Bundesfachwartin Rosemarie Napp. Auch Diana Schmiemann kommt aus der *Wattenscheider Talentschmiede* und wird seit Jahresbeginn im C-Kader des DTB geführt. Weniger erfolgreich turnte *außer* Konkurrenz Bettina Bothor aus Lahr, die lediglich auf 36,15 Punkte kam.

SPORT-NACHRICHTEN

Kamiros klar vorne

Gelsenkirchen (*kgö*) – Überlegen gewann der dreijährige Hengst Kamiros mit Jockey Peter Alafi den Hoffnungspreis (17 000 Mark, 10 000 Mark dem Sieger, 1800 m) in Gelsenkirchen, das bislang bestbesetzte Rennen des Derby-Jahrgangs. Den zweiten *Platz belegte Balmoral* vor Lontano, der hocheingeschätzte Mitfavorit Ephialtes war früh geschlagen und wurde nur Fünfter. Kamiros gehört einer Besitzergemeinschaft mit dem Hagener Bankdirektor Dieter Stein an der Spitze. Der Hengst ist ein Sohn des Arc de Triomphe-Siegers Star Appeal und der Aral-Pokalsiegerin Kandia. Er ist nun Favorit für das Deutsche Derby am 7. Juli in Hamburg.

Schwaier verlor

Nizza (sid) – Der Münchner Hans-Jörg Schwaier ist im Halbfinale des mit 80 000 Dollar dotierten Tennis-Grand-Prix-Turniers in Nizza ausgeschieden. Der 21jährige nationale Ranglisten-Vierte unterlag dem Franzosen Henri Leconte mit 5:7, 4:6.

Spielabsage

Düsseldorf (sid) – Wegen der Trauer-Feierlichkeiten nach dem Tod von Staats- und Parteichef Enver *Hodscha* hat Alba*niens* Fußball-Verband das für Mittwoch geplante Weltmeisterschafts-Qualifikationsspiel gegen Griechenland abgesagt.

Langen im Finale

Langen (*sid*) – *Bundesliga-Aufsteiger* KSV Langen hat das Finale der deutschen Mannschaftsmeisterschaft im Gewichtheben erreicht, das am 1. und 15. Juni gegen Titelverteidiger AC Mutterstadt ausgetragen wird. Die Mannschaft des *Olympiasiegers* Karl-Heinz Radschinsky besiegte Wolfsburg mit 817,8:791,2 Punkten.

Schwere Verletzungen

Imola (dpa) – Der italienische Motorrad-Rennfahrer Lorenzo Ghiselli hat sich bei *einem Sturz während ei*nes 500-ccm-Meisterschaftslaufes im italienischen Imola lebensgefährliche *Kopfverletzungen zugezogen.* Der Helm war beim Sturz zersplittert.

Weltklassezeit

Blackpool (sid) – Der englische Olympia-Vierte Adrian Moorhouse schwamm beim Länderkampf England – Schweden *auf einer 50-Meter*-Bahn in Blackpool in 1:03,33 Minuten über 100 Meter Brust eine der besten Zeiten der Saison.

Everton im Endspiel

London (sid) – Der FC Everton, Spitzenreiter der ersten englischen Fußball-Liga und Europacup-Gegner des *FC Bayern München,* hat wie im letzten Jahr das Pokalfinale erreicht. Gegen Luton Town gelang dem Team ein 2:1-Sieg nach Verlängerung. Im *zweiten Spiel* trennten sich der FC Liverpool und Manchester United 2:2 nach Verlängerung.

Danzig Cupsieger

Budapest (sid) – Der ASZ Danzig sicherte sich als erste polnische *Mannschaft* den Tischtennis-Europapokal der Landesmeister. Im Finale gewannen die Polen beim BVSC Budapest mit 5:3.

Killat auf Rang drei

Zürich (sid) – Der 22jährige Münchner Albin Killat belegte beim Europacup der Wasserspringer in Zü*rich mit 638,60 Punkten Rang drei im* Kunstspringen vom Drei-Meter-Brett. Es siegte der Sowjetrusse Aliutdinow vor dem bulgarischen Europameister Georgiv.

Degen-Fechter verloren

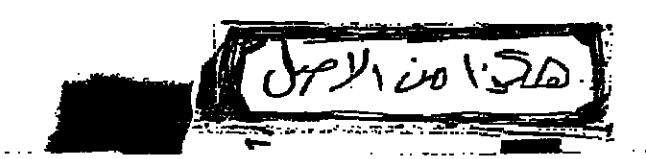
Heidenheim (sid) – Nach vier Pokalgewinnen in Folge schied der deutsche *Mannschaftsmeister* FC Tauberbischofsheim beim 25. Europapokal der Degen-Fechter in Heidenheim im Halbfinale nach einer 5:9-Niederlage gegen Steaua Bukarest aus. Im Finale unterlagen die Rumänen der Mannschaft von *ZSKA* Moskau mit 4:9.

Aufsteiger Dortmund

Altjührden (*sid*) – Der OSC Dortmund steht als erster Aufsteiger in die Handball-Bundesliga fest. Nach einem 18:17-Sieg bei der SG/VTB Altjührden ist das Team in der Tabelle nicht mehr einzuholen.

Spiel für Deckarm

Düsseldorf (sid) – Die deutsche Handball-Nationalmannschaft spielt im Rahmen eines Lehrgangs am 6. Mai beim Bundesliga-Klub TV Hüttenberg. Der Reinerlös des Spiels kommt einer Stiftung zugute, die den 1979 bei einem Spiel im ungarischen Tatabanya schwer verunglückten früheren Nationalspieler *Joachim* Deckarm unterstützt.



MARATHONLAUF

Sensation aus Dschibuti

sid, **Hiroshima**

Ahmed Salah hatte in der Endphase gar nicht gewußt, wie schnell er war. Nur eine Unachtsamkeit brachte den 29jährigen, der mit der Mannschaft Dschibutis im japanischen Hiroshima überraschend den ersten Marathon-Weltcup gewann, um eine Weltbestzeit. In 2:08:09 Stunden blieb Salah nur um vier Sekunden über der sechs Monate alten Bestmarke des Briten Steve Jones.

„Salah hat sich ein paarmal umgedreht und ins Publikum gewinkt. Das hat ihn wohl die Bestzeit gekostet", meinte Herbert Steffny aus Freiburg, der seinen Aufstieg in die internationale Spitzenklasse fortsetzte. Mit einer Steigerung um fast drei Minuten belegte er in 2:11:49 Stunden Rang 14. Die Mannschaft mit Eberhard Weyel (Mengerskirchen) und Franz Hornberger (Fürth), die rund drei Minuten hinter Steffny lagen, belegte einen guten sechsten Platz. Der Augsburger Andreas Weniger gab auf.

Die Sensation waren die Läufer aus Dschibuti – einem Land von nur 340 000 Einwohnern am Golf von Aden – , die auch die Mannschaftswertung gewannen. Steffny: „Fast unglaublich. Sie laufen erst seit drei Jahren Marathon. Angesichts des schnellen Aufstiegs dieser Naturtalente muß man sich fragen, wie weit wir in unserer zivilisierten Welt schon degeneriert sind."

Am Tag zuvor hatte Italiens Team bei den Frauen dominiert und Katrin Dörre aus der „DDR" die Einzelwertung gewonnen. Für die deutsche Mannschaft war der Wettkampf enttäuschend verlaufen. Nach dem Ausfall von Gaby Wolf (Dortmund), die sich von einem Kollaps allerdings schnell wieder erholte, und Heidi Hutterer (Landshut) war die Mannschaft auseinandergefallen. Ins Ziel kamen nur Birgit Lennartz (St. Augustin) als 26. in 2:44:41 und Angelika Dunke (Aachen) als 50. in 2:53:27.

BOXEN / Heute Kampf der Superlative in Las Vegas

Hagler und Hearns sogar besser bezahlt als Ali

DW./dpa/sid, Las Vegas

Der Kampf der Worte endete am Freitag. Heute abend werden Weltmeister Marvin Hagler und Herausforderer Thomas Hearns (beide USA) die Fäuste sprechen lassen. Im Hotel Caesars Palace in Las Vegas werden sie um die Profi-Weltmeisterschaft im Mittelgewicht boxen, auf die sie sich in den letzten Monaten mit verbalen Attacken eingestimmt haben. „Ich werde ihn zerstören. Er ist ein Freak. Er sollte mit seiner Figur lieber Basketball spielen," hatte Hagler getönt. „Ich werde ihm zeigen, was boxen ist", konterte Hearns.

In einem beispiellosen Werbefeldzug, der an politischen Wahlkampf erinnerte, zogen sie seit der Ankündigung ihres Titelkampfes im Dezember durch die USA. Sie schrieben Autogramme, gaben Hunderte von Interviews und besuchten auf ihrer Werbetour allein in den letzten 17 Tagen 25 amerikanische Städte. Das Spektakel war notwendig, um den Erfolg des Millionen-Kampfes zu garantieren. Denn dieser Kampf setzt neue Maßstäbe. Sein Finanz-Rahmen übertrifft selbst die Rekord-Umsätze der zugkräftigen Muhammad-Ali-Kämpfe. Obwohl der Boxsport weltweit stagniert, ist in Amerika immer noch das große Geld zu machen. Das Publikumsinteresse hat sich dabei von den Schwergewichts- auf leichtere Gewichtsklassen verlagert.

Das Mittelgewichts-Duell Hagler gegen Hearns ist das größte Geschäft der Boxgeschichte. Promoter Bob Arum wird 46 Millionen Dollar (rund 143 Millionen Mark) einnehmen, 24 Millionen Dollar (rund 74 Millionen MArk) davon wird er als Gewinn verbuchen können. Hagler erhält dabei eine garantierte Kampfbörse von 5,4 Millionen Dollar plus 45 Prozent des Gesamtumsatzes, und Hearns kann mit 5,3 Millionen Dollar sowie 35 Prozent der Einnahmen rechnen. Beide können je elf Millionen Dollar erreichen und damit fast die bisherige Rekordbörse des einstigen Weltergewichts-Weltmeisters Sugar Ray Leonard (12,7 Millionen Dollar) aus dem Jahr 1981. Garantiert wird die Börse durch die mehr als 15 000 Zuschauer, die zwischen 100 und 600 Dollar für eine Eintrittskarte bezahlten, und durch den Verkauf an 700 private Interessenten, die den Kampf per Kabelfernsehen in geschlossenen Gesellschaften zeigen wollen.

„Nehmt sie alle zusammen: Joe Louis, Jack Dempsey, Rocky Marciano, Sugar Ray Robinson, Tony Zale und Rocky Graziano. Keiner von ihnen hat in seiner ganzen Karriere so viel verdient wie jeder der beiden", verdeutlicht Mitveranstalter Teddy Brenner die Dimensionen. Die Diskussion um die Rekordbörsen läßt die sportliche Seite des Titelkampfes fast vergessen. Marvin Hagler („The Marvellous"), der 31jährige Vater von vier Kindern, ist deshalb schon um die Sicherheit seiner Familie besorgt. „Ich mag nicht, wenn soviel über das Einkommen von Sportlern geschrieben wird", klagte er. „Solche Informationen verstärken die Gefahr einer Entführung."

Hagler, der für seinen ersten Profi-Kampf bescheidene 50 Dollar kassierte, gilt heute als der bestbezahlte Sportler der Welt und hat eine einmalige Bilanz vorzuweisen: 60:2 Siege (50 K.o.). Ihm fehlt nur ein Kampf gegen den früheren Weltmeister Sugar Ray Leonard, dessen Karriere durch eine Augenoperation beendet wurde. Bei den Buchmachern ist Hagler, der als Champion von allen drei konkurrierenden Weltverbänden anerkannt ist, dennoch nicht Favorit. Der Kurs steht 6:5 für Herausforderer Hearns („Hit Man"), den Weltmeister im Super-Weltergewicht. Die ARD will morgen ab 23.45 Uhr eine Aufzeichnung senden.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 20. Spieltag: Rostock – Karl-Marx-Stadt 4:2, Lok Leipzig – Dresden 3:2, Brandenburg – Dynamo Berlin 0:1, Erfurt – Suhl 2:1, Magdeburg – Frankfurt 4:2, Riesa – Jena 3:1, Aue – Leipzig 4:3. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 34:6, 2. Dresden 29:11, 3. Lok Leipzig 29:11. – **Erste englische Division:** Arsenal – Nottingham 1:1, Coventry – Sunderland 0:1, Ipswich – Sheffield 1:2, Leicester – Tottenham 1:2, Newcastle – Queens Park 1:0, Watford – Norwich 2:0. – Tabellenspitze: 1. Everton 69 Punkte, 2. Manchester United 65, 3. Tottenham 64. – **Englischer Pokal:** Luton – Everton 1:2 n.V., Manchester United – Liverpool 2:2 n.V.

HANDBALL

Bundesliga, Männer, 21. Spieltag: Lemgo – Kiel 17:21, Gummersbach – Schwabing 21:14, Weiche-Handewitt – Düsseldorf 22:18, Reinickendorf – Hüttenberg 28:26, Wallau-Massenheim – Hofweier 24:19. – **DHB-Pokal**, Frauen, zweite Runde, Gruppe Nord: Oldesloe – Brühl 20:22, Nord-Harrislee – Engelskirchen 18:27, Jarplund-Weding – Oldenburg 12:17. – Gruppe Süd: Nürnberg – Auerbach 18:17 n. zwei Verlängerungen, Lützellinden – Berlin 38:15. – **Erstes Finalspiel Europapokal**, Herren: Metaloplastika Sabac – Atletico Madrid 19:12. – **Zweites Finalspiel IHF-Pokal**, Frauen: Frankfurt/Oder – Vasas Budapest 19:13, Frankfurt Pokalsieger. – **Europacup der Pokalsieger**, Frauen: Jopolniky/CSSR – Titograd/Jugoslawien) 18:22, Titograd Pokalsieger.

HOCKEY

Bundesliga, Feld, Herren, 1. Spieltag, Gruppe Nord: Großflottbek – Hannover 0:1, Leverkusen – RW Köln 0:0. – Gruppe Süd: Bad Dürkheim – Heidelberg 1:1, SW Köln – Mülheim 0:0.– **Damen**, Gruppe Nord: Krefeld – Hamburg 0:0, Leverkusen – Düsseldorf 3:0, BW Köln – Raffelberg 2:1. – Gruppe Süd: München – Berlin 0:0, RW Stuttgart – Hanau 0:2, SC Frankfurt – Charlottenburg 1:1, Eintracht Frankfurt – Brandenburg 2:0, RW Stuttgart – Berlin 2:0, München – Hanau 0:4, SC Frankfurt – Brandenburg 1:4.

JUDO

Bundesliga, 3. Wettkampftag, Gruppe Nord: Köln – Wolfsburg 4:15, Remscheid – Düsseldorf 12:6, Witten-Annen – Berlin 13:5, – Gruppe Süd: Abensberg – Wiesbaden 12:7, Nürnberg – Mannheim 7:9, Rüsselsheim – Freiburg 15:4.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 15. Spieltag: Bremen – Bad Hamm 9:6, Jülich – Saarbrücken 1:9, Grenzau – Bayreuth 9:4, Reutlingen – Düsseldorf 7:9, Altena – Steinhagen 4:9. – **Damen:** Kleve – Frankfurt 4:9, Rinteln – Stuttgart 3:9, Saarbrücken – Donauwörth 9:2, Soest – Frankfurt 1:9, Ahlem – Stuttgart 5:9.

WASSERBALL

Bundesliga, 7. Spieltag: Hamm – Esslingen 14:4, Offenbach – Düsseldorf 7:12, Hannover-Linden – Spandau 8:12, Würzburg – ASC Duisburg 9:6, Duisburg 98 – Hamburg 14:6, Hohenlimburg – Cannstatt 7:11.

RHYTHMISCHE GYMNASTIK

Internationales Turnier in Wiesbaden, Handgeräte-Finale: Seile: 1. Panova (Bulgarien) 19,80 Punkte, 2. Dittrich („DDR") 19,75, 3. Weber (Deutschland) und Lobatsch (UdSSR) je 19,65. – Ball: 1. Panova 19,95, 2. Kutkaite (UdSSR) 19,90, 3. Weber 19,80. – Keulen: 1. Panova 19,90, 2. Kutkaite 19,80, 3. Dittrich und Lobatsch je 19,70, . . . 6. Scharmann (Deutschland) 19,45, 7. Weber 19,40. – *Band: 1. Panova 20,00*, 2. Taskova (UdSSR) 19,75, 3. Weber, Dittrich und Kutkaite alle je 19,65. – Vierkampf: 1. Panova 39,75 Punkte, 2. Kutkaite 39,50, 3. Dittrich und Lobatsch 39,25. . . .6. Weber 39,15.

TURNEN

Bundesliga, Staffel Nord: Bergisch Gladbach – Hannover 220,00:225,25 Punkte, 2. Celle/Wolfsburg – Saar 213,85:223,40, Heusenstamm – Weiskirchen 222,00: 220,05. – Staffel Süd: München – Oppau 223,80:221,35, Stuttgart – Heilbronn/Neckarsulm 227,95:223,40, Herbolzheim – München 223,35:218,50.

LEICHTATHLETIK

Marathon-Weltcup in Hiroshima/Japan, Frauen: 1. Italien 7:51:27 Std., 2. *UdSSR* 7:53:22, 3. *„DDR"* 8:00:02. – Einzelwertung: 1. Dörre („DDR") 2:33,30, 2. Iwanowa (UdSSR) 2:34,17, 3. Szbo (Ungarn) 2:34,57, 4. Fogli (Italien) 2:35:45, 5. Jacobsen (Dänemark) 2:35:57, 6. Marchisio (Italien) 2:36:00, 7. Melicherova (CSSR) 2:36:27, 8. Marot (England) 2:37:32, . . .26. Lennartz 2:44:41, . . .50. Dunke (beide Deutschland) 2:53:27. – **Männer:** 1. Salah (Dschibuti) 2:08:09 Std., 2. Nakayama (Japan) 2:08:15, 3. Robelh (Dschibuti) 2:08:26, 4. Heilmann („DDR") 2:09:03, 5. Abebe (Äthiopien) 2:09:05, 6. Pizzolato (Italien) 2:10:23, . . .14. Steffny 2:11:49, . . .26. Weyel 2:14:22, . . .35. Hornberger (alle Deutschland) 2:14:56. – Mannschaftswertung: 1. Dschibuti 6:27:08 Std., 2. Japan 6:31:43, 3. Äthiopien 6:32:46, . . .6. Deutschland 6:41:07.

TENNIS

15. WCT-Turnier in Dallas, Viertelfinale: Connors – Krickstein (beide USA) 7:5, 6:2, 6:3, Lendl (CSSR) – Edberg (Schweden) 3:6, 7:6, 3:6, 6:1, 6:2, Nystroem (Schweden) – McEnroe (*USA) 6:4, 7:6, 6:3, Mayotte (USA)* – Wilander (Schweden) 6:3, 6:1, 7:6. – Halbfinale: Lendl – Connors 6:3, 2:1, Connors verletzt aufgegeben, damit Lendl im Finale gegen Mayotte. – **Damenturnier** in Hilton Head Island, Einzel, Viertelfinale: *Evert-Lloyd (USA)* – Ruzici (Rumänien) 6:2, 6:0, Maleeva (Bulgarien) – Potter (USA) 6:4, 6:2.

BASKETBALL

13. Albert-Schweitzer-Turnier der Junioren (U 18) in Mannheim, Plazierungsspiele um Platz neun: Deutschland A – Deutschland B 92:90 n.V., um Platz elf: China – Spanien 110:93, um Platz 13: Holland – CSSR 83:82 n.V., um Platz 15: Österreich – Frankreich 58:90. – Finalrunde: Türkei – USA 66:101, damit USA im Endspiel.

REITEN

Weltcup-Springen, Finale Europazone in Göteborg: 1. Simon (Österreich) Freak 32,93 Sek., 2. Schockemöhle *(Deutschland) So Long 32,96, 3.* Pyrah (England) Towerlands Anglezarke 33,67, 4. Macken (Irland) Carrol's Windward 34,63, 5. Whitaker Warren Point 34,76, 6. Hedin (Schweden) Crack the Sky 44,69, 7. Whitaker (England) Clonee Temple 46,35, 8. Schewe (Deutschland) Wilster 36,03, alle fehlerlos im zweiten Stechen. – Abschlußwertung: 1. Cottier (Frankreich) und Schockemöhle je 94, 3. Mellinger (Schweiz) 86, 4. Skelton (England) und Simon je 82, 6. Whitaker 67, 7. Frühmann (Österreich) 66, 8. Rozier (Frankreich) 60.

GALOPP

Rennen in Düsseldorf: 1. R.: 1. Wonder World (P.G. Gilson), 2. Alemania, 3. Bergveilchen, *Toto: 19/12, 18, 54, ZW:* 120, DW: 3860, 2. R.: 1. Hairos (P. Remmert), 2. Jubilar, 3. Ileana, Toto: 52/17, 26, 19, ZW: 324, DW: 1828, 3. R.: 1. Moneymaker (A. Schütz), 2. Theophilio, 3. Nareto, Toto: 17/13, 17, –, ZW: 56, DW: 496, 4. R.: 1. Angelita (G. Bocskai), 2. Almeria, 3. Septime, Toto: 40/18, 26, 15, ZW: 400, DW: 1444, 5. R.: 1. Schwarze Lady (St. Wegner), 2. Oberto, 3. Gambe, Toto: 24/18, 190, 42, ZW: 1164, DW: 54 272, 6. R.: 1. Ajouni (D.K. Richardson), 2. Brancino, 3. Balios, Toto: 56/15, 13, 15, ZW: 196, DW: 820, 7. R.: 1. Wildfasan (M. Hofer), 2. Oglio, 3. Cavallo, Toto: 20/13, 16, 14, ZW: 108, DW: 348, 8. R.: 1. Ginsterlied (K. Woodburn), 2. Monet, 3. Themistokles, Toto: 64/20, 20, 17, ZW: 440, DW: 3264, 9. R.: 1. Matapan (A. Schütz), 2. Foxtrott, 3. Appellatus, Toto: 96/18, 14, 20, ZW: 388, DW: 1696.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 6, 19, 22, 26, 35, 36, Zusatzzahl: 48. – **Spiel 77:** 7 0 9 5 0 4 0. (Ohne Gewähr).

HANDBALL

Trainer ging freiwillig

dpa, **Lemgo**

Die Handball-Bundesliga erlebte ihren sechsten vorzeitigen Trainerwechsel dieser Saison: Der 40jährige Hannes Sulk bat den vom Abstieg bedrohten TBV Lemgo gestern um Auflösung seines Vertrages, der erst vor wenigen Wochen bis 1986 verlängert worden war. Wenige Stunden nach der 17:21-Heimniederlage gegen Tabellenführer THW Kiel erklärte Sulk: „Eine Weiterarbeit hat keinen Zweck, wenn die Spieler meine Taktik auf dem Feld nicht mehr umsetzen. Dennoch bin ich überzeugt, daß die Mannschaft das Zeug hat, unter anderer Leitung den Klassenerhalt zu schaffen."

Sulk hatte seine Tätigkeit im Frühjahr des letzten Jahres begonnen, nachdem Ulrich Schönbrodt von dem bereits damals in Abstiegsgefahr geratenen Klub entlassen worden war. Lemgo blieb jedoch in der Bundesliga, weil Frisch Auf Göppingen zwangsweise in die zweite Liga versetzt wurde. In diesem Jahr gehört der TBV erneut zum Kreis der sechs Vereine, aus dem die drei Absteiger ermittelt werden. Lediglich zwei Punkte trennen dabei den Tabellen-Neunten Reinickendorfer Füchse (16:26) vom Schlußlicht SG Weiche-Handewitt (14:28).

„So etwas habe ich noch nicht erlebt. Es ist durchaus denkbar, daß die Meisterschaft und die Abstiegsfrage durch die Tordifferenz entschieden werden," erklärte Heinz Jacobsen, der Manager des THW Kiel, der durch den Sieg in Lemgo mit 32:10 Punkten an der Spitze liegt und in den beiden nächsten Wochen durchaus für eine Vorentscheidung in der Meisterschaftsfrage sorgen kann: Am nächsten Samstag erwartet er den starken Konkurrenten TuSEM Essen und ist eine Woche später beim dritten Meisterschaftsanwärter, dem VfL Gummersbach, zu Gast.





DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Klage-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Blüm: Wende kann nicht ein Salto rückwärts sein

● Fortsetzung von Seite 1

und auch die von Jüngeren gezahlten Beiträge müßten später ausbezahlt werden. In der schweren Zeit der Bevölkerungsveränderung müßten die Erwerbstätigen zwei Alterssysteme gleichzeitig finanzieren. Das ist unzumutbar." An die Adresse Bangemanns gerichtet, meinte Blüm, das sei „kein besonders guter Einfall" des FDP-Politikers gewesen: „Sein Modell kostet viel mehr, und die Mehrheit der Rentner würde eine geringere Rente erhalten."

Der Arbeitsminister appellierte an die FDP, „Rücksicht auf die Gefühle unserer älteren Mitbürger zu nehmen". Eine „chaotische Rentendiskussion kann nur zu einer großen Verunsicherung führen. Soziale Sicherheit ist nicht nur abhängig von der Höhe der Leistungen, sondern auch abhängig von dem Vertrauen. Verwirrspiele sind Vertrauensabbau".

In der Rentenversicherung, so sagte Blüm gegenüber der WELT, müsse der „Konsens" angestrebt werden. „Rentenreform gibt es nicht mit der Brechstange. Hier muß die Einigung Schritt für Schritt gesucht werden." Dabei seien Übereinstimmungen erzielt worden, die vor zehn Jahren noch nicht denkbar gewesen seien. Zum Beispiel, daß die Renten nur wie die verfügbaren Einkommen steigen. „Sozialpolitik war von ihren Anfängen an immer eine evolutionäre Einrichtung, also genau das Gegenprogramm zu radikalen Roßkuren, Umstellungen gab es hier immer nur in Entwicklungen. Deshalb kann auch hier die Wende nur eine große Kurve sein, kein abrupter Abbruch. Umstellung ist nicht Umbruch", sagte Blüm.

Mit deutlicher Kritik an der FDP meinte Blüm: „Es gibt besondere Begabungen, sich nicht nur die Schuhe der Opposition anzuziehen, sondern sie auch noch selber zu produzieren." Der Bundesarbeitsminister meinte damit die Aussage Bangemanns, bisher sei man den Rentenproblemen aber ausgewichen. Blüm: „Ich will darauf aufmerksam machen, daß wir in dieser Legislaturperiode der Rentenversicherung netto mehr als 60 Milliarden Mark beschafft haben. Das ist ein mit Opfern verbundener schmerzhafter Anpassungsprozeß." Die Rentenanpassung sei aktualisiert und der Krankenversicherungsbeitrag eingeführt worden. Die Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten und der Kinderzuschuß seien neu geordnet worden. Die Hinterbliebenenreform sei auf den Weg gebracht worden, „an der die SPD sieben Jahre lang herumgehampelt hat". Blüm: „Wir stehen besser da als wir uns darstellen. Auch in der Arbeitsmarktpolitik brauchen wir unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen."

Als „Merkposten für diejenigen, die es vergessen haben", nannte Blüm das Vorruhestandsgesetz, auf das inzwischen durch Tarifverträge 250 000 bis 280 000 Arbeitnehmer „anspruchsberechtigt" seien. Die Rückkehrförderung für Ausländer sei ein Erfolg gewesen. 160 000 Personen hätten sie in Anspruch genommen, davon 135 000 Türken. Die Umschulung und Fortbildung seien höher als je zuvor. „Wir haben die älteren Arbeitslosen nicht im Stich gelassen, das Arbeitslosengeld verlängert, und die jüngeren Arbeitslosen wieder in die Krankenversicherung und in das Kindergeld aufgenommen."

Kritisch setzte sich Blüm auch mit Stichworten aus der FDP wie „Lohndiktat" auseinander. „Ich gehöre zu denen, die mit dem Zustand der Gewerkschaften, mit dem Zustand der Sozialpartnerschaft, nicht zufrieden sind. Die Tarifpolitik ist zu starr und zu stur. Wir brauchen mehr Phantasie. Aber Tarifverträge sind absolut notwendig. Sie dürfen nicht unterlaufen, sie dürfen nicht manipuliert werden." Wer „Einzelverträge" anstelle der Tarifverträge wolle, der müsse wissen, daß das „im Chaos endet". Blüm: „Wer die Tarifpartnerschaft außer Kraft setzt, der macht den Staat letztendlich zur Lohn- und Preisbehörde." Er sei zwar ein Kritiker „parteipolitischer Schlagseiten und ideologischer Aufblähungen einzelner Gewerkschafter, aber ich bin und bleibe ein Gewerkschafter".

Vollbeschäftigung sei nicht nur Aufgabe des Staates und der Gewerkschaften. Die Unternehmer seien in die gemeinsame Verantwortung eingeschlossen. „Wir haben die Unternehmen steuerlich entlastet. Die Erlössituation hat sich in vielen Branchen verbessert. Wir werden mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz und einer neuen Arbeitszeitverordnung das Arbeitsrecht entkrampfen. Jetzt sind die Unternehmer an der Reihe. Jetzt muß eingestellt werden", forderte Blüm.

Betreibt Amman Aussöhnung mit Damaskus?

dpa, Amman

Das Kabinett in Ammman hat am Sonnabend ein seit Jahren geltendes Import- und Exportverbot für Agrarerzeugnisse nach und von Syrien aufgehoben. Gleichzeitig wurde die Wiedereinrichtung einer gemeinsamen jordanisch-syrischen Bank beschlossen. Beobachter sehen in diesen Maßnahmen die ersten Schritte Jordaniens zu einer Aussöhnung mit Syrien.

Ebenfalls am Sonnabend ist der US-Nahostexperte Richard Murphy in Amman eingetroffen, um die Möglichkeiten zur Wiederbelebung des Friedensprozesses zu erkunden. Murphy will auch noch Israel, Syrien, Ägypten und Saudi-Arabien besuchen. Die USA lehnen einen direkten Kontakt mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation ab, solange sich die PLO weigert, Israels Existenzrecht innerhalb gesicherter Grenzen offiziell anzuerkennen.

Anschläge begleiten Wahl in Peru

dpa, Lima

Überschattet von Anschlägen linksextremer Untergrundkämpfer haben gestern in Peru die Präsidentschafts-und Parlamentswahlen begonnen. Guerrilla-Kommandos hatten in der Nacht Sprengstoffladungen gegen Wahllokale und Parteibüros in Lima geworfen. Dabei wurden drei Menschen schwer verletzt. Die Attentate richteten sich vor allem gegen die rechtsgerichtete Christliche Volkspartei (PPC).

Bei den zweiten Wahlen seit der Rückkehr Perus zur Demokratie 1980 bewarben sich neun Präsidentschaftskandidaten um die Stimmen der rund 8,2 Millionen Wahlberechtigten. Nach den Umfragen lag der 35jährige Generalsekretär der sozialdemokratisch orientierten APRA-Partei, Alan Garcia, in der Wählergunst deutlich vorn. Mit erheblichem Abstand folgten der marxistische Bürgermeister von Lima und Chef der „Vereinigten Linken", Alfonso Barrantes (57), der christlich-soziale Parteichef Luis Bedoya (66) und der Generalsekretär der regierenden „Volksaktion", Javier Alva Orlandini (57).

In Warschau sprach Howe auch mit Vertretern der „Solidarität"

Britischer Außenminister am Grab Popieluszkos / Oppositionelle bei Botschaftsempfang

DW. London/Warschau

Die jetzt beendete Ostblockreise des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe zeigt das Bemühen Londons um eine differenzierte Ostpolitik, bei der trotz aller „Normalisierungsabsichten" das aktive Eintreten für die Menschenrechte einen hohen Stellenwert hat. Nicht zuletzt Howes Besuch in Warschau diente der Demonstration dieser Absicht.

Der britische Außenminister scheute sich nicht, das Grab des von drei Sicherheitsbeamten ermordeten Priesters Jerzy Popieluszko aufzusuchen, dort eine Kerze zu entzünden und Blumen niederzulegen. In das Gedenkbuch trug sich Howe jedoch ohne jeden kommentierenden Text mit seinem Namen ein. Zu einem Empfang in der britischen Botschaft in Warschau waren demonstrativ keine hohen polnischen Regierungsmitglieder gekommen. Grund: Die Briten hatten auch Vertreter der Opposition eingeladen. Rund 20 Minuten zog sich Howe zu einem Gespräch mit den früheren Beratern der jetzt verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", Tadeusz Mazowiecki, Bronislaw Geremek, Janusz Onyszkiewicz und Krzysztof Sliwinski, sowie dem ehemals einflußreichsten Vorsitzenden des Journalistenverbandes, Stefan Bratkowski, zurück. Zuvor hatte Howe mit dem polnischen Partei- und Regierungschef General Jaruzelski ein zweistündiges Gespräch.

Wie zuvor auf seinen Stationen Ost-Berlin und Prag mahnte er die Achtung der Menschenrechte in Polen an. Die Freunde Polens in Großbritannien, so gab er seinen Gastgebern zu verstehen, würden eine Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen schwerlich gutheißen, wenn die Anstrengungen zu einer Verbesserung der nationalen Versöhnung in Polen nicht fortgesetzt würden. Howe gab sich dabei nicht sonderlich optimistisch. Jüngste Berichte zeigten, daß nach der Entspannung der Situation aufgrund der Amnestie für politische Häftlinge vom Juli 1984 nun wieder Schritte in die entgegengesetzte Richtung unternommen würden.

Vor seiner Pressekonferenz war der Howe am Samstag mit dem Primas der katholischen Kirche, Kardinal Jozef Glemp, zusammengetroffen. Dabei dürfte auch die Verschärfung in den Beziehungen zwischen Kirche und Staat zur Sprache gekommen sein, für die die permanenten Angriffe Warschauer KP-Zeitungen gegen den Papst und bestimmte Priester in Polen ein Indiz sind.

Howe suchte seine Gastgeber in Warschau davon zu überzeugen, daß die Amerikaner es ernst mit den Gesprächen in Genf meinen und von ihren Verbündeten unterstützt werden. Er lehnte aber ebenso wie die britische Premierministerin Margaret Thatcher ein vom sowjetischen Parteichef Gorbatschow vorgeschlagenes Moratorium zur Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa ab, da es das bestehende Ungleichgewicht „zementieren würde". Andererseits hatte Howe mit seiner vor wenigen Wochen in London geäußerten Kritik an den amerikanischen Plänen für ein Weltraumverteidigungssystem im Ostblock interessierte Zuhörer. In Prag konfrontierte ihn der tschechoslowakische Außenminister Chnoupek mit einem Zitat aus seiner umstrittenen Rede, in der der Brite von der „Maginot-Linie des 21. Jahrhunderts" gesprochen hatte. Howe hat aber seit dieser Rede seine Position deutlich verändert. Die offizielle britische Linie, zu der auch er sich bekennt, lautet: Forschungsarbeiten für Weltraum-Verteidigungswaffen sind legitim und akzeptabel.

Seite 2: Ein Brite im Osten

Mit Roosevelt gegen Reagan

DW./UR. Bonn

Die „DDR" verfolgt mit ihrer Propaganda für eine „Koalition der Vernunft" (Honecker) im Zusammenhang mit dem „Tag der Befreiung" am 8. Mai offensichtlich das Ziel, sich ein Image als „Friedensstifter" zu geben.

Als historisches Vorbild eines Bündnisses, das dem Frieden im nuklearen Zeitalter dienen soll, ziehen seit geraumer Zeit Politiker und Medien der „DDR" die Anti-Hitler-Koalition heran. Das jüngste Beispiel für die Beschwörung und aktuelle Aufarbeitung des kurzzeitigen Bündnisses der Alliierten lieferte der „DDR"-Volkskammerpräsident Horst Sindermann, als er nach Angaben der „DDR"-Nachrichtenagentur ADN erklärte: „Die Gemeinsamkeit der Armeen der Anti-Hitler-Koalition brachte den Sieg der Menschlichkeit über die Unmenschlichkeit."

Als „Architekt der Anti-Hitler-Koalition" findet der damalige amerikanische Präsident Franklin Delano Roosevelt die besondere Aufmerksamkeit östlicher Medien. Nicht nur die in der „DDR" erscheinenden Tageszeitungen haben am Wochenende in großer Aufmachung an den 40. Todestag des im Westen außenpolitisch umstrittenen Präsidenten erinnert, sondern auch sowjetische Zeitungen. Die sowjetischen Zeitungen gehen dabei noch einen Schritt weiter als die Blätter der „DDR", wenn sie Parallelen zwischen Roosevelt und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow ziehen. Roosevelt sei, so behauptete die sowjetische Nachrichtenagentur Tass, genau wie Gorbatschow heute der Meinung gewesen, daß „Konfrontation nicht der natürliche Zustand des Verhältnisses der beiden Supermächte" sei.

Der positiven Würdigung Roosevelts steht die äußerst scharfe Polemik gegen den derzeitigen US-Präsidenten Ronald Reagan gegenüber. Roosevelt, so lautet die These, habe die Sowjetunion als gleichwertigen Verhandlungspartner angesehen. Demgegenüber strebe Reagan nach Überlegenheit über die Sowjetunion. Westliche Historiker werfen Roosevelt vor, am Verhandlungstisch gegenüber Stalins Forderungen – etwa in der Frage der Anerkennung der kommunistischen Unterwerfung Polens – zu nachgiebig gewesen zu sein.

Den Jubiläumstag will die „DDR" sich auch innenpolitisch zunutze machen. Appelle an die Erhöhung der Arbeitsleistung sollen daran erinnern, daß nur mit Hilfe einer gesteigerten Produktivität die „historische Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus" siegreich beendet werden könne.

Führer von Satellitenpartei Polens gestürzt

J. G. G. Haan

Völlig unerwartet ist der bisherige Vorsitzende der polnischen „Demokratischen Partei" (SD), Professor Edward Kowalczyk (61), am Wochenende während eines turbulent verlaufenden Parteikongresses gestürzt worden. Sein Nachfolger wurde Tadeusz Witold Mlynczak, viele Jahre Präsident des Verbandes für die Kontakte zum Auslandspolentum (Polonia).

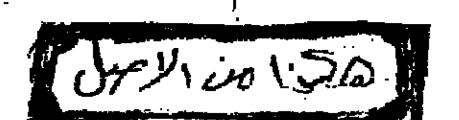
Der Kybernetikprofessor Kowalczyk war von General Jaruzelski 1981 zum Vorsitzenden der SD bestellt und auch zum Vizepremier ernannt worden, um Säuberungen in der SD-Partei, die vornehmlich die Intelligenz und das Handwerk in Polen vertritt, vorzunehmen, die er dann auch rigoros auf allen Ebenen durchführte. Aufgrund seiner Vergangenheit – der Politiker war in deutscher Kriegsgefangenschaft – wurde er von Jaruzelski beauftragt, Kontakte zur FDP zu knüpfen und zu pflegen. 1982 hatte er einen Antrag in den polnischen Sejm eingebracht, in dem die Wiedereinführung des Präsidentenamtes gefordert wurde – dies mit Blick auf seinen Gönner Jaruzelski. Erst vor einigen Tagen machte er in dieser Richtung einen neuen Vorstoß.

Mlynczak, der ebenfalls gut deutsch spricht, ist bereits mehrere Male in der Bundesrepublik Deutschland gewesen, wo er vom Polenverband „Zgoda" (Eintracht) sowie von SPD-Oberbürgermeistern im Ruhrgebiet empfangen wurde.

Moskau für ständige „Gipfeltreffen"

AP, Moskau

Die sowjetische Führung ist offensichtlich zu regelmäßigen Treffen mit amerikanischen Politikern auf höchster Ebene bereit. Es sei nötig, schrieb die sowjetische Parteizeitung „Prawda" gestern, zur „Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen" zurückzukehren. Die Mehrheit der Amerikaner wünsche bessere Beziehungen zur UdSSR und wolle ein Ende der „Kampagne des Hasses" gegen die Sowjetunion, heißt es in dem „Prawda"-Artikel. Auch in der Sowjetunion sei der „Wille zur Zusammenarbeit" vorhanden.



Trauriges Schauspiel

dos – Als Mobil Oil Ende vergangenen Jahres, nach dem Bekanntwerden der Stillegungspläne und der darauf folgenden lautstarken Kritik die Wilhelmshavener Raffinerie dem Land Niedersachsen zum Kauf und Weiterbetrieb anbot, wurde dies als schlechter Scherz verstanden. Wirtschaftsministerin Birgit Breuel wehrte sich vehement dagegen, unternehmerisch in die Verantwortung zu gehen. Jede andere Reaktion speziell von ihrer Seite hätte Ungläubigkeit ausgelöst. Jetzt indes muß, bei allem Vorbehalt, mit einer solchen Möglichkeit gerechnet werden. Frau Breuel will zwar Meldungen, wonach das Land sich maßgeblich an einer neuen Betriebsgesellschaft für die Weiterführung der Raffinerie *beteiligen* soll, nicht bestätigen; sie dementiert dieses Gerücht aber auch nicht und trägt so dazu bei, daß die „höchst lästige" Diskussion in der Öffentlichkeit weitergeht. Kommt es doch zu einem Engagement des Landes, müßte der Begriff „unternehmerische Verantwortung" neu definiert werden. Die Landesregierung wird sich dabei schwertun. Mobil Oil gibt dem Projekt keine Chance, bescheinigt den potentiellen Betreibern mehr oder minder offen mangelnde Kompetenz. Eine Annäherung der Standpunkte, die unbedingt notwendig wäre, ist nicht erkennbar – alles in allem ein unerquickliches Schauspiel.

Treffen mit Dissonanzen

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Das Orchester der *24 westlichen* Industriestaaten hat auf seinem diesjährigen Ministertreffen im Pariser Chateau de la Muette, dem Sitz der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), den Auftakt zu der von Präsident Reagan so dringend gewünschten neuen Liberalisierungs*runde im Rahmen* des *Allgemeinen* Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) nur mühsam und mit einigen Dissonanzen ertönen lassen.

Zwar waren sich alle Minister über das Prinzip einig. Auf einen bestimmten Termin für den Beginn der neuen Gatt-Runde konnte man sich aber nicht einigen. In dem Schlußkommunique, an dem bis in die Nacht zum Samstag herumgefeilt wurde, hieß es sehr unverbindlich: „So schnell wie möglich" – mit dem eingeklammerten Zusatz, daß der Verhandungszyklus „nach Ansicht verschiedener Minister" Anfang 1986 beginnen sollte.

Trotz dieser so ungewöhnlich offen bekundeten Meinungsverschiedenheiten setzte man wenigstens für den Beginn der den Zyklus vorbereitenden Gespräche auf hoher Beamtenebene das Ende dieses Sommers gemeinsam fest. Dabei geht es im wesentlichen um die Festlegung der späteren Tagesordnung. Das ist diesmal aber besonders schwierig. Denn im Unterschied zu der früheren Kennedy- und der laufenden Tokio-Runde soll es bei der Reagan-Runde, wie man den neuen Gatt-Zyklus bereits nennt, weniger um verhältnismäßig leicht abgrenzbare Zollsenkungen gehen. Die Amerikaner wollen vor allem den Handel mit Dienstleistungen, in denen sie technologisch führend sind (Informatik) und den Agrarsektor (der EG) liberalisiert haben.

Als Gegenleistung dafür verlangt die EG gemäß ihrem Ministerratsbeschluß vom 19. März die Einhaltung der auf dem Weltwirtschaftsgipfel von Williamsburg und London gefaßten Liberalisierungsbeschlüsse und Reformen des Internationalen *Währungssystems. Zum* letzten Punkt forderte EG-Kommissar Willy de Clercq auf der OECD-Konferenz „parallele Verhandlungen" mit dem Ziel, insbesondere erratische Wechselkursschwankungen (des Dollars) besser in den Griff zu bekommen.

Überraschenderweise gingen die Amerikaner auf dieses französisch inspirierte Anliegen ein – allerdings unter sehr starken Vorbehalten. Es könne dabei nur um die Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der internationalen Liquidität sowie um bestimmte Aspekte des Schuldenproblems gehen, erklärte Finanzminister James Baker. Keinesfalls aber dürfte eine „Verknüpfung" mit den Gatt-Verhandlungen hergestellt werden.

Von einer Rückkehr zu Bretton Woods kann aber keine Rede sein. Aber eine gewisse Öffnung der Amerikaner bleibt dennoch festzustellen. Inwieweit dies ernst zu nehmen ist, muß noch abgewartet werden. Immerhin aber stimmte die amerikanische Delegation dem Kommuniquepassus zu, wonach zur Bekämpfung von Währungsunruhen koordinierte *Interventionen* als *„nützlich"* bezeichnet werden.

Im übrigen erscheint das Ergebnis dieser Konferenz als durchaus befriedigend. So haben die Vertreter der amerikanischen Regierung ausdrücklich zugesichert, das Budgetdefizit durch Ausgabenkürzungen zu reduzieren und den protektionistischen Gesetzesvorschlägen des Kongresses – inzwischen 127 an der Zahl – das Veto ihres Präsidenten entgegenzusetzen. Dies ist vor allem für die Bundesrepublik eine gute Nachricht.

Andererseits versprachen die Europäer aufgrund amerikanischen Drängens Strukturreformen, eine größere Flexibilität der Arbeitsmärkte und die volle Ausschöpfung ihres Wachstumspotentials. Dabei scheint sich die Bundesregierung doch noch bereit erklärt zu haben, ihre Steuersenkungen für den Fall einer Konjunkturabschwächung früher als vorgesehen durchzuführen.

Was schließlich die Japaner betrifft, so wollen sie allgemein die Importentwicklung fördern und dabei speziell den hohen Ausfuhrüberschuß mit den USA abbauen, ihren Kapitalmarkt dereglementieren und Auslandsinvestitionen ermutigen.

Auch bleibt festzustellen, daß im Rahmen der OECD keine verbindlichen Beschlüsse gefaßt, sondern nur Empfehlungen ausgesprochen werden. Beim Weltwirtschaftsgipfel in Bonn dürfte das anders sein. Erst dort wird sich zeigen, wohin der Weg führt.

FREIVERKEHR

Wertpapierbörsen treten für einheitliche Regelung ein

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

An allen deutschen Börsen sollen inhaltlich gleiche Regelungen für einen neuen „Geregelten Markt" geschaffen werden, wie ihn der Gesetzentwurf der Bundesregierung vorsieht. Neben diesem neuen Markt und dem amtlichen Markt soll es künftig noch einen Freiverkehr geben, *für dessen Organisation* einheitliche Vorstellungen entwickelt werden sollen. Darauf haben sich die Börsen in der „Arbeitsgemeinschaft der deutschen Wertpapierbörsen" geeinigt. Als wünschenswerte Ergänzung der Handelsmöglichkeiten sieht die Arbeitsgemeinschaft die Einbeziehung von Rentenwerten in den Optionshandel an, die dafür notwendigen Änderungen der Bestimmungen werden eingeleitet.

Offen ist noch, ob die Erfüllungsfrist für Börsengeschäfte von zwei auf fünf Börsentage ausgedehnt und ob die Börsenzeiten in Anpassung an internationale Gegebenheiten verlängert werden sollen. Über diese beiden Fragen, besonders die strittige einer Verlängerung der Börsenzeiten, sollen erst Klärungsgespräche und Untersuchungen stattfinden.

Einmütig haben die acht Börsen eine verstärkte und verbesserte Koordination untereinander sowie der Börsenpolitik, der Interessenvertretung im In- und Ausland sowie in der Datenverarbeitung befürwortet, die durch eine von den Börsen getragene Vereinigung wahrgenommen werden soll. Dadurch soll die Wettbewerbs- und Funktionsfähigkeit des Wertpapiermarktes verbessert werden. Dieses Thema gilt als heikel, weil kleine Börsen um ihre Eigenständigkeit bangen.

PROGNOSE 100 / Eine Umfrage des Ifo-Instituts unter deutschen Großunternehmen

Die Industrie sieht den kommenden fünf Jahren optimistisch entgegen

DANKWARD SEITZ, München

Mit der zunehmenden konjunkturellen Aufwärtsbewegung in den letzten Monaten hat sich in der deutschen Industrie Optimismus breit gemacht. Nach Meinung der im Rahmen der „Prognose 100" durch das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung befragten Unternehmen ist nicht nur das laufende Jahr positiv zu beurteilen. Zuversicht herrscht auch für 1986 sowie für die nächsten fünf Jahre insgesamt.

Eine stetige Aufwärtsentwicklung signalisiert, so das Ifo-Institut, der Anstieg der Industrieproduktion 1985, auch wenn sie sich im Jahresverlauf etwas abflachen wird. Wegen des hohen Überhangs Ende 1984 sei *dennoch mit einem durchschnittlichen* Wachstum von immerhin 3,7 Prozent zu rechnen gegenüber 3,4 Prozent im vergangenen Jahr. Kein Grund zur Sorge besteht nach Ansicht der Konjunkturforscher, wenn aus heutiger Sicht für 1986 sich nur ein Plus von 1,5 Prozent abzeichnet. Nach bisherigen Erhebungen hätte man nämlich immer den Trend richtig vorhergesagt, aber dessen Intensität stets erheblich unterschätzt. Somit könne man erwarten, daß die Produktionsentwicklung 1986 deutlich günstiger verlaufen wird.

Wichtigste Konjunkturstütze wird vorerst der Export bleiben. Bei einem Wachstum des Gesamtumsatzes um wieder sechs Prozent 1985 gehen die befragten Unternehmen davon aus, daß die Zunahme des Auslandsumsatzes nur noch acht (13) Prozent betragen wird. Doch nicht ganz so schnell dürfte der Inlandsumsatz trotz der Verbesserung auf fünf (vier) Prozent wachsen. Erst im kommenden Jahr dürften sich dann die Wachstumsraten bei plus fünf Prozent angleichen.

Die relative Zuversicht der Industrie im Exportgeschäft stützt sich in erster Linie auf die aufwärtsgerichte*te Konjunktur in den USA*, Japan sowie Westeuropa und dürfte durch einen Dollar-Kurs, der trotz aller Marktunruhe eine Parität von über drei Mark bewahrt, noch eher zugenommen haben. Wieder überdurchschnittliche, teilweise zweistellige Zuwachsraten im Auslandsgeschäft erwarten vor allem die Investitionsgüterhersteller, insbesondere der Maschinen- und Straßenfahrzeugbau, Elektrotechnik sowie die EDV-Branche. Auch im Inland nimmt die Investitionsgüterindustrie mit einer Umsatzplanung von plus neun Prozent eine Spitzenstellung ein.

Kräftig nach oben revidiert wurden angesichts dieser Erwartungen die Investitionspläne für 1985. Die Planungen der Unternehmen sehen eine Aufstockung um 17 (acht) Prozent vor. Die Beschäftigungssituation hingegen zeigt lediglich mit jeweils minus 0,3 Prozent für 1985 und 0,2 Prozent für 1986 nach rund 1,25 Prozent 1984 eine konjunkturelle Stabilisie*rung. Dennoch kann aus diesen Raten* insgesamt, so das Ifo, eine absolute Zunahme der Beschäftigtenzahlen abgeleitet werden. In der Investitionsgüterindustrie sei diese Umkehr schon zu beobachten.

Die Zuversicht der Unternehmen in die weitere wirtschaftliche Entwicklung kommt auch in ihren mittelfristigen Wachstumsvorstellungen zum Ausdruck. Zum zweiten Mal seit der letzten Ölpreisexplosion im Jahr 1979 haben sich ihre Erwartungen für die nächsten fünf Jahre wie schon bei der letzten Erhebung im November 1983 nicht weiter verschlechtert, sondern deutlich aufgehellt. Mit plus 3,2 Prozent (real) sowie plus 2,6 Prozent *werden die Umsatz- und Produk*tionsentwicklung bis 1989 günstiger eingeschätzt als bisher. Vor Jahresfrist war man noch von plus 2,5 bzw. 2,2 Prozent ausgegangen.

Die – aus der Sicht der Unternehmen – deutliche Verbesserung der Wachstumsperspektiven hat sich inzwischen auch auf ihre mittelfristige Investitionsneigung ausgewirkt. In den Jahren 1985 bis 1989 wollen sie durchschnittlich 4,2 (3,9) Prozent ihrer Umsatzerlöse für Ausrüstungen und Bauten ausgeben. Berücksichtigt man, so das Ifo, die geplante Investitionsentwicklung für 1985 und 1986, so errechnet sich für die Jahre 1987 bis 1989 immer noch ein durchschnittliches Ivnestitionswachstum von nominal fünf (real 2,5) Prozent pro Jahr.

AUF EIN WORT

» Wir meinen, daß der *US-Dollar auch auf längere* Sicht noch fest bleiben wird. Fest ist er nicht nur bei 3,40 DM, *fest ist er auch noch bei* 2,85 DM, dem Durchschnittskurs im Jahr 1984. «

Hans-*Dieter* Sandweg, persönlich haftender Gesellschafter des Hamburger Privatbankhauses M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.

FOTO: KRAMER

US-AKTIENMÄRKTE

Nur leichte Kursgewinne

AP/VWD, New York

Der Kursanstieg der vorangegangenen Sitzungen hat sich am Freitag am New Yorker Aktienmarkt nicht in gleicher Weise fortgesetzt. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte, der in den beiden vorausgegangenen Sitzungen fast zehn Punkte zugelegt hatte, stieg um weitere 1,99 Punkte auf 1265,68. Der Gewinn im gesamten Wochenverlauf beträgt damit 6,63 Punkte, der NYSE-Index stieg um 0,93 Punkte auf 104,64. Zum geringeren Kursanstieg zum Wochenende trugen weitere Hinweise auf eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und damit verbundene Befürchtungen bei, daß die Unternehmergewinne sinken könnten.

Nach wie vor steht die Diskussion um die Entwicklung der Zinssätze in den nächsten Wochen und Monaten im Vordergrund. Allerdings, so ein Händler, macht sich auch langsam der Einfluß der Unternehmensergebnisse für das erste Quartal bemerkbar, die einige Enttäuschungen in sich bergen. Einige Analytiker befürchten, daß die sich abzeichnende Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in den USA zumindest auch im laufenden Quartal negative Auswirkungen auf die Unternehmensgewinne haben könnte. Die Beweislast liege nun bei den Prognostikern, die besonders optimistische Prognosen erstellt haben, heißt es.

INTERSTOFF

Textilbranche ist zuversichtlich

adh. Frankfurt

Mit überwiegend positiven Erwartungen kommen die deutschen Textilproduzenten zur 53. Interstoff (16. bis 18. April) nach Frankfurt. Die diesjährige Frühjahrs-Fachmesse für Bekleidungstextilien, an der sich rund 1000 Aussteller aus 36 Ländern beteiligen, findet vor dem Hintergrund einer besser gewordenen Textilkonjunktur statt. Nach der jahrelangen Talfahrt profitierten die deutschen Hersteller im vergangenen Jahr eindeutig von ihrer Investitionsintensität: Seit 1970 wurden im Schnitt rund vier Prozent vom Umsatz investiert, der im vergangenen Jahr mit 34,5 Mrd. DM eindeutig wieder nach oben zeigte. Dahinter stehen vor allem Exporterfolge: Mit Ausfuhren von knapp 23 Mrd. DM (Textilien und Bekleidung zusammengenommen) erzielte die Branche bei einem Plus von 14 Prozent einen neuen Ausfuhrrekord. Die deutsche Textilindustrie ist jetzt weltweit zweitgrößter Exporteur hinter Italien.

In diesem Jahr hat die gute Exportkonjunktur angehalten, auch die Inlandsgeschäfte entwickelten sich zufriedenstellend. Eine Ausnahme bilden derzeit die Hersteller von Maschenstoffen, die nicht im Modetrend liegen und *1984* Umsatz einbüßten und deren Kapazitätsauslastung im Schnitt auf rund 70 Prozent abrutschte.

USA / Rätselraten nach Bakers Angebot, über besseres Währungssystem zu beraten

Kehrtwendung der Administration

H.-A. SIEBERT, Washington

Das Angebot des amerikanischen Finanzministers James Baker an die anderen Industriestaaten, in einer Konferenz auf hoher Ebene über die Verbesserung des westlichen Währungssystems nachzudenken, hat *auch in Washington* überrascht. Denn für die Administration bedeutet das eine Kehrtwendung um 180 Grad. Noch am 25. März hat Präsident Reagan eine monetäre Reform als völlig unnötig bezeichnet.

In einem Bericht an den Kongreß lehnte die Treasury im vergangenen Monat außerdem administrierte Wechselkurse, beispielsweise in Form fester Bandbreiten, mit dem Hinweis ab, sie beeinträchtigten die Möglichkeit der USA und anderer großer Nationen, ein kräftiges Wirtschaftswachstum bei hoher Preisstabilität zu erreichen.

Die scharfen Kursausschläge, die in den vergangenen zehn Jahren die Währungsbeziehungen bestimmten, seien hauptsächlich das Ergebnis eines turbulenten weltwirtschaftlichen *und politischen Umfeldes, meinte das* Schatzamt. Das 1973 offiziell eingeführte Floating habe einen nützlichen Beitrag zum Anpassungsprozeß und zur Aufrechterhaltung des Welthandels geleistet.

Seit Bakers Ankündigung in der Sitzung des OECD-Ministerrats in Paris am Freitag sinnen kluge Köpfe in der *US-Hauptstadt darüber nach*, wie sich der neue Finanzminister eine bessere Währungsordnung vorstellt. Seine Erklärung war so vorsichtig und typisch für einen gelernten Anwalt abgefaßt, daß eines als sicher gilt: Dramatische Veränderungen, wie von Frankreich gefordert, wird es auf keinen Fall geben.

Unter dramatisch versteht man in der Treasury ein Bretton Woods II, das heißt, eine Rückkehr zu dem 1944 im US-Bundesstaat New Hampshire geschaffenen Währungssystem mit fixen Wechselkursen. Es brach zusammen, als Richard Nixon am 15. Au*gust 1971 das Gold vom* Dollar löste.

Klopft man die Marktphilosophie der Reagan-Administration ab, dann kann Baker nur eine bessere Koordinierung der nationalen Volkswirtschaften im Auge haben, und zwar durch eine größere Übereinstimmung der Wirtschaftspolitiken. Dieses schon in Versailles und Williams*burg anvisierte* Ziel könnte durch eine erweiterte Überwachung durch den Internationalen Währungsfonds erreicht werden.

Vermutet wird in Washington, daß die USA in der ohnehin unvermeidlichen monetären Diskussion die Führung übernehmen wollen, um nicht mit unerwünschten Ergebnissen kon*frontiert zu werden. Auch Bundes*wirtschaftsminister Bangemann drängte bei seinem jüngsten Besuch auf realistischere Wechselkurse.

KAPITALMARKT

Deutsche Emittenten dürfen neue Anleiheformen anbieten

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Vom 1. Mai an dürfen rechtlich selbständige inländische Banken in Auslandsbesitz die Konsortialführung von D-Mark Auslandsanleihen übernehmen. Gleichzeitig wird der Emissionsmarkt für eine Reihe von Anlageformen geöffnet, die am internationalen Anleihemarkt Verbreitung gefunden haben. Das sehen *die* neuen Grundsätze für das D-Mark-Auslandsanleihe-Emissionsgeschäft vor, die die Bundesbank jetzt veröffentlicht hat.

Das absolute Novum ist, daß nun in der Bundesrepublik, und zwar auch von inländischen Emittenten, Anleihen mit variablen Zinssätzen, Zero-Kupon-Anleihen und ähnliche Konstruktionen sowie Anleihen in Verbindung mit Zins-Swaps begeben werden können, denen die Bundesbank bisher mit großen Vorbehalten gegenübergestanden hat. Vorerst erwartet man allerdings nicht, daß deutsche Emittenten Zero-Kupon-Anleihen begeben werden; Interesse wurde dagegen schon für Anleihen mit variablen Zinsen signalisiert. Die Emission von handelbaren Einlagen-Zertifikaten (DM-CD's) und von Anteilen an D-Mark-Geldmarktfonds bleibt auch künftig untersagt. Von der Öffnung des deutschen Marktes für diese neuen Anlageinstrumente erhofft sich die Bundesbank eine stärkere Verwendung der D-Mark als internationale Anlagewährung, die zu einer Kräftigung des D-Mark-Wech*selkurses beitragen soll.*

Die zum 1. Mai in Kraft tretende „Erklärung zur Begebung von D-Mark-Auslandsanleihen" löst eine *seit 1980 bestehende* Vereinbarung der Bundesbank mit führenden deutschen Banken ab, die für eine Steuerung des Marktes sorgte. Damit das Geschäft auch künftig in geordneten Bahnen verläuft, hat die Bundesbank einige Vorkehrungen getroffen. Dazu gehört zum Beispiel eine Unterrichtung der Bundesbank über Emissionsvorhaben und Konditionen. Vor allem legt die Bundesbank großen Wert darauf, daß das D-Mark-Auslandsanleihe-Emissionsgeschäft von der Planung bis zur Zahlungsabwick*lung in der Bundesrepublik* gemanagt wird und daß die Anleihen an die Börse oder wenigstens in den Freiverkehr kommen; es soll verhindert werden, daß die Anleihen „ferngesteuert" und nur pro forma hier aufgelegt werden und daß sich nach der Emission niemand mehr um sie kümmert, so daß die Kursbildung *dem Zufall überlassen bleibt.*

Die Bundesbank appelliert an die Heimatländer der jetzt hier zur Konsortialführung zugelassenen Ableger *ausländischer Institute, den deut*schen Banken dort die gleichen Geschäftsmöglichkeiten einzuräumen. Sie wird jedoch vorerst keine Emissionsführungswünsche ablehnen, ausgenommen japanische. Mit Japan wird noch um die Reziprozität des Geschäfts verhandelt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Einigung über den Ausbau der Euro-Währung

Palermo (dpa/VWD) – Die EG-Finanzminister und Notenbankpräsi*denten haben* bei *einem informellen* Treffen in Palermo für ihre nächsten offiziellen Konferenzen drei Beschlüsse an. Die Zentralbanken der Mitgliedsländer sollen das ständige Recht bekommen, mit Ecu stabilisierend zu intervenieren, wenn auf den internationalen Devisenmärkten Spannungen herrschen. Die Methode zur Berechnung der Zinsen auf die „offizielle Ecu" soll geändert werden. Die Zinsen sollen nicht mehr über die Diskontsätze der Mitgliedsländer ermittelt werden, sondern sich am Marktgeschehen ausrichten. Die Zentralbanken der Nicht-EG-Länder erhalten das Recht, die Ecu als Reservewährung zu benutzen. Lange wurde außerdem über den allgemein begrüßten Vorschlag von US-Finanzminister James Baker gesprochen, auf hoher Ebene eine internationale Währungskonferenz einzuberufen.

DM-Anleihe von Chrysler

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Chrysler Financial Corp. Troy, Michigan, 100prozentige Finanztochter des US-Automobilbauers Chrysler Corp. legt über ein internationales Bankenkonsortium unter Führung der Berliner *Handels- und Frankfurter Bank* (BHF-Bank) eine Anleihe über 200 Mill. Mark auf. Nach Angaben der BHF-Bank betragen der Zinssatz 7,25 Prozent, der Ausgabekurs 100 Prozent und die Laufzeit fünf Jahre.

Gaddum neuer Präsident

Mainz (dpa/VWD) – Neuer Präsident der Landeszentral*bank Rhein*land-Pfalz wird der Bundesratsminister des Bundeslandes, Johann Wilhelm Gaddum. Wie aus dem Finanzausschuß des Bundesrates in Bonn zu erfahren war, stimmte dieses Gremium, in dem die Länderfinanzminister vertreten sind, der Bestellung Gaddums zu. Der 54jährige CDU-Politiker war von *1971 an zehn Jahre lang* rheinland-pfälzischer Finanzminister und vertritt seit 1981 das Land in Bonn.

Rekordüberschuß

Tokio (AP) – Japan hat im Wirtschaftsjahr 1984 nach vorläufigen Berechnungen Waren für 169,6 Milliarden Dollar ausgeführt und damit einen Rekordüberschuß im Außenhandel von 35,07 Milliarden Dollar erzielt. Einer Steigerung der Exporte um 11,1 Prozent standen um vier Prozent höhere Importe gegenüber. Der Überschuß im Handel mit den USA stieg 1984 gegenüber dem Vorjahr um 61 Prozent auf 33,8 Milliarden Dollar. In die EG exportierte Japan Waren im Wert von 19,12 Milliarden Dollar. Dies gab bei Einfuhren im Wert von 9,15 Milliarden einen Überschuß von 9,97 *Milliarden Dollar.*

Abkommen mit Indien

Neu Delhi (dpa/VWD) – Regierungsvertreter Indiens und der Bundesrepublik haben ein Abkommen über deutsche Finanz- und Warenhilfe im Wert von 390 Mill. Mark paraphiert. Nach Berichten vom Wochenende soll ein Teil der Mittel für den Bau einer Pipeline sowie eines Bewässerungssystems im zentralindischen Staat Madhya Pradesh verwendet werden. Rund 360 Mill. Mark erhält Indien in Form einer zinsbegünstigten Anleihe.

Preisauftrieb abgeschwächt

Paris (J.Sch.) – Der Preisauftrieb der westlichen Industriestaaten (OECD-Zone) hat sich im Februar ge*genüber dem Vormonat auf durch*schnittlich 0,5 (0,6) Prozent abgeschwächt und im Jahresvergleich unverändert 4,9 Prozent erreicht. In Europa kam die kältebedingte Verteuerung der Lebensmittel zum Stillstand, während die Energiepreise wegen der Dollar-Hausse weiter anzogen. Der folgende Dollar-Rückgang (ab Mitte März) dürfte den Index der Konsumentenpreise aber wieder entlastet haben. Die Bundesrepublik hielt sich diesmal mit einer Monatsteuerung von 0,4 (0,6) Prozent etwa *auf dem Durchschnitt. Sie wies aber* weiterhin mit 2,3 Prozent die geringste Inflationsrate (Jahresvergleich) der OECD-Zone auf.

Kooperation mit China

Los Angeles (dpa/UPI) – Der US-Luft- und Raumfahrt-Konzern McDonnell Douglas und China haben ein Lizenzabkommen geschlossen. Nach Angaben von McDonnell will China insgesamt 26 zweistrahlige Jets vom Typ MD-80 kaufen beziehungsweise *die Endmontage in Shanghai* vornehmen. Bis 1991 soll der Auftrag abgeschlossen sein. Sein Wert beläuft sich nach Branchenangaben auf insgesamt 650 Millionen Dollar.

Billigbutter in Berlin

Kassel/Berlin (AP) – Der Verkauf von Billigbutter in West-Berlin aus Beständen der Europäischen Gemeinschaft kann beginnen. Der Achte Senat des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes in Kassel wies die Anträge von mehreren großen Unternehmen der Margarineindustrie zurück, die Wettbewerbsbeeinträchtigungen befürchteten.

ITALIEN / Vorwürfe gegen das Schatzministerium

Die Zinsen steigen wieder

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Nach einem das ganze vergangene Jahr hindurch andauernden Abwärtstrend deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die italienischen Kapitalmarktzinsen wieder anziehen. Die italienischen Währungs- und Kreditbehörden beschlossen, die bevorstehende Tranche von Schatzanweisungen zu einem Zinssatz zu emittieren, der für die drei- und sechsmonatigen Titel um ein Prozentpunkt und für die 12monatigen Papiere um 0,6 Prozentpunkte über dem Zins der vorangegangenen Emission liegt. Schatzminister Goria begründete diese Entscheidung mit der derzeit schwachen Nachfrage nach Staatstiteln, wobei er die Banken ermahnte, diese „konjunkturbedingte Maßnahme" nicht als Signal für eine allgemeine Zinsanpassung aufzufassen.

Finanzbeobachter betrachten die Erhöhung der Schatzamtszinsen dennoch als Hinweis dafür, daß sich die Währungs- und Kreditbehörden gegen die in den letzten Wochen wieder aufgelebten Inflationserwartungen zu wappnen begonnen haben. In diesem Zusammenhang erinnern Beobachter an die vor wenigen Tagen an die Adresse der italienischen Regierung gerichtete Mahnung des Internationalen Währungsfonds, die wirtschaftliche Stabilisierung selbst auf Kosten einer schärferen Zinspolitik fortzusetzen. Kritisiert wird der Zinsbeschluß von dem Spitzenverband der italienischen Industrie, der Auswirkungen auf die Bankzinsen befürchtet.

MOBIL OIL / Die Raffinerie in Wilhelmshaven ist „eingemottet" und soll es bleiben

Wenig Chancen für eine Weiterführung

J. BRECH, Hamburg

Vor dem Hintergrund von „Halbwahrheiten und Spekulationen" über mögliche neue Konzepte zur Weiterführung der Raffinerie in Wilhelmshaven hat die Mobil Oil AG, Hamburg, ihren Standpunkt in dieser Frage noch einmal präzisiert. Wie der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Herbert Detharding erkärte, sei die Mobil-Entscheidung endgültig. Die Anlage stehe seit dem 1. April still und sei inzwischen „eingemottet". Mobil werde in Wilhelmshaven künftig kein Rohöl mehr verarbeiten. Die Voraussetzungen dafür, die Anlage einem neuen Betreiber zu überlassen, bezeichnete Detharding als „denkbar schlecht". Durch Meldungen über eine neue Auffanggesellschaft, so Detharding, „laufen wir gegen Hoffnungen, die geweckt werden", aber wenig Chancen hätten, realisiert zu werden.

Detharding bestätigte allerdings gleichzeitig, daß Mobil weiterhin Gespräche mit der Landesregierung in Niedersachsen führe. Vor dem Hintergrund der erheblichen Strukturprobleme im Raum Wilhelmshaven und der Vorleistungen, die für diesen Industriestandort erbracht worden seien, biete Mobil Hilfe an. Bislang fehle jedoch ein einleuchtendes Konzept, um die Raffinerie zu retten. Nachdem die Landesregierung es abgelehnt habe, die Raffinerie selbst zu kaufen, sei jetzt eine Auffanggesellschaft im Gespräch, an der sich das Land Niedersachsen zunächst mit 51 Prozent und eine deutsche Handelsgruppe und ein Rohöl-Trader beteiligen sollen, um die Raffinerie von Mobil zu pachten.

Ein solches Konzept, so erklärt Detharding, setze einmal voraus, daß die Partner zuverlässig und finanziell in der Lage seien, den laufenden Betrieb zu gewährleisten. Sie müßten zudem für mindestens fünf Jahre die volle wirtschaftliche Verantwortung für die Anlage und die Belegschaft übernehmen. Nur dann sei Mobil bereit, die in ihrem Eigentum verbleibende Raffinerie zu verpachten und gegen entsprechendes Entgelt die technische Überwachung zu übernehmen.

Die Kosten für die Wiederaufnahme und Fortführung des Betriebs beziffert Detharding für das erste Jahr mit grob 300 Mill. DM. Mehr als 200 Mill. DM seien allein aufzubringen, um die Anlage wieder in den Stand marktfähiger Produktion zu setzen. Bei einem Durchsatz von 3 bis 4 Mill. Tonnen kämen je 30 Mill. DM für Personal und fixe Betriebskosten hinzu. Bislang sei Mobil niemand genannt worden, der diese Rechnung bezahlen wolle, und es werde wohl auch niemand gefunden, betont Detharding.

Die geplante Weiterführung der Raffinerie verkenne ohnehin das entscheidende Problem der Raffinerie: Für ihren Durchsatz fehle der Bedarf. Ein neuer Betreiber könnte den Absatz für die Produkte nur finden, wenn er die ohnehin nicht kostendeckenden Marktpreise unterschieße. Da Niedersachsen Subventionen ablehne, müßten es die Rohöllieferanten tun. Dies über fünf Jahre sicherzustellen, hält Detharding für wenig realistisch.

Auch wenn Detharding Vermutungen zurückweist, daß Mobil die Bedingungen für eine Verpachtung extra hoch ansetze, um einen Weiterbetrieb zu blockieren, räumt er ein, daß es nicht im Sinne des Unternehmens sein könne, wenn vagabundierende Rohölspotmengen zu Dumpingpreisen und mit staatlicher Hilfe in der eigenen Raffinerie weiterverarbeitet und den Markt zusätzlich belasten würden. Der notwendige Anpassungsprozeß der Ölindustrie und von Mobil selbst werde damit nur erschwert und verlängert.

KOMMUNEN / Harte Kritik von der IHK Münster

„Straßenbau wird torpediert"

HANS BAUMANN, Essen

Eine herbe Breitseite feuert der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Münster, Heinrich Altekamp, auf die Kommunalpolitik und damit auf die kommunale Wirtschaft ab. Obwohl die staatlichen Mittel für den Straßenbau immer spärlicher flössen, verzichteten Kommunen und ihre Regionalpolitiker immer häufiger darauf, um diese Mittel zu kämpfen. „Bevorstehende Wahlen können im Umkippen der Argumentation geradezu Wunder bewirken", schreibt Altekamp in den neuesten Kammernachrichten.

Wie kann, so Altekamp, eine Straße bei gewachsenem Verkehrsaufkommen plötzlich entbehrlich werden, nachdem sie 10 bis 20 Jahre lang unter weniger zwingenden Voraussetzungen als unentbehrlich immer wieder gefordert wurde, „und zwar von den gleichen beteiligten Kreisen". Altekamp spricht offen von Opportunismus und fragt, wo die leistungsfähige kommunale Selbstverwaltung bleibe, die sich den Blick für die Zukunft bewahrt habe und sich ihrer Verantwortung bewußt sei.

Unbegreiflich werde die Diskussion bei Straßenbauprojekten, die die Orte umgehen sollen. Diese Straßen sollten auch dazu dienen, die Bürger vor unzumutbaren Belästigungen, etwa durch Schwerlastverkehr, zu schützen. Selbst solche umweltfreundlichen Projekte würden mit den fadenscheinigsten Argumenten torpediert.

Altekamp stellt fest, daß es heute fast unmöglich sei, in der Bundesrepublik Deutschland noch eine Straße von überregionaler Bedeutung mit längerer Trasse durchzusetzen. „Die politische Wirklichkeit in den Kommunen steht einfach dagegen", klagt Altekamp. Wie sähe heute wohl unsere Verkehrsinfrastruktur aus, fragt er, wenn vor 20 oder 30 Jahren dieses mangelnde Selbstvertrauen der Kommunalpolitiker schon geherrscht hätte?

Altekamp fordert die Kommunen auf, alle erlangbaren Mittel zu nutzen, um die Infrastruktur in den Gemeinden zu verbessern – im Sinne der Wirtschaft und damit im Sinne des Arbeitsmarktes und der Bürger. Die Bedürfnisse der nächsten Generation dürften nicht kurzsichtigen politischen Egoismen geopfert werden. Als Beispiel nennt er die Zunahme des Autoverkehrs – vor allem auf dem Lande.

GELDANLAGE / Warnung vor unseriösen Beratern

Ärzte sind häufig die Opfer

INGE ADHAM, Frankfurt

Derzeit müssen viele Ärzte die bittere Pille empfindlicher Vermögensverluste schlucken, beobachtet Wolfgang Spannagel, Geschäftsführer der Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfeng. Als bevorzugte Zielgruppe für unseriöse Anlage-Initiatoren bekommen sie zunehmend Liquiditätsengpässe als Folge gewagter Kapitalanlage zu spüren.

Als eklatantes Beispiel für Fehlinvestitionen in am Markt vorbei gebauten Wohnluxus, um Steuern zu sparen, nennt Schimmelpfeng den Bankrott eines Nürnberger Zahnarztes, bei dem sich die Bankverbindlichkeiten auf 90 Millionen DM addiert hatten.

Anfragen über die Kreditfähigkeit von Ärzten, Zahnärzten und Apothekern häufen sich, teilt die Wirtschaftsauskunftei mit. Sie warnt freilich davor, von den Schwierigkeiten einiger mit notleidenden Krediten auf eine allgemeine Notlage bei den Heilberufen zu schließen. Den Durchschnittsgewinn pro Jahr bei den 64 000 niedergelasseen Ärzten sieht Schimmelpfeng nach Abzug aller Kosten und vor Steuern bei 150 000 DM jährlich.

Nach Beobachtung der Auskunftei gehören etwa 30 000 Ärzte und weitere rund 10 000 Apotheker zur Stammklientel von nicht immer seriösen Anlageberatern am sogenannten „freien" Kaptialmarkt. Ihnen erschien in der Vergangenheit ein Verlust häufig erträglicher als der harte Zugriff des Fiskus. Wer freilich an der Steuer vorbei im großen Stil in Bauherrenmodelle investierte und sich auf aus hohen Kaufpreisen subventionierte Garantiemieten verließ, kann angesichts der derzeitigen Lage am Immobilienmarkt leicht ins Schleudern geraten.

RWI / Professor Schneider kritisiert Satzungsverstoß des bisherigen Direktors

Ein Gutachten sorgt für Wirbel

HEINZ HECK, Bonn

Gesucht wird der Präsident für ein wirtschaftswissenschaftliches Forschungsinstitut. Er sollte Hochschulprofessor sein und seinen Lehrstuhl möglichst in Nordrhein-Westfalen haben. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen will als letztes der fünf großen Institute zur Präsidialverfassung übergehen. Über zehn Jahre hatte ein dreiköpfiges Direktorium das RWI geleitet, bestehend aus dem Geschäftsführenden Direktor Gregor Winkelmeyer und den wissenschaftlichen Direktoren Bernhard Filusch und Willi Lamberts.

Ein Gutachten „Zur volkswirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Bedeutung des Steinkohlenbergbaus", das der Gesamtverband des Deutschen Steinkohlenbergbaus im April 1984 beim RWI bestellt hatte, hat jetzt zum Ausscheiden von Lamberts aus dem Direktorium geführt. Wie Hans Karl Schneider, Vorsitzender des RWI-Verwaltungsrats und zugleich des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („Fünf Weise"), der WELT erklärte, hat Lamberts das Gutachten als Institutsgutachten übernommen, ohne das Direktorium zu informieren.

„Das ist ein massiver Verstoß gegen die Satzung des Instituts", betonte Schneider. Denn jeder Direktor sei verpflichtet, sich sachlich und fachlich mit seinen beiden Kollegen abzustimmen. Winkelmeyer und Filusch hätten aber die Aussagen nicht übernommen, wenn sie das Gutachten gekannt hätten. Schneider geht es allerdings „nicht um die Ergebnisse, die ich nicht teile". Der Verwaltungsrat mische sich nicht in die wissenschaftliche Institutsarbeit ein.

Ungeachtet dessen hat der Inhalt des Gutachtens bei Bekanntwerden im März wegen seiner positiven Aussagen zu den Subventionen für den Steinkohlenbergbau Aufsehen erregt. Es stand damit in Gegensatz zu der Orientierung des Instituts, das der marktwirtschaftlichen Ordnung verpflichtet sei (Schneider). Noch im Tätigkeitsbericht 1983 habe sich das Institut nachdrücklich gegen Subventionen ausgesprochen. Für Schneider ist der im Gutachten zum Ausdruck kommende Schwenk daher „unverständlich", und er kann ihn wissenschaftlich nicht nachvollziehen.

Der Tenor des Gutachtens ist in der Tat so, daß es vom Gesamtverband selbst hätte geschrieben sein können. Es hatte die Kritik vom Wirtschafts-Staatssekretär Otto Schlecht ausgelöst. Mit den Kernthesen ließen sich, so Schlecht, praktisch alle Arten von Subventionen rechtfertigen, solange keine Vollbeschäftigung herrsche.

RENTENMARKT / Vom schwächeren Dollar profitiert

Renditen weiter gesunken

Sinkende Zinsen in den USA und die Abschwächung des Dollars haben den Rentenmarkt beflügelt. Den gleichen Effekt hatte die Erwartung, daß der Bund den Kapitalmarkt in der nächsten Zeit weniger in Anspruch nehmen wird, weil er nun erst einmal den Bundesbankgewinn „verfrühstücken" kann. So konnten sich die Zinsen auf breiter Front weiter ermäßigen.

Auch für die neue Woche ist der Handel zuversichtlich gestimmt, sofern es keine neuen Störungen vom Dollar gibt, die niemand ausschließen kann. (cd.)

Emissionen	12.4. 85	4.4. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,99	7,10	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,17	7,24	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,22	7,25	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	7,18	7,18	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,22	7,29	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,03	7,10	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,53	7,58	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	7,21	7,27	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	7,46	7,49	7,20	8,08	8,45

Ein arbeitsreiches und erfülltes Leben in steter Fürsorge für seine Familie und Freunde ist zu Ende gegangen.

Ministerialrat a. D.

Hermann Eckelmann

*21. 8. 1902 †12. 4. 1985

Dankbar nehmen wir Abschied.

Trude Eckelmann
Karl-Heinz Eckelmann
Wilfried Eckelmann

4000 Düsseldorf, Fritz-Wüst-Straße 15

Die Trauerfeier in Düsseldorf wird am Mittwoch, dem 17. April 1985, um 12.30 Uhr in der Apostelkapelle des Bestattungshauses Carl Salm, Düsseldorf-Altstadt, Andreasstraße 19, gehalten.
Parkhäuser: Grabbeplatz, Kunsthalle.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 18. April 1985, um 14.00 Uhr auf dem Friedhof zu 4508 Bohmte im engsten Familienkreise statt.

Prof. Dr. Fritz Below

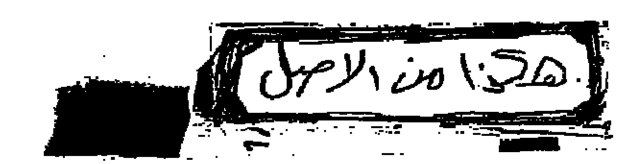
*19. 12. 1903 †9. 4. 1985

Ein arbeitsreiches und erfülltes Leben, das der Physik gehörte und voller Liebe und Fürsorge für seine Familie war, ist vollendet.

In stiller Trauer
Helene Below geb. Schmidt
Bodo Below
Helga Below geb. Bachem
Arnt und Uta

2 Hamburg 56, Tinsdaler Heideweg 29

Die Beerdigung findet statt am Freitag, dem 19. April 1985, um 13 Uhr von der Kapelle des Blankeneser Friedhofes in Sülldorf, Sülldorfer Kirchenweg.



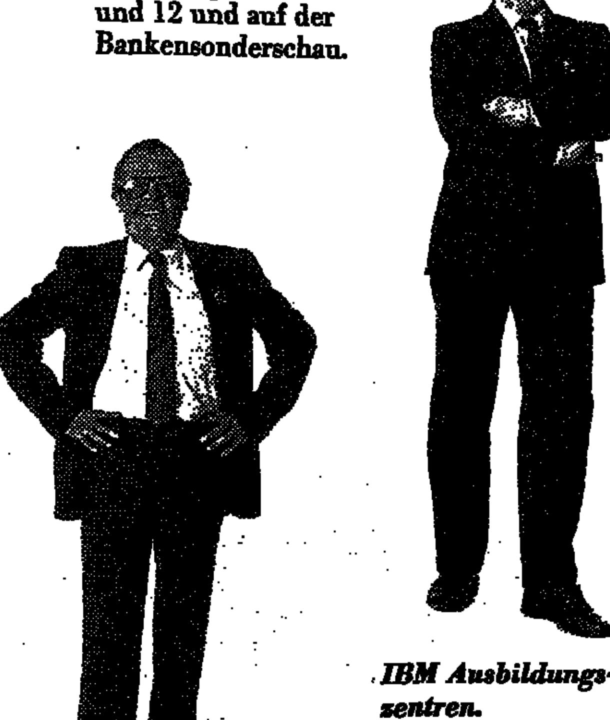
GGK

Fragen Sie uns auf der Hannover Messe:



Kreditinstitute und Versicherungen.

Ich bin Gerhard Neumeister. Wenn Sie etwas über die Netzintegration von IBM Personal Computern bei Banken und Versicherungen wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 2 und 12 und auf der Bankensonderschau.



Bürotechnik.

Ich bin Roland Brenner. Wenn Sie etwas über Schreiben, Kopieren und Teletex wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 9, 10, 20 und 30.

IBM Ausbildungszentren.

Ich bin Reinhard Behrendt. Wenn Sie etwas über computerunterstütztes Lernen und Lehren wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 33 und 34.



Handel und Dienstleistungen.

Ich bin Ingrid Maleri-Schlimm. Wenn Sie etwas über unser breites Angebot für Handel und Dienstleistungen wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 3 und 4.

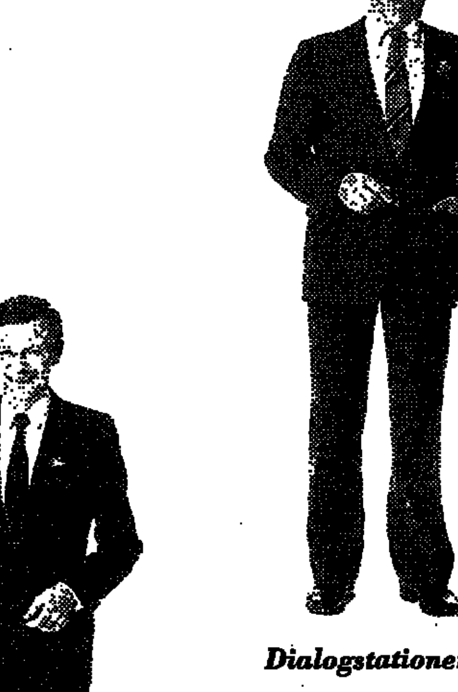
IBM Industrie-Roboter.

Ich bin Dietrich Meinighaus. Wenn Sie etwas über Anwendungen mit flexiblen Fertigungssystemen wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand 601/901, Halle 23.



Kleine und mittlere Systeme.

Ich bin Joachim Krack. Wenn Sie einen Fachbereichsrechner benötigen oder etwas über den Start in die Datenverarbeitung oder über die grafische Datenverarbeitung wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 4, 5, 6 und 22.



Informationssystem Service.

Ich bin Franz-Josef Fidder. Wenn Sie etwas über Anwendungsberatung, Projektabwicklung sowie spezielle Anwendungssoftware wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 34.

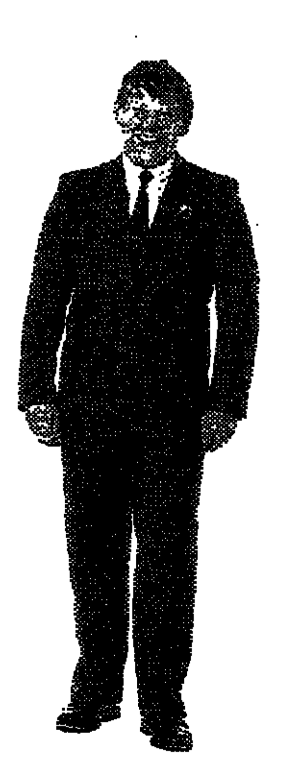
Dialogstationen.

Ich bin Egbert Sprick. Wenn Sie wissen wollen, wie Sie aus der breiten Palette von IBM Dialogstationen die für Sie richtige auswählen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 14–18 und 25–28.



Nachrichtentechnik.

Ich bin Reinhard Spreyer. Wenn Sie etwas über Telefon- und Telekommunikations-Systeme wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 31.



Wissenschaft und Verwaltung.

Ich bin Paul Mantek. Wenn Sie etwas über unser breites Angebot für Informationsverarbeitung in der öffentlichen Verwaltung wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 32.

IBM Personal Computer.

Ich bin Claus Lehmann. Wenn Sie etwas über IBM Personal Computer und ihre Einsatzmöglichkeiten wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 35–38.



Spezielle Branchenanwendungen.

Ich bin Barbara Schultz. Wenn Sie etwas über aktuelle Lösungen für Kfz-Zulieferer, Speditionen, Bauhauptgewerbe, Druckereien und Verlage wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 4, 5 und 6.



Fertigungs- und Grundstoffindustrie.

Ich bin Albert Winter. Wenn Sie etwas über den Stand der Integration von Fertigungsanwendungen wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 19 und 29.



Bildschirmtext.

Ich bin Ingo Dautzenberg. Wenn Sie wissen wollen, wie Btx-Anwendungen schon heute in privaten und geschäftlichen Bereichen unterstützen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 32 und 33.



IBM Informationsservice.

Ich bin Hugo Elscheidt. Wenn Sie etwas über Anwendungen im Service für viele Bereiche wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 13 und 23.



Technik und Wissenschaft.

Ich bin Klaus Hanft. Wenn Sie etwas über Anwendungen und Produkte für Ingenieure und Wissenschaftler wissen wollen, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 39 und 40.



Bürokommunikation und Individuelle Datenverarbeitung.

Ich bin Susanne Baumann. Wenn Sie wissen wollen, wie IBM Produkte für die Bürokommunikation die Arbeit erleichtern, berate ich Sie gern auf dem IBM Stand, Segment 6, 7, 8 und 22.

Damit Sie Ihre Gesprächspartner auf der Hannover Messe leichter erkennen, tragen sie eine weiße Nelke. Wenn Sie den richtigen Gesprächspartner für die besonderen Aufgaben in Ihrer Firma hier aber nicht entdecken können, kommen Sie einfach kurz an der IBM Infothek vorbei. Wir stellen Ihnen gern weitere Fachleute vor, die Sie über Hardware und Software, Konzepte und Dienstleistungen für nahezu alle Einsatzmöglichkeiten der modernen Informationsverarbeitung und Kommunikationstechnik beraten. IBM Stand 4901/5001, Halle 1, CeBIT.



UHRENMESSE / Künftig auch Aussteller aus außereuropäischen Ländern

Starker Preisdruck bei Großuhren

WERNER NEITZEL, Basel

Die Europäische Uhren- und Schmuckmesse in Basel wird vom kommenden Jahr an *auch Aussteller* aus außereuropäischen Ländern aufnehmen. Damit erhalten also insbesondere auch Firmen aus Japan und Hongkong, die im Laufe der Zeit auf den Uhrenmärkten beträchtliche Marktanteile eroberten, erstmals die Chance, auf dieser größten Messe der Branche in Basel ihre Produkte vorzustellen.

Frederic P. Walthard, Generaldirektor der Schweizer Mustermesse, definiert die Messepolitik so: Die Uhrenmesse bleibe *eine europäische* Messe, sie werde freilich ergänzt um solche Produktsegmente fernöstli*cher Hersteller*, „die relevant sind, aus der Sicht der Einkäufer die Palette zu komplettieren". Auf der Europäischen Uhren- und Schmuckmesse Basel 85 präsentieren bis zum 18. April 1635 Aussteller ihr Angebot.

Staiger gut beschäftigt

Auf hohen Touren läuft derzeit die Produktion bei der Gebr. Staiger Uhrenfabrik, St. Georgen. *Dieses* auf dem Sektor der Großuhren bedeutende Familienunternehmen visiert für das *laufende Geschäftsjahr 1984/85* (30. 6.) einen Umsatz von über 60 Mill. DM an, nachdem er in 1983/84 bei 55 Mill. DM *stagniert* hatte. 82 Prozent des Umsatzes entfielen auf Quarzuhren. Das Exportgeschäft blieb mit einer *Quote von 60 Prozent stabil. Zur* Preissituation konstatiert Geschäftsführer Ernst Grimm, daß man bei Massenprodukten – Wecker und Küchenuhren – um 2 bis 5 Prozent habe heruntergehen müssen. Gleichwohl sei die Ertragslage befriedigend.

Export trägt das Geschäft

Das Unternehmen macht beträchtliche Anstrengungen, um in anderen Bereichen der Mikroelektronik Fuß zu fassen. So *sind beispielsweise* in die Entwicklung der Dünnschichttechnik, in der sich Staiger gute *Chancen ausrechnet*, bislang 4 bis 5 Mill. DM hineingeflossen. Das Unternehmen beschäftigt 420 Mitarbeiter.

Das Inlandsgeschäft sei zu schwach, deshalb trage der Export zunehmend das Geschäft, kennzeich*net Herbert Obergfell*, *geschäftsführender* Gesellschafter der Firma Kundo Kieninger & Obergfell GmbH & Co., St. Georgen, *die derzeitige* Situation. Das im Sektor der Großuhren tätige Unternehmen verbuchte in *1984 einen Umsatz von unverändert* 45 Mill. DM. Die Tatsache, daß dies einherging mit einer zwölfprozenti*gen Mengensteigerung*, *ist ein Hin*weis für den Preisdruck sowie die Verlagerung des Käufertrends hin zu *preiswerteren* Produkten. Uhren haben am Umsatz einen Anteil von 75 Prozent, der Rest entfällt auf techni*sche Laufwerke*, *Steuergeräte und* Heizkostenverteiler. Die Exportquote im Uhrengeschäft vergrößerte sich *auf 66 (65) Prozent.* Dem Ertrag gibt Obergfell das Prädikat „insgesamt noch befriedigend". In der Quarzwerke-Produktion betreibt Kundo seit geraumer Zeit zusammen mit Staiger innerhalb der UTS Uhrentechnik Schwarzwald GmbH, Hardt, eine *gemeinsame* Gesellschaft. Die UTS (250 Mitarbeiter) steigerte den Quarzwerke-Ausstoße in 1984 um 40 *Prozent auf fast* 7 Mill. Stück. Als dritter Partner (mit 10 Prozent Beteiligung) ist jetzt die Peter-Uhren *GmbH, Rottweil, zur UTS gestoßen.*

Parfum von Chopard?

Die Chopard-Firmengruppe, Genf, *renommiertes Unternehmen im* Bereich Uhren und Schmuck des oberen Genres, trägt sich mit Überlegungen, *die geschäftlichen Aktivitäten* auch auf andere Luxusgegenstände auszudehnen. Möglicherweise könnte *die Palette um Parfum verbreitert* werden. Nach Angaben von Chopard-Vice-President Karl-Friedrich *Scheufele fertigt das Unternehmen* jährlich rund 20 000 Uhren und Schmuckstücke. 95 Prozent der Pro*duktion wird in mehr als 50 Länder* exportiert. Der Umsatz der Gruppe bewege sich zwischen 70 und 80 Mill. sfr. Das 1860 von *Louis Ulysse* Chopard gegründete Unternehmen war 1963 von der Pforzheimer Fabrik*anten-Familie* Scheufele übernommen worden. Die Gruppe beschäftigt rund 300 Mitarbeiter, davon rund die *Hälfte in Pforzheim.*

Moto Meter mit Bonus

dpa/VWD, Leonberg

Der Kfz-Instrumentenhersteller, Moto Meter AG, Leonberg, dessen Aktien seit Dezember 1984 *im geregelten* Freiverkehr an der Stuttgarter und Frankfurter Wertpapierbörse gehandelt werden, will für *1984* eine Dividende von 12 Prozent sowie einen Bonus von 2 Prozent auf 10 (8) Mill. DM Aktienkapital ausschütten.

Das Unternehmen hat 1984 seinen Umsatz um 23,9 Prozent auf 123,9 Mill. DM gesteigert. Einschließlich der Mehrheitsbeteiligung an der Crystop Display Gesellschaft für Anzeigensysteme mbH, Karlsruhe, wurde ein *Außenumsatz* von *125,9 Mill. DM* erzielt. Für 1985 erwartet Moto Meter eine Umsatzsteigerung um etwa 10 Prozent. Für das abgelaufene Jahr wird ein Jahresüberschuß von 2,84 (1,89) Mill. DM ausgewiesen, aus dem 1,4 *(0,9) Mill.* DM in die freien Rücklagen eingestellt werden. Die Zahl der Beschäftigten wurde um rund 10 Prozent auf *1042* Mitarbeiter aufgestockt.

PARKER PEN / Mit Fachhandel „Frieden gemacht" – Terrain zurückgewonnen

Anschluß an ertragreiche Jahre

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Nach den Turbulenzen der Jahre 1982 und *1983, die im Boykott des* Fachhandels gipfelten, ist die Parker Pen GmbH, Baden-Baden, auf dem besten Weg, verlorenes Terrain zurückzugewinnen. Die deutsche Tochter des US-Schreibgeräte-Herstellers Parker Pen Company will im Ge*schäftsjahr 1985/86 (28. Februar)* nicht nur den Umsatz um gut 10 Prozent auf 32 Mill. DM steigern. Auch er*tragsmäßig, so Geschäftsführer* Gerd U. Radtke, soll an die früheren erfolgreichen Jahre angeschlossen werden.

Radtke macht keinen Hehl daraus, daß die Sonderaktion mit dem Kaffee-Röster Eduscho und die Belieferung der Metro das Image von Parker nachhaltig beeinträchtigten. Durch den Boykott des Fachhandels sackte der *Umsatz 1983/84 auf 27,8 (32)* Mill. DM ab. Zugleich mußte ein Verlust von 0,45 Mill. DM nach einem Überschuß von *2,23 Mill. DM ausgewiesen* werden. Die im Herbst 1983 wieder eingeführte *Vertriebsbindung* an den Fachhandel habe aber schnell die erhoffte positive Wirkung gezeitigt.

Obwohl im Jahre 1984/85 Sonderaktionen und *Exporte* wegfielen, erhöhte sich der Umsatz wieder auf 28,4 Mill. DM. Mit rund 0,4 Mill. DM blieb der Gewinn aber deutlich *unter dem* Plan (3,5 Mill. DM). Radtke sieht die Ursache in der Dollar-Kursentwicklung; außerdem mußten dem *Handel* Sonderkonditionen eingeräumt werden. Vor dem Hintergrund von zwei Preiserhöhungen (im April um 7 Prozent und im Oktober um 15 Prozent) relativiert sich allerdings die günstigere Entwicklung. Noch nicht ent*schieden ist der* Streit mit Metro. Die Großhandelskette will auch künftig mit Parker-Produkten beliefert werden; eine *Entscheidung* ist im Juni vom Oberlandesgericht Düsseldorf zu erwarten.

Derzeit arbeitet Parker mit 4200 der insgesamt 7500 deutschen Papier-, Büro- und Schreibwaren-Fachhändler zusammen. Diese Zahl soll sich im laufenden Jahr um 300 und langfri*stig auf etwa 5200* Geschäfte erhöhen.

Bei einem insgesamt *stagnierenden* Markt beabsichtigt Parker, das angekündigte Wachstum vor allem im Bereich der Werbeträger-Produkte zu realisieren. Dieser Sektor erreichte bereits 1984/85 einen Umsatz von rund 9 Mill. DM; er soll im laufenden Jahr auf *11,5 Mill. DM zunehmen.* Bezogen auf die Vertriebsformen entfielen 1984/85 etwa 10 Prozent auf den Fach-Großhandel, 27 Prozent auf das Werbeträgergeschäft und der Rest auf den Fach-Einzelhandel. Unter den Produkten dominieren die Kugelschreiber *(45 Prozent)*; auf Füllhalter entfallen 17,5 Prozent. Der gesamte Umsatz der Parker-Pen-Gruppe (ohne Manpower) liegt bei 125 Mill. Dollar.

Wochenschlußkurse

New York

	12.4.	4.4.
Adv. Micro Dev.	30,25	31,25
Aetna Life	40,5	40,625
Alcan Aluminium	24,5	25,875
Alcoa	32,625	33
Allied Chemical	42	–
AMR Corp.	41,5	40,875
Amax	18	17,875
Am. Cyanamid	53,5	52,5
Am. Express	42,25	41
Am. Motors	3,5	3,375
Am. Tel. & Telegr.	21,125	20,75
Asarco	25,5	27,75
Atlantic Richfield	48,75	48,5
Avon Products	21,125	21
Bally	15,25	15,25
Bk. of America	19,125	18,75
Bethlehem Steel	17,5	17,625
Black & Decker	21,125	21,25
Boeing	60,875	59,75
Brunswick	34,375	36,875
Burroughs	59,375	59,125
Caterpillar	31,875	31,75
Celanese	93,75	92,875
Chase Manhattan	54,75	52,25
Chrysler	34,125	35,375
Citicorp	45	43
City Investing	38,75	38,875
Clorox	53,875	54,125
Coca Cola	68,875	68,625
Colgate	24,875	24,125
Commodore	9,5	10,75
Comwth. Edison	30,125	30
Comm. Satellite	31,25	30,5
Control Data	29,875	31,25
CPC Int.	42,375	42,125
Curtiss Wright	32,875	33,75
Deere	28,625	30,125
Delta Airlines	44,125	44,75
Digital Equipm.	107	101,875
Dow Chemical	29,25	28,375
Du Pont	55	57
Eastern Gas-Fuel	23	23,375
Eastman Kodak	68,125	68,625
Exxon	51	50
Firestone	18,125	18
Fluor	19	19,625
Ford	44	42,5
Foster Wheeler	15,5	14,25
Fruehauf	24	23,375
GAF Corp.	31,625	30,75
General Dynamics	68,75	68,5
General Electric	59,5	60,75
General Foods	61,25	60,625
General Motors	73,5	73,5
Gen. T. & E.	40,25	40,75
Goodrich	30,25	29,625
Goodyeartire	27	27
Grace	41,25	40,75
Halliburton	30,375	30,375
Heinz	48,5	47,5
Hewlett Packard	34,375	33,875
Homestake	26,25	25,875
Honeywell	58,25	58,25
IBM	128	127
Int. Tel. & Tel.	34,375	35,375
Int. Harvester	9	9,5
Int. Paper	49,75	48,75
Int. North. Inc.	47	49,25
Jim Walter	33,5	33,625
Litton Industries	66,75	67,75
Lockheed Corp.	47,5	46,75
Loew's Corp.	47,125	44,25
Lone Star	22	21,875
Louisiana Land	35,75	34,75
LTV Corp.	10,375	10,625
Mc Dermott	27,75	26,625
Mc Donnel Doug.	75,625	73,75
Merck & Co.	101,875	104,625
Merrill Lynch	30,125	30,125
Mesa Petroleum	19,125	18,875
MGM (Film)	13,125	12,25
Minnesota M.	79,125	81,5
Mobil Oil	29,75	29,25
Monsanto	42,5	43,875
Morgan J.P.	48,75	45,5
Nat. Semiconductor	11,375	11,25
National Steel	27,5	26,5
NCR	27,75	27,375
Newmont	44,25	43,5
PanAm World	5,25	4,75
Pfizer	42,125	43,125
Phibro	39,625	37,375
Philip Morris	93,125	94
Phillips Petroleum	39,25	37,75
Pittston	11,5	11,5
Polaroid	29,625	29,5
Prime Computer	16,75	15,75
Procter & Gamble	52,375	53,875
RCA	41,5	41,875
Revlon	37,125	37,5
Reynolds Ind.	84	85,375
Rockwell Int.	35,125	34,125
Rorer Group	52,875	52
Schlumberger	38	37,5
Sears, Roebuck	33	33,5
Shell Oil	59,625	59,5
Singer	35	33,625
Sperry Corp.	49,75	51,125
Stand. Oil Calif.	34,5	35
Stand. Oil Indiana	61	61
Storage Techn.	2,625	2,875
Tandy	33,875	34,25
Teledyne	243,5	239,875
Telex Corp.	40,75	38,875
Tesoro	11,875	12,375
Texaco	36,375	35,375
Texas Instrum.	112	111,125
Tosco	1,875	1,875
Trans World Corp.	32,5	33,5
Transamerica	29,625	29,75
Travelers	42,125	40,125
UAL	44,875	44,5
Uccel Corp.	13,25	13,125
Union Carbide	38	38
Union Oil of Calif.	48,625	49,125
US Gypsum	33,25	33,75
US Steel	27	26,875
United Technologies	39,25	39,25
Walt Disney	79	76,75
Warner Comm.	26,75	27
Westinghouse El.	30,125	29,75
Weyerhaeuser	28,625	28
Whittaker	23,125	22,5
Woolworth	41,875	42
Xerox	45	42,75
Zenith Radio	21,5	21,75
Dow Jones Index	1261,93	1259,05
Stand. & Poors	175,35	174,65

Toronto

	12.4.	4.4.
Abitibi-Price	51,375	53,125
Alcan Alu.	33,125	35,75
Bk. of Montreal	26,625	25,75
Bk. of Nova Scotia	12,375	12,375
Bell Cda Enterprises	38,75	38,875
Bluesky Oil	4,45	4,4
Bow Valley Ind.	17,25	17,375
Brenda Mines	11	–
Brunswick M & Sm.	17	16,75
Cdn. Imperial Bk.	29,125	28,875
Cdn. Pacif. Enterpr.	27,75	28
Cdn Pacific Ltd.	60,125	58,375
Cominco	15,375	15,5
Coseka Res.	3,3	2,99
Denison Mines	11,5	11,625
Dome Petroleum	3,2	3,25
Dofasco	36,75	36,75
Falconbridge Ltd.	104	103
Great Lakes Forest	90	90
Gulf Canada	19,375	19,125
Gulfstream Res.	0,61	0,65
Hiram Walker Res.	29,375	29,25
Hudson Bay Mng. Sp.	8,25	–
Husky Oil	11	11,5
Imperial Oil -A-	54,125	52
Inco	19,125	18,75
Inter City Gas Ltd.	12,5	12,625
Interprov. Pipeline	35,875	36
Kerr Addison	16,25	–
Lac Minerals	–	–
Massey Ferguson	2,85	3,05
Moore Corp.	22,625	–
Noranda Mines	18,25	17,75
Norcen Energy Res.	15	16,25
Northgate Expl.	6,575	6,375
Northern Telecom	48,25	47,5
Nova An Alberta A	6,125	6,5
Nu West Group	0,52	0,51
Oakwood Petrol	7,375	6,875
Provigo Inc.	3,85	19,5
Ranger Oil	5,125	5,25
Revenue Properties	1,45	1,5
Rio Algom	25,5	25,875
Royal Bk. of Can.	29	28,5
Seagram	54,625	53,375
Shell Canada	28,5	27
Sherritt Gordon	7	6,5
Stelco -A-	20,5	20,625
TransCdn. PipeLines	24,5	24,625
Westcoast Transm.	13,875	15
Index: TSE 300	2630,1	2604,3

Tokio

	13.4.	6.4.
Alps.	1890	1860
Bank of Tokyo	825	820
Banyu Pharma	890	881
Bridgestone Tire	525	530
Canon	1250	1280
Daikin Kogyo	612	644
Daiwa House	545	547
Daiwa Sec.	883	860
Eisai	1680	1720
Fuji Bank	1540	1540
Fuji Photo	1690	1700
Fuji Radio	2490	2500
Hitachi	810	835
Honda	1320	1340
Ikegai Iron	400	401
Isetan	543	529
Ito Yokado	2790	2620
Japan Air	6250	6100
Japan Met.	481	495
Japan Syn. Rubber	405	412
Kajima	288	288
Kansai Elec.P.	1420	1400
Kao Soap	805	819
Kawasaki H	160	157
Kawasaki S	145	147
Kirin Brewery	615	615
Komatsu	439	444
Kubota Iron	338	335
Kyocera	5410	5550
Makita El.	985	1000
Marui	1100	1000
Matsushita El. Ind.	1470	1520
Matsushita El. Wks.	741	–
Mitsubishi CP	523	527
Mitsubishi El.	398	403
Mitsubishi Estate	620	628
Mitsubishi Heavy I.	262	265
Mitsui Co. Ltd	370	352
Mitsukoshi	484	494
Mitsumi El	1000	–
Nichicon	–	–
Nihon Cement	257	275
Nikko Sec.	749	750
Nippon El.	1060	1070
Nippon Kokan	136	138
Nippon Oil	885	862
Nippon St.	150	152
Nippon Yusen	242	252
Nissan Motor	659	658
Nomura Sec.	1130	1180
Olympus	1110	1170
Penta-Ocean	266	270
Pioneer	2360	2640
Renown	627	625
Ricoh	891	900
Sankyo	1490	1380
Seiyu Stores	641	655
Sekisui Pref.	596	579
Sharp	988	999
Shiseido	1170	1220
Sony	4350	4380
Sumitomo Bank	1700	1730
Taisei Corp.	211	215
Taisho Marine	436	453
Takeda Chem.	948	882
Teijin	464	469
Tokyo Elec.	1240	1290
Tokyo Gas	186	178
Tokio Marine	843	854
Tokyo El. Power	1710	1630
Toray Ind.	482	482
Toshiba Elec.	396	407
Toto	535	451
Toyo Kogyo	440	449
Toyota Motor	1250	1260
Yamaichi	830	813
Yamanouchi	4200	3990
Yamaha	775	765
Yamazaki	657	625
Index	–	987,65

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Plus im ersten Quartal

Frankfurt (adh.) – Um gut drei Prozent auf 1,322 Mrd. DM steigerten die 76 Hertie-Warenhäuser ihren Umsatz im ersten Quartal dieses Jahres (auf unveränderter Fläche plus 3,5 Prozent). Damit *konnte* Hertie, *nach dem* Verlustschock des Vorjahres, als einziges der deutschen Warenhausunternehmen seinen *Umsatz* im Vergleich zum ersten Quartal 1984 steigern. Als „Bestseller" erwiesen sich Sportartikel (plus 20,7 Prozent), gefolgt von *Strümpfen und Modewaren* (plus 17,3 Prozent). Einbußen von 9 Prozent gab es bei Hobby- und Autozubehörartikeln.

Berichtigungsaktien

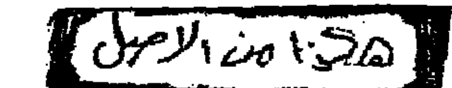
Oslo (VWD) – *Im* Verhältnis vier zu eins erhalten die Aktionäre der Norsk Data A/S Berichtigungsaktien. Damit erhöht sich das Aktienkapital auf 57,995 Mill. nkr.

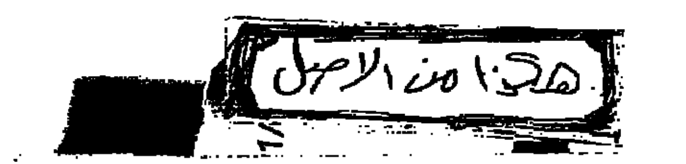
MBB-Werk gefährdet?

Augsburg (dpa/VWD) – *Das Werk* Donauwörth der Messerschmitt Bölkow Blohm GmbH, München, hat *nach Ansicht von Betriebsräten und* IG Metall langfristig keine Überlebenschance. Sie stützen ihre Befürchtung auf ein Strukturpapier, das den Betriebsräten von der Konzernspitze vorgelegt wurde. Danach sollen alle Kunststoff- und Verspannungsabteilungen von *Donauwörth nach* Augsburg verlegt werden. Alle Montagearbeiten – was vor allem das auslaufende *Tornadoprogramm betrifft* – kommen nach Donauwörth. Nach Angaben der IG Metall würden damit 1 147 von 2 344 Arbeitsplätzen wegfallen.

Schörghuber 65 Jahre

München (dpa/VWD) – Der Münchner Multi-Unternehmer Josef Schörg*huber feierte gestern* seinem 65. Geburtstag. Schörghuber ist Mehrheitsaktionär bei den Münchner Großbrauereien Hacker-Pschorr und Paulaner-Salvator-Thomasbräu. Ihm gehören auch 97,4 Prozent der Heilit+Woerner Bau AG.





Neues Instrument aus Bonn: Die Ansparförderung

Das Klima hat sich gewandelt: Ging in den siebziger Jahren die Zahl der *selbständigen* Existenzen um 27 Prozent zurück, so wird jetzt mancherorts von einer Existenzgründungswelle gesprochen, der allerdings auch eine hohe Zahl von Insolvenzen gegenübersteht. Selbst wer es nicht so euphorisch mag: Die Bereitschaft, sich selbständig zu machen, hat zugenommen. Gegenwärtig ist ungefähr jeder dreizehnte Erwerbstätige selbständig.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die soziale Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland sind im hohen Maße abhängig von möglichst vielfältigen und zukunftsorientierten unternehmerischen Aktivitäten. Je mehr, desto besser – auch und gerade im Interesse der Arbeitslosen. Handwerkspräsident Paul Schnitker betont ständig, daß ein Meister, der sich selbständig macht, im Durchschnitt vier Arbeitskräfte mit sich zieht. Und es sind doch gerade die Neuen, die für eine Belebung des Wettbewerbs sorgen. Und der ist nun einmal die Triebfeder der Marktwirtschaft.

Unternehmerischer Tatendrang, schlaue Ideen, besondere Qualifikation, ein neues Produkt oder ein selbstentwickeltes Verfahren – dies sind sicherlich immer noch die wichtigsten Motive, sich selbständig zu machen. Berufliche Frustrationen werden auch genannt. Eine Rolle spielt aber auch, daß häufig nur so ein Ausweg aus der Arbeitslosigkeit gesehen wird. Hinzu kommt aber auch, daß sich das Bild vom Unternehmer gewandelt hat. Stand früher mehr die zusätzliche Belastung im Vordergrund, wurde das Risiko betont, so werden jetzt wieder mehr die Vorteile herausgestrichen: *mehr* Unabhängigkeit, mehr Erfolgserlebnisse und häufig auch ein höheres Einkommen. Der Gewinn wird nicht länger als etwas dargestellt, was am besten verschwiegen werden sollte. Er ist wieder etwas, auf das man stolz ist.

Die Zahl derjenigen, die schon in jungen Jahren mit der Möglichkeit spielen, es einmal allein zu versuchen, steigt. Um sie in ihrer Absicht zu bestärken und um ihnen den Schritt zu erleichtern, bringt die Bundesregierung in diesem Jahr ein neues Förderinstrument heraus: die Ansparförderung. Zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung will die Bundesregierung denen, die über mehrere Jahre hinweg die Unternehmensgründung auf der Grundlage eines Existenzgründungssparvertrages vorbereiten, eine Prämie gewähren. Sie hat sich trotz einiger Bedenken des Wirtschaftsministeriums dazu durchgerungen. Pate stand dabei die Bausparförderung.

Die Eckwerte der Ansparförderung sollen so aussehen:

- Mindestsparzeit: drei, Höchstsparzeit: zehn Jahre;
- Ansparzuschuß: 20 Prozent des Sparguthabens, maximal 10 000 Mark.

Die Auszahlung der Prämie soll nach der Existenzgründung erfolgen. Im Bundeswirtschaftsministerium wird noch an den verbindlichen Angaben zur Ansparförderung gearbeitet. Die Richtlinien dürften im Sommer veröffentlicht werden. Dann dürfte dieses Programm anlaufen.

Das wichtigste Hemmnis bei der Gründung neuer Existenzen ist fehlendes Eigenkapital. Die Bundesregierung hilft daher in der gewerblichen Wirtschaft und bei den freien Berufen mit der „Eigenkapitalhilfe". Dabei handelt es sich um langfristige, erheblich zinsverbilligte Darlehen. Diese Mittel haben Eigenkapitalcharakter, da sie im Konkursfall voll haften. Es müssen dafür keine Sicherheiten gestellt werden. Vorhandene Sicherheiten können daher für Bankkredite eingesetzt werden.

Die Investitionssumme: Mindestens 40 000 Mark

Gewährt wird die Eigenkapitalhilfe für die Gründung einer selbständigen Existenz, die Übernahme oder tätige Beteiligung oder für Investitionen im Zusammenhang mit der Existenzgründung innerhalb von zwei Jahren nach Aufnahme der Geschäftstätigkeit, wobei die Gründung bereits durch die Eigenkapitalhilfe gefördert gewesen sein muß.

Generell gilt: Die Anträge auf Eigenkapitalhilfe können – wie auch bei anderen Förderprogrammen – nur gestellt werden, wenn mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde.

Bemessungsgrundlage für die Eigenkapitalhilfe ist die Investitionssumme oder der Kaufpreis bei einer Übernahme. Die Investitionssumme muß mindestens 40 000 Mark betragen. Zwölf Prozent der Investitionssumme soll der Existenzgründer mit eigenen Mitteln finanzieren. Mit der Eigenkapitalhilfe können sie auf höchstens 40 Prozent aufgestockt werden, die Eigenkapitalhilfe beträgt also maximal 28 Prozent. Die restlichen 60 Prozent müssen durch Bankkredite oder durch Mittel aus anderen Förderprogrammen der öffentlichen Hand aufgebracht werden.

Für technologisch innovative Existenzgründer gibt es eine Sonderregelung: Sie können ihre Aufwendungen für Entwicklung und Herstellung eines Prototyps oder Beschaffung von Lizenzen und Patenten anstelle fehlender eigener Mittel in Ansatz bringen.

Der Förderhöchstbetrag wurde bereits 1983 von 120 000 auf 300 000 Mark heraufgesetzt. In Berlin und im Zonenrandgebiet liegt er bei 350 000 Mark. Die Auszahlung erfolgt zu hundert Prozent. In den ersten beiden Jahren fallen keine Zinsen an; vom dritten bis fünften Jahr steigt der Zinssatz von zwei auf fünf Prozent, und vom sechsten bis zehnten Jahr werden Marktkonditionen verlangt. Für die folgenden zehn Jahre – die Laufzeit beträgt insgesamt 20 Jahre – wird der Zinssatz des zehnten Jahres verlangt. Die Tilgung muß nach zehn tilgungsfreien Jahren in 20 gleichen Halbjahresraten erfolgen.

Die Anträge mit Investitions-, Kosten- und Finanzierungsplan können über jedes Kreditinstitut bei der Lastenausgleichsbank in Bonn – in Ber*lin bei der Berliner Industriebank AG* – gestellt werden.

Daneben gibt es im Bereich der gewerblichen Wirtschaft die ERP-Darlehen zur Förderung von Existenzgründungen. Damit können Investitionen zur Errichtung und zum Erwerb von Betrieben sowie hiermit im Zusammenhang stehende Investitionen innerhalb von drei Jahren nach Betriebseröffnung, Übernahme von Betrieben oder tätigen Beteiligungen und die Beschaffung eines ersten Warenlagers oder Büroausstattung finanziert werden.

Der Höchstbetrag liegt bei 300 000 Mark; der Zinssatz beträgt 6,5, im Zonenrandgebiet 5,5 und in Berlin 4,5 Prozent. Bei Maschinen, Einrichtungen und Beteiligungen wird eine Laufzeit von zehn Jahren und bei Bauinvestitionen von 15 Jahren angegeben. Tilgung erfolgt nach zwei Freijahren in gleichen Halbjahresraten.

Darüber hinaus gewährt die Lastenausgleichsbank Darlehen aus eigenen Mitteln für Investitionen zur Existenzgründung, zur Existenzsicherung von Nachwuchskräften der gewerblichen Wirtschaft (Ergänzungsprogramm I) sowie von Spätaussiedlern und anderen Spätberechtigten (Ergänzungsprogramm II).

Auch Zuschuß zu den Kosten einer Beratung

Beim Ergänzungsprogramm I liegt der Höchstbetrag bei 300 000 Mark, der Zinssatz bei 6,75 Prozent, die Auszahlung bei 96 Prozent und die Laufzeit bei zehn Jahren bei zwei tilgungsfreien Jahren. Im Ergänzungsprogramm II ist ein Höchstbetrag von 200 000 Mark, ein Zinssatz von sechs Prozent, eine Auszahlung von hundert Prozent und eine Laufzeit von zwölf Jahren bei zwei tilgungsfreien *Jahren vorgesehen.*

Bankkredite oder Darlehen aus öffentlichen Förderprogrammen – Ausnahme ist die Eigenkapitalhilfe – müssen abgesichert werden. Reichen die banküblichen Sicherheiten nicht aus, dann kann der Existenzgründer eine Bürgschaft bei einer Kreditgarantiegemeinschaft beantragen. Kreditgarantiegemeinschaften sind Selbsthilfeeinrichtungen der Wirt*schaft, die von Bund und Ländern* durch Rückbürgschaften und durch Haftungsfondsdarlehen des ERP-Sondervermögens gefördert werden.

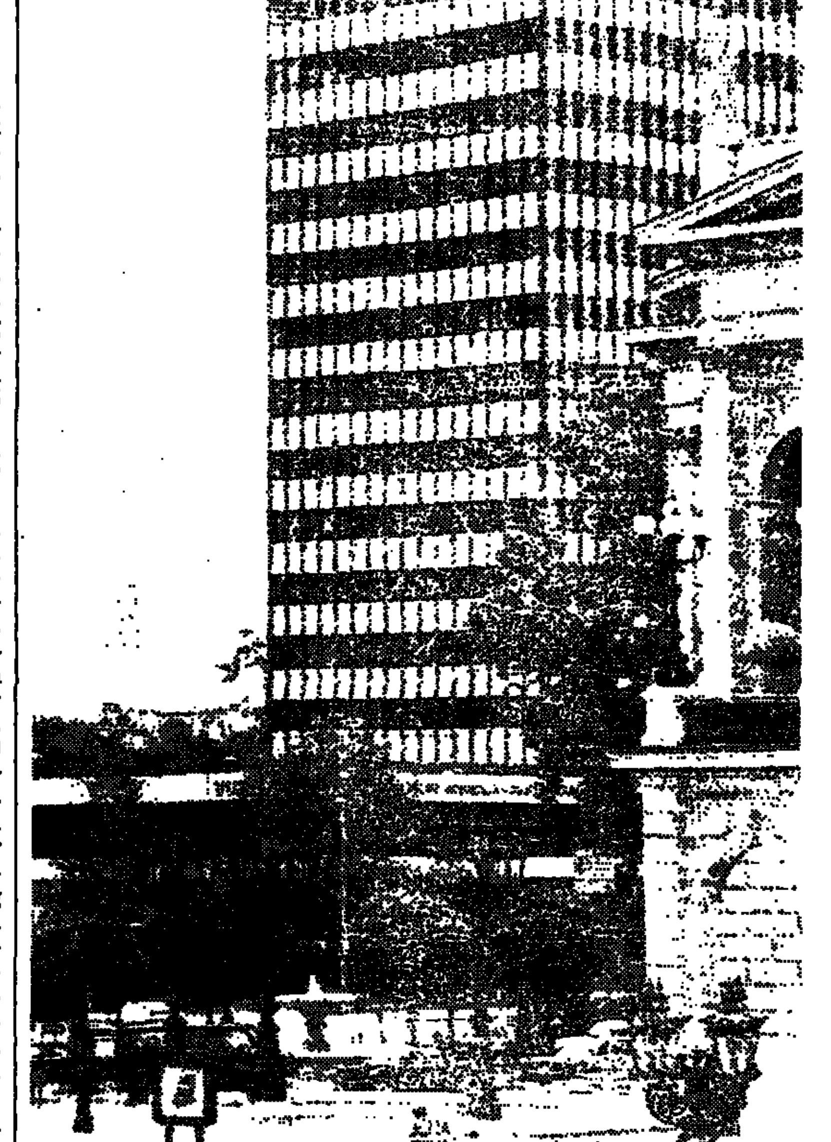
Verbürgt werden Darlehen, mit denen Betriebsgründungen, Geschäftsübernahmen, der Erwerb von Geschäftsanteilen und Betriebsmittel in begrenztem Umfang finanziert werden. Die Bürgschaften decken bis zu 80 Prozent des Kreditbetrages ab. Die Laufzeit der Ausfallbürgschaften darf 15, bei Finanzierung baulicher Maßnahmen 23 Jahre nicht übersteigen.

Die Existenzgründung von freien Berufen erleichtert der Bund durch das von der Lastenausgleichsbank durchgeführte Programm „Bürgschaften für Kredite von Kreditinstituten an Angehörige freier Berufe". Verbürgt werden Darlehen zur Finanzierung von Investitionen, Übernahme bestehender Praxen und von Betriebsmitteln in angemessenem Rahmen. Die nachträgliche Verbürgung bereits gewährter Darlehen ist ausgeschlossen. Die Laufzeit beträgt bis zu zwölf, bei Bauinvestitionen bis zu 15 Jahre. Die Bürgschaften decken maximal 80 Prozent eines Ausfalles an Kapital, Zinsen und Kosten der Rechtsverfolgung ab.

Wer sich selbständig machen will, kann einen Zuschuß zu den Kosten einer Beratung vor der Existenzgründung erhalten. Die Auswahl des Beraters ist dem Antragsteller überlassen. Zu den Beratungskosten gehören neben dem Honorar auch die Auslagen und Reisekosten des Beraters. Der Bundeszuschuß beträgt 60 Prozent der Kosten, höchstens jedoch 2500 Mark. Beratungen durch Berater der Handwerkskammern und Landesinnungsverbände können gebührenfrei in Anspruch genommen werden. Der Bund trägt etwa die Hälfte der Kosten. Die finanzielle Eigenleistung erbringt die Handwerksorganisation. Daneben fördert der Bund die allgemeine Beratung über alle wirtschaftlichen, organisatorischen und technischen Probleme der Unternehmensführung (Existenzaufbauberatung), und zwar innerhalb von zwei Jahren nach der Existenzgründung.

Nach einer Untersuchung der Universität Köln sind die häufigsten Fehler: zu geringe kaufmännische Kenntnisse, zu geringes Eigenkapital und andere *Finanzierungsschwächen*, fehlerhafte Buchführung und mangelnder geschäftlicher Durchblick, ungenaue Kalkulation, veraltete technische Ausrüstung, unzureichende Planung, zu üppige Geldentnahme des Jungunternehmers, zu hohe Verwaltungskosten, ungeeignete Mitarbeiter, Finanzierung langfristiger Verbindlichkeiten mit kurzfristigen Krediten, Fehleinschätzung der *Marktentwicklung, Organisationsfeh*ler bei raschem Wachstum des jungen Unternehmens.

HANS-JÜRGEN MAHNKE



Großstadt mit Platzvorteil und FIF

WR. Frankfurt

Ein guter Rat ist die wohl unentbehrliche Voraussetzung für unternehmerischen Erfolg, wenn es um Betriebs-Neugründung oder Umstellung auf neue Technologien geht. Frankfurt hat ein Innovations-Förderungs-Programm für kleine und mittlere Unternehmen aufgelegt, das neben Zinszuschüssen zu Innovationskrediten vor allem eine Beteiligung an den Kosten für Beratungsleistungen vorsieht. „FIF" ist die Abkürzung dieses Programms. Es wurde in enger Abstimmung mit Frankfurter Kreditinstituten, der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer Rhein-Main entwickelt und richtet sich vor allem an kleine und mittlere Unternehmen, die sich zum Beispiel im Frankfurter Stadtgebiet ansiedeln wollen. Das Amt für Wirtschaftsförderung weist in diesem Zusammenhang auch auf die Attraktivität des Platzvorteils hin.

FOTO: DIE WELT

Ohne Gießkanne

Kreativität und Initiative – diese unternehmerischen Tugenden sind der *Motor* der Wirtschaft und des Aufschwungs. Diese Eigenschaften muß der Unternehmer als wichtigstes Kapital bei einer Neugründung seiner Firma mitbringen. Dies kann ihm niemand abnehmen, dies kann nicht gefördert werden – erst recht nicht von staatlichen Stellen. Wirtschaft ist in erster Linie das Ergebnis der individuellen Tätigkeit, die öffentliche Hand sollte dabei nur die allernotwendigsten Hilfestellungen anbieten.

Natürlich könnte es auch so funktionieren, wie die Wirtschaftsjunioren NRW, das sind die bei den Industrie- und Handelskammern des Landes Nordrhein-Westfalen organisierten jungen Unternehmer und Führungskräfte, in diesem Jahr als Aprilscherz formulierten: „Subventionen für alle". Dann wäre der Unternehmer am erfolgreichsten, dem es gelingt, die meisten Subventionen zu ergattern, argumentierte der Verband. Und Arbeitsplätze würden reichlich geschaffen – in der staatlichen Subventionsbürokratie und für gewiefte Subventionsberater.

Aber so würde es sicherlich nicht funktionieren, denn Untersuchungen haben als Ergebnis gezeigt, daß Subventionen für unternehmerische Entscheidungen keine Initialzündungen sind. Die Mehrheit der Subventionsempfänger würden ihre betrieblichen Vorhaben auch ohne öffentliche Hilfe durchziehen. Staatliche Wirtschaftsförderung kann also nicht nach dem Gießkannenprinzip, das die Wohltaten gleichmäßig über alle *Wirtschaftsteilnehmer* verteilt, geleistet werden, sondern muß sich den Problemfällen zuwenden oder den Boden vorbereiten für Wagnis, moderne Technologien zu erforschen und anzuwenden. Wirtschaftsförderung bleibt in der Diskussion und muß den geänderten Rahmenbedingungen angepaßt werden. Dazu gehört auch das Stichwort Nord-Süd-Gefälle, über das viel geredet wird, von dem aber niemand so recht weiß, ob und in welcher Form es eigentlich existiert.

Wirtschaftsförderung bleibt weiter eine Aufgabe, denn Probleme in der deutschen Wirtschaft gibt es noch zahlreiche. (E.W.)

SCHLESWIG-HOLSTEIN / Konflikte mit den Nachbarn im Süden

Das „Klima" reizt zum Umzug

Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein muß von der Grundtatsache ausgehen, daß das nördlichste Bundesland ein marktfernes Land mit relativ geringer Bevölkerung ist. Sie muß ferner berücksichtigen, daß *die Pfeiler der Wirtschaft* die Landwirtschaft, der Fremdenverkehr und der Schiffbau mit einer breiten Zulieferindustrie sind. Vor diesem Hintergrund hat die Aufgabe der Landesregierung stets geheißen, die Palette der Beschäftigungsmöglichkeiten zu verbreitern, einseitige industrielle Abhängigkeiten zu lockern, den Anschluß an technologische Entwicklungen nicht zu verlieren und die vor*handene Industriestruktur* zu fördern.

Auf dem Weg zu neuen, verbesserten Strukturen über Wirtschaftsförderung und Industrieansiedlung hat Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte erzielt. Das Land hat neue Standorte für kräftige mittelständische Industrieunternehmen aus den verschiedensten Branchen geschaffen, neue Akzente in den Bemühungen um Ausbildungsplätze gesetzt und Industrieschwerpunkte wie etwa an der Elbmündung bei Brunsbüttel aufgebaut, um der hohen Arbeitslosigkeit an der Westküste zu begegnen.

In der Ansiedlungspolitik des Landes spielt seit gut zwölf Jahren die landeseigene, rechtlich verselbständigte *Wirtschaftsförderungsgesellschaft* mbH Schleswig-Holstein, Kiel, eine zentrale Rolle. Die Idee zu einer solchen Gesellschaft hatte der inzwischen in den Ruhestand getretene Staatssekretär Hans Nebel. Nur eine das ganze Land abdeckende Gesellschaft sei in der Lage, ansiedlungswilligen Unternehmen einen Gesamtüberblick und maßgeschneiderte Lösungen für Industrievorhaben zu bieten, meinte Nebel damals. Ansiedlungspolitik setze umfassenden Service voraus und habe neben finanziellen Aspekten vor allem eine persönliche Komponente.

*Nach diesem Motto hat die Schles*wig-Holsteinische Förderungsgesellschaft in den vergangenen Jahren rund 350 überwiegend mittelständische Unternehmen in Schleswig-Holstein angesiedelt. Die Gründung der neuen Firmen war mit Investitionen von rund 1,7 Milliarden Mark und der Schaffung von etwa 12 700 Arbeitsplätzen verbunden.

Ansiedlungswillige Unternehmen spürt die Förderungsgesellschaft auf, indem fast 30 000 produzierende Betriebe im Bundesgebiet angeschrieben und umfassend informiert werden. Dabei gerät das Land Schleswig-Holstein nicht selten in Konflikte mit den angrenzenden Nachbarländern Niedersachsen und Hamburg. Vor allem die Hansestadt hat oft beklagt, daß Schleswig-Holstein mit versteckten Subventionen Unternehmen aus den Stadtgrenzen ins *Um*land locke. Diese Klagen sind verständlich. Immerhin stammen fast die Hälfte aller nach Schleswig-Holstein umgesiedelten Betriebe aus dem Hamburger Raum. Sie haben sich unmittelbar vor den Grenzen der Stadt auf schleswig-holsteinischem Gebiet niedergelassen.

Die intensive finanzielle Förderung von ansiedlungsbereiten Unternehmen ist sicher ein wichtiger Punkt für den Erfolg der schleswig-holsteinischen Strukturpolitik. Neben den Prämien spielt aber auch das „Klima" eine entscheidende Rolle mit. Die unbürokratisch und professionell geleistete Unterstützung von Land und Gemeinden, der kurze Draht zu den entscheidenden Instanzen hat viele Unternehmen zum Standortwechsel animiert.

Investitionen zur Errichtung neuer Industriewerke, zur Erweiterung und Umrüstung bestehender Betriebe sowie Rationalisierungen werden in Schleswig-Holstein sowohl vom nd als auch vom Land gefördert. Einmal werden strukturverbessernde Investitionen des verarbeitenden Gewerbes und des Fremdenverkehrs in förderungswürdigen Gebieten mit Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" bezuschußt. Als förderungswürdig gelten das gesamte *Zonenrandgebiet und die Kreise* Nordfriesland, Dithmarschen und Steinburg. Die Förderung umfaßt eine steuerfreie Investitionszulage sowie weitere nach regionalen Prioritäten gestaffelte Zuschüsse.

Dieses Bundesprogramm wird ergänzt durch Landesprogramme. So gibt es Investitions- und Zinszuschüsse in Gebieten, wo die Kriterien der Gemeinschaftsaufgabe nicht erfüllt werden. Es bestehen ferner ein Mittelstandsförderungsprogramm und Hilfen bei der Gründung selbständiger Existenzen. Steuerliche Vergünstigungen in Form hoher Sonderabschreibungen bietet schließlich das Zonenrandförderungsgesetz.

Läßt man die Grundstückskosten einmal ohne Berücksichtigung, die *im Land Schleswig-Holstein naturge*mäß niedriger sind als im Ballungsgebiet Hamburg, kann der Anteil der Finanzierungshilfen in Schleswig-Holstein bis zu 25 Prozent der Investitionskosten erreichen. Weder mit den finanziellen Hilfestellungen noch mit dem „Klima" kann der Stadtstaat Hamburg mithalten. JAN BRECH

BAYERN / 92 Prozent der Doppelhaushalt-Mittel zur Förderung von Investitionen und der Wirtschaftsförderung

Das Zauberwort heißt „Ordnungspolitik"

Mit Neid blicken die meisten Bundesbürger auf die vergleichsweise gute Wirtschaftsentwicklung im Freistaat Bayern. Aus dem einst klassischen Agrarland ist in 30 Jahren eine Region geworden, in der insbesondere zukunftsträchtige Industrien angesiedelt sind. Das Schlagwort vom Nord-Süd-Gefälle hat sich längst ins Gegenteil umgekehrt. Der Grund dieser dynamischen Entwicklung: Das CSU-regierte Land zog und lockt noch immer Unternehmen mit umfangreichen Förderungsprogrammen an.

Ein überdurchschnittliches Wachstum in guten Jahren und mehr Widerstandskraft in schwierigen Zeiten haben dazu beigetragen, daß Bayern heute einen Spitzenplatz unter den Bunesländern einnimmt. So lag das Wachstum der realen wirtschaftlichen Gesamtleistung 1984 mit 3,3 Prozent wie in den vergangenen Jahren über dem der Bundesrepbulik mit 2,6 Prozent. Produktion (plus 5,1 Prozent in Bayern gegenüber 3,3 Prozent im Bund), Umsatz und Ausfuhr nahmen kräftiger als im Bundesdurchschnitt zu. Auch in der Arbeitsmarktbilanz schneidet der Freistaat mit einer Arbeitslosenquote von 7,8 Prozent im Jahresdurchschnitt günstiger ab (Bund: 9,1).

Zugpferd der wirtschaftlichen Aufholjagd war und ist die Industrialisierung, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg richtig in Gang kam. Mit dem Vorteil des Spätentwicklers entschied sich Bayern für die sauberen und wachstumsorientierten, hochtechnisierten Branchen wie Elektronik, Maschinenbau, Luft- und Raumfahrt sowie Bereiche der theoretischen und angewandten Forschung. Früh- und rechtzeitig hatte man erkannt, wie es der bayrische Wirtschaftsminister Anton Jaumann formuliert: „Es gibt nur einen Weg zur Sicherung der Zukunft: Wir müssen uns mit dem Strukturwandel verbünden."

Diese aktive und vorwärtstreibende Wirtschaftspolitik machten es dem Land möglich, notwendige und teilweise recht drastische Kapazitätsanpassungen einzelner Firmen und Branchen relativ gut zu verdauen. Ohne beträchtliche finanzielle staatliche Hilfen ist diese Politik allerdings nicht denkbar: Im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung wurden allein von 1975 bis heute in strukturschwachen Gebieten in 10 555 Fällen mit Zuschüssen und Darlehen von zusammen 5,5 Milliarden Mark Investitionen in Höhe von 20,1 Milliarden Mark mitfinanziert.

Millionenbeträge für strukturschwache Gebiete

Zudem wurden in der Mittelstandsförderung von 1975 bis 1984 57 530 Darlehen mit einer Summe von 4,46 Milliarden Mark ausgereicht.

Beachtlich sind auch die Mittel im neuen Doppelhaushalt 1985/86: 92 Prozent aller Gelder dienen zur Förderung von Investitionen und der sonstigen Wirtschaftsförderung. Über die Hälfte der Gesamtmittel von 913,5 Millionen Mark dienen dabei der Schaffung neuer und der Sicherung bestehender Arbeitsplätze in strukturschwachen Gebieten im Rahmen der Regionalpolitik. In die Mittelstandsförderung fließen fast 190 Millionen Mark. Das Schwergewicht der neuen Maßnahmen soll in der Förderung einer anwendungsorientierten Weiterentwicklung der Mikroelektronik, in der Berufsausbildung und der Innovationsförderung liegen.

Neben diesen beiden Hauptprogrammen gibt es eine Vielzahl verschiedenster Finanzierungshilfen. Genannt sei nur ein Markteinführungsprogramm für neue Produkte und Verfahren, das kleinen Betrieben helfen soll, die großen Schwierigkeiten in der Phase zwischen Entwicklung und Produktionsaufnahme zu überwinden. Die Angebote sind so vielseitig, daß fast jedes Unternehmen unter gegebenen Voraussetzungen in den Genuß staatlicher Hilfe kommen kann.

Weitgehend kommen alle Gelder, die der Freistaat zur Förderung der Industrie aufwendet, mittelständischen Unternehmen zugute. Dennoch ist die bayerische Industriepolitik auch darauf bedacht, in der „Provinz" großindustrielle Fixpunkte zu schaffen, die mit ihrem Multiplikatoreffekt einen kräftigen Schub zusätzlicher Kaufkraft schaffen. Dies vor dem Hintergrund der Überlegung, daß dann der Mittelstand von alleine kommt. Beste Beispiele dafür sind die BMW-Werke in Dingolfing und Regensburg; die geplante Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstoffen in Wackersdorf könnte eines der Zukunft sein.

Alle diese Hilfen werden in Bayern unter dem Zauberwort „Ordnungspolitik" zusammengefaßt. Der Begriff „Subvention" wird stets energisch zurückgewiesen.

Der Staat gewährt nur Hilfe zur Selbsthilfe

Staatliche Unterstützungen, so der bayerische Wirtschaftsminister Jaumann, dürfen marktwirtschaftliche Mechanismen nicht stören, sondern nur gewährt werden, um Ungleichgewichte zu beseitigen, um einen Strukturwandel bewältigen zu helfen und um soziale Härten auszugleichen. Der Staat kann und darf den Unternehmen nicht ihr Risiko abnehmen oder unternehmerische Entscheidungen verdrängen; er ist kein Rückversicherer, sondern gewährt nur Hilfe zur Selbsthilfe.

Alle innovationsintensiven Branchen, die für eine Produktionsaufnahme gewonnen werden konnten, suchten und fanden die Nähe zu Forschungsinstituten, Technischen Hochschulen und anderen Einrichtungen, deren Kontakte sie brauchen. Damit entstand gleichzeitig ein Reservoir an Intelligenz, aus dem die Unternehmen sich ausrüsten können. Es ist daher kein Wunder, wenn die Forschungsmittel des Bundes zu sieben Prozent nach Niedersachsen, aber zu 20 Prozent nach Bayern (etwa ebensoviel wie Baden-Württemberg) fließen.

ULRIKE HEMER

NIEDERSACHSEN / Neuorientierung auf zukunftsträchtige Bereiche

Maßnahmen sind „Pflichtübungen"

Wirtschaftsförderung ist längst nicht mehr gleichbedeutend mit der Vergabe öffentlicher Mittel an siedlungswillige Unternehmen. Die Zielräume sind breiter geworden und dauerhafter angelegt. Dies gilt längst auch für Niedersachsen, einem Bundesland, dessen wirtschaftliche Entwicklung sicher nicht unter dem günstigen Stern steht. Nicht zuletzt die bitteren Erfahrungen der vergangenen Jahre haben bewirkt, daß vieles, was einst Wirtschaftsförderung ausmachte, in Frage gestellt wird. Die Landesregierung spricht nur noch bedingt von Wirtschaftsförderung; vielmehr ist von Sturkturpolitik als dem übergeordneten Begriff die Rede.

Die Bemühungen um eine Verbesserung der Strukturen haben die Abkehr von der flächendeckenden Förderung bewirkt. Das „Gießkannen-Prinzip", nach dem gleichmäßig über das gesamte Land hinweg öffentliche Mittel verteilt werden, wird konsequent zu Ende gebracht.

Noch bis vor kurzem kamen die meisten der vorhandenen Förderinstrumente vor allem der gewerblichen Wirtschaft zugute. Die als zukunftsträchtig geltenden Gebiete Forschung, Entwicklung und Wissenschaft blieben lange Zeit weitgehend unberücksichtigt; dies wiederum führte gegenüber anderen Bundesländern zu einem Defizit. Inzwischen ist einiges in Gang gesetzt worden. Hierzu zählt die Neuorientierung auf zukunftsträchtige Felder wie Informationstechnik, Umweltschutztechnik, Bio-Techniken, Werkstoff- und Oberflächentechnik, Meß- und Regeltechnik oder moderne Technik.

Wirtschaftsnahe Institute gegründet

Im Rahmen des 1980 verabschiedeten Forschungs- und Technologieprogramms der Landesregierung wurden mehrere wirtschaftsnahe Institute ins Leben gerufen: Frauenhofer-Institut für Toxikologie und Aerosolforschung, Niedersächsisches Institut für Radioökologie, Institut für Fernwärmeforschung und Institut für Kautschuktechnologie.

Erheblich ausgebaut wurden gleichzeitig andere Einrichtungen wie: Gesellschaft für Biotechnologische Forschung, Institut für Erdölforschung und Max-Planck-Institut für experimentelle Endokrinologie. Auf einen guten Weg gebracht wurde mittlerweile das „Kontinentale Tiefbohrprogramm", für das die Universität Göttingen verantwortlich zeichnet, das Institut für angewandte Mikroelektronik und das für Lebensmitteltechnik. Erhebliche struktur- und regionalpolitische Bedeutung mißt Hannover den neuen Informations- und Kommunikationstechniken zu. Erklärtes Ziel: Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärken, periphere Räume einbinden, andere Standorte aufwerten.

Weitere Bestandteile der neuformulierten Strukturpolitik sind die stärkere Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft, die Einrichtung von Technologieparks, die Nutzung schneller Verkehrssysteme und eine bessere Anbindung des überregionalen Verkehrs. Bei all dem ist zu bedenken, daß zusätzliche finanzielle Mittel nicht zur Verfügung stehen. Das bedeutet, daß vorhandene Förderprogramme anders eingesetzt, der Etat also umgeschichtet werden muß.

Weit fortgeschritten sind die Technologiepark-Projekte, in denen neue Unternehmen angesiedelt werden, die innovative Ideen in die Praxis umsetzen. In Syke bei Bremen und in Hannover sind solche Gründerzentren bereits eingeweiht worden. Vergleichbare Einrichtungen entstehen in Hildesheim, Braunschweig und Buxtehude. Damit soll's dann aber auch genug sein.

Verstärkte Bemühungen gelten der Inanspruchnahme von Bundesmitteln für den Bereich Forschung und Entwicklung. Bislang hat die Förderpolitik des Bundes die regionale Entwicklung eher konterkariert: Die Länder, die bereits über starke Aktivitäten im F+E-Bereich verfügten, erhielten die meisten Mittel. An den Forschungsausgaben des BMFT zum Beispiel war Niedersachsen 1982 lediglich mit 6,7 Prozent beteiligt. Angestrebte Quote: 11,5 Prozent.

Günstiger stellt sich die Position des Landes bei der Vergabe von Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe dar: Im Rahmen der Wirtschaftsförderung entfielen auf Niedersachsen von 1972 bis 1983 mit knapp 1,46 Milliarden Mark 20 Prozent dieser Mittel, die zur Hälfte vom Bund aufgebracht werden. Gegenwärtig errechnet sich ein Anteil von 24 Prozent.

Als ein „besonders angemessenes Mittel der Wirtschaftsförderung" bewertet die Landesregierung den Ausbau der Infrastruktur. Einen Nachholbedarf gibt es auf dem Gebiet der Verkehrsanbindung. Das Emsland und der ostfriesische Raum, das Unterelbe-Gebiet und die Region Wolfsburg sind zu spät in die Überlegungen um einen Anschluß an das Autobahnnetz einbezogen worden.

Erfolgsmeldungen sind noch Mangelware

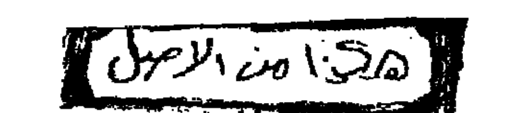
Kontinuierlich ausgebaut und verbessert wurde in Niedersachsen die wirtschaftliche Infrastruktur. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" wurden zwischen 1972 und 1983 Investitionen in Höhe von rund zwei Milliarden Mark mit 792 Millionen Mark gefördert. Hinzu kommt das Landesförderprogramm, aus dem allein von 1980 bis 1983 rund 115 Millionen Mark geflossen sind.

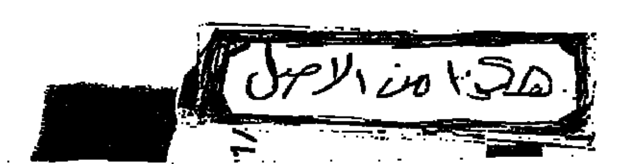
Die Konzentration der Landesregierung auf die Schaffung struktureller Rahmenbedingungen bedeutet aber beileibe nicht eine Vernachlässigung einzelner Ansiedlungsprojekte. Zwar sind spektakuläre Erfolgsmeldungen Mangelware. Das Beispiel der Stuttgarter Bosch-Gruppe, die in Salzgitter mit Investitionen von 100 Millionen Mark ein Werk für elektronische Kfz-Steuergeräte errichtet und 650 neue Arbeitsplätze schafft, zeigt aber, daß Chancen durchaus noch vorhanden sind. Ähnliches gilt für den amerikanischen Halbleiter-Hersteller LSI, der Verhandlungen über die Errichtung eines Werks mit 250 Beschäftigten in Braunschweig führt.

Erfolge dieser Art dürfen indes nicht darüber hinwegtäuschen, daß Industrieansiedlung nach herkömmlichem Muster die Ausnahme ist. Stattdessen überwiegen nach wie vor Fälle, in denen das Land helfend einspringen muß, wenn Firmen in Schwierigkeiten geraten sind.

Der Hinweis, daß auch die Rettung von Arbeitsplätzen und die Bestandserhaltung ansässiger Unternehmen Wirtschaftsförderung ausmacht, ist kein Sarkasmus. Hilfsmaßnahmen der öffentlichen Hände gehören vielmehr zu gängigen Pflichtübungen.

PETER BLASS





OFFENBACH / Die Zwillingsstadt am Main

Der Export ist Spitze

Gefragt nach einer Großstadt am Main wird jeder wohl automatisch antworten: Frankfurt – die angrenzende Großstadt Offenbach wird zu Unrecht so gut wie nie genannt.

Dabei ist diese Stadt durch seine Infrastruktur prädestiniert als Standort für Handel und Gewerbe, Produktion und Verwaltung. Eine Anzahl unbebauter Flächen, unterhalb ihrer Ertragsfähigkeit genutzte Areale sowie voll erschlossenes Bau- und Industriegelände beweisen, daß die Wirtschaft die daraus resultierenden Chancen zur Zeit noch nicht ausreichend nutzt.

Das vorrangige Ziel der Offenbacher Wirtschaftsförderung ist angesichts steigender Arbeitslosenzahlen und stagnierendem Ansiedlungspotential die Sicherung und Förderung der Entwicklungsmöglichkeiten des ortsansässigen Gewerbes gelegt. So konnten in den letzten Jahren unter anderem viele Umsiedlungs- und Erweiterungswünsche von Offenbacher Betrieben verwirklicht werden. Damit konnte einem Abwandern von Betrieben vorgebeugt werden. Trotz stagnierendem Ansiedlungspotential jedoch gelang es in Offenbach, von 1976 bis 1984 die Zahl der Arbeitsstätten von 4900 auf über 6000 zu erhöhen. Die Beschäftigtenzahl stieg im gleichen Zeitraum von 57 000 auf 67 000.

Die Förderungsmöglichkeiten der Offenbacher Wirtschaftsförderung sind:

1. Bereitstellung voll erschlossener preisgünstiger Gewerbegrundstücke;
2. Finanzhilfen des Bundes und des Landes Hessen sowie Finanzierung aus ERP-Mitteln und
3. Betreuung und Beratung bei der Realisierung von Ansiedlungs-, Erweiterungs- und Verlegungsvorhaben.

Der Rhein-Main-Flughafen liegt nur wenige Autominuten von Offenbach entfernt und ist mit einer Schnellbuslinie in 15 Minuten zu erreichen. Frankfurt und Offenbach haben außerdem ein verknüpftes Verkehrsnetz. Es sind Zwillingsstädte, wenn auch von unterschiedlicher Größe. Aber das „kleiner sein" von Offenbach ist der große Vorteil der Bürgernähe, des leichteren Kontaktes mit vielen Betrieben der Wirtschaft.

Die hohe Exportquote zeigt, daß Offenbacher Produkte in aller Welt begehrt sind; die Offenbacher Lederwarenmesse sorgt sogar für den Ruf als „Modemetropole". Sie ist auch eine Stadt der Industrie – jeder zweite hat dort seinen Arbeitsplatz. Nicht einzelne Großunternehmen bestimmen das Bild, die Wirtschaftsstruktur zeichnet sich durch eine große Anzahl von Unternehmen verschiedenster Prägung aus.

Mehr als 4500 Betriebsstätten aus Industrie, Groß- und Einzelhandel, Banken und Versicherungen, In- und Exportfirmen, Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe beschäftigen über 60 000 Menschen. Seit 1979 zeigt sich dabei noch ein leichter Aufwärtstrend.

Die Internationalität des Standortes Offenbach zeigt sich recht deutlich bei der Industrie: 37 Prozent des Umsatzes werden im Ausland erlöst.

Damit liegt Offenbach im Exporterfolg weit vor dem Durchschnitt Hessens (26,4 Prozent) und der Bundesrepublik (24,2). Daran sind vor allem Chemie und Maschinenbau mit Exportquoten von 54 Prozent beteiligt. Immer bedeutender werden die Import-Umsätze in Milliarden-Höhe von Firmen mit Sitz der Hauptverwaltung in Offenbach.

Eine weitere wichtige Rolle im Wirtschaftsleben spielt der Großhandel. Bedeutende Gruppen sind dabei der Großhandel mit Fahrzeugen, Maschinen und technischem Bedarf, mit Textilien und Bekleidung, mit Baustoffen sowie mit Nahrung und Genußmitteln. Der Einzelhandel profitiert von der City-Funktion als Oberzentrum der ganzen Region. Eine Fußgängerzone (mit Parkhäusern) ist Kern der modernen Innenstadt mit Einbindung alter Tradition.

Die Stadt Offenbach unterhält für die Wirtschaft eigene Hafenanlagen; der Industriehafen hat Europanorm (Rhein-Main-Donau-Kanal); der Ölhafen ist zentraler Versorgungspunkt im Rhein-Main-Zentrum.

Bekannte Teilzahlungsbanken haben ihren zentralen Verwaltungssitz in Offenbach. Auch große Bundesverwaltungen – Deutscher Wetterdienst, Bundesmonopolverwaltung für Branntwein – nutzen die zentrale Großstadtlage im Grünen: Mehr als 35 Prozent des Stadtgebietes sind Wälder. (WR.)

Die Crux heißt Eigenkapital

Die beste Form der Wirtschaftsförderung wäre, den Leuten, die sich selbständig machen wollen, in der Ansparphase einen steuerlichen Flankenschutz zu geben. Für Rolf Müller (46), der 1982 den Sprung in die Eigenständigkeit mit der Gründung eines inzwischen mit gutem Erfolg arbeitenden Foto-Service-Unternehmens in Heilbronn wagte, ist es keine Frage, daß in der Bildung einer ausreichenden Eigenkapitalbasis die eigentliche Crux steckt. Unsere Steuergesetze sprächen weitgehend dagegen, resümiert Müller seine Erfahrungen beim Hindernislauf durch behördliche Instanzen und Bankenrichtlinien.

„Die Banken gehen davon aus, daß jemand, der sich selbständig machen will, sich auch finanziell darauf vorbereiten muß, indem er Eigenkapital einzubringen in der Lage ist. 25 bis 30 Prozent Eigenkapital aufzubringen, ist schwer", konstatiert Müller in einem Gespräch mit der WELT. Denn wenn man als Lohn- oder Gehaltsempfänger arbeite und nichts habe, wo man etwas abschreiben könne, da könne man seiner Ansicht nach nur schwer sparen. Mehr Arbeit und Leistung würden leider durch höhere steuerliche Abschöpfung bestraft.

Auch Selfmademan Müller, gelernter Organisations- und EDV-Fachmann, stand anfangs praktisch ohne Eigenkapital da. Immerhin waren für den Erstanfang seines Unternehmens 130 000 Mark zu finanzieren. Ihm kam zustatten, daß er ein Wohnhaus („mit der üblichen Belastung") gebaut hatte. Dieses Haus habe man halt noch höher belastet. Müller: „Wenn das nicht gewesen wäre, dann hätte ich wahrscheinlich kein Geld bekommen." So aber konnte eine Bankfinanzierung auf die Beine gestellt werden, wobei die Bürgschaftsbank Hilfestellung leistete.

Müller mußte ein Unternehmenskonzept vorlegen, das vom Einzelhandelsverband und der Industrie- und Handelskammer positiv beurteilt wurde und damit letztlich auch die Bankinstanzen überzeugte. Die Skepsis freilich, die dem Newcomer und Autodidakten Müller in Anbetracht der allgemein nicht gerade rosigen Verfassung des Fotofachhandels entgegengebracht wurde, mußte ausgeräumt werden.

Er schaffte es mit einer Idee, die sich von der Massenfotoverarbeitung durch Großlabore deutlich absetzt. Indem Müller das sogenannte Minilab-Konzept aufgriff, sich also moderne, elektronisch gesteuerte Maschinen mit großer Flexibilität und hoher Verarbeitungsqualität anschaffte, peilte er zwei Endabnehmer-Zielgruppen an.

Anvisiert wird der gehobene Amateurfotograf, der für gute Verarbeitungsqualität auch gerne mehr Geld anlegt, wie auch der Fachsektor, also Werbefirmen, Fotografen. „Fachqualität ist unsere Devise", sagt Müller, der neben seinem Farbfoto-Stunden-Service auch ein Foto-Atelier führt.

Beides wurde zu Beginn dieses Jahres zusammengefaßt unter der Firmierung Müller Foto Service GmbH, Heilbronn, mit insgesamt fünf Beschäftigten. Müller: „Es ist erstaunlich, wo überall fotografiert wird. Jeder, der Blumentöpfe herstellt oder Glaswaren oder Lokomotiven – alle brauchen Archive, Vorlagen, Vertreterunterlagen. Hier ist ein weites Feld für qualitativ hochwertige Fotoarbeiten."

Sein Unternehmen in der Heilbronner Innenstadt entwickelte sich flott, so daß er in der Zwischenzeit eine zweite Investitionsphase anlaufen lassen konnte. An Filialgründungen denkt Müller nicht. Er ist der Meinung, daß es wichtig für seine Firma sei, überschaubar zu bleiben. Hierin sei er nicht zuletzt auch durch negative Beispiele in puncto Schnelllebigkeit bestärkt worden.

Jeder, der ein Geschäft aufmachen wolle, solle ein in sich schlüssiges Konzept erarbeiten, bei dem es wichtig sei, andere damit zu überzeugen, lautet Müllers Erkenntnis. WERNER NEITZEL

EINBECK / Das Stadtbild bleibt erhalten

Kontraste zum Umfeld

Bereits im Mittelalter hatte Einbeck als Hansestadt eine beachtliche wirtschaftliche Bedeutung. Das Bier war schon zu jener Zeit das bekannteste Produkt dieser heute 30 000 Einwohner zählenden und 166 Quadratkilometer großen Stadt zwischen Harz und Weser im Leinebergland in Südniedersachsen. Die historische Altstadt mit den reich verzierten Fachwerkhäusern, eine Fußgängerzone und die angrenzenden Geschäftsstraßen, malerische Gäßchen, zahlreiche inmitten des Stadtgebietes gelegene Grünbereiche und ruhige Wohngebiete unterstreichen die Beuutung und prägen das Bild. Naherholungs- und Wandergebiete – Solling, Vogler, Ahlsburg, Elfas, Hils – liegen vor den Toren der Stadt.

Den hohen Wohn-, Freizeit- und Erholungswert begründen auch die vorbildlichen Infrastruktureinrichtungen. 17 Schulen aller Fachrichtungen einschließlich eines technischen Gymnasiums und 13 Kindertagesstätten hat die Stadt zu bieten. Die nahe Universitätsstadt Göttingen ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln rasch zu erreichen.

Einbeck bietet als Standort für Wirtschaftsbetriebe optimale Voraussetzungen hinsichtlich der Absatzmärkte, der Verkehrswege und der Grundstückslage. Durch das Stadtgebiet führt die Bundesbahnhauptstrecke Hannover–Frankfurt, und mit der Autobahn Hamburg–Basel ist Einbeck in zehn Kilometer Entfernung durch einen Anschluß verbunden. Wegen der Zugehörigkeit zum Zonenrandgebiet bestehen für die Betriebe günstige Förderungspräferenzen. Die Stadtwerke als Versorgungsunternehmen für Erdgas, Strom und Wasser bieten ihre Leistungen zu deutlich unter dem Durchschnitt der niedersächsischen Energieversorger liegenden Preisen an.

Alle diese Standortfaktoren haben dazu geführt, daß Einbeck in den letzten Jahrzehnten die wirtschaftliche Bedeutung noch weiter ausbauen konnte. Viele Produkte tragen jetzt den Namen in alle Lande und weisen die frühere Hansestadt als wirtschaftlichen Schwerpunkt aus.

Die Kleinwanzlebener Saatzucht AG, ein Pflanzenzuchtbetrieb von weltweiter Bedeutung, hat in Einbeck den Hauptsitz. Hier ist auch ein Pelzveredelungswerk von europäischem Rang ansässig. Die Merkur-Direktwerbegesellschaft ist tätig im Dienste der Wirtschaft, des Handels und Gewerbes. Weithin bekannte Unternehmen produzieren unter anderem Küchen und Bad-Möbel, Teppiche, Webstoffe, Spezialpapiere und Tapeten, Fahrräder, Zapfsäulen, Pumpen und Rollenketten, Maschinen und Geräte. Verschiedene Fahrzeugzulieferbetriebe haben ihren Standort hier. Einbeck verfügt aber auch über einen breitgefächerten Handel und ein leistungsfähiges Handwerk. Eines der größten und bekanntesten Zirkusunternehmen – Barum – hat in Einbeck Sitz und Winterquartier.

12 500 Arbeitskräfte in 800 Betriebsstätten zählt diese Stadt. Die Stadtväter wissen, daß die Bestandspflege der ansässigen Betriebe die beste Grundlage für die Werbung und die Ansiedlung neuer Unternehmen ist. 230 Hektar Industrieflächen, der größte Teil mit Gleisanschluß, sind für die Neuansiedlungen ausgewiesen.

Der Fremdenverkehr hat in Einbeck in den letzten Jahren einen kräftigen Aufschwung bekommen. Mit den über 120 reich geschmückten Fachwerkhäusern aus dem 16. Jahrhundert zählt Einbeck zu den wenigen Städten, die den mittelalterlichen Stadtkern bis in unsere Tage hinein bewahren konnten.

Der historische Stadtbereich soll auch für künftige Generationen erhalten bleiben. Aus diesem Grunde wird eine behutsame Stadtsanierung durchgeführt. Die Stadtbereiche sollen dabei in ihrer Struktur und baulichen Gestaltung den veränderten Lebensverhältnissen unter Wahrung der historischen Substanz angepaßt sein. Ziel der Sanierung und Restaurierung ist, die Innenstadt für alle Bürger wohnlich und behaglich zu gestalten. Mit besonderem Feingefühl sind die Probleme der Verkehrsführung in der Innenstadt zu lösen. Für die bisher erreichten Sanierungsziele hat Einbeck aus Fachkreisen Anerkennung erhalten.

Wer in die alte Hansestadt kommt, stellt fest, daß Einbeck sowohl eine dynamische Industriestadt als auch ein bevorzugter Erholungsort mit solidem Image ist. WR.

TECHNOLOGIE-CENTRUM HANNOVER

Die Fläche wird knapp

In Ausweitung des Förderprogramms „Technologieorientierte Unternehmensgründungen" des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) sind auch die im Technologie-Centrum Hannover (TCH) ansässigen Unternehmen im Rahmen dieses Programmes antragsberechtigt. Das Zentrum, das am 2. Januar seine Arbeit aufnahm, wird so stark nachgefragt, daß für 1985 kaum noch weitere Flächen zur Verfügung stehen. Die bisher angesiedelten Firmen forschen und entwickeln – ausnahmslos in Zusammenarbeit mit jeweils einer oder mehreren Hochschulen – unter anderem auf den Gebieten Meerestechnik, Meß-, Steuer- und Regeltechnik, Optoelektronik.

Technologisch hochqualifizierte Fachkräfte sind in den hannoverschen Hochschulen und in den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen hannoverscher Unternehmen vorhanden. Vor TCH-Eröffnung ging *dieses Potential für die Wirtschaftsregion* Hannover als Unternehmer verloren, weil entweder der Schritt in die Selbständigkeit gescheut wurde oder aber diese Fachkräfte sich in anderen Regionen der Bundesrepublik niedergelassen haben.

Deutsche Unternehmensgründer zeichnen sich, wie eine Studie der Universität Köln ergeben hat, zwar durch eine *hohe Leistungsmotivation, jedoch* durch eine *etwas* geringere Risikobereitschaft aus. Deshalb müssen hier die Ansätze für Anreize zur Unternehmensgründung gesucht werden. Damit ist nicht der pekuniäre Risikotransfer auf andere Träger – zum Beispiel die öffentliche Hand – gemeint, sondern Hilfen zur selbständigen Risikominderung während der Anlaufphase des Unternehmens.

Hier nun setzt das Konzept des Technologie-Centrums Hannover an, in dessen Rahmen Beratungsmöglichkeiten zu fachlich-technischen und kaufmännisch-wirtschaftlichen Fragen angeboten werden. Dies erfordert ein so breites Beratungsspektrum, daß es auch wegen der ähnlich gelagerten Bedürfnisse für die gesamte Wirtschaft in der Region Hannover zugänglich sein muß.

Ein weiterer integraler Bestandteil des Konzepts orientiert sich an der Notwendigkeit ganz besonders junger, auf Technologie basierender Un*ternehmen, die liquiditätsarme* Anfangsphase erfolgreich zu überstehen – trotz der Schwierigkeit, Existenzgründung sowie Forschung und Entwicklung gleichzeitig finanzieren zu müssen. Um hier weiterzuhelfen, wurde zwischen Technologie-Centrum und der Hannover-Fonds Beteiligungsgesellschaft, der Venture Capital-Tochtergesellschaft der Stadtsparkasse Hannover, engste Zusammenarbeit sowie mit anderen regionalen und überregionalen Venture-Fonds Kooperation vereinbart.

Auch die zentralen Bürodienstleistungen, der Anschluß an das Regionale Rechen-Zentrum Niedersachsen sowie an die institutseigenen Hochschulrechner vermindern deren Investitionsbedarf und ermöglichen damit bei gegebenem Finanzierungsspielraum die schnellere Umsetzung *neuer Entwicklungen im Markt.*

Den Gründern werden auch Räume zur Miete angeboten, denn unbestreitbar ergeben sich aus der räumlichen Nähe nicht zu unterschätzende Synergieeffekte innerhalb des Zentrums: sie, die ohne die anderen Konzeptkomponeten nicht voll wirksam werden können, gilt es auszunutzen.

Nicht zuletzt ist es die Aufgabe des TCH, potentielle Gründer für eine selbständige Tätigkeit zu motivieren. So gibt es für den Bereich der Universität Hannover in Zusammenarbeit von Stadt Hannover, Land Niedersachsen, Norddeutscher Landesbank und Hochschulgemeinschaft seit 1982 das „Hannover-Modell", in dem von der Hochschule benannte und ermunterte Existenzgründer auf herkömmlichem Wege mit Kapital ausgestattet und ihnen Produktionsstätten und Büroräume zur Verfügung gestellt wurden.

In der Ausweitung dieses Programms auf die übrigen hannoverschen Hochschulen und Fachhochschulen sowie auf „spin-offs" aus der Wirtschaft liegt ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt des Technologie-Centrums in Hannover.

GISO GILLNER

BADEN-WÜRTTEMBERG / Ein ganzer Fächer von Förderungsprogrammen

Standortpflege ist eine Daueraufgabe

Im Süden scheint die Welt noch in Ordnung zu sein, jedenfalls rangiert das Bundesland Baden-Württemberg – neben Bayern – in der *Gunst der Manager als Standort für* Industrieansiedlungen ganz weit oben.

Zu diesem Fazit gelangten die Emnid-Meinungsforscher unlängst bei der Befragung von Firmeninhabern, Geschäftsführern, Vorstandsmitgliedern und Direktoren über die Attraktivität einzelner Regionen hinsichtlich der für ein industrielles Engagement maßgebenden Faktoren.

In dem Raster von Maßnahmen der politischen Wirtschaftsförderung und flankierender Bedingungen, als da sind der Freizeitwert, die Verkehrs- und Transportbedingungen sowie das Lohnniveau, schneidet der Süden gegenüber den nördlicheren Regionen besser ab.

Die traditionsgemäß überdurchschnittlich günstige Beschäftigungslage im Südwesten der Bundesrepublik Deutschland und der Zustrom an Arbeitssuchenden sprechen eine deutliche Sprache. Dies geht sogar soweit, daß sich in der baden-württembergischen Kernregion, der Region Mittlerer Neckar (in etwa gleichbedeutend mit dem Großraum Stuttgart mit angrenzenden Kreisen), mit der seit eh und je niedrigsten Arbeitslosenquote im Bundesgebiet Wachstumshemmnisse auftun.

*In dieser Kernregion hat der Man*gel an qualifizierten Arbeitskräften ein Maß erreicht, daß – wie kürzlich eine Handelskammer-Umfrage ergab – fast zwei Drittel aller Unternehmen den Umfang ihrer Geschäftstätigkeit durch den Fachkräftemangel mehr oder minder beeinträchtig sehen.

Nur in Stuttgart ist Gelände eine Mangelware

Die gute Ausgangslage des Bundeslandes Baden-Württemberg, dem in seiner Entwicklung die robuste Verfassung seiner Klein-, Mittel- und Großbetriebe und der breite Branchenfächer des Maschinen- und Anlagenbaus, des Fahrzeugbaus, der Elektrotechnik und Elektronik, der Feinmechanik und Optik, der Textilsparte und anderer Wirtschaftszweige mehr zustatten kam, ist freilich nicht so *vollkommen, als daß sich nicht auch* noch Raum für Verbesserungen und Risikoabsicherungen eröffnete.

So ist beispielsweise auch für die Landesmetropole Stuttgart die Standortpflege eine Daueraufgabe. Immer wieder gibt es Firmenpleiten oder die Abwanderung von Betrieben aufgrund konzernstrategischer Überlegungen. Da heißt es für die Stadtoberen gegenzuhalten, Erweiterungswünschen entgegenzukommen und für Industrieansiedlungen und Existenzneugründungen im Interesse einer stabilen Beschäftigungssituation (und erwünschter Steuereinnahmen) Platz und Raum zur Verfügung zu stellen.

Die Landeshauptstadt Stuttgart ist da im Gegensatz zu den Umlandgemeinden, die seinerzeit durch die Gebietsreform zu Flächengewinnen kamen, etwas übel dran: Seit Jahren heißt es hier Fehlanzeige, denn die baden-württembergische Landeshauptstadt verfügt über keinen Quadratmeter ausgewiesenes Industriegelände mehr. Auf mittlere Sicht dürfte das Daimler-Benz-Bauprojekt am Sternhäule in Stuttgart-Möhringen die letzte größere Industrieansiedlung gewesen sein. Was ansonsten stattfindet, ist die Arrondierung *dort, wo beispielsweise durch Pleiten* Raum frei wird.

Der Tatbestand, daß Baden-Württemberg zu den wirtschaftsstärksten Regionen zählt, wird nicht zuletzt dadurch veranschaulicht, daß im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Wirtschaftsförderung hier nur noch die Arbeitsmarktregion Buchen im Odenwald durch entsprechende Investitionszuschüsse als förderungswürdig gilt. Dieser relativ gesunde Status des Südwestens hielt die Stuttgarter Landesregierung nicht davon ab, einen ganzen Fächer von Förderungsprogrammen zu entfalten, um insbesondere dem mittelständischen Bereich Starthilfe und Rückenstärkung zu geben.

Zur Förderung der gewerblichen mittelständischen Wirtschaft hat die landeseigene Landeskreditbank Baden-Württemberg im Jahr 1984 Darlehen, Bürgschaften und Garantien in Höhe von 688 Millionen Mark bewilligt. Das begehrteste unter den Programmen ist dabei das Existenzgründungsprogramm, das 89 Prozent aller ausgereichten Darlehen ausmachte. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr knapp 4000 Existenzgründungsdarlehen gewährt, eine bislang noch nicht erreichte Zahl.

Bisher 1500 Kredite mit Milliarden-Volumen

Weitere Akzente innerhalb der Förderungspalette sind gesetzt durch ein Technologieprogramm, mit dem die bisherigen Förderungsmöglichkeiten für Innovationen erheblich verbessert worden sind. Des weiteren gibt es ein Umweltschutzprogramm, ein Bürgschaftsprogramm, ein Exportförderungsprogramm und vor allem ein sehr wirkungsvolles Liquiditätshilfeprogramm.

Im Rahmen dieses nunmehr seit einem Jahrzehnt existierenden Programms wurden bisher über 1500 Kredite mit einem Volumen von mehr als einer Milliarde Mark bereitgestellt. Die Landeskreditbank stellte bei einer Effektivitätsanalyse *fest, daß sich der* weit überwiegende Teil der im Rahmen des Liquiditätshilfe- und Bürgschaftsprogramms unterstützten Unternehmen positiv entwickelt habe oder sich, soweit erkennbar, in einer Erholungsphase befindet. Dies betreffe sowohl die Umsatzentwicklung, den Ertragstrend und die Produktivität.

Angemerkt wird freilich auch, daß das Fallieren eines Teils der geförderten Unternehmen im Zuge der Auslese leistungsfähiger Unternehmen mit Zukunftschancen unvermeidlich sei.

Fazit: Mit jener Hilfestellung gelang es einer erheblichen Anzahl von Unternehmen eine schwierige Phase zu überwinden, was zur Erhaltung einer Vielzahl von Arbeitsplätzen beitrug.

WERNER NEITZEL

HESSEN / Wirtschaftskraft regional nicht ausgewogen

Blick nach Wiesbaden

Jener Vers des volkstümlichen Maikäfer-Liedes, nach dem das Hessenland abgebrannt sein soll, läßt sich auf die Wirtschaft des Landes wahrlich nicht in jedem Fall anwenden. Mit seiner Arbeitslosigkeit (im März bei 7,7 Prozent im Vergleich zur Bundesquote von zehn Prozent – nur Baden-Württemberg steht mit 5,7 Prozent noch günstiger da) schneidet es deutlich besser ab als das Gros der Bundesländer.

Das erklärt sich zu einem guten Teil aus seiner Wirtschaftsstruktur mit ihrem starken Schwergewicht auf den *Dienstleistungen (Banken)* und dem Handel, aber auch aus dem überdurchschnittlichen Anteil prosperierender Branchen (Chemie, Elektronik, Spezialmaschinenbau) im Industriebreich.

Immerhin stellen Dienstleistungen (insgesamt 65 200 Unternehmen) und Handel (insgesamt 49 700 Unternehmen) zusammen etwa 70 Prozent aller hessischen Unternehmen, das verar*beitende Gewerbe – dazu zählt auch* die Industrie generell – kommt mit 28 100 Unternehmen auf 17 Prozent.

Eine wenigstens der Menge nach starke Säule der hessischen Wirtschaft sind auch die 15 800 Bauunternehmen (zehn Prozent), aus deren Kreis allerdings 1984 etwa jedes fünfzigste Unternehmen durch Pleite verlorenging.

Das in der *Gesamtansicht* erfreuli*che Bild im Bundesland Hessen hat* aber noch ein paar Schattenseiten mehr. So präsentiert sich die regionale Verteilung der Wirtschaftskraft alles andere als ausgewogen. Einer Zusammenballung im Süden, speziell im Rhein-Main-Gebiet, die ihresgleichen sucht, stehen im Norden Gebiete mit Arbeitslosenquoten um die 14 Prozent gegenüber, für die das Attribut „Notstands-" nur wenig zu hoch gegriffen ist.

Das gilt erstaunlicherweise nicht nur für die Kreise an der Zonengrenze wie Kassel, Eschwege und Hersfeld-Rothenburg, sondern auch für die weiter westlich gelegenen wie Waldeck-Frankenberg und den Schwalm-Eder-Kreis. Selbst das einst blühende Industrierevier um die Stadt Kassel herum ist in den letzten Jahren geradezu ausgeblutet. Letzter spektakulärer Fall war die Schließung des Enka-Werks im vergangenen Jahr.

Mit einiger Bitterkeit sehen Vertrerr der nordhessischen Wirtschaft die Ursachen für die Strukturschwäche ihrer Region unter anderem auch darin, daß die Wirtschaftspolitik des Landes im Süden (nämlich in Wiesbaden) für den Süden gemacht wird und man sich in der Regierung um das Wohlergehen der „Nordlichter" herzlich wenig kümmert.

Mag solche Einschätzung auch ein wenig aus lokaler Sicht überzeichnet sein, so sind doch inzwischen allgemeine Zweifel am bisherigen Schema der Wirtschaftsförderung laut geworden. Denn längst ist es nicht mehr nur das Zonenrandgebiet allein, das Hilfe braucht:

„Schließlich wird von den angrenzenden Regionen, insbesondere denen, die keinen Förderstatus besitzen, oder aus dem Fördergebiet ausgeschieden sind, das zum Zonenrandgebiet bestehende Fördergefälle beklagt, das die eigene Wirtschaft in Rezessionszeiten fast ohne Chancen läßt", heißt es dazu im ausführlichen Landeskonjunkturbericht vom Februar 1985.

Neue Konzepte für diese umfangreiche Problemstellung zu finden – das ist die Aufgabe der Wirtschaftsförderer in Hessen, dem Bundesland der scharfen Kontraste.

JOACHIM WEBER

RHEINLAND-PFALZ / Universitätsneugründungen lösten strukturelle Impulse aus

Kleinere Innovationen haben Vorrang

Weinberge, Winzer, Moselblick und ein guter Tropfen im Glas – das etwa sind die landläufigen Vorstellungen vom Bundesland Rheinland-Pfalz. Die Pfälzer selbst legen größten Wert darauf, daß dieses Image nicht völlig falsch ist; schließlich kommt es dem Fremdenverkehr zugute, und von ihm lebt ein guter Teil der Bevölkerung.

Zudem hat die überwiegend agrarische Vergangenheit (die in weiten Teilen auch Gegenwart ist) den Menschenschlag wesentlich mitgeprägt. Eine gewisse Gemütlichkeit, Ruhe, aber auch Beharrlichkeit sind Eigen*schaften, die besonders dort auffal*len, wo die Wirtschaft heute auf hohen Touren läuft.

Mit eben dieser Beharrlichkeit hat Rheinland-Pfalz es auch geschafft, sich im Laufe der Jahre von einem der industriellen Schlußlichter der Nation zu „einem modernen Wirtschaftsraum mit entwicklungsfähiger Mischstruktur aus Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft" (Wirtschaftsminister Heinrich Holkenbrink) zu entwickeln.

So wurde seit Anfang der sechziger Jahre der Verlust von einer Viertelmillion landwirtschaftlicher Arbeitsplätze aufgefangen, immerhin 73 (Bund: 58) Prozent des einstigen Bestands.

Auch den Rückgang in der Industrie – vor allem durch die Probleme der eisenschaffenden Betriebe im Siegerland, der Steine- und Erdenindustrie im Westerwald (denn auch diese rechtsrheinischen Bezirke gehören zu Rheinland-Pfalz) und der Schuhindustrie rund um Pirmasens – um 35 000 Arbeitsplätze konnte man ausgleichen, wenn auch nicht immer „vor Ort".

In die Bresche sprang der schillernde Bereich der Dienstleistungen. Von 1961 bis 1983 entstanden hier 340 000 Arbeitsplätze, zum Beispiel im Fremdenverkehr, bei den Banken oder auch durch die Universitätsneugründungen in Trier und Kaiserslautern (von denen zudem auch strukturelle und technische Impulse ausgehen). Per Saldo hatte das Land zwischen Sieg und Saar 36 000 Arbeitsplätze mehr vorzuweisen als 1970.

So hält es sich auch seit 1982 auf dem vierten Platz in der Arbeitslosenstatistik (mit 9,5 Prozent im März 1985) nach Baden-Württemberg, Hessen und Bayern. Wichtig scheint dabei die stabilisierende Funktion des Mittelstands zu sein, den die Pfälzer – wiederum typisch und aus der Landestradition – doch bewußter pflegen als etliche andere Bundesländer. Während nämlich die Gesamtzahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe von 1975 bis 1983 um fast sechs Prozent zurückging, legten die „Kleinen" (mit bis zu 19 Beschäftigten) noch um sieben Prozent zu.

Die starke Position mittlerer Unternehmen ist – auch im Bereich der „größeren" Industrie – in der Tat ein Merkmal der pfälzischen Wirtschaftsstruktur. Wen man nach herausragenden Firmennamen aus Rheinland-Pfalz fragt, der muß in der Regel eine ganze Weile nachdenken, ehe ihm beispielsweise die BASF („Ach ja, die liegt ja auch da!") oder die Glaswerke Schott einfallen. Eher denkt man da schon an die guten Kartoffeln oder Zwiebeln aus der Vorderpfalz.

Obwohl der Landesregierung nicht zuletzt durch die Ansiedlung von Zweigbetrieben (häufig nordrheinsstfälischer Stammhäuser) inzwischen auch die Durchdringung des (gar nicht so) „flachen Landes" gelungen ist, gibt es nach wie vor Landesteile mit Nachhol- wie mit Reparaturbedarf. Zu den letzteren zählen der einstmals blühende Raum Pirmasens, der den Niedergang weiter Teile der deutschen Schuhindustrie bis heute nicht verkraftet hat, oder auch das Kannenbäckerland im Westerwald, das mit seinem Steinzeug ebenfalls in die Bredouille geriet.

Nachzuholen ist noch einiges im Großraum von Eifel und Hunsrück, der bis in die sechziger Jahre hinein fast ausschließlich von der Landwirtschaft geprägt war. Doch gerade da wird die Politik der kleinen, aber wirksamen Schritte und des gesunden Menschenverstands angebracht sein, mit der die Pfälzer auch anderswo nicht erfolglos waren.

Sie soll sogar in der Technologieförderung gelten: „Statt spektakulärer Großprojekte mit in ferner Zukunft liegenden Realisierungschancen handelt es sich bei den in Rheinland-Pfalz geförderten Vorhaben meist um kleinere Produkt- und Verfahrensinnovationen, die dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit kleinerer und mittlerer Betriebe zu verbessern", meint Wirtschaftsminister Heinrich Holkenbrink.

JOACHIM WEBER

NORDRHEIN-WESTFALEN / Japanisches Interesse für den Großraum Düsseldorf

Regionen melden Aufschwungtendenz

Die *regionale* Wirtschaftsförderung muß ihren Platz behalten und weiterentwickelt werden. Das forderte Professor Reimut Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, als die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen ihre Ergebnisse des Jahres 1984 im März vor der Presse erläuterte.

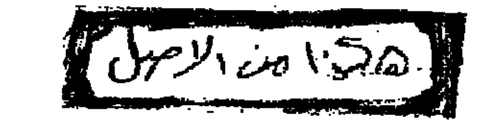
Innovationen und Modernisierung müßten Vorrang haben bei der regionalen Förderung, erklärte Jochimsen. Die bestehenden Vorteile des Landes müßten verstärkt ausgespielt werden; auch wenn man nicht gegen den Strukturwandel, besonders in den Regionen des Stahls der Kohle und der Textilindustrie „ansubventionieren" könne. Die Erfolge der Ansiedlungspolitik brauche man nicht zu verstecken. *Im letzten Jahrzehnt ha*be die regionale Wirtschaftsförderung an Rhein und Ruhr beachtliche Erfolge erzielt. So seien zwischen 1975 und 1984 Investitionen von über 25,5 Milliarden Mark gefördert und damit mehr als 175 000 Arbeitsplätze neu geschaffen oder gesichert worden. Dabei seien in diesem Volumen weitergehende Förder*maßnahmen – wei* eine gezielte Technologieförderung – nicht enthalten.

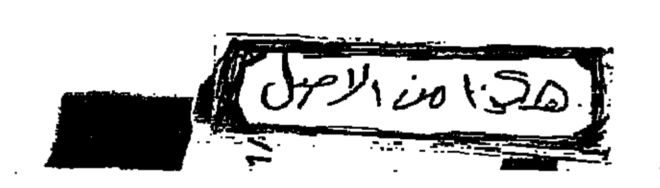
„Mehr Intensivberatungen" – so bezeichnete Peter Gonschior, Geschäftsführer der Düsseldorfer Gesellschaft für Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen, die Ergebnisse des vergangenen Jahres. Die Gesellschaft konnte dabei die Zahl der betreuten Projekte von 186 im Jahr 1983 *auf 194 steigern.* Beachtlich stark sei darunter die Zahl ausländischer Unternehmen gewesen. Besonders groß sei weiterhin das Interesse von japanischen Klienten für den Großraum Düsseldorf.

Auch die einzelnen Regionen des Landes melden wieder Aufschwungtendenzen. Für das mittlere und westliche Ruhrgebiet verzeichnet die Industrie- und Handelskammer Essen ein Anziehen der Gründungswelle. 1982 wurden 699 Firmen neu ins Handelsregister eingetragen, ein Jahr später waren es schon 716 und im Vorjahr 735; die meisten davon im Einzelhandel. Von einer wieder besseren Entwicklung berichtet auch die benachbarte Niederrhein-Kammer *Duisburg-Wesel-Kleve. Die* konjunkturelle Belebung in dieser Region habe sich 1984 sogar über dem Landes- und Bundesdurchschnitt gehalten, erklärte Hauptgeschäftsführer Theodor Pieper. Motor dieser Entwicklung sei der außerordentlich hohe Exportzuwachs gewesen. Auch das laufende Jahr sieht Pieper „konjunkturell positiv vorgeprägt".

Die wirtschaftliche Entwicklung im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Münster lag 1984 zwar unter dem Landesdurchschnitt, doch ist man insgesamt noch zufrieden, wenn die Belastung durch strukturelle Anpassungsprobleme berücksichtigt werden. Im Münsterland hofft man ebenfalls für 1985 mit weiter aufsteigender Tendenz, denn schon gegen Ende 1984 sei es verstärkt aufwärts gegangen. Endlich wieder Tritt gefaßt hat auch der Wirtschaftsraum Südwestfalen, wie Gerhard Schloemer, Präsident der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer Hagen erklärte. Indiz dafür sei nicht zuletzt die wieder rege Investitionstätigkeit in der Region.

ERWIN WALTHER





Pankraz, Karma und die Führungsschwäche

Die Bonner Zirkel und Stammtische haben ein neues Dauerthema: „Führungsschwäche". Wo man auch hinhört, ob auf Botschaftsempfängen oder in diversen „Freundeskreisen", überall reden sie über Führungsschwäche. Natürlich steht dabei der Führungsstil von Nummer eins im Mittelpunkt, die sichtbare Vorliebe des Bundeskanzlers Kohl, seine Paladine bei anstehenden Entscheidungen erst einmal reden zu lassen, womöglich gar solange zu warten, bis sich das babylonische Stimmengewirr zu einer gewissen Meinungstendenz ordnet, die in Umfragen ablesbar ist und der man dann nur noch seinen Segen zu geben braucht.

„Ist das nicht der in Demokratien notwendige Führungsstil", hörte Pankraz einen alten Ministerialdirigenten a. D. fragen, der in seinen jüngeren Jahren ganz andere Stile gewohnt war, „wollen wir denn zurück zu Adenauers arroganten einsamen Entschlüssen?" Und ein amerikanischer Korrespondent zitierte voller Emphase Carl Schurz, der folgendes geschrieben hat: „Wer ein Führer sein will, muß seine Mitarbeiter mit Achtung behandeln. Selbst der überlegenste Geist wird an Einfluß verlieren, wenn er Kabinette und Parlamente durch fortwährende Demonstrationen seiner Überlegenheit zu demütigen sucht."

Das waren freilich einsame Rufer in der Wüste. Die ganz überwiegende Mehrheit hielt den Stil des Zuwartens und Redenlassens für falsch und politisch verhängnisvoll. „Ein Kanzler ist doch kein Richter", sagte einer, „er gehört der Exekutive an, die durch Gesetze und Rechtsprüche ohnehin genügend eingeschränkt ist. Weshalb sich dann selber noch einmal Beschränkungen auferlegen? Schließlich wird man gewählt, um selber zu regieren, und nicht, um anderen in der Meinungsbildung andauernd den Vortritt zu lassen."

Ein zweiter wies auf das durch die elektronischen Medien gründlich veränderte Demokratieverständnis in der Öffentlichkeit hin. „Durch das Fernsehen", meinte er, „ist wieder etwas von der alten, unmittelbaren Bindung des Volkes an den Führer zurückgekommen. Die bildliche Dauerpräsenz des letzteren erzeugt ein mächtiges Identifizierungsverlangen beim Zuschauer, und dieses wird enttäuscht, wenn bei neu auftauchenden wichtigen Fragen die Nummer eins allzu lange schweigt und es hinnimmt, daß sich minore Größen vor der Kamera tummeln und mit verbalen Scheingefechten die Informationskanäle verstopfen. Das wird dann eben der Nummer eins als Führungsschwäche angekreidet."

Wie aber soll man es nun richtig machen? Die Sprechblasen der Paladine lassen sich ja nicht verbieten. Auch ist die Macht der (Partei-) Gremien groß, und sie wird von den Gremienmitgliedern rücksichtslos ausgenutzt, um die Nummer eins „einzubinden" und sie dadurch klein zu halten. Doch gerade hier liegt auch eine Chance für Nummer eins. Ihr Sympathie-Bonus beim Volk ist im allgemeinen haltbar genug, um sich ohne Gefahr partiell von den Gremien absetzen und sie in den Augen der Öffentlichkeit blamieren zu können. Sich Absetzen von den eigenen Gremien, direkt ans Volk appellieren – so etwas nennt man Bonapartismus. Übertriebener Bonapartismus ist natürlich ein Übel und einer Demokratie noch nie bekommen. In homöopathischen Dosen eingesetzt, gehört er jedoch zu jedem guten Führungsstil; wer aus demokratischer Ehrpusseligkeit darauf verzichtet, muß früher oder später mit erheblichen Ansehens- und Einflußverlust rechnen.

Adenauer war ein wahrer Meister des homöopathisch verabreichten Bonapartismus; viele seiner spektakulären Erfolge gehen darauf zurück. Und daß sich auch Helmut Schmidt immer mehr von seiner Partei absetzte, hat ihm beim Volk keineswegs geschadet, im Gegenteil, er wuchs dadurch in die Rolle des großen Einsamen hinein, von dessen Ruhm er heute noch zehrt. Helmut Kohl, der ein gewiegter Parteiarbeiter ist und es meisterhaft versteht, die verschiedenen Gremieninteressen auszubalancieren, könnte hier von Schmidt und Adenauer lernen. Die Partei ist noch nicht alles. Wer sie hinter sich hat, ist deshalb noch längst kein optimaler Führer.

Alle Distanz zu den Gremien allerdings und auch noch so geschicktes unmittelbares Appellieren ans Volk nützen wenig, wenn das „Karma" fehlt, jene schon in der Antike bekannte irrationale, nicht erlernbare und nicht kompensierbare Führungsqualität, die aus einem bloßen Verwalter wirklich erst einen Führer macht. Es ist wünschenswert, daß eine Nummer eins einen erstklassigen Berater- und Einsatzstab um sich versammelt, der den Experten der Gremien zumindest ebenbürtig ist. Es ist im Zeichen der elektronischen Medien ferner wünschenswert, daß für die Nummer eins eine raffinierte, den Paladinen überlegene Medienpräsenz gesichert wird. Doch weder Fachkompetenz noch Medienpräsenz können auf Dauer das Karma ersetzen.

Für die Alten war dieses Karma ein merkwürdig aus Objektivem und Subjektivem gemischtes Heilselixier, ein Konglomerat aus Glück und Verstand. Der Führer konnte also nicht vollständig über sein Karma gebieten, die Götter mußten ihm gewogen sein. Erwartet wurde indessen von ihm, daß er die sich bietenden Gelegenheiten frisch beim Schopfe faßte und nicht lange fackelte. Allzu ausgedehntes Zögern, allzu ängstliches Hören auf Berater und Truppenälteste wurde als Schwinden des Karma ausgelegt. Lieber einmal sich irren als zehnmal zögern, lautete die Faustregel des mit dem Karma gesegneten Führers. Solange das Karma anhielt, wagte es kein Herzog, sich vorzudrängen und dem Führer die Schau zu stehlen.

An alledem hat sich bis heute kaum etwas geändert, man muß nur richtig hinsehen. Wer die Gelegenheiten nicht beim Schopfe zu fassen versteht, der kann sich auch in der Demokratie auf Dauer nicht oben halten.

Pankraz

Schnebel-Variationen

Mit Eros und Thanatos in der Hölle

Dieter Schnebels „Thanatos-Eros", seine halbstündigen „symphonischen Variationen für großes Orchester und Vokalsolisten", hat trotz seines Titels nie recht leben und sterben können, obwohl es diesen Größten aller Dualismen musikphilosophisch wie kompositorisch ausdauernd umkreist.

Unter der sorgfältigen Leitung von Zoltan Pesko kam in Berlin, von den Philharmonikern uraufgeführt, nun die dritte Version zu Gehör, wobei es allerdings offen blieb, ob sie mehr Thanatos oder Eros zu danken hat.

Schnebels Idee war es, aus seinem musikalischen Material die Doppelgesichtigkeit alles Seienden zu entwickeln. Beide Pole des Daseins versuchte er aus einer gemeinsamen musikalischen Zelle abzuleiten, die in ihren Veränderungen, ihrer Zwielichtigkeit immer beides zugleich anklingen läßt und miteinander verschmilzt: Zeugung und Vergehen, Vernichtung und Neubeginn, Himmel und Hölle. Dem Publikum schien das letzte zu überwiegen. Es bemaulte Schnebels musikalisch weitausgreifende Daseinsschau sehr.

21 Aspekte versucht Schnebel seinem philosophischen Thema abzugewinnen. Er ist ein phantasievoller, lustvoll experimentierender Mann. Er versucht, die musikalische Gegenwart zu bereichern, um ihr die Zukunft gewinnen zu helfen. Dazu sind ihm alle Mittel recht – diesmal sogar ein quietschender Luftballon. Schnebel durchstromert die Klangwelten



Durchstromert die Klangwelten auf hemdsärmelige Art: Dieter Schnebel FOTO: FELICITAS TIMPE

auf oft beinahe hemdsärmelige Art. Seine Musik ist ein Klangereignis, *das fort und fort* wuchert: Eros-Thanatos, bitte einmal hin und zurück.

Dazwischen entwickeln sich Passagen von *ruhigem*, getragenem Ernst, die unversehens jedoch ins offenbar gewollt Süßliche kippen. Für das Schockierende wie für das Streichelnde fanden die Philharmoniker ihren luxuriösesten Klang.

Dem reich bestückten *Orchester* sind zwei menschliche Stimmen beigemischt, die ächzen, stöhnen, jaulen, kreischen. Wenn sie schweigen, sind sie freilich am besten. Sie geben dem musikalischen Gedankengebäude Schnebels einen eher naturalistischen Anstrich. Statt Eros hört man durch ihr Gejauchz mitunter freilich nur Achterbahn. KLAUS GEITEL

Vaclav Havel in Wien, E.-J. Dreyer in München – Zwei Uraufführungen mit Ost-West-Problematik

Wenn sich einer im Largo desolato verirrt

Man mag sich fragen, ob Vaclav Havel den musikologischen Titel „Largo desolato" für sein neues, nach der Entlassung aus fünfjähriger strenger Haft geschriebenes Stück um der vielen darin enthaltenen Ripetizioni willen gewählt oder aber diese wegen des *Titels* eingeführt *hat.* Sie erwiesen sich jedenfalls bei der Uraufführung im Akademiethater in Wien als ebenso *notwendig* wie die betonten Dilationen, weil Havel mit dem Text sehr sparsam umgegangen ist und die Dialoge häufig in Halbsätzen oder gar nur einzelnen Worten abrollen läßt. Das „Largo" im Titel wäre also fast als eine Regieanweisung aufzufassen, wogegen sich der Inhalt des Stückes wiederum allein auf eine Person konzentriert, deren *Kümmernisse durch Nebenfiguren* eben nur gerade illustriert werden.

Ein Professor, der offenbar *mit politischen Pamphleten hervorgetreten* ist, sieht sich in eine Identitätskrise getrieben, weil alle Welt von ihm Großes, Neues erwartet und er einfach nicht mehr in der Lage ist, es zu leisten, auch den Elan dazu verloren hat. Eine unheimliche und unfaßbare Macht steht drohend über ihm, er erwartet täglich, von ihr zur Verantwortung gezogen zu werden, zuckt bei jedem Klingelzeichen zusammen, verläßt das Haus nicht mehr, ißt kaum und vernachlässigt auch seine Frauen, die Lebensgefährtin und die Freundin, die, dies nebenbei, miteinander gut auskommen. Auch sie sehen seinen *inneren Zusammenbruch* und suchen vergeblich dagegen anzukämpfen.

Gerade an diesem Punkt seiner Desolation setzt die geheime Macht ein, als kennte sie seinen wunden Punkt. Es wird ihm freigestellt, die Autorschaft an seinen Schriften zu leugnen und dafür Befreiung von der drohenden Verhaftung mit allen ihren Folgen zu erlangen. Er soll, so läßt es sich deuten, den Rest seiner Identität aufgeben.

Der Professor aber, keinesfalls ein Held, bringt es nicht über sich, sich völlig aufzugeben, weist das schändliche Angebot ab und liefert sich aus tiefster Verzweiflung am Sinn des Daseins selber aus. Und er erfährt nun, daß gar kein Verfahren gegen ihn anhängig sei, mindestens in nächster Zeit nicht. Ist er gerettet? Innerlich gestärkt? Das Schlußbild *gleicht* der Anfangsszene: Er sitzt gequält auf dem Sofa seiner Behausung. Es sieht nicht so aus, als ob er jemals seine wahre Identität wiederfinden würde. Largo desolato.

Dazu Havel in einem Brief: „Alle meine Stücke sind eigentlich nur verschiedene Variationen über das Thema der *Zerstörung* der Einheit des Menschen durch sich selbst und des Verlustes all dessen, was der menschlichen *Existenz eine sinnvolle* Ordnung gibt." Nun fragt man sich, ob es dem Dramatiker gelungen ist, den Zuschauer ernstlich in dieses Problem hineinzuziehen. Und die Antwort muß leider lauten: Nein! Das Thema ist gut, aber mit der Ausführung hapert es.

Es ist schmerzlich, daß feststellen zu müssen, weil man dem Autor, der für seine Weltanschauung viel gelitten hat, gern bescheinigen würde, *daß er wiederum ein großes, über den* näheren Kreis weit hinausreichendes Werk geschaffen hat. Jedoch scheint das Gebotene hier zu sehr auf den einen, im Mittelpunkt stehenden und nicht eben symptomatischen Menschen beschränkt, der die ihn bewegenden Fragen kaum über das Private hinauszuheben vermag, so vorzüglich auch Joachim Bißmeier die Figur darzustellen wußte.

Die verbalen Wiederholungen wirken gekünstelt, die Bedrohung des *Menschlichen* entbehrt jeder Unheimlichkeit. Die vernebelte Beziehung zur Wirklichkeit bringt es nicht bis *zur paradigmatischen Abstraktion.* Und das dürftige Bühnenbild Herbert Kappelmüllers trug auch nicht gerade dazu bei.

Regie führte Jürgen Bosse, sehr bemüht, aus dem kleinen Werk ein abendfüllendes Stück zu machen, gut in den Nuancen, ein wenig ermüdend durch die allzu penible Beachtung der Anweisungen des Autors. Das elitäre Premierenpublikum feierte den Dichter in Effigis mit reichem Applaus. ERIK G. WICKENBURG



Zerbrochene Identität: Helma Gautier und J. Bißmeier in der Münchener Uraufführung FOTO: ISABEL HERUNTER

Bühnenselbstmord auf der goldenen Brücke

Wer ihm so zuhört, müßte meinen, da sei im bayerischen Murnau in aller Stille ein Dramatiker herangewachsen, der unserem Theater zu einer neuen Kenntlichkeit verhilft. Der promovierte Musikwissenschaftler Ernst-Jürgen Dreyer aus Sachsen, *seit 1959 im Westen, für seinen Roman* „Spaltung" mit dem Hermann-Hesse-Preis ausgezeichnet und jetzt Sprachlehrer an einem Murnauer Privatinstitut für deutschstämmige Spätaussiedler aus Polen und Rußland – er haßt nämlich das manierierte Theater. Kann mit Heiner Müller nichts anfangen. Und schrieb fast wie aus Trotz einen ausgesprochen familiären Fünfakter rund um ein hochpolitisches Thema: Den Berliner Mauerbau 1961.

Aber die jetzt von Harald Clemen in den Münchener Kammerspielen inszenierte Uraufführung der „Goldenen Brücke" (die man hüben denen drüben baut) kann sich zwei Akte lang gerade noch als „anekdotisches Familiengekabbel unter Heimneurotikern" halten. Dann bricht Buh über das zur Farce gemachte Spiel herein.

Es beginnt in Düsseldorf, in einem Biedermeier-Zimmer mit vier Gipsbüsten und einem Plattenschrank, vor dem im Abendanzug der Ministerialbeamte Jäckel (Rudolf Wessely) in großer Versenkungspose auf Beethovens Bagatellen Op. 126 horcht. Der quengelnden Mutter (Heide von Strombeck) ist es zu laut, dann dem Sohn Pulcher zu leis', die Tochter Candida (Irene Clarin) äugt und stapft beschwichtigend, der schriftstellernde Gast Adrian von drüben (Ignaz Kirchner) stellt's wieder laut, brennt überdies mit seiner Zigarette ein Loch ins polierte Holz ...

So eskaliert der Familienkrach bis *zu Vaters „Ich passe nicht in diesen* Kreis", bis zum Schrei des Sohns „Laßt Euch doch endlich scheiden". *Adrian schnulzt zurück* „Bei uns drüben wohnen die Gesänge". Und die Mutter, eine Nervensäge gegen vier Psycho-Nahkämpfer, geht ab mit „hahaha, zum Totlachen" (womit es ihr todernst ist).

Erinnert das noch an einen Mini-Strindberg mit leichtem Ost-West-Geschmack, spielen sie im 2. Akt mehr Marlitt, herzbitter. Adrians Mutter *Isabell (Doris Schade) ist* mit ihrer singenden Tochter Birgit im sächsischen Steinitz geblieben, kenntlich an dem *abgefeimten* Stich ins Beschränkte (Bühne und Kostüme: Jürgen Rose) und am zarten Kunst-Sächsisch der Schade. Nur manchmal ringen sich durch die kleinkarierte Psyche die Gemeinplätze wie ein entfernter politischer Widerhall: „Ist wohl wirklich so, daß Besitz den Charakter verdirbt". Oder die Tochter singt: „Geh ich zum Ponte Vecchio ..." und weiß gar nicht, daß es den wirklich gibt. Sehr heraushängend: Wie überschwenglich hier Jäckel aus dem *goldenen Westen empfangen wird* und wie der im Innersten verstört reagiert auf karges Essen und kalten Rotwein.

Im Treppenhaus (West) des 3. Aktes geht es anschließend fast wie in einem vergrübelten Feydeau zu mit mechanisiertem Durcheinander von Generationenkonflikt, Kocherlaubnis, Autorenträgheit, Türbelauerung und Hausbesitzerterror, endend mit brennendem Suppentopf und einer Feuerwehr wie die Sieben Schwaben.

Der 4. Akt lebt vom sozialistischen Bierflaschenrealismus in einer Stadttheaterkantine (Ost). Man klatscht im selben legären Ton über Mauer und Theater (20 machen zu), bis der Pulcher aus Düsseldorf hereinplatzt und wider Erwarten sagt: „Mir gefällt's hier."

Das ganze Desaster der kleinweis verzettelten Fleißarbeit macht im letzten Akt Ignaz Kirchner erst richtig klar, wenn er als Autor angeödet durchs traute Heim ruft: „Ich muß von diesem Scheißbiographismus runter!" Und dann unterm Beifall des Publikums aus einem Absagebrief zitiert: „Ohne jegliche stilistische und gedankliche Konsistenz."

Als Schluß eines Dreistunden-*Stücks,* das so *viel anekdotisches* Rohmaterial aufeinandertürmt statt aufeinander abstimmt, wirkt das *nicht etwa sympathisch,* wie *die* Selbstkritik einer Kunstfigur, sondern wie fahrlässiger Selbstmord eines Autors auf offener Bühne. ARMIN EICHHOLZ



Zart moduliertes Sächsisch: Doris Schade in der Münchener Uraufführung FOTO: RABANUS

Aus der Verdrängung geholt – Die Staatliche Kunsthalle Berlin ehrt den Maler Hans-Jürgen Diehl

Ein Schiff liegt über den Dächern von New York

Der malerische Zeitgeist kann über Nacht aus einer anderen Windecke wehen – kaum eine Künstler-Formation hat diese meteorologische Einsicht so schmerzhaft zu spüren bekommen wie die Berliner Realisten. Eben noch himmelhoch gepriesen und weltweit als Aushängeschild herumgereicht, wurden sie alsbald zum Gegenstand lebhafter Verdrängung. *Nur zwei finden hier noch* gesteigerte Aufmerksamkeit: Klaus Vogelgesang und Wolfgang Petrick. Einem Dritten zelebriert jetzt die Staatliche Kunsthalle Berlin eine immense Ausstellung. Dabei ist er erst 45. Man kommt heute eben früher ins Retrospektiven-Alter.

Hans-Jürgen Diehl gehörte zur Keimzelle der Berliner Realisten, der legendären „Großgörschen"-Truppe. Er hatte schon immer ein Feeling für die Metropolen, in denen die jeweilige Moderne zu Hause war. Erst suchte er sich Paris als Mittelpunkt. Später wurde New York zum zweiten Wohnsitz. In Berlin war Hanns Trier sein Lehrer – stilistisch immerhin gut genug für spätere Rückzüge, wie sie heute wieder gefragt sind. Aber bis dahin war noch Zeit.

Es gab da zunächst jenen spezifischen Montage-Realismus, der, wie übrigens auch bei Vogelgesang und Petrick, gehörig in einer sprechenden „Unwirklichkeit" wurzelte. *Diehl* malte Menschen als Objekte im alltäglichen Leben, ausgeliefert, aber *auch sich selbst lustvoll* in vielerlei Posen preisgebend. Man sah in diesen Als-ob-Allegorien Menschen, die nicht mehr Herr ihrer selbst und ihres Denkens sind. Sie unterlagen Manipulationen und Quälereien vielfältiger Art. Schmerzhafte Maskerade und Folterung. Und Diehl war geschickt genug, seine persönliche Quintessenz aus Pop Art nicht in plakative eindeutige Losungen umzumünzen. Seine Bilder mit ihrem Symbol-Summen steckten voller Geheimnis und Rätsel. Der Betrachter mußte sie sich selbst ausdeuten. Diese eigentümliche Magie hat sich auch noch in einem New Yorker Bild erhalten. Da ist ein Schiff spielzeughaft in einem gekachelten Bassin vor städtischer *Kulisse, über den Dächern,* ausgesetzt. In dieser metaphysischen, laborhaften Sphäre ist kein Platz für Menschen geblieben.

Die Berliner Ausstellung ortet den heutigen Stil mit der Unerbittlichkeit ihrer Fülle eher in einer Krise denn auf der Höhe dieser Zeit, auf der er malerisch stehen will. Im Katalog findet sich die erhellende Formulierung von der „Anpassungsfähigkeit an die sich wandelnden Aufgaben". Die gängige Bezeichnung für solche akuten Trendwendungen lautet: Der Künstler ist „malerischer" geworden. Plötzlich sind Figur und Wirklichkeit nur noch Erinnerungsstücke – beherrscht wird die Leinwand von quasi-tachistischer Gestikulation. In seinen Gouachen mag Diehl dieses synthetische Verfahren, Stilmittel und Malweisen miteinander zu verquikkkcken, mitunter schon vorzüglich gelingen, aber in den großen Bildern bleiben unübersehbare Leerzonen. *Es ist gewiß* Unsinn, von Künstlern zu verlangen, sie müßten auf alle Zeit „sich selbst treu bleiben". Hier aber, im Stadium einer Neufindung, hat manches den Geschmack eines malerischen *Opportunismus.* Dies erst recht, zumal die rasche informelle Geste allzu einfach dienlich sein könnte, gewisse Unzulänglichkeiten der früheren figürlichen Widergabe *zu verschleiern. Aufgabe der Ausstel*lungsmacher wäre es wohl auch, in solchen Übergangsstadien eines (man kann immer noch sagen: jungen) Künstlers auch die Kunst der Weglassung zu praktizieren, statt sich in Totalität zu aalen (bis 21.4., Katalog 30 Mark). PETER HANS GÖPFERT

Englischlernen nur mit Marx und Lenin? – London erregt sich über den Oxforder Universitätsverlag

Auf ins höchste Stadium des Opportunismus!

Der Oxforder Universitätsverlag hat auf dem Gebiet lexikalischer Bestandsaufnahme der englischen Sprache eine Autorität wie hierzulande das Grimmsche Wörterbuch oder der Dudenverlag. Auch die sprachpflegerischen Publikationen der Oxford University Press (OUP) sind Sprachfibel und Sprachbibel zugleich, Instrumente geistiger Selbstvergewisserung. Das bedeutet ein hohes Maß an Verantwortung, denn der pflegliche Umgang mit der Sprache ist letztlich für eine Nation eine Gewissensfrage.

Eine geradezu eklatante Gewissenlosigkeit im Umgang mit englischem Sprachgut entdeckten jetzt aber westliche Korrespondenten in Moskau ausgerechnet in dem hochmögenden OUP-Standardwerk für ausländische Englischlernende, dem „Oxford Student's Dictionary of Current English". Es ist eine von Studenten besonders geschätzte Kombination von Wörterbuch und Lexikon. Aber wie sieht seine Moskauer Fassung aus! Da wird doch z. B. das Stichwort Sozialismus streng nach DIAMAT definiert als „ein soziales und ökonomisches System, das den Kapitalismus ablöst". Kapitalismus sei „ein wirtschaftliches und soziales System, das sich auf den Besitz der Produktionsmittel in Privathand gründet, das dem privaten Profit dient und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen". Imperialismus wird à la Lenin als „höchste und letzte Stufe des Kapitalismus" bestimmt. Und Kommunismus sei „eine Theorie über die historische Notwendigkeit der Ablösung des Kapitalismus durch Revolution".

Die englisch lernenden jungen Sowjetmenschen wissen natürlich nicht, daß man beispielsweise über Imperialismus in der englischen Originalausgabe erfährt: „1. Die Herrschaft eines Kaisers, besonders eines despotischen. 2. Prinzip oder Geist eines Imperiums. Eintreten für Großmachtinteressen". Doch englisches, sprich: westliches, Sprachverständnis wurde auch bei den Stichwörtern Bolschewismus, Faschismus, Internationalismus über den marxistisch-leninistischen Kamm geschoren. Ein rot eingefärbtes Oxford-Nachschlagewerk der englischen Sprache also. Man braucht kein Sprachpurist zu sein, um sich da zu ärgern.

Inzwischen wurde an den Tag gebracht, daß die Hohepriester im Oxforder Sprachtempel sich von findigen Funktionären gleichschalten ließen. In der in Moskau vertriebenen Ausgabe steht: „Sonderausgabe für die UdSSR". Ferner der Hinweis, die OUP „gestattet den Verkauf dieses Buches ausschließlich in der UdSSR". Die erste Auflage von 70 000 Exemplaren dieser „gereinigten" Ausgabe wird gegenwärtig in der Sowjetunion vertrieben.

Rot färbten sich die Köpfe der Verantwortlichen in der Oxforder Zentrale, als Reporter genauere Auskunft haben wollten. Ja, man habe den Sowjets erlaubt, die Definition politischer Begriffe zu ändern. OUP-Direktor George Richardson gelobte zerknirscht Besserung: „Wir hätten das nicht tun sollen. Es wird nicht wieder vorkommen." Es sei bestimmt das erste *Mal,* daß ein *OUP*-Wörterbuch solcherart politisiert worden sei. Noch dazu auf ausdrücklichen Wunsch der Abnehmer.

Nun, hoffentlich haben die Verantwortlichen ihre Lektion gelernt. Sie haben mit der Sprache um des schnöden Mammons willen wirklich schlimmstes Schindluder getrieben. Die Kritik an ihnen war keineswegs nur leere Beckmesserei. Denn das „Oxford Student's Dictionary of Current English" ist schließlich das in Raubdrucken verbreitetste Buch der Erde. SIEGFRIED HELM

JOURNAL

Herbert von Karajan mit neuen Plänen

Gtl. Berlin

Herbert von Karajan wird in der kommenden Saison das Berliner Philharmonische Orchester zwölfmal daheim und zusätzlich auf einer Tournee durch die Bundesrepublik und die Schweiz dirigieren. Konzerte in Hamburg, Hannover, Frankfurt, Stuttgart, Zürich und Genf sind vorgesehen. Darüber hinaus nimmt das Orchester unter seiner Leitung wie üblich an den Salzburger Oster- und Sommerfestspielen wie am Festival von Luzern teil.

Karajan wird zu den Berliner Festwochen Beethovens Missa Solemnis dirigieren, später außerdem das Gedenkkonzert zum 100. Geburtstag Furtwänglers und das alljährliche Berliner Silvesterkonzert. Weitere Höhepunkte der Saison dürften die Aufführung der h-moll-Messe Bachs unter Giulini und des „War Requiem" von Benjamin Britten werden, das Seiji Ozawa dirigiert. Ozawa führt auch drei Bilder aus Messiaens „Der heilige Franz von Assisi" konzertant auf. 22 ausländischen Gastdirigenten stehen in den 99 philharmonischen Konzerten nur fünf deutsche gegenüber. Ein Nachfolger für den kommissarischen Intendanten Wolfgang Stresemann wurde unter 40 Bewerbern einstweilen nicht gefunden.

Internisten-Kongreß in Wiesbaden

dpa, Wiesbaden

Die Wirkung von Arzneimitteln speziell beim älteren Patienten steht im Mittelpunkt der 91. Tagung der Deutschen Gesellschaft für innere Medizin, die derzeit in Wiesbaden stattfindet und bis 18. April dauert. Weitere Schwerpunktthemen sind Möglichkeiten und Grenzen neuerer diagnostischer Verfahren, die Herzinsuffizienz sowie die intensivmedizinische Behandlung des Herzinfarkts in den ersten Tagen. Außerdem werden die Auswirkungen therapeutischer Maßnahmen auf den Brustkrebs, Probleme der Herzschrittmacher-Therapie und der Umgang mit Suizidpatienten im Krankenhaus erörtert.

Mehr private Initiative bei Denkmalschutz

dpa, Frankfurt

Die Förderung des Denkmal*schutzes soll mehr* als *bisher zum* Anliegen aller Bürger gemacht werden. Dies hat sich die Deutsche Stiftung Denkmalschutz zum Ziel gesetzt, die noch in dieser Woche in Erftstadt-Liblar (Erftkreis/Nordrhein-Westfalen) gegründet wird. Sie strebt ein Mindeststiftungskapital von fünf Millionen Mark an. Die Stiftung – so heißt es in einer Verlautbarung – wolle nicht in Konkurrenz zu schon bestehenden Aktivitäten treten, vielmehr diese fördern und *ihre Bemühungen* ergänzen. Die von der Stiftung zur Verfügung gestellten Hilfen können in Form von Zuschüssen oder Darlehen, von Organisations-, Verwaltungs- und Beratungsleistungen gewährt werden. Auch die zeitweilige oder endgültige Übernahme besonders gefährdeter Objekte in die Trägerschaft der Stiftung ist nicht ausgeschlossen.

Jazzbands spielen zum Tanz in den Mai

DW. Essen

Einen swingenden Tanz in den Mai, zu dem 14 Jazzbands aufspielen, veranstaltet die „WELT am SONNTAG" mit zwei anderen Organisatoren am 30. April von 20.00 Uhr an im Rhein-Ruhr-Zentrum an der B1 zwischen Essen und Mühlheim. Die Liste der teilnehmenden Musiker wird angeführt von den drei „großen Bs" aus Großbritannien: Chris Barber, Mr. Acker Bilk und Kenny Ball. Mit dabei sein werden auch das Pasadena Roof Orchestra, Axel Zwingenberger, die Woodhouse Swing & Blues und Bill Ramsey. Karten gibt es beim „WELT am SONNTAG"-Jazz-Büro, Im Teelbruch 100, 4300 Essen-Kettwig.

Augustin Brunner tot

dpa, München

Der dem Jesuitenorden angehörende Philosoph Augustin Brunner ist im Alter von 91 Jahren in München gestorben. Brunner fand durch seine Bücher auch weit über seinen Orden hinaus internationale Beachtung. Er wurde am 3. Januar 1894 in Orschwihr im Elsaß geboren und trat 1912 in die Ordensgemeinschaft der Jesuiten ein. Von 1929 bis 1944 lehrte er an verschiedenen Hochschulen des Ordens als Professor der Philosophie, vor allem von 1929 bis 1936 im niederländischen Valkenburg. Seit 1946 war er Mitarbeiter der Jesuitenzeitschrift „Stimmen der Zeit". Seine Hauptwerke, in denen er eine personalistische Philosophie vertritt, sind „Grundlagen der Philosophie" (1933), „Der Stufenbau der Welt" (1950), „Glaube und Erkenntnis" (1951), „Die Religion" (1956) und „Geschichtlichkeit" (1961).

„Die Navigationshilfen versagen die ganze Zeit"

Piloten stufen 15 Flughäfen Spaniens als „gefährlich" ein

SAD, **Madrid**

Der Pilotenverband er spanischen Fluggesellschaft erarbeitet gegenwärtig einen Report über die Flugsicherheit im spanischen Luftraum, in dem 15 Flughäfen des Landes als „gefährlich" oder „sehr gefährlich" eingestuft werden. Die Piloten beanstandeten unter anderem Gefahrenherde wie fehlende oder unzulässige Navigationshilfen oder mangelhaft markierte oder unzureichend angelegte Landebahnen.

Als „sehr gefährlich" gelten bei den Piloten: Malaga, Madrid, Bilbao, San Sebastian, Los Rodeos, Las Palmas und Hierro auf den Kanaren. Damit hat sich die Kontroverse über die Sicherheit im spanischen Luftraum weiter verschärft. Bei dem letzten schweren Flugzeugunglück in Spanien kamen am 19. Februar bei Bilbao 145 Personen ums Leben, als eine Boeing 727 der Iberia fünf Minuten vor der Landung an einem Berghang zerschellte. Seit 1977 fanden bei Flugzeugunglücken in Spanien über tausend Menschen den Tod.

Unter Berufung auf die Pilotenvereinigung veröffentlichte das Nachrichtenmagazin „Tiempo" folgende „schwarze Liste" spanischer Flughäfen.

- Malaga: *„Sollte in seinem derzeitigen Zustand nicht geöffnet sein"*, weil Navigationshilfen außer Betrieb sind. Landebahn 14 besitzt kein System zur Instrumentenlandung (ILS).
- Madrid: ILS für die Landebahn 33 auf dem Flughafen Barajas liefert ein fehlerhaftes Landungsmuster. Landebahn 19 bei schlechtem Wetter gefährlich.
- Bilbao: Schwieriges Terrain und illegale Strukturen in der Landebahn machen den Flughafen Sondica gefährlich.
- San Sebastian: Nicht mit Navigationshilfen ausgestattet. Landebahn 04 kann nur bei „außerordentlichen" Wetterbedingungen benutzt werden. Landebahn 22 ist zu nahe am Berg.
- Los Rodeos (Teneriffa): oft sehr gefährliche Turbulenzen. Häufig unter einer Wolkendecke. Auf der Landebahn bilden sich große Pfützen. Landebahn 12 hat kein ILS.
- Hierro: zu kurze Landebahn.
- Alicante: ILS für Landebahn 11 wegen Reparaturarbeiten seit einem Jahr außer Betrieb. Landemanöver, wie in Flugkarten angegeben, nicht möglich.
- Barcelona: Die Rollbahnen des Flughafens Prat bilden ein X, eine gefahrenreiche Anlage. Schnittpunkt der Bahnen 07 und 02 mangelhaft markiert. Landebahn 2 ohne ILS. Ost-West-Orientierung, am Spätnachmittag Sichtbegrenzung.
- Pamplona: Flughafen in schwierigem Terrain; sollte verlegt werden.
- Menorca: Landung bei schlechten Wetterverhältnissen ohne ILS risikoreich.

Obwohl die Sicherheitsmaßnahmen auf vielen spanischen Flughäfen in den vergangenen Jahren ganz erheblich verbessert wurden, sind die Piloten offenbar nicht zufrieden. Manuel Blanco vom spanischen Pilotenverband erklärte, auf anderen europäischen Flughäfen würden die Navigationshilfen allgemein in Schuß gehalten, doch „unsere versagen die *ganze* Zeit". Blanco weiter: „Das Hauptproblem ist *mangelhafte* Wartung der Einrichtungen."

Die kritische Bewertung der spanischen Flughäfen muß im Blick auf die anstehende Klage gesehenen werden, die der Pilotenverband gegen den Direktor der spanischen Zivilluftfahrtbehörde im Zusammenhang mit dem Unglück von Bilbao angestrengt hat. Der spanische Verkehrsminister Enrique Baron hat den Piloten mit ihrer Bewertung der Risiken auf den Flughäfen bereits „Verantwortungslosigkeit" vorgeworfen.

Auf dem Weg in eine neue Eßkultur – Hamburger-Restaurants verzeichnen hohe Zuwachsraten




Kein lästiges Besinnen auf Tischmanieren: Kinder fühlen sich in der Atmosphäre von Schnellrestaurants besonders wohl
FOTOS: WOLFGANG VON BRAUCHITSCH

Der lustbetonte Moment im Schnellimbiß

SABINE SCHUCHART, **Bonn**

Amerikanische Eßgewohnheiten werden sich, so hat kürzlich eine Studie des Marktforschungsunternehmens Frost & Sullivan prognostiziert, bis Ende der 80er Jahre hierzulande in ähnlichem Ausmaß einbürgern wie die Bluejeans. Bereits heute ist die Bundesrepublik die größte „Hamburger"-Hochburg außerhalb der Vereinigten Staaten. Denn die deutschen frönen neben den industriell vorgefertigten Schnellmahlzeiten am heimischen Herd zunehmend einer Neigung zu Schnellimbissen und Snacks im Stil des amerikanischen „fast food". Herkömmliche Restaurants und Imbißstuben sowie der Lebensmittelhandel sind die Leidtragenden.

Wer um die Mittagszeit durch die Bonner Innenstadt schlendert, bekommt dies anschaulich bewiesen: Scharen von Kunden drängen sich in den dicht an dicht aufeinanderfolgenden Schnellrestaurants und stillen ihren Hunger mit der schnellen Verpflegung aus der Papptüte – im Sitzen, Stehen oder, wenn es sein muß, auch im Gehen. Hamburger oder Fritten verschwinden dabei gleichermaßen geschwind in den Mägen von Omas, Schulkindern und eiligen Berufstätigen, während in den teuren herkömmlichen Restaurants vornehme Leere herrscht.

Die „Konfektions-Gastronomie" verdankt ihren Erfolg *nicht zuletzt* dem Wandel der Lebensumstände: Die Zahl der Einpersonenhaushalte nimmt in der Bundesrepublik ständig zu, ebenso wie die der berufstätigen Mütter. Noch kaum eine Familie, der es angesichts der unterschiedlichen Schul- und Arbeitszeiten der einzelnen Mitglieder gelingt, sich werktags zu einer gemeinsamen Mahlzeit am Tisch zu versammeln. Andererseits verfügen die Jugendlichen über ein höheres Taschengeld als früher. Dazu kommt noch, wie Marktforscher herausgefunden haben, daß der Verbraucher mit steigendem Einkommen viel mehr Wert auf Freizeit und Erholung legt: Statt der langwierigen Einkäufe und Nahrungszubereitung wird der Magen möglichst schnell und preiswert außer Hause zur Ruhe gebracht.

Doch neben dem Verpflegungsaspekt spielen vor allem bei Kindern und Jugendlichen, die den größten Teil der Gäste in den Schnell-Restaurants stellen, psychologische Momente eine wesentliche Rolle. Aus einer an der Universität Göttingen erstellten „Motivanalyse jugendlicher Fast-food-Besucher" geht hervor, daß knapp die Hälfte aller Jugendlichen in der Bundesrepublik Fast-food-Restaurants relativ regelmäßig besucht. Die unkomplizierte Selbstbedienung an der Theke, das Fehlen *festgelegter* Eßzeiten, kein Zwang zu Tischgesprächen und vor allem kein lästiges Besinnen auf Tischmanieren und die Haltung des Bestecks machen danach die Attraktivität der Schnell-Speiselokale aus. Bei den Jugendlichen resultiert daraus ein Gefühl größerer Sicherheit. Dazu kommen die „lustbetonten Momente" des Essens mit den Fingern und die Schnelligkeit der Bedürfnisbefriedigung: In weniger als zehn Minuten kann auch ein ungeübter Hamburger-Kauer das Geschäft der Nahrungsbeschaffung und -aufnahme hinter sich bringen.

Hinter all dem steht von Seiten des Managements der großen Fast-food-Ketten ein ausgeklügeltes Konzept. Denn die Massenabfütterung mit den vorgefertigten Produkten, die in immer neuen Abwandlungen des „klassischen" Hamburgers dem Verbraucher schmackhaft gemacht werden sollen, setzt perfekte Planung voraus. Genauso zügig und mechanisch, wie der Gast bedient wird, soll er auch die papierverpackten Speisen auf seinem Plastiktablett vertilgen – den großen Mülleimer für Papier und andere Reste meist günstig in Blickrichtung. Denn schon wenige Minuten später ist der nächste Kunde König.

Der Erfolg gibt den nach amerikanischen Vorbildern arbeitenden Unternehmen Recht. So ist der *Marktanteil* von Fast-food-Restaurants in den letzten Jahren in der Bundesrepublik kräftig gestiegen. Seit 1971 das erste McDonald's-Restaurant in der Bundesrepublik eröffnet wurde, ist ihre Zahl auf etwa 500 geklettert. Vom Gesamtumsatz der etwa 140 000 Gastronomiebetriebe mit einem Umsatz von mehr als 30 Milliarden Mark (ohne Übernachtungen und Hotelrestaurants) entfielen 1984 auf die 30 größten Fast-food-Restaurants knapp 4,2 Milliarden Mark und damit fast 13 Prozent des Gesamtmarktes. Bis 1990 prognostizieren Marktforscher der Fast-food-Verpflegung auch bei nur relativ schwachem Wirtschaftswachstum eine Zuwachsrate von 135 Prozent.

Doch die Warnungen vor einem gänzlichen Verfall der Eßkultur mögen trügen, denn auch die Spitzengastronomie verzeichnet in den letzten Jahren kräftige Zuwachsraten. Gerade junge Erwachsene legen nach Auskunft von Restaurantinhabern wieder Wert darauf, in vornehmen und exklusiven Lokalen zu speisen. Egon Heider vom Deutschen Hotel- und Gaststättenverband: „Wem tagsüber das Essen nicht preiswert und schnell genug sein kann, dem geht es beim abendlichen Restaurantbesuch nicht schön und gepflegt genug."

„Discovery" hat Probleme mit einem Satelliten

AP, **Kap Canaveral**

Die aus einem Politiker und sechs Astronauten bestehende Besatzung der amerikanischen Raumfähre „Discovery", die seit Freitag die Erde in rund 400 Kilometer Höhe umfliegt, hatte am Wochenende Probleme: Der auf eine vorläufige Umlaufbahn gesetzte Fernmeldesatellit „Syncom IV-3" erwies sich zunächst als „Blindgänger". Offenbar durch eine Panne im Energieversorgungssystem konnte das Triebwerk nicht gezündet werden, das den dreieinhalb Tonnen schweren Satelliten in eine Umlaufbahn in 36 000 Kilometer Höhe tragen soll. Die Flugleitung prüfte gestern verschiedene Möglichkeiten, darunter ein Außenbordmanöver, um den Satelliten zu reparieren. Bei einem frühestens morgen möglichen Versuch, das Satellitensystem von Hand in Betrieb zu setzen, müßte nach Angaben der Flugleitung der auf fünf Tage angesetzte „Discovery"-Flug verlängert werden. Nach bisheriger Planung soll die Fähre am Mittwoch wieder auf Cape Canaveral landen.

Kein Führungszeugnis

AP, **Bonn**

Führerscheinbewerber werden voraussichtlich vom 1. Januar 1986 an kein polizeiliches Führungszeugnis mehr vorlegen müssen. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt (CDU), erklärte gestern, mit dem Verzicht auf die Vorlage dieses Papiers würde „eine Million an Verwaltungsvorgängen eingespart".

Schwarze Vorfahren?

AFP, **Nizza**

Die Haut der weißen Erdbewohner ist nach Ansicht des französischen Hautspezialisten Jean-Pierre Cesarini Folge eines Irrtums der Genprogrammierung. In einem Vortrag in Nizza sagte der Mediziner gestern, ursprünglich seien alle Menschen schwarz gewesen. Als der Mensch, der aus afrikanischen Gegenden stamme, seine dichte Körperbehaarung verlor, sei seine Haut schwarz geworden, um die ultravioletten Strahlen besser zu vertragen. Eine Entwicklung über Zehntausende von Jahren hinweg habe dann die Haut eines Teils der Erdbewohner weiß werden lassen. Auf der Suche nach einem ihrer empfindlichen Haut angepaßten Klima seien die Menschen in nördlichere Gefilde ausgewandert. Cesarini, der am Pariser Forschungsinstitut „Fondation Rothschild" arbeitet, vertrat die Auffassung, die Entwicklung gehe eindeutig in Richtung einer generellen Weißhäutigkeit aller Menschen.

LEUTE HEUTE

Trennung

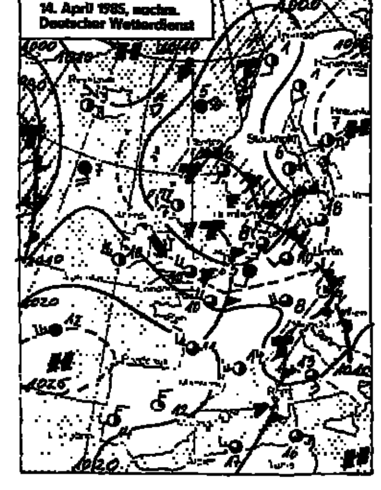
„Ich kann nicht verstehen, warum alles schiefgegangen ist", meinte der 38jährige **Ibrahim Moussa** in Rom, wo er gemeinsam mit seiner 25jährigen Ehefrau, der Filmschauspielerin **Nastassja Kinski**, eine Villa bewohnt hatte. „Es ist eine Trennung in aller Freundschaft. Ich weiß nicht, ob wir uns scheiden lassen." Nastassja, die den Ägypter erst vor sieben Monaten geheiratet hatte, lebt zur Zeit mit ihrem zweijährigen Sohn **Alyosha** in einem schwerbewachten Landgut an der britischen Ostküste in Norfolk, während sie mit **Donald Sutherland** und **Al Pacino** den neuen Film „Revolution" dreht.

Verzicht

Italiens Film-Herzensbrecher **Marcello Mastroianni** (60) hat sich zu seiner Halbglatze bekannt. Er verzichtet jetzt in aller Öffentlichkeit auf die früher bevorzugten Perücken. Sein langjähriger Freund, der Regisseur **Federico Fellini** (65), der mit ihm und Ehefrau **Giulietta Masina** gerade den Film „Ginger and Fred" dreht, zieht es hingegen trotz frühlingshafter Wärme in Rom vor, die kahlen Stellen auf seinem Haupt mit einem Hütchen zu bedecken.

WETTER: Kühl

Wetterlage: Die nach Deutschland einfließende kühle und wolkenreiche Meeresluft gelangt von Westen her allmählich unter Hochdruckeinfluß.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 18°C. ● bedeckt. ≡ Nebel ● Sprühregen ● Regen ✱ Schneefall ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch- T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung ⇒ warm, ⇒ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm).

Vorhersage für Montag:
Im Süden noch bedeckt und länger andauernde Niederschläge. Tagestemperaturen um 5 Grad. Werte nachts nur wenig niedriger. Im übrigen Bundesgebiet wechselnde bis starke Bewölkung mit Schauern. Temperaturen 8 bis 12 Grad. Nachts Abkühlung auf 5 bis 2 Grad. Anfangs frischer, später abnehmender Wind aus Nordwest.

Weitere Aussichten:
Allmählich abklingende Niederschläge, später zum Teil heiter mit leichtem Temperaturanstieg.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	10°	Kairo	23°
Bonn	8°	Kopenh.	4°
Dresden	9°	Las Palmas	20°
Essen	5°	London	10°
Frankfurt	8°	Madrid	12°
Hamburg	8°	Mailand	12°
List/Sylt	6°	Mallorca	16°
München	8°	Moskau	8°
Stuttgart	7°	Nizza	19°
Algier	17°	Oslo	3°
Amsterdam	8°	Paris	10°
Athen	16°	Prag	8°
Barcelona	15°	Rom	13°
Brüssel	9°	Stockholm	6°
Budapest	15°	Tel Aviv	20°
Bukarest	17°	Tunis	16°
Helsinki	7°	Wien	12°
Istanbul	16°	Zürich	8°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 6.25 Uhr, Untergang: 20.20 Uhr; **Mondaufgang**: 5.45 Uhr, Untergang: 16.14 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Keine „Überdiagnostik"

91. Tagung deutscher Internisten in Wiesbaden eröffnet

AP, **Wiesbaden**

Probleme des Krankenhausalltags stehen im Mittelpunkt der 91. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin, die gestern in Wiesbaden begonnen hat. Etwa 6000 Ärzte aus dem In- und Ausland werden zu dem fünf Tage dauernden Kongreß erwartet. Der Vorsitzende der Gesellschaft, der Darmstädter Professor Felix Anschütz, wies gestern in Wiesbaden auf die seiner Ansicht nach übertriebene Verschreibung großer Tablettenmengen sowie die „beklagenswerte Überdiagnostik" hin. Die Tagung solle hier Denkanstöße liefern und bei den Ärzten Problembewußtsein schaffen.

Eines der Hauptthemen des Kongresses ist die medikamentöse Behandlung älterer Patienten. Diese leiden oft an mehreren Krankheiten zugleich und erhalten verschiedene Medikamente, die in ihrem Zusammenspiel Nebenwirkungen hervorrufen. Anschütz sprach sich dafür aus, die Tablettenmengen insgesamt zu reduzieren. Es gehe dabei aber nicht um einen „medikamentösen Nihilismus".

Der Internist wandte sich gegen einen „Diagnose-Rundumschlag" in den Krankenhäusern. Dieser bestehe darin, daß der Kranke „in die Klinik kommt, sich niemand um ihn kümmert, ihm zunächst aber einmal ein halber Liter Blut abgezapft wird", sagte Anschütz. Er forderte einen stufenweisen Aufbau des diagnostischen Vorgehens.

Weitere Themen des Kongresses sind die Behandlung der Herzschwäche sowie die intensivmedizinische Behandlung des Herzinfarktes in den ersten Tagen. Als „kitzlige" Themen bezeichnete Anschütz Fortführung oder Abbruch diagnostischer und therapeutischer Maßnahmen bei schwerkranken Patienten und den Umgang mit Selbstmordpatienten im Allgemeinkrankenhaus. Das Suizidproblem stehe erstmals auf der Tagesordnung des Internistenkongresses. Laut Anschütz sind Suizidhandlungen in vielen Kliniken zu einem der häufigsten Behandlungsanlässe geworden. An den Städtischen Kliniken Darmstadt stellten sie bereits die dritthäufigste Diagnose dar.

Anschütz deutete bei der Eröffnung des Kongresses an, weitere Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen könnten auf Kosten der Qualität von Diagnose und Therapie gehen. Jeder verantwortungsvolle Arzt und Klinikleiter sehe die Notwendigkeit der Mittelbegrenzung ein. Deren Härte und Ausmaß seien aber bis zu einem Grad gesteigert worden, der „in nächster Zeit zu einer Abnahme unserer ärztlichen Leistungen" führen müsse.

Schätze ohne Wächter

Museen in Italien müssen wegen Personalmangel schließen

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Enttäuscht standen Tausende von deutschen Touristen vor den verschlossenen Toren der Uffizien in Florenz. In Mailand konnten sie nur acht der 45 Säle des berühmten Brera-Museums besichtigen. Das war zu Ostern. Schuld war der Streik der unterbezahlten Saalwächter.

Mit der beginnenden Sommersaison dürfte der Besuch italienischer Museen, Kunstgalerien und Foren noch schwieriger werden, denn der Mangel an Personal und finanziellen Mitteln ist chronisch. Für die insgesamt 204 staatlichen Museen, Galerien und Ausgrabungsstätten stehen auf dem Papier 8500 Wächter zur Verfügung. Die Zahl der Planstellen beträgt 9660. Aber es fehlt an Geld, um den theoretischen Anspruch in die Praxis umsetzen zu können.

Von den effektiv 8500 Angestellten fallen viele als Saalwächter aus, weil sie für Büroarbeiten eingesetzt sind. In Wirklichkeit müßten rund 11 000 geschulte Hüter für die italienischen Kunstschätze zur Verfügung stehen, wobei in der italienischen Presse beklagt wird, daß es auch mit der Schulung des Personals hapert.

Der kommende Juni ist insofern für die italienischen Museen ein Schicksalsdatum, als dann 1300 der 8500 Saalwächter planmäßig zu Assistenten befördert werden und damit für den Museumsschutz ausfallen. Ehe im Ausschreibungswege die entstehenden Lücken ausgefüllt werden können, dürften Monate vergehen. Die logische Folge ist, daß ein erheblicher Teil der italienischen Kunststätten in den Ferienmonaten geschlossen bleiben muß.

Diese Entwicklung tritt ausgerechnet zu dem Zeitpunkt ein, an dem das Parlament über die Förderung des Fremdenverkehrs diskutiert. Gedacht ist etwa an die Abschaffung des Ruhetags in den Museen und die Öffnung in den Abenstunden. Auf der anderen Seite sollen die Eintrittspreise verdoppelt werden.

Wie brennend dieses Problem ist, zeigen Zahlen über die Situation einiger Städte. In Florenz versehen 300 von 500 vorgesehenen Saalhütern den Dienst in den Uffizien und sonstigen Museen. In Rom mit seinen reichen archäologischen und Kunstschätzen stehen 259 Wächter zur Verfügung. In Venedig beträgt der Personalbestand 61 statt der vorgesehenen 110. In Bologna sind es 65 statt 100 und in Turin 62 statt 90.

Kurz gesagt, Italiens Kunstschätze können nicht ausreichend geschützt werden. Deshalb wird wohl ein Teil von ihnen den Besuchern aus aller Welt vorenthalten bleiben.

400 000 Obdachlose

rtr, **Rio de Janeiro**

Sintflutartige Regenfälle haben in Nordostbrasilien Schäden von umgerechnet 600 Millionen Mark verursacht. 400 000 Menschen seien durch den dreiwöchigen Dauerregen obdachlos geworden, sagte der Gouverneur des Bundesstaates Ceara, Luis Gonzaga da Mota, am Wochenende im Fernsehen. In vielen Gebieten würden Lebensmittel und Medikamente knapp.

Rauchen wird bestraft

dpa, **Los Angeles**

Für Raucher in der kalifornischen Metropole Los Angeles brechen jetzt harte Zeiten an. Seit dem Wochenende müssen kompromißlose Raucher mit Geldstrafen zwischen 50 und 100 Dollar, bis zu sechs Monaten Haft oder mit beidem rechnen. Laut Verordnung der Stadtväter ist blauer Dunst in Aufzügen, in Restaurants sowie in Toiletten grundsätzlich untersagt. Unternehmen mit fünf oder mehr Beschäftigten sind gehalten, diesen eine „rauchfreie" Tätigkeit zu ermöglichen.

ZU GUTER LETZT

„Die Burschen sollten nicht so wählerisch sein." Die schwäbische Bezirksbäuerin Anneliese Kerler zur oft vergeblichen Frauensuche junger Landwirte.

